

Bonn, 27./28. Januar 1973

Sprecher: Amrehn, Barzel, Brauksiepe, Dregger, Echternach, [Erhard], Gradl, Hahn, von Hassel, Hasselmann, Kaase, Kaltefleiter, Katzer, Kiep, Köppler, Kohl, Kraske, [Lampersbach], Langguth, Lemke, Lorenz, Mikat, Müller-Hermann, Rollmann, Schäfer, Schröder, Schwarz-Schilling, Seiters, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex, Windelen.

Beginn: Samstag, 27. Januar 1973

Ende: Sonntag, 28. Januar 1973

Samstag, 27. Januar 1973

ALLGEMEINE AUSSPRACHE

Barzel: Kolleginnen und Kollegen!¹ Ich eröffne die zweitägige Sitzung des Bundesvorstands. Ich möchte meinen Eingangsbericht in sieben Punkten Ihnen erstatten. Ich hoffe präzise, aber auch umfangreich.

Das erste: Das, was wir jetzt hier machen, ist ein einmaliger Vorgang. Es ist auf meinen und auf unseren Wunsch eine freimütige interne Beratung über die Gründe für unseren Mißerfolg und über die Konsequenzen für die Zukunft. Wir wollen dies ohne Tabus tun. Diese Diskussion wird dann hilfreich sein, wenn das Ausmaß an Indiskretionen heute und morgen und in den Tagen danach möglichst gleich Null ist. Es wird zu beachten sein, daß wir nicht etwa durch diese Beratungen und den Schluß des Ausgangs dieser Sitzung den 19. November noch einmal verlieren. Wir müssen nicht weiter fallen, sondern wir müssen festen Tritt fassen.

Ich habe die Mitglieder des Präsidiums gebeten, aus ihren eigenen Zuständigkeits- und Sachbereichen Ihnen zu berichten und auch Vorschläge zu machen, so daß ich darauf verzichte, Analysen und Konsequenzen zu spezifischen Problemen vorzutragen, wie etwa Gewerkschaften, Arbeitnehmer, Frauen, Jugend, Medien, Intellektuelle. Das kommt bei mir in den Zusammenhängen vor, aber weder spezifisch in Analyse noch in Konsequenz, weil wir ja die Zuständigkeiten in diesem Präsidium verteilt haben.

Der zweite Punkt: Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht. Das große Ausmaß an Enttäuschung unter uns rührt daher, daß wir dies hochgesteckte Wahlziel, dessen wir uns überwiegend so sicher wähten, nicht erreicht haben. Und es ist besonders schmerzlich, daß wir nicht mehr die stärkste Partei und die stärkste Fraktion sind. Diese ernste Besinnung ist nun nötig, und sie ist um so nötiger, als nach früheren Wahlen eine solche Besinnung unterblieben ist. Ich weigere mich aber, dem verbreiteten Pes-

¹ Transkript der Ausführungen Barzels in ACDP 07-001-930.

simismus mich anzuschließen oder dem Gerede nachzugeben, das, wenn man es hört, eigentlich den Eindruck erweckt, wir seien doch bei 30 oder unter 30 % angekommen.

Ohne Zuversicht und ohne Hoffnung und ohne Solidarität der Führung wird es nur Frustration geben und keinen neuen Frühling. Deshalb möchte ich ganz bewußt vor dem selbstkritischen Teil, der nicht zu kurz kommen wird, diese Feststellung machen. Bevor irgendwer sich entschließt, ein Scherbengericht über die Partei zu veranstalten, muß er diese Tatsachen einordnen. Niemals hatten wir so viel Wähler wie jetzt. Niemals hatten wir so viele und engagierte und so überzeugte Helfer wie jetzt. Niemals so viele Mitglieder und niemals einen solchen Zuwachs vor und nach der Wahl wie jetzt. Niemals haben wir, soweit meine Erinnerung reicht, Politik und Wahlkampf so miteinander erörtert, beschlossen und getragen wie jetzt. Und wir hatten niemals ein Wahlprogramm so konkret und mit der CSU abgestimmt wie jetzt. Wir hatten niemals eine Bundestagswahl zu führen aus der Rolle der Opposition, so sehr gegen alle anderen und mit so massiver Einmischung von draußen. Niemals war der DGB engagierter und feindseliger. Niemals das Fernsehen so gouvernemental. Niemals der Rang christlicher Wertvorstellungen für viele so gering. Wer das alles nicht sieht oder nicht einordnet oder nun etwa alles über Bord werfen will, der wird die 45 % nicht halten. Freilich steht dem gegenüber: Niemals hatten wir eine Bundesregierung, die in so kurzer Zeit so vieles so falsch gemacht hat wie jetzt.

Drittens: Eine mittelfristige Rückschau zeigt, daß seit 1953 die SPD kontinuierlich zunimmt. Daß wir auch bei früheren Bundestagswahlen prozentuale Rückschläge hatten, z. T. stärker als jetzt, daß unsere Probleme uns seit geraumer Zeit begleiten. Wir müssen irgendwann in den 60er Jahren, und zwar wir alle, die geistige Führung verloren haben. Ich nehme hierzu Bezug auf die Rede, die ich Ihnen zugeleitet habe, die ich in Siegen gehalten habe, besonders auf die Passagen über Zeitgeist und geistige Führung.² Und ich möchte bei dem Wort Zeitgeist darauf hinweisen, daß dies ein Wort ist aus zwei Elementen: Zeit und Geist. Und ich glaube, wenn wir vom Geist und politischer Führung sprechen, muß dies noch einmal gesagt werden.

Wir haben noch ein paar andere Probleme, nämlich die Veränderungen der Struktur unserer Gesellschaft, die Abnahme der familiären und freundschaftlichen Bindungen zu Mitbürgern in der DDR, die Gewöhnung an Wohlstand, an Frieden, soziale Sicherheit bei gleichzeitig geringerer Einschätzung der ideologischen und militärischen Gefahren und auch deshalb bei einer völlig anderen Bewußtseinslage vieler junger Menschen. Ich will mich damit aber nicht länger aufhalten, weil das sonst falsch aussehen könnte.

Das vierte ist eine kurzfristige Rückschau. Wir müssen festhalten, und das scheint mir folgeschwer, daß unser Bewußtsein und das der Mehrheit sich in zwei wesentlichen Punkten vollkommen unterscheiden. Der eine: Wir wissen und wir glauben und

2 Rede Barzels auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe am 12. Januar 1973 in Siegen (ACDP 03-002-818/1). Vgl. auch „General-Anzeiger“ vom 13. Januar 1973 „Rainer Barzel: Die Union muß 1976 mit dem besten Mann antreten“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 13. Januar 1973 „Barzel betont Führungsanspruch“.

wir meinen, daß wir eigentlich die geistigen Ansätze, die Impulse und Reformen unserem Staat gegeben haben und noch geben, von der europäischen Einordnung über die Soziale Marktwirtschaft, die soziale Partnerschaft, die dynamische Rente bis zum Beteiligungslohn. Gleichwohl hält uns die Mehrheit – entgegen unserem eigenen Bewußtsein – für weniger leistungsfähig, schöpferisch, reformwillig. Dieses Phänomen ist um so ernster, als es ausweislich objektiver Tatsachen und objektiver Voten der Koalition von 1969 bis 1972 nicht gelang, Reformen, die den Namen verdienen, zu verwirklichen – ganz im Gegenteil. Nach unserer Einstellung ist also die Mehrheitsmeinung fehlgeleitet.

Und der andere Punkt: Unsere Oppositionspolitik war nach unserem Urteil so ernsthaft, so grundsätzlich und so gewissenhaft, daß diese Haltung Kollegen anderer Fraktionen nachdenklich gemacht und diese – wie wir wissen – aus Gewissensgründen zu uns kamen. Mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum, das wir beantragten aus sehr tiefer und sehr grundsätzlicher Besorgnis, handelten wir auch nach unserem Urteil gleichfalls sehr grundsätzlich. Auch dies sieht die Mehrheit offenbar ganz anders. Sie sieht uns eher, wenn ich das so hart sagen darf, als die bösen Buben, denen jedes Mittel recht ist, um einen charismatischen visionären Führer und guten Menschen zu verdrängen und ihm etwa ein Bein zu stellen.

Wenn wir nur diese beiden Punkte nehmen, dann kann es nicht anders sein, wir müssen wohl weniger in der Sache als in der Psychologie Fehler gemacht haben, wenn die gleichen Tatbestände so unterschiedlich gewertet werden. Es kommt hinzu, dem emotionalen Wahlkampf und der emotionalen Politik der anderen wollten und konnten wir Gleichwertiges nicht entgegensetzen. Unsere Entscheidung für eine alternative Politik und einen argumentativen Wahlkampf, beides mit einem Inhalt und Stil der Mitte, war – wie ich glaube – richtig. Ich glaube, auf andere Weise hätten wir weniger geholt. Und auch mehr Derbheit, um es so zu formulieren, hätte uns eher geschadet als genutzt. Freilich gar zu viele haben Stabilität vorwiegend materiell artikuliert. Wenigstens ist das bei vielen so verstanden und empfunden worden.

Ich hatte in Wiesbaden³ unseren Stabilitätspunkt ausdrücklich so formuliert, daß Voraussetzung für alles die ideelle Stabilität sei, und habe dies umschrieben mit den Worten, „also unmißverständlicher Kampf für die Wertentscheidungen und Zielvorstellungen des Grundgesetzes“. Haben wir uns also, so ist hier zu fragen, der idealistischen und emotionalen Komponente der anderen – ich nenne Aussöhnung, Frieden, Reformen, sowie auch deren Pathos – zu wenig entgegengesetzt an Theorie, an Prinzipien, an emotionalen Grundkategorien? Ich frage weiter: Ist das etwa seit längerem bei uns verkümmert? Ich stelle diese Frage, weil sie wichtig ist. Aber ich tue es mit einem gewissen Zögern, weil in meinem Demokratieverständnis nur Platz ist für das Argumentative, dies freilich auch im Theoretischen, im Grundsätzlichen und im Konzeptionellen. Ich meine, wer redet wie Brandt, der schüttet zu, was politische Bildung

3 Vgl. Rede Barzels auf dem Parteitag in Wiesbaden am 9. Oktober 1972 (CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 20–43, hier S. 42).

aufbaute. Mit Recht rügt Schelsky⁴ die demoskopische, sozialpsychologisch gesteuerte apolitische Werbung und die antirationale Tendenz, und daß sich dies im Bundestag jetzt fortsetzt, spüren wir ja alle hier. Für mich kommt hinzu, daß die außergewöhnliche Wahlbeteiligung auch signalisiert, daß das Wahlverhalten vom 19. November aus tieferen Motivationen zu erklären ist. Gleichwohl, ich habe, wie sie sich erinnern, in Saarbrücken⁵ für die Einsetzung einer Grundsatzkommission plädiert und um deren Zwischenbericht auf dem Wahlparteitag gebeten, weil ich spürte, hier in der Theorie unserer Politik, im Neuausloten unserer Prinzipien für die Tagespolitik, im Aufarbeiten und im Erkennen der Sachzusammenhänge, der Details, da haben wir einen Nachholbedarf. Es bleibt zu fragen, ob unsere lange Personaldebatte in der Öffentlichkeit die gleiche positive Wirkung hatte, wie wir sie für uns als Demokraten empfunden haben. Und es bleibt zu fragen, ob der Anti-Propaganda anderer gegen Personen von uns eine ausreichende Pro-Propaganda für Personen für uns entgegenstand.

Fünftens: Bevor ich mich unserer künftigen Politik, meinem Hauptpunkt, zuwende, möchte ich für einen Augenblick unser Augenmerk auf die historische Dimension der CDU lenken. Wir sind, wie gesagt, kein kurzatmiger Wahlverein, keine Erfolgs- oder Interessenkoalition. Wir sind nicht nur Partei, sondern auch politische Grundsatzbewegung. Wir müssen immer stärker nicht nur in Amtsstuben, sondern auch in der Gesellschaft tätig sein. Aber, und das muß hier gesagt werden, was wir als die Sinngebung unseres Lebens betrachten, das hat uns zusammengeführt, das hält uns zusammen und bestimmt die Substanz unserer Politik. Und das steht nicht zur Disposition der Anpassung an den Zeitgeist oder an Opportunität. Das „C“ bleibt also, oder wir verlieren die Kontinuität unserer selbst und beenden damit unseren geschichtlichen Auftrag. Daraus folgt, daß unsere Politik und auch unsere praktischen Entscheidungen langatmig sein müssen. Für pragmatische Anpassung sollten wir uns unserer Substanz wegen zu schade sein. Aber gucken wir uns das an, was Anpassung jetzt heißen könnte. Wer uns jetzt rät, den Grundvertrag etwa anzunehmen, mißachtet unser Programm wie unsere Auffassung von Freiheit, von Volk, von Staat, von Menschenrechten. Wer uns jetzt rät, und das ist der andere Punkt, die Fristenlösung zu unterstützen, der übersieht, daß dies aus unserer Sicht nach der Gewissensentscheidung und dem Selbstverständnis dieser Partei gar nicht möglich ist. Denn dies ist kein Punkt, wo wir mit Mehrheitsentscheidung eine Politik definieren können. Hier muß jeder für sich selbst entscheiden. Wer uns jetzt rät, und das ist die dritte Marke, die paritätische Mitbestimmung nach dem DGB-Modell zu übernehmen, der wirft prinzipielle Positionen über Bord. Wir müssen also Gegenwind auch aushalten und Dürreperioden des Zeitgeistes zur inneren Erneuerung benutzen. Eine Partei wird nämlich nicht nur in der Regierung, sie wird mindestens ebenso in der Opposition auf Format, auf Haltung, auf Verlässlichkeit, auf Solidität geprüft, und ich fürchte, wir haben seit dem 19. November weiter Terrain verloren.

Und das sechste: Unsere künftige Politik sollte grundsätzlich geduldig auf Schwer-

4 Helmut Schelsky in FAZ vom 20. Januar 1973 „Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?“.

5 Vgl. Nr. 19 Anm. 31.

punkte ausgerichtet und auf die Alternative für 1976, was die Bundespolitik betrifft, gerichtet sein. Unser Berliner Programm und unser Wahlprogramm bleiben gültig. Wir brauchen kein neues Programm. Wir brauchen, wie ich meine, das Bekenntnis und das Betonen unserer großen Ziele, nicht nur der tagespolitischen, das Abklopfen unserer Prinzipien auf ihre Dauerhaftigkeit und auf die notwendigen neuen Antworten, eine lebendige Diskussion prinzipieller, theoretischer und zukunftspflichtorientierter Fragen, konkrete Konzeptionen für unsere eigenen Antworten zu einzelnen Sachbereichen. Man fragt nun, in der Partei und auch außerhalb, was sind eigentlich eure Ziele? Unsere Ziele sind die Freiheit des Einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, der Frieden im Inneren und nach außen, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit für jedermann, die Solidarität der Bürger. Wir wollen die Demokratie als eine dynamische fortzuentwickelnde politische Ordnung, welche die Mitwirkung der Bürger gewährleistet und ihre Freiheit durch Verteilung und Kontrolle der Macht sichert, das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes, ein politisch geeintes Europa, eine Völkergemeinschaft, die den Frieden in der Welt sichern hilft und dem Wohl und der Entwicklung aller Völker dient. Das sind unsere Ziele.

Was sind unsere Prinzipien? Wie in Saarbrücken möchte ich erneut Konrad Adenauer zitieren, und zwar die Sätze, von denen er uns in Hannover⁶ wissen ließ, daß sie sein politisches Vermächtnis seien. Er sagt: „Unsere, die christliche Weltanschauung, auf der unsere Partei beruht, ist anders. Sie geht davon aus, daß jeder einzelne Mensch von Gott stammende, im Naturrecht begründete Rechte gegenüber jedem, auch gegenüber seinem Staat und seinem Volk hat. Wir sind des Glaubens, daß die Würde und die Freiheit des einzelnen Menschen geachtet werden müssen und von niemandem verletzt werden dürfen. Nach unserer Überzeugung dürfen auch Freiheit und Würde eines Volkes durch kein anderes Volk angetastet werden. Daraus leiten wir unabdingbare Rechte der Selbstbestimmung für jedes Volk ab. [...] Unsere Partei – ich wiederhole es – steht fest und unverbrüchlich auf dem Boden dieser, der christlichen Weltanschauung, daß es für den Menschen Normen gibt, die aus dem Wesen und Sein Gottes selber fließen und daher unverbrüchlich sind und nicht angetastet werden dürfen. Wenn man das Bestehen solcher Normen nicht anerkennt, dann gleitet ein Volk abwärts in Diktatur und in Gewalt. In einer Zeit wie der unsrigen, die Veränderungen und Entwicklungen jeder Art zum Guten und zum Schlechten in rasendem Tempo bringt, braucht jeder einzelne eine feste, unabdingbare Norm für sein Leben, damit er Herr seiner selbst bleibt und nicht abgleitet.“

Was sind, so lautet die dritte Frage, unsere Schwerpunkte? Diese Frage ist zu unterteilen in Schwerpunkte mittelfristiger Natur, also bis '76, und in Schwerpunkte längerfristiger Natur, also etwa bis 1985. Wir werden, um diese beiden Fragen zutreffend beantworten zu können, in die Hand nehmen müssen unser Parteiprogramm und wissenschaftliche Erkenntnisse. Die längerfristigen Schwerpunkte werden wir gewinnen, wenn wir die Ziele, wie ich sie eben anhand unseres Parteiprogramms formuliert habe,

6 Erklärung Adenauers auf dem Bundesparteitag (14.–17. März 1964) in Hannover (CDU, 12. BUNDESPARTEITAG S. 31 f.).

Punkt für Punkt durchgehen und systematisch jeweils fragen, was steht diesem Ziel noch im Wege, was hilft, es zu erreichen, wie können wir es erreichen, was ist deshalb wann und durch wen zu tun. Ich würde es begrüßen, wenn die Grundsatzkommission ihren Auftrag nun so sehen und sich so systematisch an die weitere Arbeit begeben würde. Und ich würde empfehlen, daß wir von ihr einen weiteren Bericht zum Parteitag erwarten. Zu einzelnen Bereichen von, wie ich das nenne Sachkonzeptionen, wird es besondere Arbeitsgruppen geben müssen. Die mittelfristigen Schwerpunkte haben wir bereits genannt in der Öffentlichkeit. Es sind, die Reihenfolge ist zufällig, die breitere Streuung des Eigentums, die Bildung, einschließlich der beruflichen Bildung, der Umweltschutz, die sozialen Dienste, Bodenrecht, Wettbewerb, Mitbestimmung, Familie, soziale Sicherung der Frau, Altenhilfe, Jugend – vor allem unter dem Aspekt mehr Chancengerechtigkeit und mehr Mitverantwortung und Kommunikation mit dem geistigen Deutschland. In der Deutschlandpolitik heißt der Schwerpunkt Freizügigkeit nach unserem Stufenplan, in der Europapolitik die politische Union nach unserem Stufenplan, einschließlich der drei Punkte der Ordnung der Beziehung nach außen. Ich glaube, daß wir in Verteidigungs-, Entwicklungs- und Ostpolitik noch ähnliche Konzeptionen entwickeln und auch mitteilen müssen.

Zur mittelfristigen Politik weiterhin: In der Deutschlandpolitik sollten wir nach Ablehnung des Grundvertrages durch uns dem UNO-Beitritt wegen des Menschenrechtsansatzes zustimmen und dann unser Konzept einer künftigen Deutschlandpolitik vorlegen, ein Konzept, das von zwei Staaten in Deutschland ausgeht, sich auf verstärkte politische und geistige Auseinandersetzungen einrichtet und das Selbstbestimmungsrecht weiter anstrebt. Weiter, wir sollten, und dies ohne Anbiederung, das Gespräch mit dem DGB suchen und die Kirchen nicht den anderen überlassen oder dem vorpolitischen Raum und im kommenden Jahr bei der Bundespräsidentenwahl auf einen eigenen Kandidaten verzichten und unser Gewicht im Interesse unserer mittelfristigen Strategie ohne direkte Gegenleistung rechtzeitig und politisch in die Waagschale werfen.

Wie wollen wir das erreichen? Es ist Sache der Partei, die Ziele, die Grundsätze und den Rahmen der aktuellen Politik zu bestimmen, also ist die längerfristige Planung Sache der Partei. Sache unserer Fraktionen und Regierungen ist es, den Rahmen auszufüllen und die Konzeptionen möglichst durchzusetzen. So bietet sich auch für diesen Bereich der mittelfristigen Schwerpunkte die Zusammenarbeit von Partei und Fraktion an. Wir werden einige Arbeitskreise allein der Fraktion überlassen, andere gemischt von Fraktion und Partei machen müssen, je nachdem, an welchem Ort sie in dieser Planung eingegliedert werden. Der Fraktion selbst habe ich und werde ich noch deutlicher bei der Klausurtagung der Fraktion⁷ eine Politik empfehlen, die, wenn ich sie ein bißchen locker formuliert in die Reihenfolge bringen kann: Im ersten Jahr soll die Regierung kommen, im zweiten Jahr bringen wir eigene Initiativen nach unseren

7 Klausurtagung am 5./6. Februar 1973 in Berlin (Protokoll in ACDP 08–001–1031/2). Vgl. „Die Welt“ vom 7. Februar 1973 „... aber der Hesse Dregger hielt die zündende Rede“; „Berliner Rundschau“ vom 8. Februar 1973 „Nicht Anpassung, sondern Erneuerung“.

Schwerpunkten, die wir im dritten Jahr verdeutlichen nach unseren Alternativen und profilieren, und im vierten Jahr kämpfen wir um den Sieg. Die Oppositionspolitik im Bundestag sollte nicht in genereller Konfrontation, ebenso im Bundesrat, sondern im abgewogenen, schwerpunktorientiertem Wettbewerb die Leitlinie sehen. Ich habe gestern gesagt, miteinander wo möglich, gegeneinander wo nötig.⁸ Insgesamt aber müssen wir uns auf Wettbewerb anlegen und nicht etwa auf Anpassung. Wir müssen uns bemühen – ich wiederhole, was ich in diesem Hause einmal sagte –, nicht nur in Bonn verstanden zu werden und eine Politik für Politiker zu machen, sondern eine Politik fürs Volk, die auch draußen verstanden wird, die nicht nur richtig ist, sondern die überzeugt, die anziehend und womöglich als mitreißend verstanden wird. Mehr Leidenschaft tut Not. Unsere Position ist die Freiheit, die soziale Gerechtigkeit. Die Freiheit muß durch soziale Gerechtigkeit für alle zur Entfaltung kommen. Und die Freiheit muß im Alltag wirklicher werden und die soziale Wirklichkeit muß freiheitlicher werden. Deshalb entscheidet, wie wir so oft gesagt haben, die Gesellschaftspolitik über die Zukunft der Freiheit. Unsere Themen hierzu sind bekannt. Und ich möchte herausnehmen den Punkt Soziale Marktwirtschaft. Und hier, meine ich, müssen wir aufhören, Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen mit dem Hinweis darauf, daß sie das Beste war. Das ist unstrittig. Wir müssen auch aufhören, Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen mit dem Hinweis darauf, daß sie das Beste ist. Wir können im Augenblick, da nicht Regierung, den Beweis nicht antreten. Wir müssen vielmehr, so meine ich, mit Sozialer Marktwirtschaft offensiv werden, indem wir aus dem Geist dieser Konzeption die Antworten für heute und morgen entwickeln. Also: Die Antworten der Sozialen Marktwirtschaft auf Probleme wie Umweltschutz, wie Finanzierung in diesem Bereich, wie breitere Streuung des Eigentums. Wir sind dazu fähig, wie wir gesehen haben anläßlich der Debatte über die Renten und über die breitere Eigentumsbildung. Ich glaube, das ist sehr wichtig, dies so zu sehen, wenn wir nicht eine Partei sein wollen, die nun nur noch in dem herumläuft, was einmal war.

Wenn ich mich so deutlich hier und auch in anderen Zusammenhängen äußere gegen die Anpassung und für eine sehr prinzipielle Politik, da meine ich nicht etwa, daß wir mit dieser Substanz – und es gibt ja auch solche Strömungen in der Partei – nur grundsatztreu sein und lieber mit der Fahne untergehen sollten. Wir sollten uns nicht in einen Ghettoturm der Immertreuen begeben, sondern die Türen und die Fenster weit aufmachen und hinausgehen ins Volk mit unseren Prinzipien und mit unseren Konzepten für die Zukunft, die wir entwickeln, mit einer Politik, die jeder Nachdenkliche mindestens als Herausforderung zur Überprüfung seines Standpunktes empfinden muß. Und dazu gehört eben ein Stil, der andere überhaupt zum Zuhören bringt. Viele Wechselwähler haben sich ja abgewöhnt, uns differenziert zuzuhören. Und ich glaube, daß mit Nachhutgefechten über vergangene Schlachten nun immer weniger zu machen ist.

Ich meine, daß unser Wahlprogramm aus der Sicht von 1972 gut war, daß sich dar-

8 Redebeitrag Barzels in der Fortsetzung der Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung betr. ihrer künftigen Politik (Sten.Ber. 7. WP 10. Sitzung S. 369–375, hier S. 375).

aus noch Punkte ergeben für diese mittelfristige Überlegung, vor allen Dingen im Bundestag, daß wir auch mit dem Blick auf 1976 eben mehr bieten müssen, wie ich dies eben andeutete. Und ich meine, wir dürfen auch die Augen davor nicht verschließen, daß in den Fragen der sozialen Partnerschaft wir noch einmal unsere Prinzipien abklopfen müssen, um zu überprüfen unsere Einlassung in der Frage der Mitbestimmung. Wir können, wenn wir nach draußen gucken, nicht übersehen, daß zur Zeit ein Partner für eine Integrationspolitik, wie sie uns vorschwebt, in Europa nicht vorhanden ist. Es steht kein Integrationszug abfahrbereit. Wir müssen hier sehen, daß wir mit unseren Vorstellungen des Bundesstaates ein ganzes Stück alleinstehen. Wir müssen an dem Ziel festhalten, aber ich glaube, doch ein paar praktischere Schritte in die Politik einbeziehen. Und wir haben uns auf eine Deutschlandpolitik einzurichten, die wir nicht gemacht haben, die nun von zwei Staaten ausgeht und bei vermehrter geistiger Auseinandersetzung sicherlich angesiedelt sein muß.

Ich komme damit zu meinem siebten Punkt. Ich will dem Generalsekretär und auch den Kollegen, die spezifische Bereiche verantworten, nicht vorgreifen in den vielen praktischen Maßnahmen, die zu ergreifen sind. Die erste ist der nächste Parteitag, über den wir übrigens auf dieser Tagung zu beschließen haben werden. Er sollte außer den Wahlen einen, wie ich meine, weiteren Bericht der Grundsatzkommission entgegennehmen sowie einige der Sachkonzeptionen, die wir heraussuchen müssen aus unserer Diskussion, behandeln aufgrund von Vorschlägen von Ausschüssen. Wie weit wir damit kommen, dies wird zu sehen sein. Wir werden im Herbst dann auch Vorstandswahlen haben, und ich hoffe, daß wir nicht Schaden nehmen in der Zeit bis dahin. Denn es geht ja nicht um irgendeinen von uns, sondern es geht um die Sache, der wir alle miteinander dienen.

Das zweite: Die Arbeit der Fraktion wird anders sein als im sechsten Bundestag. Ich habe dies oft genug gesagt, ich brauche das hier nicht zu formulieren. Die Parteiarbeit muß also der Grundsatzarbeit dienen. Sie muß dienen dem Herausarbeiten konkreter Sachkonzepte, sie muß dienen unserem Dienst hinaus ins Volk, und dabei kommt natürlich der Kommunalpolitik eine ganz besondere Bedeutung zu. Ich möchte das nur jetzt als einen Merkposten nennen, wir werden darüber hier einmal diskutieren müssen.

Wir wollen den zentralen Rednereinsatz, das ist das vierte, verstärken und systematisieren. Wir empfehlen Ihnen, daß alle führenden Damen und Herren der Union, sei es hier, sei es in der Fraktion, dem Beispiel des Präsidiums folgen und 25 Tage im Jahr für zentralen Rednereinsatz zur Verfügung stellen. Das läuft unter dem Motto „Wir machen den Montag frei“. Montag gehört der Führung der Partei. Das meint natürlich nicht sklavisch den Montag, aber wir haben dadurch, daß er frei geworden ist, 25 Tage gewonnen, und die wollen wir zur Verfügung stellen. Wir werden sicher fünftens der Ausbildung von Mitgliedern eine sehr viel breitere Arbeit und Organisation zuwenden müssen. Wir werden sechstens vermehrte Anstrengungen machen müssen, neue Mitglieder zu gewinnen. Ich glaube, daß das erste ist, daß wir die Helfer und die Engagierten nun halten können und möglichst aus ihnen Mitglieder machen, und dazu gehören auch Aktivitäten. Ich höre hier und da, daß Dutzende von jungen Menschen, Schülern

vor allem, die uns Wahlkampf geholfen haben, nun, da beschäftigungslos, wieder weglaufen und sich desinteressieren. Wir müssen uns siebte bemühen, einen Informationsdienst für Schulzeitungen zu schaffen. Wir müssen achtens überlegen, wie wir zwischen „Monatsblatt“, UiD, DUD und den Informationskarten eine möglichst wöchentliche Publikation und Information unseren Mitgliedern geben können, um auf diese und andere Weise den Informationsfluß hin und her, also von oben nach unten und von unten nach oben, aber auch von den Landesparteien zur Bundespartei und umgekehrt von den Vereinigungen und umgekehrt, zu verstärken. Wir werden zehntens Absprachen treffen müssen, ich will dem nicht vorgreifen, nach Gesprächen mit der Führung des RCDS und der Jungen Union über spezielle Programme, die die Partei unterstützt in diesen beiden Bereichen. Und wir brauchen, glaube ich, und dies ist der einzige organisatorische Vorschlag, den ich mache, ich will hier dem Generalsekretär nicht vorgreifen, eine Koordinierung unserer Planungseinrichtungen, wir haben ja eine ganze Menge, ob es nun Eichholz oder Alfter, die Fraktion oder das Adam-Stegerwald-Haus ist, und das sollte eigentlich ein Mitglied des Präsidiums, wie ich glaube, übernehmen.

Meine Freunde, dies ist meine Einleitung. Betrachten wir die Lage nüchtern und kritisch als eine Chance zur Erneuerung. Ich glaube, daß aus unserer Substanz diese Erneuerung möglich ist. Und es sollte von dieser Sitzung ein Anfang dafür ausgehen, ein Anfang, um wieder in ein besseres Gelände zu kommen, und nicht ein Anfang etwa, um tiefer noch abzurutschen. Soweit die Einführung. Ich würde es nun für richtig halten, den Bericht des Generalsekretärs zu hören.

Kraske: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben Ihnen in den letzten 14 Tagen eine ganze Fülle von Material zugeschickt mit der Bitte, sich durch dieses Material auf die heutige Sitzung vorzubereiten. Ich bedanke mich insbesondere bei denen, die nicht aus unserem Kreise kommen, nämlich in Abwesenheit bei Frau Professor Noelle-Neumann und in Anwesenheit bei Herrn Dr. Kaase⁹, den ich hier herzlich begrüßen möchte. Es liegen Ihnen mit diesen beiden Gutachten und dem vom Herrn Kaltefleiter drei unabhängige Gutachten aus dem Bereich der Meinungsforschung vor, die durch eine Reihe von Einzeldarstellungen ergänzt sind.¹⁰ Der Zweck, der damit verfolgt wurde, Ihnen dieses Material vorzuschicken, wäre verfehlt, wenn ich dieses Material nun im ganzen oder im einzelnen hier noch einmal referieren wollte, aber der Generalsekretär hat sich, wie das seine Pflicht war, vor dieser Klausurtagung ganz bewußt mit allen öffentlichen Äußerungen sehr zurückgehalten, und deswegen meine ich, können Sie jetzt von ihm eine zusammenfassende Analyse erwarten, die seinem Urteil, seinen Erfahrungen, gestützt auf dieses nun auch Ihnen zugängliche Material entspricht. Ohne daß

9 Dr. Max Kaase (geb. 1935), Politologe; 1960/61 Tätigkeit als Marktforscher, 1962–1964 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Köln und 1964/65 und 1967–1971 an der Universität Mannheim, 1973 Habilitation, 1974–1979 Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). – Max KAASE: Die Bundestagswahl 1972. In: Politische Vierteljahresschrift Heft 2/Mai 1973 S. 145–190.

10 Wahlanalysen und gutachterliche Äußerungen in ACDP 07–001–930.

ich dem Vorsitzenden vorgreifen möchte, versuche ich zugleich unserer Aussprache mit dieser Analyse eine Disposition zu geben. Ich spreche zunächst über die Ursachen unserer Wahlniederlage am 19. November und anschließend über die Forderung an die Parteiarbeit und an die Forderung an unsere langfristige Strategie.

Die Niederlage der Union bei der Bundestagswahl 1972 hat kurz-, mittel- und langfristige Ursachen, die einer differenzierten Analyse bedürfen, obwohl sie sich wechselseitig durchdringen und bedingen.¹¹ Gegenstand einer kurzfristigen Betrachtung muß der Wahlkampf sein; eine mittelfristige Betrachtung hat es mit der Zeit zwischen den Bundestagswahlen 1969 und 1972 zu tun; eine langfristige Betrachtung muß sich mit der Entwicklung seit dem Ende der 50er Jahre beschäftigen. Es wird nie möglich sein, exakt zu definieren, welcher der mitwirkenden Faktoren die entscheidende Rolle gespielt hat, sicher ist jedoch, daß für die Vorbereitung einer neuen Strategie der Unionsparteien die Analyse der langfristigen Ursachen der Wahlniederlage am wichtigsten ist. Umgekehrt ist gerade der Generalsekretär es Ihnen schuldig, ausführlich über die kurzfristigen Ursachen, d. h. vor allem den zurückliegenden Wahlkampf, zu sprechen.

Erstens, die Anlage des Wahlkampfes, wie sie vom Bundesvorstand, auf dessen Sitzungen am 21. August und am 25. September 1972 nach eingehender Beratung beschlossen wurde, war trotz aller inzwischen laut gewordenen Kritik richtig, weil sie unausweichlich war. Alle vorliegenden Umfragen bestätigen, daß der Vorsprung der SPD in allen außenpolitischen Fragen schon zu Beginn des Wahlkampfes so groß war, daß die Union diesem Thema zwar nicht ausweichen durfte, was sie auch nicht getan hat, daß sie es aber auch nicht in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellen konnte, wenn sie nicht dem Gegner nutzen wollte. Demgegenüber war die Sorge um die Stabilität nicht nur das aktuellste Thema im Frühherbst 1972, sondern zugleich der Bereich, in dem den Unionsparteien das stärkste Vertrauen entgegengebracht wurde. Die Wahlniederlage wäre im Zweifelsfalle noch größer gewesen, wenn die Union daran vorbeigegangen wäre. Dieses Urteil stützt sich im übrigen auf übereinstimmende Umfrageergebnisse aller Meinungsforschungsinstitute.

Es muß allerdings kritisch angemerkt werden, daß es nicht gelungen ist, den Begriff der Stabilität, wie dies unser Konzept vorsah – der Vorsitzende hat davon gesprochen – in seiner ganzen Breite ins öffentliche Bewußtsein zu bringen. Im Zuge des Wahlkampfes verengte sich vielmehr die Auseinandersetzung allzu sehr auf die Frage der steigenden Preise und damit allein auf den materiellen Aspekt des Themas. Außerdem gelang es uns nicht, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß Stabilität für uns vorwiegend instrumentale Bedeutung als Voraussetzung für soliden Fortschritt habe.

Zweitens, die Union hat sich mit ihrem sachlichen Wahlkampfstil nicht gegen die emotionale Kampagne ihrer politischen Gegner durchsetzen können, jeder Versuch einer emotionalen Gegenkampagne wäre aber wahrscheinlich mindestens so sehr zum Scheitern verurteilt gewesen. Das Friedenthema und die Person Willy Brandts boten zweifellos einen stärkeren Ansatz, Gefühle zu mobilisieren, als dies mit dem politischen und personellen Angebot der Union zu erreichen war. Trotzdem spricht

11 Transkript der Ausführungen Kraskes in ACDP 07–001–930.

manches dafür, daß gerade die Wechselwähler, die die Union für sich gewinnen konnte – nach Infas sind allein 1,1 Mio. Wähler aus dem Bereich der SPD durch den argumentativen Wahlkampfstil der CDU positiv angesprochen worden. Andererseits hat sich der Wahlkampfstil der Union womöglich nicht optimal auswirken können, weil er durch manche unabhängigen Wählerinitiativen unterlaufen und unglaubwürdig gemacht wurde.

Drittens, es ist uns nicht gelungen, das in Wiesbaden verabschiedete Regierungsprogramm als das positive Angebot der Union und als ihre konstruktive Alternative gegenüber der Linken hinreichend ins öffentliche Bewußtsein zu bringen, obwohl eine gewichtige Analyse der CDU-Werbung in Insertion und Fernsehen deutlich macht, daß die positive Selbstdarstellung, wie ursprünglich vorgesehen, den Vorrang vor dem Angriff auf den Gegner hatte. Aber die kurze Zeit zwischen dem 11. Oktober und dem 19. November reichte nicht annähernd aus, um ein eben verabschiedetes Programm wirklich zu popularisieren. Außerdem war das Programm möglicherweise gerade in dem für unseren Wahlkampf entscheidenden Punkt – Wiedergewinnung der Stabilität – immer noch nicht so konkret und eingängig, wie es die Öffentlichkeit erwartet hätte. Wir wissen, an welchen politischen, sachlichen Schwierigkeiten das lag. Darüber hinaus mag die Identifizierung der Partei mit ihrem Programm begrenzt gewesen sein, weil die Partei an der Vorbereitung des Programms nicht, wie in früheren Fällen, beteiligt werden konnte, wollte man nicht das Ziel eines gemeinsamen Programms von CDU und CSU in Frage stellen.

Viertens, es ist uns nicht gelungen, die Vielzahl unabhängiger Wählerinitiativen auch nur annähernd zu erfassen und zu koordinieren. Abgesehen davon, daß die ihnen zugrunde liegende Strategie den Maßnahmen der Partei häufig zuwiderlief, führte ihre Massierung – vor allem in den letzten 14 Tagen – zu einer Belastung des Erscheinungsbildes der CDU. Die längst vorher geplante Kampagne der Linken, die CDU als Kapitalistenpartei zu denunzieren, fand durch den konzentrierten Aufwand der Wählerinitiativen ungewollte Unterstützung.

Fünftens, die öffentliche Diskussion um Professor Schiller in der Schlußphase des Wahlkampfes hat der Union eher geschadet als genutzt. In der Person Schillers wurde zu diesem Zeitpunkt nicht so sehr der erfahrene und erfolgreiche Wirtschaftspolitiker gesehen; vielmehr verstärkte Schiller durch sein Auftreten offenbar die Animosität gegen die sogenannten Fraktionswechsler. Überdies trug es nicht zur Glaubwürdigkeit der Union bei, daß vorübergehend der Eindruck entstand, als sei sie nach ihren jahrelangen Angriffen auf Professor Schiller und seine Politik nunmehr bereit, Schiller für die eigenen Zwecke einzusetzen.

Sechstens, der Wahlkampf richtete sich, unserem Konzept entsprechend, in seinem Schwerpunkt an die Gesamtbevölkerung, insbesondere an die potentiellen Wechselwähler. Daneben gab es jedoch eine planmäßige Zielgruppenansprache. Von den uns zur Verfügung stehenden Fernsehzeiten etwa richtete sich fast die Hälfte der eingesetzten Spots an einzelne Wählergruppen, nämlich an die Jugend, an die Frauen, an die Arbeitnehmerschaft und an die Rentner. Auch im Rahmen unserer Insertion wurden Jungwähler und Rentner in besonderer Weise angesprochen. Dennoch wird man

heute sagen müssen, daß dies nicht ausreichte. Wäre das Ausmaß der Wählerinitiativen im vorhinein bekannt gewesen, und wäre es gelungen, sie zu koordinieren, hätte es sich sicher empfohlen, den Insertionsetat um zwei bis drei Mio. DM zugunsten zusätzlicher zielgruppenorientierter Aktionen einzuschränken.

Siebtens, um das Quadriga-Plakat ist während des Wahlkampfes und vor allem danach gestritten worden. Eine Reihe von Urteilen in Partei und Öffentlichkeit haben die vorliegenden Testergebnisse nicht bestätigt. Eine nachträgliche Beurteilung der Werbung, wie sie jetzt auch in der Öffentlichkeit aufgrund einiger Umfragen versucht worden ist, muß jedoch mit großer Zurückhaltung bewertet werden, weil sie unvermeidlich durch das Wahlergebnis ex post bestimmt ist.

Achtens, die Zusammenarbeit mit den Werbeagenturen war in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend. Bei der Vorbereitung künftiger Wahlkämpfe ist ernsthaft zu prüfen, wieweit kommerzielle Full-Service-Agenturen noch sinnvoll eingesetzt werden können. Je politischer die Wahlkämpfe werden, desto problematischer dürfte die Beteiligung von Werbeagenturen in der bisherigen Form sein.

Neuntens, obwohl sich die Vorbereitung einer „Alarmplanung“ seit dem Frühjahr 1972 zweifellos positiv ausgewirkt hat, zeigte der verkürzte Wahlkampf dennoch unvermeidbare organisatorische Mängel. Sie führten insbesondere zu erheblichen Engpässen bei der Materialauslieferung. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß die CDU im Wahlkampf 1972 in weniger als der Hälfte der sonst zur Verfügung stehenden Zeit das Doppelte an Material entwickelt, produziert und verteilt hat.

Und schließlich, zehntens, der Rednereinsatz litt ebenfalls unter der Verkürzung des Wahlkampfes, eine gleichmäßige Versorgung der Wahlkreise mit Spitzenrednern war noch schwieriger als sonst. Das gilt erst recht für eine systematische Berücksichtigung unterschiedlicher Wahlkreisstrukturen. Dadurch ergaben sich erhebliche Verzerrungen. So gab es etwa im Wahlkreis 46, Helmstedt, im Bundesrednereinsatz nur eine Abendveranstaltung der CDU mit Herrn Czaja, während im Wahlkreis 232 Weißenburg, im Wahlkreis unseres Freundes Richard Stücklen, allein aus der CDU Herr Barzel, Herr Kiesinger, Herr Kohl, Herr Schröder, zweimal Herr Stoltenberg, Herr von Weizsäcker, Herr Bewerunge und Herr Hupka sprachen. (*Heiterkeit – Zwischenruf: Ergebnis?*) Der Wahlkreis wurde gewonnen und der Wahlkreis Helmstedt wurde verloren. Und die CSU rühmte sich ihres besonders guten Abschneidens bei der Wahl, während sie ihrerseits ihre CSU-Redner nicht für die CDU in dem verabredeten Ausmaß zur Verfügung stellte.

Den eigenen Nachteilen, Mängeln und Fehlern im Wahlkampf standen folgende Vorteile für die Koalitionsparteien, insbesondere für die SPD gegenüber:

Erstens, auch wenn es umstritten ist, ob die Wahl vom 19. November 1972 eine „Kanzlerwahl“ war, hat die ausgeprägte Sympathie für Willy Brandt zweifellos große Bedeutung gehabt. Spitzenkandidat und Mannschaft der CDU konnten das so wenig aufwiegen, wie das bei früheren Wahlen im umgekehrten Verhältnis für die SPD galt. In diesem Zusammenhang sei auf eine Äußerung von Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann aus dem Juli 1969 verwiesen: „Die SPD geht zum fünften Mal in einen Wahlkampf mit deutlich unterlegenem Kanzlerkandidaten. Nicht nur, daß von den Wählern

insgesamt Kiesinger im Verhältnis von 2:1 gegenüber Brandt als Bundeskanzler vorgezogen wird, auch ein Viertel bis ein Drittel der SPD-Anhänger findet Kiesinger als Kanzler besser.“ Das ist nun eine zweite Konstante – die erste Konstante war nach Frau Noelle damals die Bedeutung der Preispolitik für Wahlkämpfe – „in den Wahlkämpfen der 50er und 60er Jahre. Jedesmal hatte die CDU die stärkere Führungsfigur, jedesmal war die SPD-Anhängerschaft in diesem Punkt gespalten, und jedesmal konzentrierte die CDU auf diesen Vorteil zu Recht ihre Strategie. Überlegenheit in der Führungsfigur ist wahrscheinlich der stärkste Trumpf, den man in einem Wahlkampf einbringen kann.“¹²

Gerade im Rückblick auf das Verhältnis von Kanzler und Kanzlerkandidaten in früheren Wahlkämpfen – übrigens auch in vergleichbaren Situationen im demokratischen Ausland – ist es höchst fraglich, ob die Union mit einem anderen Kandidaten in einer anderen Situation gewesen wäre. Für mich ist diese Frage klar zu verneinen. Einfache Imagevergleiche, wie sie in dieser Zeit gelegentlich angestellt werden, sagen darüber insofern nichts aus, als erst die Herausfordererrolle ihren Träger zum besondern Kristallisationspunkt gegnerischer Angriffe macht. Dies ist eben die spezifische Schwierigkeit des Oppositionsführers. In diesem Zusammenhang läßt sich außerdem nicht übersehen, daß die langfristig angelegte, gezielte Verleumdungskampagne gegen die Vorsitzenden von CDU und CSU mindestens im Norden nicht ohne Resonanz geblieben ist.

Lassen Sie mich ein anderes Wort hinzufügen: Ich habe zu denen gehört, die ein halbes Jahr lang immer begründet haben, warum in der deutschen Landschaft Schattenkabinette wie in England zur Präsentation der Mannschaft nicht geeignet sind. Ich würde uns im Blick auf 1976 empfehlen, diese Frage noch einmal neu zu überdenken, weil die Abdeckung einzelner politischer Sachbereiche natürlich in einem solchen Verfahren sicherer vorzunehmen ist als nur durch eine Mannschaft.

Zweitens, das geschickte Timing bei der Paraphierung des Grundvertrages hat wesentlich dazu beigetragen, in der letzten Phase des Wahlkampfes alle innenpolitischen Themen in den Hintergrund zu drängen und – über die Bedeutung des Grundvertrages hinaus – die ganze Breite der Ost- und Friedenspolitik zu aktualisieren. In dieser Situation hätte auch ein vorzeitiges Nein der Union zum Grundvertrag – selbst wenn es politisch vertretbar gewesen wäre – im Blick auf einen möglichen Wahlsieg der Union kaum etwas bessern können. Es besteht vielmehr Grund zu der Annahme, daß die Außenpolitik bei einem solchen Nein noch stärker polarisierend und dadurch noch mehr zugunsten der Koalition gewirkt hätte.

Drittens, während alle früheren Bundestagswahlkämpfe überwiegend in die – auch internationale Ferienzeit – fielen, hatte die Regierung diesmal im Oktober und No-

12 Wahlanalyse von Elisabeth Noelle-Neumann für den „Spiegel“ Juli 1969 „Die Ausgangspositionen zum Bundestagswahlkampf 1969. Eine Analyse auf Grund Allensbacher Beobachtungsreihen von 1953 bis 1969“ in ACDP Dokumentation 13/1/4. Vgl. auch Bericht über die Resonanz von Kanzler und Oppositionsführer in den Jahren 1957 bis 1972 (nach Infas) in „Vorwärts“ vom 8. November 1972.

vember mehr Gelegenheit als jede ihrer Vorgängerinnen, von ihren spezifischen Möglichkeiten als Regierung Gebrauch zu machen.

Viertens, die Koalition hatte im Fernsehen ein erhebliches Übergewicht, das insbesondere durch die Kumulation der Sendezeiten für Bundesregierung, SPD und FDP, entstand. So ergab eine quantitative Nachrichtengewichtung während der letzten zwei Monate in der ARD 18,1 % des gesamten Nachrichtenangebotes für die Koalition, 7,4 % für die CDU/CSU, im ZDF 14,9 % für die Koalition und ebenfalls 7,4 % für die CDU/CSU.

Und schließlich, fünftens der Einfluß der Gewerkschaften zugunsten der SPD war vermutlich seit 1953 – die Plakataktion damals „Wir wählen einen besseren Bundestag“ – nie massiver als in der Vorbereitung und Durchführung dieses Wahlkampfes 1972.

Damit komme ich zu den mittelfristigen Ursachen. Erstens, die Bevölkerung hat das Wahlergebnis von 1969 und die nachfolgende Regierungsbildung mit großer Mehrheit als einen legitimen Regierungswechsel empfunden. Um so nachteiliger hat es gewirkt, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, die Union habe ihre Oppositionsrolle nicht hinreichend akzeptiert.

Zweitens, der SPD war es bereits in der Zeit der Großen Koalition gelungen, das Vertrauen einer Mehrheit für ihre besonderen Fähigkeiten auf dem Gebiet der Außenpolitik zu gewinnen. Damals erklärten 41 %, daß sie hier der SPD, und nur 24 %, daß sie der CDU mehr zutrauten. Dieser Vorsprung hat sich im Laufe der sechsten Legislaturperiode zunehmend vergrößert. Frau Noelle hat in ihrem Material eine Umfrage veröffentlicht – über viele Jahre hinweg –, die geradezu erschütternd widerspiegelt den Unterschied zwischen objektiven politischen Daten und der subjektiven Perzeption in der Öffentlichkeit. Auf die Frage: „Was meinen Sie, war unsere Außenpolitik in der letzten Zeit erfolgreich, oder finden Sie, die deutsche Stellung hat sich eher verschlechtert?“, antworteten 1956 15 % positiv, 1957 31 %, 1958 22 %, 1959 20 %, 1960 18 %, 1961 14 %, 1963 21 %, 1964 15 %, 1966 9 %, November 1970 53 %.¹³

Es kam hinzu, daß in praktisch allen Fragen der Ostpolitik – Aussöhnung mit der Sowjetunion, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Annäherung an die DDR – die Positionen der Koalition eine breitere und spontanere Zustimmung in der Öffentlichkeit fanden als die Haltung der CDU/CSU. Im September 1970 sprachen sich – wiederum Material aus Allensbach – bereits 71 % für und nur 22 % gegen eine Anerkennung der DDR aus, wobei sich diese 71 % in einen konditionierenden und einen unkonditionierten Teil zerfallen.¹⁴ Dies gilt in besonderem Maße für die junge Generation und für die Frauen. Es ist der Union zweifellos nicht gelungen, für ihre Haltung in der Ostpolitik

13 Vgl. Ausarbeitung „Eine völlig veränderte Atmosphäre“ von Elisabeth Noelle-Neumann in ACDP 01–226–998 N–Pre.

14 Zu den Ergebnissen der Meinungsumfragen zur Deutschland- und Ostpolitik von September/Oktober 1972 BPA – Abt. Nachrichten ZDF vom 26. Oktober 1972; zur Beurteilung der Ostpolitik 1970/1971 vgl. KALTFLEITER S. 15.

eine Mehrheit zu mobilisieren. Die Regierungspolitik fand im Gegenteil gegen Ende der Legislaturperiode sogar bei annähernd der Hälfte der potentiellen CDU/CSU-Wähler Verständnis oder gar Zustimmung.

Drittens, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, in besonderem Maße wiederum die Jungwähler, hat negativ auf den Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter reagiert. Um die Bedeutung dieser Frage für die Jungwähler klarzumachen, möchte ich Sie nur an eine Zahl erinnern. Auf die Frage: „Sehen Sie darin, daß der Bundestag Willy Brandt das Vertrauen nicht ausgesprochen hat, eine politische Niederlage für Brandt, oder war das, politisch gesehen, keine Niederlage“, antworteten in der Gesamtbevölkerung 44 % eine Niederlage, 38 % keine Niederlage. In der jungen Generation – 18 bis 29 Jahre – 47 % keine Niederlage und nur 35 % eine Niederlage. Ähnlich klaffen die übrigen Zahlen auseinander; etwa, ob die Ursache für den Parteiwechsel die schlechte Regierungspolitik oder die Schuld bei den Parteiwechslern ist, sieht die gesamte Öffentlichkeit die Schuld zu 42 % bei den Wechslern und nur 35 % bei der Regierung; die Jugendlichen zu 50 % bei den Abgeordneten und nur zu 27 % bei der Regierung. Die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag hat nicht nur zu Sympathieverlusten für die Opposition geführt. Sie war zugleich eine Hilfe für die Regierung, weil Mitleidsgefühle mobilisiert wurden, hinter denen die objektiven Fehler der Regierung verblaßten.

Und schließlich, viertens, obwohl die Union in kaum einer Legislaturperiode zuvor so viele gesellschaftspolitische Initiativen entwickelt hat, ist es ihr nicht gelungen, ihr weitgehend negatives Erscheinungsbild in allen Fragen von gesellschaftspolitischem Rang zu verbessern. Die Union hat, gerade im Wahlkampf, deutlich darunter gelitten, daß sie für eine „konservative Partei“, ja für reaktionär gehalten wird. Dies belastete sie um so mehr, als es der SPD mit massiver Unterstützung durch die Gewerkschaften gelang, sich selbst, der Bundesregierung und dem Bundeskanzler, den Anschein extremer Arbeitnehmerfreundlichkeit zu geben.

Damit komme ich zu den langfristigen Ursachen, die Sie am besten ins Auge fassen, wenn Sie sich noch einmal in Erinnerung zurückrufen, daß der Abstand zwischen CDU/CSU und SPD von 16,4 % im Jahre 1953 auf 18,4 % im Jahre 1957 gestiegen war und von 1957 kontinuierlich abfiel auf 9,1 %, 8,3 %, dann, bei der Wahl 1969 auf 3,4 % und nun auf minus 0,9 %, also einen Vorsprung von 0,9 %.

Die Gründe, die hier nur notiert, aber nicht im einzelnen analysiert werden sollen, sind: Erstens, seit den 50er Jahren hat sich die Bevölkerungsstruktur kontinuierlich zu Lasten der Selbständigen und zugunsten der abhängig Beschäftigten verändert. Zweitens, seit den 50er Jahren sind die kirchlichen Bindungen weiter Schichten zurückgegangen. Parallel dazu traten für immer mehr Menschen sozial bedingte Motivationen im Wahlverhalten an die Stelle weltanschaulicher Motivationen. Diese Entwicklung ist in Wählergebieten mit einem starken Anteil katholischer Arbeitnehmerschaft am deutlichsten in diesem 15 Jahren zu verfolgen, von den Männern beginnend bis inzwischen auch zu den Frauen.

Drittens, die Union unterlag seit dem Ende der 50er Jahre immer stärker den für langfristige Regierungsparteien üblichen Abnutzungserscheinungen. Gleichzeitig ver-

stand es die SPD durch ihren Kurswechsel 1959/60 außerordentlich geschickt, in neue Wählerschichten vorzustoßen.

Viertens, die Union erschien immer stärker als konservative, womöglich sogar als altmodische Partei. Sie hatte die beiden wichtigsten Aufgaben der Nachkriegszeit – den Menschen Sicherheit zu geben und ihnen wachsenden Wohlstand zu ermöglichen – überzeugend gelöst. Die Lösung der sich nun stellenden Aufgaben, insbesondere im gesellschaftspolitischen Bereich, traute man eher der SPD zu.

Fünftens, die negativen Auswirkungen eines zu einseitigen Erscheinungsbildes der CDU fielen um so schwerer ins Gewicht, als von Wahl zu Wahl der Anteil derjenigen Wähler stärker wurde, die zunächst den Krieg, dann die Nachkriegszeit, nicht mehr aus eigenem Erleben kannten.

Sechstens, als Beispiel für diese langfristigen Veränderungen mögen folgende Zahlen dienen: Anteil der Selbständigen mit Familienangehörigen 1952 29,3 %, 1961 22,1 %, 1970 15 %, Anteil der abhängig Beschäftigten 1952 70,7 %, 1961 77,9 %, 1970 84 %.

Antworten auf die Frage: Welche politische Aussage liegt Ihnen näher, „Keine Experimente“ oder „Wir müssen einen neuen Weg suchen“ 1957 45 % „Keine Experimente“ und 33 % für einen „Neuen Weg“; 1968 30 % für „Keine Experimente“ und 53 % für einen „Neuen Weg“.

Befragte zwischen 18 und 30 Jahren fanden den Klassenkampf im Sommer 1959 zu 43 % schädlich und zu 19 % notwendig. Im Dezember 1971 zu 24 % schädlich und zu 40 % notwendig.

Befragte äußerten sich auf die Frage, ob sie für die nächste Zeit einen Krieg befürchteten oder beruhigt in die Zukunft sähen, 1963 zu 45 % mit der Sorge vor einem Krieg und zu 21 % beruhigt; 1968 zu 43 % besorgt und zu 29 % beruhigt; 1971 zu 27 % besorgt und zu 43 % beruhigt. Gleichzeitig veränderte sich das Votum für das Bündnis mit den Amerikanern und für die Neutralität von 50 % zu 38 % im Jahre 1969 zugunsten des Westbündnisses auf 37 % zu 43 % im Jahre 1972 zugunsten der Neutralität.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun im zweiten Abschnitt die Folgerungen für die Parteiarbeit zusammenfassen.

Erstens, der bevorstehende Parteitag hat weittragende personelle Entscheidungen zu treffen. Er darf aber keinesfalls darauf beschränkt bleiben. Ihm müssen gleichzeitig politische Aufgaben gestellt werden, darüber muß bis zum Frühjahr entschieden werden, damit die Partei in ihrer ganzen Breite an der vorbereitenden Diskussion beteiligt werden kann. Es muß klar werden, daß die Vorbereitung der Parteitage in Berlin und Düsseldorf kein Einzelfall war, daß vielmehr umgekehrt der Parteitag in Wiesbaden als Wahlkampföffnung unter besonderen Bedingungen stand. Aus dem gleichen Grunde sollten die Ergebnisse der Klausurtagung von Partei und Fraktion möglichst rasch allen Kreis- und Ortsverbänden zur Verfügung gestellt werden, damit schon jetzt ein erster aktueller Meinungsbildungsprozeß in der ganzen Breite der Partei in Gang kommt.

Zweitens, die wichtigsten politisch-parlamentarischen Entscheidungen des Jahres 1973 müssen durch publizistische Aktionen der Partei begleitet werden, die sich nicht

allein auf Rednerdienste und Werbematerial beschränken dürfen, sondern die unsere Abgeordneten und die Kreisverbände in Stand setzen müssen, das gezielte Gespräch mit Bevölkerungsgruppen, die durch die jeweiligen Entscheidungen besonders betroffen sind, aufzunehmen. Kontaktgespräche mit Verbänden und Organisationen auf Bundes- und Landesebene nützen nichts ohne die Ergänzung an der Basis in den Kreisverbänden.

Drittens, im Rahmen der vom Parteivorsitzenden angekündigten Aktion „Hinaus ins Volk“ darf es bei den Einsätzen der Parteiführung ebensowenig wie bei der Arbeit der Abgeordneten allein darum gehen, mehr Reden zu halten. Die Versammlungstätigkeit der Union ist auch in der Vergangenheit, mindestens aber in den Wahlkampfmonaten, sehr viel intensiver als die der beiden anderen Parteien gewesen. Worauf es ankommt, ist vor allem eine Verstärkung unseres Einsatzes im vopolitischen Raum.

Viertens, die Mitgliederwerbung muß systematisch fortgesetzt werden, gleichzeitig müssen die neu eingetretenen Mitglieder in besonderer Weise angesprochen und betreut werden. Außerdem muß die Mitgliedschaft zur Vorbereitung künftiger Wahlkämpfe und der laufenden Arbeit so selektiert werden, daß gesicherte Erkenntnisse gewonnen werden, welche Mitglieder in Wahlkämpfen und in der Öffentlichkeitsarbeit konkrete Aufgaben zu übernehmen bereit sind. Während des Wahlkampfes sind an vielen Stellen spontane Aktionsgruppen unterhalb bzw. außerhalb der Lokalorganisationen entstanden. Es muß geprüft werden, ob unsere bisherige Organisation differenziert genug ist, um den Aufgaben moderner Parteiarbeit gerecht zu werden. Die Kreisverbände sollten angehalten werden, ein möglichst breit gefächertes Stützpunktsystem zu entwickeln.

Fünftens, die systematische Veränderung des Images der CDU, insbesondere im Hinblick auf eine moderne Volkspartei, die sich ihrer sozialen Verpflichtungen bewußt ist, kann nicht ausschließlich der parlamentarischen und der publizistischen Arbeit überlassen bleiben. Vielmehr muß die Partei an der Basis mehr als bisher soziale Verantwortung demonstrieren. Das erfordert ein verstärktes Engagement unserer Mitglieder in allen Bereichen, in denen sich Bürgerinitiativen regen, auf dem Gebiet der Nachbarschaftshilfe und nicht zuletzt im Bereich der sozialen Dienste. Hier stellen sich Fragen an ein neues Selbstverständnis der Parteimitgliedschaft, hier stellen sich besondere Aufgaben, insbesondere für unsere Frauenvereinigung und für die Junge Union.

Sechstens, die Junge Union hat insbesondere im Wahlkampf hervorragende Arbeit geleistet. Es muß jedoch mit der Jungen Union geprüft werden, ob es ausreicht, wenn die Partei ihre Verantwortung für die Jugendarbeit voll auf die Junge Union delegiert. Deswegen empfiehlt sich die Bildung eines Jugendausschusses und der Aufbau eines entsprechenden Referates in der Bundesgeschäftsstelle.

Siebtens, die neue Legislaturperiode muß im Blick auf die Landtagswahlen und die Bundestagswahl 1976 zur Intensivierung der systematischen Schulung unserer Mitarbeiter genutzt werden. Außerdem ist die Arbeit der Organisationskommission, die im Sommer vergangenen Jahres unterbrochen werden mußte, mit Nachdruck fortzuführen. Die organisatorischen und werblichen Erfahrungen aus dem Bundestags-

wahlkampf sollten gemeinsam von Bundespartei und Landesverbänden ausgewertet werden. In diesem Zusammenhang empfiehlt sich die Vorbereitung und Erprobung von Modellen agenturunabhängiger Wahlkampfplanung.

Achtens, die Pressearbeit der Bundespartei muß ausgeweitet und intensiviert werden. Und zwar insbesondere durch regelmäßige Pressekonferenzen zu wechselnden Themen mit wechselnden Sprechern, durch mehr Pressekonferenzen außerhalb Bonn, durch mehr Redaktionsbesuche, durch eine Überprüfung unseres innerparteilichen Informationssystems („Monatsblatt“, Wocheninformation, Informationsdienst in Fortführung der Wahlkampfinformationen) und durch regelmäßige Informationen für Fach-, Berufs- oder Bevölkerungsgruppen, insbesondere einen Informationsdienst für die Schülerpresse, von dem der Vorsitzende bereits sprach.

Neuntens, Partei- und Fraktionsführung müssen ein langfristiges Programm für Kontaktgespräche mit Organisationen und Verbänden entwickeln. Im gleichen Zusammenhang muß die Vorbereitung von Fachkongressen zur Ergänzung unserer Bundesparteitage stehen.

Und schließlich zehntens, die Auslandsarbeit der Union muß weiter intensiviert werden, um zu verhindern, daß der nächste Bundestagswahlkampf abermals so einseitig von außen beeinflußt wird.

Damit komme ich zu dem letzten Absatz, der politischen Strategie, die dem zugrunde liegen muß.

Auch die Einsicht, daß ein langfristiger Trend eher den Grundlinien der Regierungspolitik als den Prinzipien der Union zu entsprechen scheint, darf die Union auf keinen Fall zu oberflächlichen Anpassungsbemühungen verführen. Die Union steht nicht vor der verkürzten Alternative, entweder an ihren überkommenen Grundsätzen festzuhalten und sich damit der Wählermehrheit weiter zu entfremden, oder aber sich dem schieren Opportunismus anheimzugeben. Was die Union vielmehr braucht, ist eine differenzierte Strategie, weit über die gegenwärtige Legislaturperiode hinaus. Im Rahmen einer solchen Strategie hat die Union keinerlei Anlaß, sich ein „Godesberg“ aufreden zu lassen. Die Bundestagswahl am 19. November wurde nicht verloren, weil die Union ein grundsätzlich falsches Programm hat, sondern weil es ihr nicht ausreichend gelang, dieses Programm gerade in seiner Zukunftsorientierung und in seinen gesellschaftspolitischen Schwerpunkten ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen und damit voll identifiziert zu werden. Die erste Aufgabe am Anfang der neuen Legislaturperiode muß es daher sein, den inneren Zusammenhang zwischen dem Berliner Programm, der bisherigen Arbeit der Grundsatzkommission und den gesellschaftspolitischen Initiativen der Fraktion herauszuarbeiten.

Darüber hinaus hat die Partei anhand des Berliner Programms der CDU und die Fraktion anhand des Wiesbadener Wahlprogramms der CDU/CSU zu prüfen und zu entscheiden, wo im Laufe der Legislaturperiode eigene Initiativen vorbereitet und popularisiert werden sollen und wo andererseits die Schwerpunkte der eigenen Opposition gegen die Regierung liegen können. Auch ich bin der Meinung, daß wir für eine gründliche Vorbereitung dieser Planungsarbeit zu überlegen haben, wie die entspre-

chende Abteilung der Bundesgeschäftsstelle, der Planungsstab der Fraktion und Einrichtungen der Konrad-Adenauer-Stiftung noch besser koordiniert werden können.

Die Union wird, will sie sich treu bleiben, auch in der neuen Legislaturperiode parlamentarische Entscheidungen treffen müssen, die ihr Erscheinungsbild, gerade für die junge Generation, vorübergehend eher weiterhin belasten, als es zu verbessern. Das gilt sicher für die Ablehnung des Grundvertrages. Es gilt voraussichtlich auch für die Einlassungen der Union bei der bevorstehenden Debatte über den §218. Es wäre schon viel gewonnen, wenn dies jedermann von vornherein erkennen würde und sich niemand der Illusion hingäbe, weil die eigene Entscheidung vor der dem eigenen Urteil die einzig mögliche sei, müsse es gelingen, davon auch die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen. Im Falle unseres Nein zum Grundvertrag wird dies beim heutigen Stand der öffentlichen Meinung und in der kurzen Frist, die bis zum Frühjahr zur Verfügung steht, ganz bestimmt nicht gelingen. Das Ziel kann deshalb nur sein, die eigene Entscheidung so zu begründen, daß die Union über den Kreis ihrer Anhänger hinaus, wenn nicht Zustimmung, doch wenigstens Respekt findet und daß sie damit ihre Glaubwürdigkeit erhöht.

Im übrigen wird die Union nach der Ratifizierung des Grundvertrages zu ihrem Wort stehen, „daß – um Franz Josef Strauß zu zitieren – die Regierung Brandt-Scheel seit 1969 Tatsachen verschuldet oder herbeigeführt hat, die eine Rückkehr zur Ausgangssituation des Jahres 1969 nicht mehr erlauben“.¹⁵ Die Öffentlichkeit hat spätestens nach der Ratifizierung des Grundvertrages einen Anspruch darauf, von der Union ausdrücklich zu erfahren, welches diese Tatsachen sind und welches demnach die Basis für die künftige Außen- und Deutschlandpolitik der Union nach Inkrafttreten des Moskauer, des Warschauer und des Grundvertrages ist. Die neue Aufgabe der Union wird dann Wachsamkeit und Kritik gegenüber der aktuellen Regierungspolitik, nicht jedoch der ständige Rekurs auf die politischen Grundsatzentscheidungen zwischen 1969 und 1972 sein müssen.

So wenig sich die Union den täglichen Aufgaben der neuen Legislaturperiode entziehen kann, so sehr liegt die eigentliche Aufgabe in der Entwicklung einer langfristigen Strategie. Die nächste Bundestagswahl, bei der die Union um eine neue Mehrheit kämpfen kann und muß, leitet bereits eine Legislaturperiode ein, die in die 80er Jahre hineinführt. Die Union muß deshalb, will sie für den Wahlkampf 1976 eine wirkliche Chance haben, im Laufe dieser Legislaturperiode ein Programm für die 80er Jahre entwickeln. Hier vor allem liegt auch der Ausweg aus der scheinbaren Antinomie zwischen Überzeugung und Anpassung, zwischen eigenen Prinzipien und linken Modeströmungen. Nur wenn es der Union gelingt, als erste die neuen Fragestellungen unserer Gesellschaft in den 80er Jahren vorwegzunehmen und darauf gültige Antworten zu formulieren, wird sie wieder selbst den Zeitgeist bestimmen, statt ihm nachlaufen zu müssen.

15 Vgl. Interview von Strauß mit dem „Münchener Merkur“ vom 28. Oktober 1972 „Stunde der Wahrheit, Stunde des Erschreckens“.

Für ein solches Unternehmen bedarf es allerdings großer geistiger und politischer Kühnheit. Der Versuch wäre von vornherein verfehlt, wenn die Union am Anfang einer solchen Neuüberlegung eine unübersteigbare Mauer aus Tabus und vorgefaßten Meinungen aufrichten wollte. Die Union wird den Mut für ganz neue Antworten um so eher finden, je mehr sie sich daran erinnert, wie weit der Weg war, den sie aus eigener Überzeugung zwischen 1953 und 1973 – etwa in der Bildungspolitik oder in bestimmten Bereichen der Rechtspolitik, oder auch in der Deutschlandpolitik – zurückgelegt hat, ohne sich dabei untreu zu werden. Wenn ein in die Zukunft gerichteter Denkprozeß Erfolg haben soll, muß er offen und vorurteilsfrei sein. Er darf sich nur an den wirklich unaufgebbaren Grundprinzipien unserer Politik, wie es Freiheit, Personalität, soziale Verantwortung, Gerechtigkeit sind, orientieren. Nur so werden wir ein überzeugendes, glaubwürdiges Programm entwickeln können, das auch der heranwachsenden Generation eine Vision der Zukunft bietet, für die es mit der Union zu kämpfen lohnt. Herzlichen Dank!

Barzel: Meine Damen und Herren, damit ist auch der Bericht des Generalsekretärs, dem ich herzlich danke, erstattet. Wir würden vorschlagen, nun wie folgt zu verfahren, daß wir zunächst die Herren, die so freundlich waren, uns Gutachten¹⁶ zu erstatten, von denen, wenn ich es recht sehe, Professor Kaltefleiter und Herr Dr. Kaase da sind, aber verhindert sind Frau Noelle-Neumann und Herr Scheuch¹⁷. Das sehe ich, glaube ich, richtig, daß wir zunächst die Herren bitten, wenn sie das noch mögen, ihre schriftlichen Vorlagen mündlich zu ergänzen. Wenn das gewünscht wird, können wir dieses tun. Wird es nicht gewünscht, dann würden wir vorschlagen, zunächst in Anwesenheit dieser Gutachter vielleicht zuerst Fragen zu stellen, und wenn wir diesen Teil erledigt haben, dann in die Debatte unter uns einzutreten. Sind Sie auch einverstanden? Gut. Dann würde ich zunächst also bitten, welche Fragen gibt es an die beiden Herren, die hier sitzen, Herrn Professor Kaltefleiter und Herrn Dr. Kaase?

Amrhein: In den Gutachten, die wir zu Gesicht bekommen haben, wird der Frage geringe Bedeutung beigemessen in diesem Zusammenhang, woher es eigentlich kommt, daß die CDU in den Mittelstädten beträchtlich mehr Verluste als irgendwo anders gehabt hat. Es war da und dort angedeutet worden, daß mit wachsender Bevölkerungsdichte die Zustimmung der CDU zurückgehe, und wir wissen seit langem, daß wir das besonders in den Großstädten zu beklagen haben. Im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen fehlt es, soweit ich sehen konnte, leider an näheren Angaben, wie es sich in einzelnen Großstädten speziell entwickelt hat. Aber wir finden – für mich etwas überraschend – Hinweise darauf, daß insbesondere in den Mittelstädten die Zustimmung der CDU zurückgegangen ist. Das ist die eine Frage, die ich zu stellen hätte. Die zweite Frage bezieht sich auf folgendes: Im Wahlkampf ist mir, vielleicht auch anderen, kaum eine Frage so häufig gestellt worden, wie die, warum sich die CDU

16 Vgl. Anm. 10.

17 Dr. Erwin K. Scheuch (1928–2003), Professor für Soziologie an der Universität Köln; 1965–1993 Gründer und Direktor des Instituts für angewandte Sozialforschung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 724 Anm. 39.

bei der Entscheidung über die Ostverträge der Stimme enthalten habe. Und wir sind immer wieder auch der Auffassung begeben, daß gerade diese Unentschiedenheit in der Vertragsfrage einen Mangel an Profilierung für den Wahlkampf zur Folge gehabt habe und die eine oder andere Minderung unseres Ansehens darauf zurückzuführen sei. Darüber habe ich überhaupt nichts in diesen Berichten gefunden, es scheint mir wichtig zu sein, auch darüber etwas zu hören. Kann ich mich vielleicht auf diese beiden Fragen zuerst einmal beschränken?

Barzel: Wir würden es, glaube ich, vorziehen, falls Ihnen dies möglich ist, wenn immer gleich geantwortet werden könnte. Wer will zuerst, Herr Kaase oder Herr Kaltefleiter?

Kaase: Ich kann die erste Frage so beantworten, daß ich in meinem Gutachten natürlich mich mit Absicht beschränkt habe auf die Darstellung der großen Bewegungen. Es ist klar, daß hier für die Detailanalyse Ihrer Frage bei mir kein Platz war. Ich würde allerdings eines sagen, in der Analyse der Wahldaten selber, d. h. nicht der Umfragen, sondern der Wahlergebnisse, haben sich starke oder relativ eindeutige Bewegungen gezeigt in sozialstrukturellen Gruppierungen. Das heißt, es ist ganz klar, daß der SPD ein Einbruch gelungen ist, ganz besonders in den Bereich der ungelerten, der angelernten Arbeiter, und hier der katholischen Arbeiter. Dieses ist dann eine Frage, die z. B. eine solche Frage wie Mittelstädte sehr leicht überlagern kann, weil solche Bewegungen in einzelnen Städten natürlich dadurch mit bestimmt werden, wie groß der Anteil der jeweiligen Gruppe in dieser oder jener Stadt ist. Insofern kann man oft den Fehler machen zu glauben, daß hier eine Beziehung vorliegt, die in Wirklichkeit zurückgeht auf bestimmte unterschiedliche Verteilungen von strukturellen Variablen. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt, Stimmenthaltung, von meiner Seite aus eine einfache Frage, eine einfache Antwort. Ich habe geschrieben, wir haben kein Material in Mannheim vorliegen, das zu dieser Zeit erhoben worden ist. Insofern haben wir es später für richtig gehalten, uns nur ganz global zum Bereich der Ostpolitik zu äußern, dazu Fragen zu stellen, die Ergebnisse liegen vor, sie sind Ihnen allen bekannt.

Barzel: Bevor ich das Wort Herrn Kaltefleiter gebe, der Kollege Filbinger läßt sich entschuldigen, er hat plötzlich eine schwere Grippe mit hohem Fieber. Er wünscht uns einen guten Verlauf und bittet, uns zu grüßen. Ich denke, wir werden ihm ein Telegramm schicken.

Kraske: Für Herrn Röder gilt das gleiche, nur nicht wegen Krankheit, sondern offenbar wegen Schneefall. Der mußte von unterwegs aus absagen, weil er nicht durchkam.

Kaltefleiter: Ich kann eigentlich das nur unterstreichen, was Herr Kaase sagte. Vielleicht folgende Ergänzung: Auf eine einfache Formel gebracht können Sie sagen, daß eine Entwicklung, die in den Großstädten von etwa 1959 bis 1966/67 zu beobachten war, jetzt auf die Mittelstädte übergegriffen hat, und dahinter verbirgt sich ja nicht die Größe der Stadt, sondern die Art der Lebensweise in den Städten. Diese urbanere Lebensform lockert generell die Bindung der Wähler an die Parteien. Diese Entwicklung ist inzwischen in die Mittelstädte hineingegangen. Sie sind damit ein mobiles Wählerpotential geworden. Und das zeigt sich in einer Wahl wie dieser, wo eben die

verschiedenen Trendfaktoren besonders gegen die CDU/CSU gewirkt haben, besonders deutlich. Was die Ostverträge und die Stimmenthaltung betrifft, so kann ich nur folgende Information hinzufügen: Bei unserer Untersuchung im Juni letzten Jahres, also unmittelbar nach diesem Ereignis, stellten wir schon fest, daß die Befragten nicht differenzierten zwischen den verschiedenen Ereignissen in Bonn. Man muß davon ausgehen, daß die gesamte Periode vom Beginn des konstruktiven Mißtrauensvotums bis zu dem Zeitpunkt, wo es zur Auflösung des Bundestages kam, als ein einheitlicher Prozeß verstanden wird. Daß dieser Prozeß negativ bewertet wird, ist deutlich zum Ausdruck gekommen. Ich darf Sie verweisen auf Seite 27 meines Berichtes, dort finden Sie etwa die Darstellung zur Beurteilung des konstruktiven Mißtrauensvotums und zur Ostpolitik, und Sie sehen, daß die Ostpolitik hier zu über 75 % als erfreuliches Ereignis der SPD zugeschrieben wird, das Mißtrauensvotum zu etwa 85 % als unerfreuliches Ereignis der CDU. Das sind, wenn Sie wollen, die beiden Eckpfeiler, zwischen denen Sie alles andere einordnen können, was in jener Zeit in Bonn passierte – das ist die Perspektive der Bevölkerung.

Hahn: Mir scheint ein Phänomen sowohl in den Untersuchungen, die uns von den Experten vorgelegt worden sind, wie auch bei den beiden Berichten des Vorsitzenden wie auch des Generalsekretärs, viel zu wenig beachtet und bisher auch nicht erklärt zu sein. Das ist die Tatsache, daß der Trend, der hier die ganze Zeit beschworen worden ist, nämlich daß die CDU im Bundesgebiet ständig heruntergegangen sei, die SPD die ganze Zeit angestiegen sei, sich bei den Landtagswahlen keineswegs gezeigt hat. Es muß im Gegenteil gesagt werden, daß bis zur Landtagswahl Baden-Württembergs ständig ein Anstieg der CDU dagewesen ist und daß wir noch in der Landtagswahl Baden-Württemberg einen Anstieg um 9 % gehabt haben und daß die SPD keineswegs gleichmäßig angestiegen ist. Hier war also ein völlig anderer Trend da, der eigentlich dem Bundestrend in keiner Weise entspricht. Warum beachten Sie diese Frage nicht? Ich würde meinen, daß man diesem Phänomen viel stärker nachgehen müßte, als es bisher geschehen ist.

Kaase: Erste Antwort, es ist ganz klar, es ist auch in den Berichten herausgekommen, daß die Regierung in der Zeit ihrer Tätigkeit im Grunde ja nicht so gut abgeschnitten hat. Das ist klar, das hat sich in diesen Wahlen sicherlich sehr viel stärker auswirken können als bei der Bundestagswahl, die unter ganz anderen Umständen zustande gekommen ist. Und das Zustandekommen ist ein Faktor, der sich negativ ausgewirkt hat für die CDU, daran kann keine Frage sein. Zweiter Punkt: Baden-Württemberg. Das ist natürlich ein besonderer Fall, weil erstens die CDU die gute Chance hatte, von einem sehr hohen NPD-Anteil zu profitieren. Wir wissen ja, Landtagswahl 1968 10 %, das ist nicht alles zur CDU gegangen. Das ist klar. Gerade in Baden-Württemberg war 1968 ein erheblicher Anteil der NPD-Wähler Protestwähler, ehemalige SPD-Wähler. Selbst wenn man da die Hälfte zur CDU herübernimmt und die andere Hälfte zur SPD, was wahrscheinlich ganz vernünftig wäre, dann bleibt außerdem noch die Tatsache, daß Baden-Württemberg ja traditionell ein Land ist mit einem hohen FDP-Anteil, und zwar einer FDP ihrer Struktur nach, die in hohem Maße der heutigen FDP nicht mehr entspricht. Das ist der zweite Faktor, der ja zu dem

besonders guten Abschneiden der CDU geführt hat. Sie wissen aber sicherlich aufgrund des Gutachtens, das seinerzeit von Frau Noelle-Neumann für diese Wahl erstattet worden ist¹⁸, daß man zu der Zeit bereits in Baden-Württemberg das außerordentlich günstige generelle Klima, das politische Klima zugunsten der SPD in allen Bereichen festgestellt hat. Dieses Klima hat sich aufgrund der spezifischen Situation in Baden-Württemberg nicht umgesetzt. Aber man konnte damals schon erwarten, was kommen würde.

Kaltefleiter: Ja, eine kurze Ergänzung, Herr Hahn. Ich glaube, daß, wenn Sie in meinen Bericht hineingeschaut habe, dort einiges dazu steht, und ich darf Sie bitten, sich das Schaubild 5, das ist nach Seite 59, einmal kurz anzuschauen. Ich kann hier nur wiederholen, was ich praktisch nach jeder Landtagswahl in diesem Kreis gesagt habe. Sämtliche Landtagswahlen von 1970 bis 1972, und Baden-Württemberg war die letzte davon, fanden statt in einer Situation, als die Beurteilung der ökonomischen Situation in der Bundesrepublik extrem negativ war. Und das, was Herr Kollege Kaase gerade über das günstige Klima für die Bundespolitik am Beispiel Baden-Württembergs berichtete, galt generell nur – es wurde in dieser Phase überkompensiert – durch den ökonomischen Verdruß, um es mal kurz zu sagen. Und wenn Sie einen Blick auf das gerade erwähnte Schaubild auf Seite 5 werfen, müssen Sie sich vor allem die beiden unteren Kurven anschauen, nämlich die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in einem Jahr und den Vergleich der heutigen Lage mit der vor einem Jahr. Dann sehen Sie, daß im ganzen Jahr 1971 beide Kurven deutlich im Negativen sind und im Frühjahr dieses Jahres erst nach oben steigen mit dem berühmten Rücktritt Schillers, zunächst noch einmal abknickten, aber dann zur Bundestagswahl relativ weit oben liegen. Ich glaube, das erklärt diesen Unterschied. Ich habe nach jeder Landtagswahl in diesem Kreis darauf aufmerksam gemacht, sich keinen Illusionen hinzugeben, daß dieses relativ gute Abschneiden z. T. Protestwahl ist. Die Opposition – dafür ist sie Opposition geworden, das ist gar nicht negativ – lebt davon, daß sie Protestwähler an sich zieht, aber in dem Moment, wo diese Proteststimmung entfällt, ist dieses Landtagswahlergebnis nur noch bedingt Referenzpunkt.

Rollmann: Ich wollte mich mal erkundigen, gibt es demoskopische Ergebnisse der Wirkung des Viererplakates, das wir im Wahlkampf gehabt haben, Punkt eins und Frage zwei, auf welchem Stand befindet sich im Augenblick etwa die CDU, wenn jetzt eine Wahl stattfinden würde?

Kaltefleiter: Herr Kaase, ich halte daran fest, daß Sie als erster antworten.

Kaase: Ich blättere schnell durch meine Tabellen. Die erste Frage kann ich nicht beantworten.

Kaltefleiter: Dann will ich die erste Frage in der Zwischenzeit beantworten, dann kann Herr Kaase die zweite Frage, die komplizierter ist, herausuchen.

Bei dem Quadriga-Plakat, von dem Herr Dr. Kraske ja auch in seinem Bericht sprach, hat, wie bei allen anderen Werbemitteln vor dem Einsatz, ein psychologischer Test stattgefunden. Der psychologische Test ergab relativ positive Ergebnisse in einer

¹⁸ Vgl. dazu „Spiegel“ vom 20. März 1972 „Wir müssen durchs dritte Stahlbad“.

Auswahl von sehr unterschiedlichen Bildern. Daß das freundliche Menschen seien, daß sie ein Team bildeten, der Kameradschaft, sogar politisches Führertum usw. darüber. Wir haben dann – das kann, wenn Sie wollen, im Laufe des Nachmittags dürfte die Vervielfältigung abgeschlossen sein, noch verteilt werden – nach der Wahl, d.h. genaugenommen eine Woche vor dem Wahltermin und eine Woche nach dem Wahltermin, wiederum sozialpsychologische Tests über die Werbemittel vorgenommen. Das Ergebnis war, daß hier alle Werbemittel tendenziell negativer beurteilt wurden als in den vorausgehenden Tests, aber auch nicht im Extrem abweichen. Und das ist eigentlich eine normale Erfahrung, die Sie in der Werbewissenschaft immer haben, daß sich ein Mittel abnutzt, wenn es längere Zeit gebraucht wird. Dieser Abnutzungseffekt war diesmal wahrscheinlich besonders groß, weil eine systematische Zerstörung gerade dieser plakativen Werbemittel zu beobachten war. Daß das den Eindruck nicht gerade ins Positive verkehrt, ist zumindest eine plausible Erkenntnis. Fazit ist: Die Tests vor dem Einsatz ergaben ein tendenziell positives Bild, die Tests nachher ergaben ein abgewogenes Bild in Hinsicht von positiv und negativ. Soviel vielleicht dazu. – Zur Frage, wie stark sie jetzt ist, Herr Kaase.

Kaase: Ich verweise auf Tabelle 1.1 meines Papiers im Anhang, auch entsprechend dann Tabelle 1.2. Da steht im unteren Teil der Oberbegriff Rangordnung, das ist eine Frage, wo die Befragten die Parteien mit einem Kartenspiel rangordnen müssen. Da sehen Sie in der Tabelle 1.1 unten die Zahlen, CDU/CSU, die letzte Kolonne das ist der Dezember, das ist eine Befragung nach der Wahl, drei Wochen nach der Wahl. Da ist die CDU/CSU von 37 auf 34 % zurückgegangen. Dieses ist nicht unbedingt ein signifikanter Rückgang, das möchte ich gleich dazu sagen. Dieses würde sich z. B. durchaus im Bereich normaler statistischer Fehlertoleranzen bewegen. Was mir allerdings signifikanter zu sein scheint, ist die Tatsache, daß nun die CDU mit 50 % auf Rangplatz 3 steht. Mit anderen Worten, daß sich bei einem Teil der Bevölkerung eine grundsätzlich neue Rangordnung zu entwickeln scheint, in der die FDP dann den zweiten Rang einnimmt, vor der CDU. Dieses war vorher nicht der Fall, wie Sie aus der Tabelle ersehen können. Mit anderen Worten, ein marginaler zusätzlicher Abfall der CDU. Dieses, wie gesagt, würde nicht sonderlich überraschen. Das ist ganz klar, das ist einfach der Ernüchterungseffekt nach der Wahl, kaum eine Zunahme der SPD.

Kaltefleiter: Ich kann nur bestätigen, wenn es einen Nachwahlgewinner gibt, dann ist es offensichtlich die FDP, aber diese Entwicklungen sind nicht größer, als wir sie sonst nach Bundestagswahlen beobachten können, wo eine gewisse Stabilisierung des Wahlsiegers immer beobachtet wird.

Müller-Hermann: Ich habe eine Frage an Herrn Kaltefleiter, ob er mit seinen Erkenntnissen unsere Wahlstrategie entscheidend mitbeeinflusst hat? Ich habe Anfang Oktober aufgrund meiner ersten Erfahrungen auch von Gesprächen auf der Straße an Herrn Kraske seinerzeit einen kurzen Erfahrungsbericht gegeben und darauf hingewiesen, daß meines Erachtens bei den Jungwählern eine ausgesprochene Aversion gegen uns vorhanden ist, und ich die Sorge habe, daß das, was wir möglicherweise in den älteren Jahrgängen von SPD und FDP gewinnen, überkompensiert werden würde durch den starken Zulauf der Neu- und Jungwähler zugunsten der SPD. Darauf wurde

mir von der Bundesgeschäftsstelle und der Wahlkampfcrew mitgeteilt, das müsse eine Sonderbewegung in Bremen sein, die Erfahrungen sprächen allgemein dafür, daß die Neuwähler im Grunde nicht sehr viel anders anfangs wählten als die älteren Jahrgänge. Und der Herr Parteivorsitzende sprach mich darauf an und sagte, ich wäre also offenbar besonders skeptisch. Meine Frage: War hier aus Ihren Untersuchungen nicht zu ersehen, daß uns mit den Neu- und Jungwählern eben ein ganz besonders schwieriges Problem bevorstehen würde und daß wir möglicherweise in dieser Richtung auch unserer Wahlkampfstrategie nicht genügend getan haben?

Kaltefleiter: Das tatsächliche Ergebnis der Jungwähler ist in der Tat außerhalb der Erwartungsquellen, und zwar in doppelter Hinsicht. Erstens, was ihre tatsächliche Wahlbeteiligung betrifft. Die war bei allen Landtagswahlen vorher, wo wir unsere Erfahrungen sammeln konnten, nicht höher als etwa so 60 bis 65 %, mit geringfügigen Schwankungen. Ich glaube, das waren die letzten Zahlen von Baden-Württemberg, während die Wahlbeteiligung jetzt zur Bundestagswahl um die 80 % bei der jüngsten Altersgruppe liegt. Das hat natürlich die Relevanz dieses Faktors wesentlich vergrößert. Das war in der Tat nicht vorauszusehen. Zum zweiten können wir beobachten, daß die Wählerbewegung bei den Jungwählern sehr unterschiedlichen Umfang angenommen hat, je nachdem, wo Sie hineinschauen. Ich habe hier zufällig gerade die Repräsentativstatistik von Baden-Württemberg bekommen. Ich nehme das heraus, weil es ein Bundesland ist, in dem die CDU insgesamt sich ja behauptet hat. Dort ist der Anteil der CDU unter den 18- bis 24jährigen immerhin 40 % bei den Männern und 41,1 % bei den Frauen. Mit anderen Worten, wir können beobachten, daß die regionalen Differenzierungen, die wir im Wahlergebnis deutlich sehen, in der Jungwählergruppe überproportional auftreten. Dem steht natürlich gegenüber, daß Sie etwa in Köln oder in Hamburg oder auch in Kiel, hier habe ich die Repräsentativstatistiken gesehen, einen Anteil der SPD bis zu 65 %, oder teilweise noch höher bei den Jungwählern haben. Es ist also offensichtlich, daß diese Trendfaktoren in dieser Gruppe der Wähler, in denen noch keine gewachsene politische Einstellung zu beobachten war, verstärkt ausgewirkt hat.

Müller-Hermann: Läßt sich aus den Unterlagen entnehmen, ob denn der Einfluß von seiten der Universitäten sich speziell ausdrückt auch in dem Wählerverhalten der Neu- und Jungwähler?

Kaltefleiter: An den Universitätsstädten, wo Sie Studenten massiert haben, haben Sie natürlich Wahlergebnisse, wie im letzten November in Harvard, wo 80 % für McGovern¹⁹ gestimmt haben. Aber daß jetzt auch die Umwelt sich niederschlägt, dafür habe ich keine Hinweise gewonnen.

Langguth: Ich habe zwei Fragen, wobei ich weiß, daß die Fragen nicht unbedingt einfach zu beantworten sind. Es ist die Frage, wie können feststellen, daß die CDU unglaubwürdig wirkte? Worauf führen Sie das zurück? Und zweiter Punkt, wir diskutieren hier zur Zeit in der CDU häufig, daß es ein Problem des Zeitgeistes ist. Frage,

19 George Stanley McGovern (geb. 1922), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1963–1981 Senator, 1972 als Präsidentschaftskandidat Richard Nixon unterlegen.

wie würden Sie momentan charakterisieren, als Empiriker, was Zeitgeist ist? (*Heiterkeit.*) Welche Möglichkeiten der Normenbindung sind möglich, weil hier die Frage zu stellen ist, wie kann die CDU einerseits glaubwürdig sein, auf der anderen Seite aber neue Gebiete finden, die z. B. nicht durch die gegenwärtige Regierung belegt sind?

Kaase: Ich meine, ich bin an sich kein Experte für Zeitgeist und will mich deswegen dazu auch nicht im Detail äußern. Ich habe in meinem Papier, in dem kleinen Absatz „Perspektiven“, eine Bemerkung gemacht, ich habe ausdrücklich dazu gesagt, dieses ist spekulativ. Ich gehe davon aus, und dafür gibt es empirische Unterlagen nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für alle anderen westeuropäischen Länder, daß sich eine Veränderung der grundlegenden Wertstruktur andeutet, die – so ist die These – zurückgeht auf tieferliegende psychologische Prozesse und Grundstrukturen in der Persönlichkeit, die man damit charakterisieren kann, daß ein Wechsel erfolgt von den Werten der Sicherheit, der ökonomischen Sicherheit, der Stabilität, zu Werten der, wie es so schön heißt, Selbstverwirklichung, der Beteiligung. Die These ist, daß diese Werte sich besonders deutlich zeigen in den jungen Gruppen und dieses wäre auch eine meiner Ansicht nach stringente Erklärung für den vorhin angesprochenen Sachverhalt. Daß eben die jungen Wähler sich in so erheblichem Maße von der CDU abgewendet haben. Ich bin der Ansicht, daß dieses das eigentlich interessante Ergebnis dieser Wahl ist, ein Ergebnis übrigens, das sich bereits 1969 angedeutet hat. Wenn man sich die Repräsentativstatistik ansieht und sich ansieht, wie haben sich die Gruppen nach Alter und Geschlecht von 1965 auf 1969 verändert, dann zeigt sich, daß bei Männern und bei Frauen in den jüngsten Altersgruppen ganz, ganz große Zuwächse der SPD da sind, obgleich mit Kiesinger ein außerordentlicher Kandidat da war. Diese Bewegung setzt sich jetzt fort. Meine These ist, dies hat etwas damit zu tun, daß Sicherheit in einer Zeit, in der Sicherheit automatisch ist, natürlich besonders bei den jungen Leuten, nicht mehr so hoch bewertet wird. Das wäre meine Interpretation. Wie die Zielfindung von Ihrer Seite aus zu erfolgen hat, das ist eine politische Frage, dazu kann ich nichts sagen.

Kaltfleiter: Ich würde vielleicht folgende Ergänzung machen. Herr Langguth, Ihre Frage erinnert mich daran, daß nicht nur der Soldat des Ersten Weltkrieges, sondern vielleicht auch der empirische Sozialforscher den „Faust“ im Tornister haben sollte. Zu Ihrer Frage mit dem Rentenprogramm würde ich mephistophelisch antworten, man muß es dreimal sagen. Die strategische Antwort lautet: Konzentration auf wenige Punkte und die penetrieren. Und das ist natürlich mit einer Entscheidung kaum möglich, die an dem Anfang des Wahlkampfgetümmels lag, wie das eben die Rentenentscheidung war, und die dann unterging schon nach wenigen Wochen durch alle möglichen anderen Maßnahmen und Ereignisse, die den Wahlkampf prägten. Wenn die Rentenentscheidung zwei Jahre vor dieser Bundestagsauflösung gewesen wäre, und man hätte dann zwei Jahre nur über diese Rentenfrage gesprochen, dann bin ich einigermaßen sicher, hätte es ein anderes Bild gegeben. Also hier gilt eben die Aussage, man muß es dreimal sagen. Und was den Zeitgeist angeht, es gibt eine Antwort aus der gleichen Quelle: Was man den Geist der Zeit nennt, ist bekanntlich des Menschen eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln. Und ich möchte hier Sie bitten, einen

Blick auf Tabelle 33 zu werfen auf Seite 91. Dort haben wir einmal beispielhaft vier Aussagen zusammengefaßt, die Aussagen enthalten über Entwicklungen in der Wertestruktur, die sich anbahnen. Und Sie sehen dort ganz deutlich, wie die Zustimmung oder die Ablehnung zu diesen Aussagen erstens nach Altersgruppen in einem Umfang sich unterscheidet, wie man es sich klarer kaum wünschen kann. Das ist, wenn Sie wollen, die Normenwelt der neuen, der jüngeren Generation, der die Normenwelt der älteren Generation gegenübersteht.

Nun möchte ich allerdings hier folgendes noch sagen. Wenn Sie darüber hinaus eine Charakterisierung des Zeitgeistes haben wollen, dann möchte ich mich reduzieren auf ein einziges Wort, nämlich das der Modernität. Das ist aber im Grunde genommen kein Inhalt, sondern das ist nur eine Etikettierung, die mit sehr unterschiedlichem Inhalt gefüllt werden kann. Um es noch anders zu formulieren: Es ist ohne weiteres denkbar, Sie sehen das übrigens auch in der Mode, daß Sie Normen nehmen, die vor zehn, 20 oder meinetwegen vor 50 Jahren modern waren, und wenn Sie sie als modern überzeugend verstehen darzustellen, dann können die wieder modern sein. Ich glaube, es gibt in dieser Hinsicht einen Kreislauf der Normenstruktur, wie es einen Kreislauf in der Mode gibt. Das gilt nicht unbedingt, aber ich habe den Eindruck, daß im Moment nicht so sehr die Tatsache, daß wir es hier instrumentalisiert haben mit Fragen – was weiß ich – des Religionsunterrichtes oder der Ehescheidung, sondern das ist im Moment Ausdruck für Modernität. Das kann sich aber ändern. Und mir scheint, daß das hier ein entscheidendes Problem der politischen Führung ist, die Normenstruktur zu führen. Darauf kommt es an. Das ist nicht Aufgabe der Demoskopie, wenn ich das ergänzen kann. (*Beifall.*)

Katzer: Herr Kaltefleiter, bei der Frage der Fremdverantwortung gibt es in Ihrer Tabelle 13 einen Hinweis – etwas erschreckend für uns –, daß man uns mit den Alten in Verbindung bringt, aber nicht mit der spezifischen Gruppe der Rentner. Wenn ich mir nun aber ansehe, November 1971 zu April 1972 für diese Gruppe, dann hat die SPD bei ihren Wählern erheblich zugenommen, und wir haben mit unseren Vorstellungen bei unseren Wählern allerdings auch zugewonnen, es ist uns aber nicht gelungen, einzudringen in die SPD-Wähler und die FDP-Wähler. Worauf ist nun das zurückzuführen, daß unsere Wähler durchaus das akzeptiert und anerkannt haben, daß aber dann auf der SPD-Seite das nicht einen Niederschlag findet? Das ist eigentlich für mich nicht ganz aufgelöst.

Kaltefleiter: Darauf gibt es eine ganz einfache Antwort. Das ist eine Tendenz, die Sie in der Regel beobachten können: Je näher Sie dem Wahltermin kommen, oder je höher die politische Spannung steigt, desto intensiver wird die Identifizierung der eigenen Anhänger mit der eigenen Partei. Und das scheint gerade bei der Rentenfrage der Fall zu sein. Wir müßten allerdings noch hinzubekommen Vergleichsdaten, sagen wir mal vom November 1972, um diese These erhärten zu können. Aber genau das spricht eigentlich das Bild an, wir haben in der gesamten Legislaturperiode von 1969 bis 1972 zum großen Umfang eben wohl eine Verfestigung in eigenen Wählerstrukturen gehabt, aber nicht so sehr ein Eindringen in andere Gruppierungen. Das ist genau das Problem.

Stoltenberg: Dies ist aber sehr zu differenzieren, Herr Kaltefleiter, wenn Sie die Analyse der Landtagswahlen einbeziehen und die doch relativ starke Mobilität kurz vor der Bundestagswahl. Ich würde also diese Bemerkung, die ja wichtig ist für die künftige Bewertung, doch mit dieser Einschränkung versehen und fragen, ob das Ihre Auffassung ist. (*Heiterkeit.*)

Kaltefleiter: Ich wollte den parlamentarischen Stil hier einführen, sonst stimme ich den Ausführungen des Herrn Vorredners zu.

Schäfer: Eine Frage an Herrn Kaase noch. Ich beziehe mich auf seine Bemerkung, der SPD sei ein Einbruch in die jüngeren Arbeitnehmerkreise gelungen, aber auch in katholische Kreise. Ist das nach Ihrer Meinung eher die Frage der Jugend oder ihres Organisationsgrades?

Kaase: Es gibt eine einfache Antwort: Alle drei Faktoren spielen eine Rolle. Aber das beantwortet Ihre Frage natürlich nicht. Ich würde die Probleme Jugend und Arbeiter hier versuchen auseinanderzuhalten. Es gibt natürlich sehr viele junge Arbeiter, das ist klar, ganz offensichtlich spielt hier Jugend eine unabhängige Rolle. Was die Arbeiter angeht, so ist mir folgende Entwicklung besonders interessant gewesen, und diese ist eben auf der Basis von Analysen, die eben in diesem Bericht nicht enthalten sind, ganz klar herausgekommen. Wir wissen, daß traditionell die SPD keine Schwierigkeit gehabt hat, die Facharbeiter an sich zu binden. Das ist ihr mehr oder weniger schon von Anfang an gelungen. Die Stärke der CDU in den Gründerjahren und über einen langen Zeitraum hin ist wesentlich dadurch bestimmt gewesen, daß sie im Bereich der angelernten und ungelerten Arbeiter, und hier natürlich besonders der katholischen Arbeiter, sich hat verfestigen können. Dieses ist übrigens eine interessante Entwicklung, ich habe das auch kurz erwähnt, weil es diese Gruppe war, die z. B. zur Zeit der Weimarer Republik für die SPD ebenfalls nicht verfügbar war. Jetzt zeigt sich, daß bei dieser Wahl es die SPD geschafft hat, ihren Zuwachs ganz wesentlich aus dieser Gruppe zu speisen. Meine Interpretation ist dazu folgende: Ich bin der Ansicht, daß diese Gruppe in besonderem Maße das auszeichnet, was Wildenmann²⁰ einmal eine gouvernementale Einstellung genannt hat. Das heißt, es handelt sich dabei ganz besonders um Leute, die regierungsbezogen sind. Die SPD, die natürlich von der Klassenlage her ja diesen Leuten näher steht als die CDU/CSU, jedenfalls von der Ideologie her gesehen, hat, zusammen mit der Tatsache einer Führungsperson und der Tatsache, daß die SPD in der Regierung war, davon profitiert, daß diese Leute sich übermäßig dann schließlich zur SPD in dieser Wahl bekannt haben. Ich habe es überraschend empfunden, daß sich die Veränderung, die Zunahme der SPD so eindeutig sozialstrukturell hat lokalisieren lassen und zwar im wesentlichen in fast allen Bundesländern. Es ist also ein Faktor, der mit geringen Ausnahmen – in Bayern ist es nicht der Fall, aber fast in allen Bundesländern – als der stärkste Faktor herauskommt, wenn man sich ansieht, wo die SPD gewonnen hat.

20 Dr. Rudolf Wildenmann (1921–1993), Professor für Politikwissenschaften; 1974–1980 Mitgründer und Vorsitzender des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 208 Anm. 32.

Gradl: Was Sie sagen, widerspricht dem, was mir in verschiedenen Wahlkämpfen, nicht nur im letzten, draußen im Lande gesagt worden ist. Mir ist gesagt worden, daß gerade die Schicht der qualifizierten Arbeiter, Facharbeiter bis Werkmeister, sich zunehmend zur CDU hin orientiert unter dem Gesichtspunkt, das Erreichte nicht durch Experimente gefährden zu lassen, den sozialen Aufstieg also gesichert zu bekommen. Was sagen Sie dazu?

Kaase: Dazu sage ich, daß die Daten dem widersprechen.

Kaltefleiter: Ich will übrigens eine Ergänzung zu dem hinzufügen, dem ich übrigens voll zustimme. Ich glaube, daß wir auch diesmal nicht übersehen sollten, daß wohl noch stärker als früher der Faktor der sozialen Organisation hier eine Rolle gespielt hat, und zwar auf der einen Seite die abnehmende Bedeutung der kirchlichen Organisation, insbesondere der katholischen Kirche, und auf der anderen Seite die offensichtlich wachsende Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Ich bitte Sie, einen Blick auf zwei Tabellen zu werfen, und zwar einmal die Tabelle auf Seite 49 in dem Gutachten von Frau Noelle-Neumann und einen Blick auf die Tabelle auf Seite 84 in meinem Bericht. Sie finden dort fast identische Zahlen, obwohl es sehr unterschiedliche Tabellen sind. Frau Noelle-Neumann hat gegenübergestellt gewerkschaftliche organisierte Arbeitnehmer und nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, während ich gegenübergestellt habe gewerkschaftlich organisierte und nicht gewerkschaftlich organisierte. Das heißt, bei mir sind in den nicht gewerkschaftlich organisierten auch die Frauen derjenigen drin usw., die gewerkschaftlich organisiert sind. Trotzdem zeigen diese beiden Tabellen keinen nennenswerten Unterschied. In der Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder ist die Verteilung etwa 63:27 bei mir, bei Frau Noelle ist es 67:26, also das ist kein nennenswerter Unterschied. Das zeigt erstens, daß also der Einfluß gewerkschaftlicher Organisationen nicht nur auf die genauen Mitglieder geht, sondern auch auf die Familienangehörigen. Und zum zweiten zeigt die Veränderung zwischen 1971 und 1972, daß gerade in diesem Bereich wohl einiges geschehen ist im letzten Jahr. Während wir 1971 unter den Gewerkschaftsmitgliedern noch einen Stimmenanteil von 35 % CDU/CSU hatten, sank der 1972 auf fast 27 %, während entsprechend der der SPD von 58 auf 63 % anstieg. Das ist eine Entwicklung, die man neben den schon mehrfach hier diskutierten Trendfaktoren wohl auch durch organisatorische Besonderheiten dieser sozialen Gruppe erklären kann.

Kaase: Ich stimme dem zu, ich würde nur warnen vor der Schlußfolgerung, die Organisationsvariable hier überzubetonen, weil das wegführt von der Analyse der grundlegenden Bewegung. Das hat sicherlich eine Rolle gespielt, wenn man aber glaubt, das ist nur, weil die Gewerkschaft so intensiv gearbeitet hat, würde man einen Fehler machen.

Barzel: Aber die Eingangsfeststellung bleibt doch: weniger kirchlich und mehr DGB.

Von Hassel: Ich habe vier Fragen an Herrn Dr. Kaltefleiter. Vielleicht kann sie auch Herr Dr. Kaase ergänzen. Die erste bezieht sich auf das, was Sie hier auf Seite 62 sagen, Herr Dr. Kaltefleiter, daß nichts dafür spräche, das die Bewertung des Grundvertrages unmittelbar, direkt das Wahlverhalten in nennenswerter Form beeinflusst hat.

Nachher relativieren Sie das und sagen, aber mittelbar hat es doch Einfluß gehabt. Gibt es bei Ihnen, nachdem Sie diesen Teil des Berichtes geschrieben haben, erneute Erkenntnisse? Denn ich glaube selber, daß der Grundvertrag eine höhere Bewertung gehabt hat, als hier aus dieser Seite 62 kommt.

Das zweite ist folgende Frage: Sie sagen, zu den Störfaktoren ist zu zählen das Engagement mit den unterschiedlichsten Themen der uns nahestehenden Gruppen, die uns unterstützt haben. Wir haben bisher immer gemeint, es handele sich darum, daß uns vorgerechnet würde, wie viel Geld verfügbar gemacht worden sein muß, um diese ganzen Anzeigen zu bezahlen. Gibt es bei Ihnen Erkenntnisse – aber auch bei anderen Untersuchungen nach dem Inhalt dieser Initiativen –, wie weit der Inhalt uns geschadet hat und nicht nur die Massierung der Anzeigen, ausgedrückt in Mark und Pfennig. Wir werden gefragt, und wir möchten gerne einige Beispiele nennen. Ich sage Ihnen mal eines, diese große halbseitige Anzeige von Henning Frank, „Wir suchen einen neuen Bundeskanzler“²¹, hat die geschadet, war sie wirksam für uns?

Die dritte Frage, Sie sagen, die Sympathie für Brandt bedeutet nicht die Personalisierung eines wählerbewegenden Issues. Sie selbst fügen dabei, es war ein wählerbewegendes Issue. Können Sie das vielleicht noch mal erläutern, ob inzwischen andere Untersuchungen hier zu einer Korrektur auf Seite 63 kommen.

Die letzte Frage ist diese, es gibt ein paar Hinweise, aber für mich jedenfalls nicht klar erkennbar, woher kommen nun die Zweitstimmen für die Freien Demokraten. Unterhält man sich mit den Freien Demokraten, dann sagen die Freunde der Freien Demokraten, Sie finden bei uns Zweitstimmen, von denen wir einen Teil als Erststimme den sozialdemokratischen Kandidaten gegeben haben. Die Sozialdemokraten behaupten das Gegenteil. Sie sagen, wir haben lediglich den anderen geholfen. Das heißt, im Grunde genommen gehört den Freien Demokraten nur die Erststimme, und die Zweitstimme, die sie mehr haben, müßte man eigentlich den Sozialdemokraten hinzuzählen. Klammer auf, dann sind die bereits über die absolute Mehrheit. Das wird leider, jedenfalls in Ihrer Untersuchung, nicht angegeben. Gibt es darüber keine Erkenntnisse oder steht das noch aus, daß wir darüber in absehbarer Zeit genauere Erkenntnisse bekommen werden?

Kaltleiter: Wenn Sie gestatten, darf ich mit der letzten Frage antworten, weil sie, glaube ich, relativ am klarsten zu beantworten ist. Herr von Hassel, auf Seite 68 meines Berichts ist eine Tabelle, die ich sicher nicht klar genug dargestellt habe, aber die diese Frage versucht zu beantworten. Aus dieser Tabelle geht hervor, daß von den Zweitstimmen der FDP, also von den 8,3 % des 19. Novembers zugleich 27 %, also ein gutes Viertel, also das sind etwa 2,1 %, von sich selbst erklären, sie seien Anhänger der SPD. Also wenn wir die 8,3 % nehmen, die die FDP bekommen hat, davon sind das

21 Dr. Henning Frank (geb. 1926), Rechtsanwalt; Leiter des Studios Bonn des Deutschlandfunks, Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an der TH Aachen. – Die Anzeige erschien u. a. am 14. November 1972 in der „Frankfurter Rundschau“ und am 17. November 1972 in der FAZ. Vgl. dazu die Wahlkampfauswertung der SPD in „Dialog“ vom 13. Dezember 1972 sowie „Spiegel“ Nr. 50 vom 4. Dezember 1972 „Ich muß vollkommen unauffindbar sein“.

nach Selbstaussage 2,1 %, die sagen, wir sind Anhänger der SPD. Die FDP-Wähler sagen zu 27 %, sie seien Anhänger der SPD, um das ganz klar zu machen. Weitere 38 % dieser Wähler bezeichnen sich nicht als Anhänger irgendeiner Partei, und nur 30 % erklären von sich selbst, sie seien auch Anhänger der FDP. 5 % auch noch, sie seien Anhänger der CDU/CSU, aber das wollen wir hier mal nicht überinterpretieren.

Nur zum Vergleich sehen Sie, daß von den SPD-Wählern sich 72 % als Anhänger dieser Partei bezeichnen, bei der CDU/CSU sind es immerhin noch 65 %. Es gibt jetzt eine Unsicherheitsmarge, die darin besteht, daß sie nicht wissen, wie die Leute einzuordnen sind, die sagen, wir sind nicht Anhänger einer Partei. Aber aufgrund der Tatsache, daß schon von denen, die es erklären, ein gutes Viertel zur SPD geht, können Sie sicher die Hypothese wagen, daß von diesen, die erklären, nicht Anhänger irgendeiner Partei zu sein, auch noch einige bei sind, die nicht unbedingt als Anhänger der FDP zu bezeichnen sind. Das führt mich zu meiner Schlußfolgerung, daß eventuell bis zu 50 % der FDP-Wähler vom November als ein nicht gesichertes Wählerpotential dieser Partei zu bezeichnen sind. Das bedeutet, daß also das Sicherungspotential der FDP trotz des beobachteten Stimmenaufschwungs in der Nähe der 5 %-Klausel liegt. Ich sage nicht, ob drüber oder drunter, das wäre vermessen.

Zweitens, Aussage Brandt mit dem wählerbewegenden Issue. Ich darf einmal ein Beispiel nehmen aus dem Jahre 1965, um etwas zurückzugehen. Damals, ich könnte Ihnen hier einige Zitate aus damaligen unbestrittenen Wahlanalysen vorlegen, war man durchweg der Ansicht, das war wirtschaftlicher Fortschritt und Sicherheit durch den damals populären Bundeskanzler. Da war der Issue personalisiert. Es war eine Einheit, die wirtschaftliche Sicherheit und die Person des damaligen Bundeskanzlers, das war nicht zu trennen. Eine entsprechende Übereinstimmung fehlt diesmal. Sie haben nicht die Identifizierung von Brandt mit dem Issue. Die gesamte Sache der Ostpolitik, und dazu gehört auch der Grundvertrag, insofern hängen Ihre erste Frage und diese zusammen, bedeutet mehr für die allgemeine Reputation der Regierung, auch wenn Sie anschauen, wie die Sympathie oder die Hochschätzung für Brandt im allgemeinen Sympathiebereich beruht, nicht auf konkreten Leistungen, auf konkreten Erwartungen. Wenn Sie diese Übereinstimmung haben, können Sie von einer „Wahllokomotive“ im engeren Sinne sprechen. Das gilt meiner Ansicht nach dieses Mal nicht.

Noch ein Wort zum Grundvertrag. Die Nachwahluntersuchung, die wir bekommen haben, die den Grundvertrag miteinfaßt, stellt fest, daß der Grundvertrag nicht anders beurteilt wird wie die Ostpolitik allgemein. Er ist Teilstück dieser Ostpolitik, deren positive Bewertung ja hier heute schon mehrfach angesprochen ist. Sie liegt in gleicher Größenordnung und deshalb meine Formulierung von der mittelbaren Wirkung. Die hat all das, was dort an Sympathie vorhanden war, noch mal richtig stimuliert, wieder richtig ins Bewußtsein gebracht, aber daß es Leute gegeben hat, die sagen, der Grundvertrag ist prima, deshalb wähle ich SPD, solche Leute habe ich – zumindest in Untersuchungen – nicht finden können.

Was die Wählerinitiativen betrifft, da haben wir in den vorhin erwähnten sozialpsychologischen Untersuchungen über die Werbemittel eine ganze Reihe von diesen An-

zeigen testen lassen, und die Ergebnisse sind katastrophal negativ. Und zwar wird vor allem kritisiert bei den meisten die Anonymität und auch die polemische Aussage usw. Wenn ich Ihnen die einzelnen Charakterisierungen vorlese, aber auch wenn Sie das gerade vergleichen etwa mit der Beurteilung der Werbemittel der Partei, dann ist hier eine Diskrepanz, wie man sie sich kaum vorstellen kann. Die sind extrem negativ.

Schwarz-Schilling: Meine erste Frage geht noch einmal auf die FDP-Frage zurück, wie die 27 %, die sich als SPD-Anhänger interpretieren, aber FDP gewählt haben, diese ihre Wahlentscheidung motiviert haben. Es gibt ja zwei Möglichkeiten, einmal eine rein taktische als SPD-Anhänger, um die FDP über die Runden zu bringen. Die zweite, daß man zu dieser Zeit sich etwas von der SPD gelöst hat, zwar früher Anhänger war, aber aus bestimmten Gründen meint, jetzt eine differenziertere Haltung einzunehmen. Das war also eine Differenzierung innerhalb der SPD hin zur FDP. Ob es über diese beiden Motive irgend etwas gibt, das ist die Frage eins.

Frage zwei, da ist auf Seite 28 etwas über die Frage der Preissteigerung gesagt. Ich meine, daß bei den Wechselwählern von der SPD zur CDU eine relativ hohe Einstufung der Preissteigerung als Ereignis für den Wechsel zu konstatieren sei. Wenn ich das nicht falsch gerechnet habe, scheint mir das in dieser Aussage eigentlich nicht ganz möglich, denn es sind ja nur 16,7 %, die das genannt haben, und wenn ich jetzt davon ausgehe, daß in der Tabelle der Wechselwähler nur insgesamt 6,5 % von der SPD zur CDU gegangen sind, dann handelt es sich also insgesamt um ein Prozent der Wähler, das die Frage der Preise als das für sie ausschlaggebende Argument gesehen hat. Ob man dann sagen kann, eine relativ hohe Einstufung? Zumindest, wenn man diese Prozentsätze mal auf den absoluten Wert reduziert, scheint es mir doch eine relativ sehr geringe Einstufung in Anbetracht des hohen Aufwandes, den wir gehabt haben, diese Frage zu einer Kernfrage der Wahlkampfaußage zu machen. Das ist die Frage zwei.

Die Frage drei: Auf Seite 27 haben Sie festgestellt, daß 1,8 % der Wähler eine Zuschreibung zu der Ostpolitik der CDU vorgenommen haben. Das würde doch bedeuten, daß die ganze Frage der Präambel beziehungsweise der Bundestagsresolution insgesamt von 1,8 % goutiert worden ist als eine positive Sache der CDU in Fragen Ostpolitik. Ich möchte nur mal fragen, ob das so zu interpretieren wäre oder nicht?

Dann ist hier etwas über den Wahlkampfstil gesagt worden. Auf Seite 54 hat Allensbach gesagt, daß der Wahlkampf als Extrakt zu sehen und die Frage des argumentativen Wahlkampfes also in dieser Weise nicht so zu beantworten ist, wie das von uns der Fall ist. Hier scheint mir zumindest in den beiden Aussagen und in der Aussage von Frau Noelle-Neumann ein Widerspruch zu liegen. Ich weiß nicht, ob Sie das beantworten können, die Frage wäre sonst an Frau Noelle-Neumann zu stellen.

Der nächste Punkt: junge Generation. Es ist ja bekannt, daß der Grad der Politisierung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen bei der jungen Generation heute größer ist. In früheren Zeiten war er kleiner, das wurde immer bedauert. Die Frage wäre zu stellen, ist die Politisierung schlechthin eine Frage, die sich für uns in der CDU/CSU auswirkt. (*Unruhe und Diskussion.*) Frage also auch hier, ob hier eine Relation zwischen Politisierung und Präferenz CDU-SPD besteht.

Barzel: Darf ich, bevor ich das Wort dazu gebe, doch darauf hinweisen, daß wir

ungefähr in 60 Minuten spätestens diese Abteilung beendet haben sollten, um zu Tisch zu gehen, damit wir dann die Debatte unter uns aufnehmen können. Ich bitte also, daß wir darauf achten müssen.

Schwarz-Schilling: Eine letzte Frage nach der CDU-Strategie richtet sich an Herrn Kaase, Seite 17. Sie wird charakterisiert als Mannschaftsstrategie und als Strategie auf die zunehmende Radikalisierung von links und den damit verbundenen ökonomischen Gefährdungen. Kann man nicht sagen, daß das zwar der Wunsch unserer Partei war, uns so darzustellen, daß aber dieser Wunsch nicht realisiert wurde und die Sache als solche, nämlich sich so darstellen zu wollen, zu einem negativen Ergebnis geführt hat? Ich möchte also sagen, daß man die Betonung der Mannschaft wohl kaum in dieser Weise realisiert hat, wie das als Konzept vorgesehen war. Ich würde jedenfalls nicht sagen, daß das gelungen sei, und zum zweiten würde die Beurteilung, die CDU habe nur die ökonomische Gefährdung herausgestellt, eine nicht richtige Aussage der CDU gegenüber sein, weil sie die linksradikale Gefahr ja wohl nicht nur im ökonomischen Bereich zu sehen hat, sondern im Vorpolitischen, im Erziehungspolitischen und ähnlichem. Also auch das würde ich nicht akzeptieren als die CDU-Strategie in diesem Wahlkampf.

Kaltefleiter: Zuerst zu Ihrer Frage nach der Motivation der FDP-Wähler. Da möchte ich vorsichtig sein, denn ich darf Sie an folgendes erinnern. Bei normalen Befragungen befragt man 2.000 Leute. Wir haben hier eine Differenz von 3 %, das sind noch 60 Personen. Also da hat die Möglichkeit zum Quantifizieren ihre Grenze erreicht. Ich bitte wirklich nur, das folgende als Tendenzaussage zu verstehen. Wir können unter den FDP-Wählern zwei Gruppen beobachten. Die eine möchte ich bezeichnen als bewußte Koalitionswähler, die in ihrer Motivation angeben, wir wollen diese Regierung und dabei Gründe wie Außen- und Bildungspolitik unterstreichen. Das ist die eine Gruppe. Die zweite Gruppe möchte ich bezeichnen als jene Wähler, die spezifisch den Koalitionspartner FDP gewählt haben, und dort finden Sie eine Betonung von Fragen der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsordnungspolitik, wenn Sie wollen als Korrektivmotiv ... (*Zwischenruf.*) Na ja, ich weiß nicht, ob Bremser richtig ist. Die Größenordnung zwischen den beiden ist sehr schwer abzuschätzen. Vielleicht ist das erste Motiv ein bißchen stärker als das zweite, aber Zahlen bin ich hier nicht in der Lage und nicht willens zu sagen.

Dann zu diesen beiden Tabellen, Seite 27, Seite 28. Zunächst Tabelle Seite 27. In diese 1,8 % würde ich nicht allzu sehr viel hineinlesen, ob die jetzt die Präambel gerne haben oder generell es positiv begrüßen, daß die CDU diese Verträge zugelassen hat, daß sie die CDU verstehen als Widerstand gegen die Ostpolitik. Alle drei Interpretationsmöglichkeiten sind da, nur diese 1,8 % können Sie genau so lesen wie null, da ist praktisch nichts.

Dann zu dieser Tabelle auf Seite 28. Die müssen Sie etwas anders lesen. Wenn wir die Leute fragen, was denn das wichtigste Ereignis sei, dann nennen sie die Preissteigerung normalerweise überhaupt nicht. Die Preissteigerungen werden genannt, wenn es darum geht, was die wichtigste Aufgabe sei, was das wichtigste Problem in diesem Lande sei. Das heißt, etwas, was passiert, nimmt man nicht als ein Ereignis mit Pau-

kenschlag wahr, man ist sich dessen aber wohl bewußt und betont es als Problem und als Aufgabe. Hier in Tabelle 8 auf Seite 28 sind Ereignisse dargestellt. Wenn trotz dieser Tatsache, daß man Preissteigerungen nicht als Ereignisse versteht, unter den Wechslern, und im Grunde genommen nur in der Gruppe der Wechsler zur CDU die Preissteigerung auch als Ereignis nimmt, finde ich das ein auffallendes Ergebnis. Ich würde es auch nicht überinterpretieren.

Interessant erscheint mir zu sein die Tabelle 10a auf Seite 32, wo die verschiedenen Aufgaben genannt sind. Da stellen Sie fest, daß im Grunde genommen zwischen den verschiedenen Wählergruppen sowohl bei der Ostpolitik als auch bei der Wirtschaftspolitik keine nennenswerten Unterschiede bestehen. Das habe ich interpretiert zu der These, die Sie in meinem Papier finden, daß weder das eine Thema noch das andere Thema in diesem Wahlkampf in nennenswertem Umfange wählerbewegend gewirkt hat.

Zum Problem der Emotionalisierung des Wahlkampfes – diese Schlußbemerkungen von Frau Noelle-Neumann – kann ich wenig sagen, weil ich die Bemerkungen ehrlich gesagt nicht ganz verstehe. Ich darf vielleicht nur folgendes hinzufügen, die Unterscheidung zwischen Emotionalität und argumentativem Wahlkampf ist ja nicht als ein kontradiktorischer Gegensatz zu sehen. Eine bestimmte Aussage ist je nach Bildungsniveau emotional oder argumentativ im Verständnis des Aufnehmenden. Wenn ich sage, die Preise steigen um 6 %, dann ist das unter Umständen eine sehr sachlich klingende Aussage, entsprechend dem Informationsniveau. Wenn Sie aber jetzt diese Aussage in einem volkswirtschaftlichen Seminar bringen, erscheint das schon wieder emotional oder vielleicht sogar polemisch. Dagegen die Aussage, wir haben Inflation, erscheint uns sogar polemisch, aber wenn Sie die bei einem sehr geringen Informationsgrad bringen, ist das nichts anderes als eine schlichte Feststellung der Tatsache. Diese Dichotomie zwischen argumentativ und emotional ist eine Möglichkeit zur durchschnittlichen Beschreibung eines Stils, aber ich glaube nicht, daß man das hier in dieser Form festlegen kann.

Kraske: Entschuldigen Sie, darf ich einen Satz noch zu Herrn Schwarz-Schilling anfügen? Ich finde es interessant, daß dieselbe Frau Noelle-Neumann in dem Interview mit dem „Hessenkurier“²² folgenden Satz gesagt hat: 1972 wurde die CDU wahrscheinlich prozentual von mehr Männern gewählt als 1969. Dies ist deshalb ein Phänomen, weil die SPD traditionell als die mehr rationalpolitische Partei gilt, die CDU/CSU scheint zu beginnen, den politisch interessierteren Wähler anzuziehen. Ich finde dieses einen implizierten Widerspruch zu dem, den Sie genannt haben, mindestens finde ich, muß man das mit sehen, das hat mich vorhin zu meinem Urteil bestimmt.

Kaltefleiter: Die Frage der Politisierung der Jungwähler. Da müssen Sie natürlich fragen, was Sie unter Politisierung verstehen, damit man es messen kann. Wenn Sie darunter verstehen, politisches Interesse oder Beteiligung, Wahlbeteiligung, dann können wir nach wie vor feststellen, daß das politische Interesse wie auch die Wahlbetei-

22 Interview im Januarheft 1973 „Noelle-Neumann: keine Kanzler-Wahl“.

ligung der Jungwähler etwas unterdurchschnittlich ist, aber sie ist höher als in der Vergangenheit.

Wenn Sie Politisierung definieren in Form von Wahlbeteiligung und fragen zu wessen Gunsten, dann scheint mir dieses Wahlergebnis die alte Faustregel wieder zu bestätigen, daß eine Steigerung der Wahlbeteiligung über 75 % hinaus bis in eine Gegend von 85, 87 % der CDU/CSU nützt, über 87 % hinaus der SPD nützt. (*Zwischenruf*: Ist das eine alte Faustregel?) Das ist eine alte Faustregel. Nehmen Sie das also nicht als starre Grenze zugunsten der CDU/CSU, darüber hinaus zugunsten der SPD. (*Zwischenruf*: Also nicht der Regierung, jeweils?) Nein, das hängt einfach zusammen mit der Mobilisierbarkeit der tragenden sozialen Schichten. Am schwersten zu mobilisieren sind die sozialen Unterschichten im Bereich der Arbeiterschaft, und wenn Sie die auch noch an die Urnen bekommen wie dieses Mal, dann geht es also über 87, 88 % hinaus und tendiert zugunsten der SPD. Die zunächst schwieriger zu mobilisierenden Schichten sind bestimmte mittelständische Kreise, das geht zugunsten der CDU.

Lorenz: Darf ich eine Zusatzfrage stellen? Ist das nicht ein großer Widerspruch zu dem, was Sie vorhin gesagt haben, daß gerade die sozialen Unterschichten, also ungelernete Arbeiter usw. bisher traditionell die CDU gewählt haben? Eben haben Sie gesagt, wenn Sie also über 90 oder 87 % hinaus mobilisieren, mobilisieren Sie die sozialen Unterschichten, treiben die an die Urne, und das zahlt sich wiederum zugunsten der SPD aus.

Barzel: Herr Kaase hat das gesagt.

Kaase: Kann ich der Reihe nach vorgehen und ein paar Bemerkungen machen zu Punkten, zu denen ich einige Informationen habe?

Zunächst einmal Motivation der FDP-Wähler. Da stimme ich Herrn Kaltefleiter insofern zu, als es außerordentlich schwierig ist, aufgrund der geringen Gruppengrößen mit den Untersuchungsinstrumenten, mit denen wir arbeiten, hier sehr verlässliche Schlüsse zu ziehen. Ich habe den Eindruck aus dem Material, was wir haben, daß in der Tat ein signifikanter Anteil auch von, ja wie sollen wir das nennen, Bremswählern dabei war, und zwar mit der Begründung „Jungsozialisten“. Ich bin insofern nicht ganz der Ansicht von Herrn Kaltefleiter, ich glaube, es hat schon etwas durchgeschlagen und es hat sich auch etwas ausgewirkt zugunsten der CDU. Das ist mein erster Punkt.

Dann Bemerkung zu „Polarisierung“. Ich verweise auf die Tabelle meines Papiers auf der Seite 21. Die Polarisation bei dieser Wahl war außerordentlich hoch. Da kann überhaupt keine Frage bestehen. Ich muß das Ergebnis von Frau Noelle-Neumann, was Sie, Herr Kraske, vorhin zitiert haben, insofern bestätigen. Zu meiner Überraschung habe ich dieses Mal das traditionelle Ergebnis, daß CDU/CSU-Wähler unterdurchschnittlich politisch interessiert sind, nicht finden können. Das heißt, nach Wählergruppen ist der Unterschied nach dem politischen Interesse weitgehend verschwunden. Das mag sicherlich auch damit zu tun haben, daß es natürlich überwiegend Frauen sind, die politisch weniger interessiert sind. Wir wissen ja, daß Frauen überproportional zur SPD übergegangen sind. Das hat insofern sicherlich auch diesen strukturellen Grund. Was die Polarisation und den Effekt auf die Jugend angeht, es ist klar – Herr Kaltefleiter hat vorhin darauf hingewiesen – wir haben eine Zunahme der Wahl-

beteiligung bei den ganz jungen Altersklassen dieses Mal gehabt, die überraschend war. Wir erwarten von den Landtagswahlen her etwa eine Beteiligung im Bereich von 60 %. Wir haben natürlich die Repräsentativstatistiken der Länder noch nicht vorliegen. Sie liegen vor von zwei Ländern, soweit mir bekannt ist. Da zeigt sich aber bereits, daß hier eine ganz wesentliche Politisierung stattgefunden hat. Ich bin der Ansicht, daß die Politisierung in diesem Bereich zugunsten der Regierung, zugunsten der SPD gegangen ist und nicht etwa zugunsten der CDU. Ich bin allerdings nicht der Ansicht, daß es sich dabei um ein naturnotwendiges Phänomen handelt. Außerdem würde ich gerne noch einmal hinweisen auf eine spezielle Qualität des politischen Interesses gerade bei jungen Leuten. Und zwar habe ich eine Untersuchung gemacht über das Ausmaß des Gefühles, politisch etwas bewirken zu können. Es zeigt sich, daß hier zum erstenmal die sonst auftretende Beziehung, daß die Leute, die besonders jung und die besonders alt sind, übermäßig glauben, nichts bewirken zu können, abgelöst worden ist in dem Sinne, daß junge Leute nun die Gruppe sind, die glauben, am meisten bewirken zu können. Auch das ist eine Entwicklung, die so, wie die Dinge im Augenblick stehen, eher zugunsten der SPD geht.

Zur Wahlbeteiligung kann ich im Grunde nur folgendes sagen: Die Aussagen, die ich gemacht habe, was die Arbeiter angeht, sind Aussagen für eine begrenzte Gruppierung. Insofern können die nicht ausreichen, um sozusagen den generellen Trend, den Herr Kaltefleiter richtig geschildert hat, zu invalidieren.

Brauksiepe: Ich habe einen wahnsinnigen Respekt vor Ihrer Wissenschaft, aber (*Kaase:* Das sollten Sie nicht!) es bleibt bei mir der Bereich, den ich am ehesten beurteilen kann, der der Frauen, der sehr schwer nur zu fassen ist mit Computern. Denn wenn schon zwei Ehen nicht vergleichbar sind und drei Männer ihre drei Frauen hier nicht zusammen beurteilen können, dann frage ich mich sehr oft, ob man einen Trend ... (*Heiterkeit und Unruhe.*) Was mir zu denken gibt, ist dies: Zeigt sich irgendwo in Ihren Analysen die Frage oder das Problem, ob die CDU sich zu kompliziert ausgedrückt hat für eine bestimmte Schicht unter den Frauenwählern, die wir früher gehabt haben? Es würde mich außerordentlich interessieren, weil die Wortwahl gerade im Übersetzen von Zusammenhängen bei bestimmten Wählerinnen eine große Rolle spielt. Erste Frage, ist mit dem Vokabularium differenzierter umgegangen worden? Die Übersetzungsarbeit zu Frauenwählern ist eine ganz interessante Sache.

Zweitens, zeigt sich in Ihrem Bild ein Unterschied der Reaktionen der norddeutschen Wählerinnen gegenüber denen im Frankenland oder Bayern? Gibt es einen Reaktionsunterschied zwischen Frauen, den wir sehr merken in der Einzelarbeit, den ich aber nicht gefunden habe?

Und das dritte, was mich interessiert: Ist feststellbar, ob aufgrund der Koedukation, des gemeinsamen Unterrichts, nicht die 21jährige und die 18jährige heute viel eher zusammennehmen läßt mit dem gleichaltrigen jungen Mann, zum Unterschied von der Frau, die sich ja immer noch, wenn sie Mittvierzigerin ist und eine andere Ausbildung hinter sich hat, von dem Kollegen oder dem Ehemann unterscheidet.

Und ein letztes, was mich interessiert: Wir haben sehr viel über wirtschaftliche Dinge in der Wahl gesprochen, auch bei Frauen, aber das war ja schon zu Ihrer Zeit, Pro-

fessor Erhard so, wenn man Bruttosozialprodukt sagte, wußte ein großer Teil der Frauen nicht, was ein Bruttosozialprodukt ist. Ich habe den Eindruck, daß aus dieser letzten Frage für mich eine Schlußfolgerung zu ziehen ist: Wenn man, wie die SPD, das Mittel der Verbraucherpolitik stärker einbaut in die Gesamtfrauenarbeit, wird sich auch eine Sorge um wirtschaftliche Zusammenhänge, um Preise usw. ganz anders übersetzen lassen. Wir haben da einen Sektor nicht für uns beansprucht, bei dem man aber auch die letzte Frau in eine kleine Versammlung holen kann mit den Themen, die sie dann versteht.

Ich fasse es noch einmal zusammen: Gibt es ländermäßig ein Gefälle, einen Unterschied, ist die Angleichung der Nachgewachsenen, der 22jährigen, heute schon sehr spürbar, daß sie wirklich verglichen werden kann mit dem gleichaltrigen Mann, und drittens, ist das Vokabularium nicht viel differenzierter bei Frauen anzuwenden?

Kaase: Sie stellen schwierige Fragen, die ich jedenfalls aus dem Material, das vorliegt, im wesentlichen nicht beantworten kann. Was die Wortwahl angeht, ich meine, ich muß hier ein bißchen spekulieren, ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, daß hier eine unterschiedliche Schwierigkeit der Wortwahl zwischen CDU und SPD vorliegt. Deswegen wäre meine Interpretation hier, auf tieferliegende Trends zurückzugehen, die dafür eine Erklärung geben. Ein bißchen geht in dieselbe Richtung auch die Antwort auf Ihre Frage nach dem Nord-Süd-Unterschied. Wir wissen, daß der Unterschied zwischen den ersten fünf Bundesländern, nennen wir sie mal Norden, und den anderen fünf, 9 % beträgt für die CDU/CSU, d. h. in den südlichen ist sie um 9 % stärker als in den nördlichen. Ich bin sicher, daß sich diese Unterschiede ebenfalls wiederfinden, wenn man entsprechend aufgliedert nach dem Wahlverhalten von Frauen und Männern. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik aus Baden-Württemberg beweisen, daß, wenn wir sie etwa vergleichen mit denselben Ergebnissen aus Schleswig-Holstein, der Anteil der 18 bis 24jährigen Frauen, die CDU wählen, um etwa 14 % höher ist als in derselben Gruppe in Schleswig-Holstein.

Sie stellen die Frage nach der Koedukation. Das mag ein Bereich sein, daß man erwarten muß, daß eine gezielte Politik, die die Frau hineinbringt in den Erwerbsprozeß, die betont die Chancengleichheit der Bildung, der Schulbildung für Männer und Frauen, bei ja einem bestehenden erheblichen Nachholbedarf, notwendigerweise, solange man nichts anderes verändert, dazu führen wird, daß eine Weg-Bewegung von der CDU erfolgt. Das ist ein ganz normaler Prozeß auf der Basis des bestehenden Images dieser Partei. Hier wird man politisch Zeichen setzen müssen. Diese Ergebnisse sind eindeutig und sie reflektieren diesen Sachverhalt ganz klar.

Kaltefleiter: Eine ganz kurze Bemerkung noch dazu. Meine Zahlen zeigen eigentlich, daß die Verluste der CDU unter den Frauen um so größer sind, je besser die Bildung dieser Frauen ist und je jünger sie sind, wobei das eine Tendenzaussage ist, wobei noch hinzuzufügen ist, während 1969 der Einbruch bei den ganz jungen Frauen erfolgte, sind es diesmal die darüber folgenden Altersgruppen bis 35. Wenn diese Tendenzaussage richtig ist, folgt daraus wohl aber auch, daß eine zu große Komplikation im Vokabularium z. B. es nicht sein kann. Es sind ja gerade die Frauen weggelaufen, bei denen man es mit einer tendenziell höheren Bildung zu tun hat. Das Ergebnis

scheint mir durchschlagender zu sein als die Frage nach regionalen Unterschieden. Aber hier glaube ich, daß, wenn Sie Koedukation nehmen – das ist ja nur ein Beispiel für viele –, daß im Sozialisationsprozeß, wie man das heute so schön nennt, die Entwicklung der Geschlechter gleichförmig ist. Sie können vielleicht ganz einfach sagen, die Frauenwähler laufen heute aus dem gleichen Grund der CDU weg, aus dem Männer in den 50er Jahre CDU schon nicht gewählt haben. Das ist eine sehr vereinfachte Formulierung, aber das ist eigentlich die Aussage und das bedeutet eigentlich auch wiederum, daß eine spezifische Frauenstrategie gar nicht möglich ist, sondern wir brauchen jetzt eine Strategie, die hier diese Menschen gewinnt.

Wex: Herr Kaltefleiter, Sie haben eine ganz kleine kärgliche Tabelle über die Frauen und nur nach Alter. Wenn Sie der Ansicht sind, daß der soziologische Umkreis das entscheidende ist, hätte ich gemeint, hier müßte mindestens eine Tabelle dabei sein, die nach der soziologischen Zuordnung wenigstens den Versuch eines Unterschiedes macht. Sie gehen also vom Alter und der sozialen Bildung aus, und diese soziologische Position finde ich eben ganz besonders wichtig.

Sie haben zum Zeitgeist gesagt, daß es keine inhaltliche Sache ist, sondern eine Veränderung von Normen und Strukturen. Dem stimme ich ausdrücklich zu, aber was kommt dabei heraus? (*Unruhe und Diskussion.*) Würden Sie mir zustimmen, daß auch viele Frauen, wenn sie auch das erstmal gewählt haben, sich gerade diesem Zeitgeist angeschlossen haben? Und zwar aus dem Grunde, wenn man nun schon zum erstmal das macht, möchte man mindestens nicht auf den letzten Dampfer steigen, sondern dann möchte man das mitmachen, was nun für die Frauen auch besonders attraktiv ist.

Und dann möchte ich noch einmal eine etwas provokatorische Frage stellen. Gibt es eine Untersuchungsmöglichkeit, ich habe das bei Frauen immer wieder festgestellt, daß das Wahlverhalten von Frauen nicht so sehr von der Politik und der politischen Aussage abhängig ist und von der Frauenfrage, sondern darauf, wie sie sich innerhalb der Partei behandelt und ernst genommen fühlten? Hier bezogen auf die Frage, was haben wir für Chancen in der Partei, auch auf der unteren Ebene? Das bezieht sich nicht nur auf SPD, sondern da hat die FDP auch abgesehen, einfach weil sie dazu sagt, da wird etwas getan, wo auch der Nachholbedarf, den wir ja haben im Intellektuellen und in der Präsentation, anerkannt wird. Ich sage das bestimmt nicht in diesem Kreise, sondern einfach für die Kreis- und Ortsebenen, wo das als Grundsatz relevant wird für das erste Engagement der Frauen auf politischer Ebene.

Kaltefleiter: Ich habe vorhin gesagt, der erste Einbruch der SPD in das Frauenreservoir erfolgte verstärkt unter den jüngsten und denen mit besonders hoher Bildung, diesmal kam der nächste Schub dran und das steht genau hier, für den SPD-Zuwachs sorgten diesmal die Frauen aus den Berufskreisen der mittleren und einfachen Angestellten, d. h., was 1969 im Grunde genommen nur die Jüngsten und die Gebildetsten betraf – relativ gesehen –, ist jetzt ausgedehnt auf die etwas Älteren und auch auf die darunterliegenden sozialen Schichten. Daraus folgt auch die Antwort auf Ihr zweites Problem. Ich habe wirklich gesucht, um Ihnen ein paar schöne Tabellen auch über die Frauen hineinbringen zu können, und ich hätte mit Freude eine gefunden, wie ich etwa

eine für die Gewerkschaften oder Kirchen habe. Das interessante ist, daß Sie nehmen können, was Sie wollen: Die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen schlägt nicht in irgendeiner Form durch. Das heißt, ich kann Ihnen Tabellen machen, und Sie sehen immer überall nur dasselbe. Das bedeutet nichts anderes, daß das soziale Umfeld offensichtlich für die Männer wie für die Frauen sich inzwischen in einem Umfang angeglichen hat, daß wir hier derartige Unterschiede nicht mehr sehen können.

Eine völlig andere Frage ist es, ob es Methoden gibt, wie man dann die Ansprache umsetzt. Dazu möchte ich mich gar nicht äußern, das ist nicht meine Kompetenz. Aber der Tatbestand ist, wenn Sie beschreiben sollen nach sozialem Umfeld oder nach simpler Statistik oder nach Zeitgeist, oder was Sie wollen, dann unterscheiden sich die Männer von den Frauen in keinem nennenswerten Umfang mehr, daß es sich lohnt, darauf herumzuhacken, und ich sehe mit Vergnügen das Nicken von Herrn Kaase in diesem Bereich. Das ist der Tatbestand, und davon müssen wir ausgehen.

Echternach: Erstens, wie erklärt sich der Widerspruch zwischen der vorhin hier behaupteten These, daß der Zeitgeist Veränderungen verursacht, auf der einen Seite, und andererseits das völlig gegenläufige Ergebnis der Landtagswahlen zu der Bundestagswahlen.

Zweite Frage: Wie erklärt sich der Widerspruch zwischen der Politik der CDU im sozialen Bereich, die sie tatsächlich betreibt, und ihrem Image? Und der Rentenpolitik, der Vermögenspolitik? Ist das eine Frage des Wissens oder ist das eine Frage des Glaubens? Und wenn man uns nicht glaubt, worauf führen Sie das zurück?

Dritte Frage: Nord-Süd-Gefälle. Sie haben auch daraufhin keine Antwort gegeben. Frau Brauksiepe knüpfte an das Thema unter dem Aspekt der Frauen an. Sie geben nur einen kurzen Hinweis in Ihrer Broschüre.

Vierte Frage: Fernsehwerbung. Gibt es Aussagen über die Resonanz auf die unterschiedliche Fernsehwerbung der Parteien? Welche Bedeutung hat sie?

Kaltefleiter: Frage eins, Herr Echternach, weil Sie vorhin noch nicht da waren, ist identisch mit der ersten Frage, die Herr Hahn stellte, Unterschied zwischen der Bundestagswahl und Landtagswahlen. (*Echternach:* Ist das Widerlegung des Zeitgeistes?) Ja, ich glaube Herr Kaase hat vorhin darauf hingewiesen für die Landtagswahl in Baden-Württemberg, er sprach vom Klima; das Wort Zeitgeist ist von Herrn Langguth als eine Kurzformel in die Diskussion geworfen worden. Wir wollen uns jetzt nicht an dem Begriff festhalten, daß das Klima grundsätzlich auch zur Landtagswahl in Baden-Württemberg pro SPD-Regierung in Bonn war, daß aber dieses Klima nicht durchschlag aufgrund anderer Faktoren. Wenn man sucht nach anderen Faktoren, bietet sich die Tatsache an, daß zu jenem Zeitpunkt die Leute extrem unzufrieden waren mit der wirtschaftlichen Situation. In dem Umfrageband, den ich Ihnen geschickt habe, finden Sie eine Tabelle, ich glaube, sie kommt von EMNID, um mal ein ganz anderes Institut zu zitieren. Es stellt seit Jahren die gleiche Frage, nämlich, wie beurteilen Sie die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten. Diese Zahlen gehen von März 1970, also Ihrer damaligen Bürgerschaftswahl, bis zum April 1972 unter null und dann wieder rüber.

Die zweite Frage scheint auch stark identisch zu sein mit der Frage, die Herr Katzer

vorhin stellte. Meiner Ansicht nach liegt uns hier folgendes vor, ich will es jetzt hier einmal etwas ausführlicher begründen. Wir haben es zunächst zu tun mit einer politischen Meinung bei unserer Bevölkerung, die sich natürlich niederschlägt nicht nur in Wahlkreuzen, sondern auch in Meinungen über die Parteien. Das bedeutet z.B., die SPD gilt als die Partei des kleinen Mannes, als soziale Partei usw. Wenn sich das ändern soll, ist die Voraussetzung dafür, das habe ich an einer Stelle in meinem Papier auch einmal geschrieben, daß sie Informationen aufnehmen, die diesen Meinungen entgegenstehen. Wenn Sie jetzt solche Informationen bekommen, dann ist das eine sozialpsychologische Erkenntnis, daß sie zunächst einmal diese Informationen, die Ihrer Meinung widersprechen, nicht wahrhaben wollen, sie uminterpretieren oder Entschuldigungsgründe finden. Erst wenn diese Informationen in einer Zeitdauer und in einem Umfang auf den Befragten oder auf die Wähler einprasseln, ist er bereit, seine politische Meinung zu ändern, um wieder Konsistenz herzustellen zwischen den Informationen, die er bekommt, und seiner eigenen Meinung. Das gilt besonders für Fragen wie etwa der Rentenwahl, wenn ich im September die Abstimmung mache, dann ist die Zeit zu kurz, daß etwa die Massierung der Informationen eine solche Änderung bringen könnte. (*Unruhe und Diskussion.*) Dann zeigt das eben, daß offensichtlich noch nicht einmal zwei Jahre ausreichen. Und das ist das Problem. Ich glaube, wenn man daraus eine strategische Nutzenanwendung zieht, bedeutet das die Konzentration auf eine Handvoll Themen, bei denen man penetrieren kann, d. h. die Informationen häufen kann, damit eine Änderung des Verhaltens oder der Einstellungen eintritt. (*Zwischenruf.*) 1957 war das Ganze auf der Grundlage eines pro-CDU-Klimas. Ich glaube nicht, daß Sie rückblickend auch für 1957 nachweisen können, daß die Rentenreform X oder Y Prozent gebracht hätte. Damals hatten Sie eine ganz andere Großwetterlage. Da war die Großwetterlage so zugunsten der CDU, wie sie diesmal wahrscheinlich für die SPD war.

Katzer: Ich stimme sehr überein mit Ihrer grundsätzlichen Bemerkung, mit der Sie gesagt haben, diese Leute waren festgelegt und die haben uns einfach nicht geglaubt, daß die Rentensache von uns kommen kann. Das ist erstaunlich unter dem Hinweis, 1957 habe wir es doch auch gemacht. Aber in der Zeit der Großen Koalition haben wir eine negative Rentendiskussion erhalten, weil der Wirtschaftsrat der CDU aufsteht und sagt, das muß jetzt von brutto auf netto umgestellt werden. Das sind doch Zeiträume, wenn Herr Kaltefleiter sagt, das dauert zwei, drei Jahre, dann haben wir da die Mittel, dann können wir machen, was wir wollen.

Kraske: Aber können wir nicht auch sagen, daß generelle Ereignisse eher einer Regierung zugeordnet werden als der Opposition? Das ist ein normaler Assoziationsvorgang.

Kaltefleiter: Ich glaube nicht, daß Sie eine Antwort von mir auf diese beiden Bemerkungen hier erwarten, vielleicht die letzte an Herrn Kraske in gleicher Form wie vorhin an Herrn Stoltenberg, natürlich, das ist ein bekannter Tatbestand.

Ein Wort zum Nord-Süd-Gefälle. Sie sagten, da fehlten Ihnen Angaben in meinen Papieren. Da haben Sie recht oder auch nicht. Ich habe das Wort Nord-Süd-Gefälle an einer Stelle verwendet, aber dann mehr in Anführungsstrichen, weil ich glaube, daß es

eine Vereinfachung darstellt. Wenn ich also einfach von meiner bescheidenen Geographie ausgehe, dann sind Hessen und Rheinland-Pfalz nicht allzu sehr auseinander, und trotzdem klaffen die Wahlergebnisse ziemlich auseinander. Deshalb habe ich versucht, auf Seite 75 ff. fünf Punkte zu formulieren, die beschreiben, was tendenziell einen Wählerwechsel zugunsten der SPD verstärkt hat oder einen Wählerwechsel weg von der CDU verlangsamt hat.

Diese fünf Punkte häufen sich tendenziell im negativen Bereich im Norden und sind tendenziell unterrepräsentiert im Süden. Um es völlig klar zu machen, nicht die Tatsache, daß es Norden oder Süden ist, macht etwas aus. Ich darf die fünf Punkte noch einmal erwähnen. Die Verluste der CDU/CSU sind am geringsten erstens dort, wo sie schon vorher auf einem relativ konsolidierten Bereich war, also nicht Wahlergebnisse hatte, die weit über 50 % lagen, wo eben entsprechend lockerer Wählerstamm war. Ich will sofort sagen, dem widersprechen natürlich Bayern und Baden-Württemberg. Das ist die erste Bedingung. Das ist die Bedingung, die wichtig ist z. B. für Schleswig-Holstein.

Die zweite Bedingung ist, daß der Anteil der katholischen städtischen Bevölkerung relativ niedrig ist, denn dort ist ein relativ hoher Einbruch. Das gilt z. B. für große Bereiche Bayerns, den katholisch städtischen Teil. Aber wo umgekehrt der katholisch ländliche Bereich sehr hoch ist, das gilt wiederum für Bayern, denn dort ist sie noch stabil geblieben.

Drittens: Der Anteil der Beamten und Angestellten ist hoch. Wenn es einen erfreulichen Aspekt für die CDU/CSU an diesem Wahlergebnis gibt, dann ist es, daß der seit 1961 beobachtete Abwärtstrend in den protestantischen urbanisierten Mittelschichten – den Schiller-Wählern – 1972 gestoppt ist und daß genau so der Anstieg der SPD in diesem Bereich 1972 ebenfalls gestoppt ist, während diesmal vor allem die FDP dort angestiegen zu sein scheint. Aber während Sie von 1961, 1965, 1969 fast gleichmäßig runterlaufende Kurven in diesen Gruppen haben, knickt das hier 1972 fast in eine Waagerechte um.

Viertens: Der Anteil der Bevölkerung mit dem hauptsächlichen Lebensunterhalt aus dem berühmten tertiären Sektor hat sich relativ behauptet. Schließlich zum Potential an Splitterparteien, das 1969, insbesondere der NPD, da war: Wo es hoch war, sind die Verluste relativ gering.

Diese fünf Faktoren müssen Sie im Grunde genommen im Zusammenspiel sehen. Sie erklären zu einem großen Teil, noch immer nicht vollständig, regionale Einzelheiten des Wahlergebnisses. Es kommen noch spezifisch regionale Faktoren hinzu. Herr Kaase hat vorhin den Faktor Jungsozialisten genannt. Herr Stoltenberg warf das Wort „München“ dazwischen. Das steht an einer Stelle in dem Bericht auch drin, man kann wahrscheinlich auch hier den Fall Südhessen z. T. hinzu nehmen. Es gibt dann auch einen Faktor, den man nicht unterschätzen soll, obwohl wir den mit solchen Umfragen nicht messen können, das ist nämlich die Wirksamkeit der regionalen Parteiorganisation als ein Faktor der Interessenvermittlung.

Wenn ich vorhin die Frage in bezug auf Frauen nicht beantwortet habe, dann aus dem Grunde, weil man die Frage mit Umfragematerial im Grunde nicht beantworten

kann. Aber daß Parteiorganisation ein ganz wichtiger Faktor ist, das sollte man nicht übersehen. Nur, den zu messen, ist dieses Instrumentarium nicht geeignet. Soweit zum Nord-Süd-Gefälle. Wenn ich darum bitten darf, lassen wir es differenzieren, etwa in der Form, wie ich vorgeschlagen habe. Vielleicht gibt es noch einen sechsten und siebten Punkt. Ich bin gerne bereit, das vorweg zu konzedieren. Aber dann kommen wir dem Phänomen näher, als wenn wir einfach diese vereinfachte regionale Entwicklung sehen. Hamburg liegt bekanntlich im Norden, um das noch hinzuzufügen, und das Wahlergebnis dort ist sehr ordentlich.

Fernsehwerbung, Herr Echternach, war Ihr nächster Punkt, und Fernsehdiskussion. Die Tests haben ergeben, daß die Fernsehspots der CDU/CSU tendenziell besser angekommen sind als die der SPD. Insbesondere sind die ersten Spots der SPD, die den Brandt völlig allein zeigten – ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern – relativ negativ angekommen. Dort fanden Sie Reaktionen wie „müde, verbraucht“. Nachher, wo es eingebettet war in die Interview-Situation mit dem Schluß des fahrenden TEE, wurde die Reaktion besser. Ausgesprochen gut angekommen sind die Fernsehspots von Herrn Erhard, von Herrn Schröder, die von Herrn Barzel in der Diskussion mit Arbeitern und die von Herrn Barzel in der Diskussion mit Frauen. Das sind – wenn ich meine Erinnerung richtig habe – die vier Spitzenreiter wohl gewesen in den Fernsehspots, die wir gemacht haben. Sie kamen durch die Reihe eigentlich alle gut an, einen wirklich negativen gab es nicht, während interessanterweise die Fernsehspots der FDP relativ sehr negativ ankamen. (*Zwischenruf*: CSU-Spots, wie waren die denn?) Nicht sehr positiv. Die Diskussion der Vorsitzenden, da gilt grundsätzlich das, was Herr Kaase vorhin schon einmal gesagt hat. Sie haben es in Ihrem Papier ausgeführt, daß hier unmittelbar vor der Wahl die Verfestigung der Anhängerschaften schon war, daß die Situation im Grunde genommen so war wie beim Fußballspiel, jeder hat gejubelt, wenn seine Mannschaft ein Tor schoß, das war im wesentlichen das Bild. Hier können Sie interessanterweise beobachten, daß über diese Regel hinaus relativ gut abgeschnitten hat offensichtlich Herr Scheel. Das kann man tendenziell sagen. Sehr unterschiedliche Reaktionen beobachten Sie etwa bei Herrn Strauß, hier haben Sie eine extrem positive Reaktion bei den Anhängern, die heben Schlagfertigkeit und so etwas heraus, während Sie bei allen anderen über diesen Fußballjubeleffekt, den ich vorhin skizzierte, hinausgehende kritische Distanzierung haben. Aber das mit aller Vorsicht, eine Woche vor der Wahl. Immerhin muß man sehen, daß diese drei Sendungen vor der Wahl²³ insgesamt von etwa 70 % gesehen worden sind. 40 % haben mehr als eine gesehen, aber es war eben unmittelbar vor der Wahl eigentlich mehr eine Bestätigung von vorhandenen Fronten als ein Aufbrechen.

Kaase: Ich habe dazu nichts hinzuzufügen, vielleicht nur eine Bemerkung. Man muß darauf hinweisen, daß z. B. 1969 Brandt als Exponent der SPD auch bei seinen

23 Die Diskussionsrunden der Parteivorsitzenden fanden am 18. Oktober, 2. November und 15. November 1972 im Fernsehen statt. Vgl. „Neue Rhein-Zeitung“ vom 1. November 1972. Vgl. auch Hans-Jürgen WEISS: Wahlkampf im Fernsehen. Untersuchung zur Rolle der großen Fernsehdebatten im Bundestagswahlkampf 1972. Berlin 1976.

eigenen Wählern mehr umstritten war als Kiesinger bei den CDU/CSU-Wählern. Es handelt sich hier meiner Ansicht nach um ein strukturelles Phänomen und nicht um ein Phänomen, das an eine konkrete Person zu binden ist.

Hasselmann: Ich habe zwei kurze Fragen. Herr Dr. Kaase, Sie sprechen auf Seite 24 und 26 von der FDP, die in die städtischen neuen mittelständischen Bereiche eingedrungen ist, und auf 26 davon, daß sie festen Fuß im städtischen Bildungsbürgertum der Beamten und Angestellten gefaßt habe, wenn auch vorerst leihweise. In einem Flächenstaat wie Niedersachsen interessiert, wie verhält sich diese Aussage zu ländlichem Bereich und ländlichem Raum, insbesondere auch die nicht ungeschickte Politik Ertls bei der Landwirtschaft, die eine Frage. Die zweite: Die CDU in ihrer Kreisebene und die Wahlkampfleitung waren immer beglückt und glaubten, sie hätten den Krieg gewonnen, wenn es gelang, höchste Bundesprominenz in die Säle zu bekommen, die die Großstädte anboten. Verloren wurde aber in den mittleren und kleineren Städten. Meine Frage, inwieweit haben die Großeinsätze der physisch fast Überforderten wählerbewegend gewirkt?

Kaase: Die Beantwortung einer solchen Frage ist exakt natürlich nicht möglich. Meine Interpretation wäre, daß aller Erfahrung nach Wahlveranstaltungen dieser Art im wesentlichen zwei Personengruppen anziehen und zwei Effekte haben. Sie ziehen an die eigenen zur Bestätigung und sie ziehen an die überzeugten Opponenten, ebenfalls zur Bestätigung. Daher meine Antwort, ich würde dem keinen Effekt zubilligen.

Zweite Frage: FDP. Ich stimme in einer Nuance mit der Interpretation von Herrn Kaltefleiter vielleicht nicht ganz überein. Ich glaube, daß die sogenannten Leihwähler der FDP, die die SPD der FDP zur Verfügung gestellt hat, aus dem Bereich kommen, der 1969 im wesentlichen die Zunahme der SPD bewirkt hat. Nun kann man das interpretieren als eine gewisse Abwendung bereits von der SPD, aufgrund z.B. wirtschaftspolitischer, wirtschaftsordnungsmäßiger Vorstellungen. Es gibt auch eine andere Interpretation, die man zumindest komplementär im Auge behalten sollte. Wenn man das Stimmensplitting untersucht, dann stellt man fest, daß in Universitätsstädten das Stimmensplitting ganz besonders intensiv war. Das heißt, man kann hier sehr wohl zu der Schlußfolgerung kommen, daß zum Stimmensplitting auch ein bestimmter Informationsstand gehört, eine bestimmte Fähigkeit zum taktischen Denken, die sich ganz klar im Sinne von Regierungsstabilisierung ausgewirkt hat. Die Frage, die ich mir selber stelle, die ich im Augenblick nicht beantworten kann, und darauf bezieht sich auch meine kurze Bemerkung, ist einfach die, ob es der FDP nicht gelingen wird, diesen Teil der Bevölkerung zu behalten. Denn die Analysen von der Fluktuation von 1969 auf 1972 haben ein interessantes Phänomen gezeigt: Die FDP hat nicht so viele ihrer Wähler von 1969 verloren, wie man das aufgrund des sozialen Standortes und der politischen Umdefinition der Rolle der FDP hätte erwarten können. Es ist der FDP gelungen, einen Teil ihrer Wähler von 1969, einen größeren Teil als man hätte denken können, mit hinüberzunehmen. Die Landwirte hat die FDP, soweit man das sehen kann, nicht behalten. Die Landwirte sind eindeutig zur CDU gegangen. Es gibt keine Gruppierung mit einem höheren CDU-Anteil als die katholischen Landwirte.

Lorenz: Ich möchte nicht nur die Frage stellen, welche Sachaussage und Zielvor-

stellung eine Partei der Öffentlichkeit vorstellt, sondern wie sie sich bei der praktischen Politik zur Durchsetzung dieser Ziele verhält, welchen Einfluß das auf Wähler hat. Landauf, landab höre ich in der Diskussion immer, wenn man die guten Landtagswahlergebnisse mit der relativ schlechten Bundestagswahl vergleicht, es ist ja ganz klar, wir haben praktisch bis einschließlich zur Wahl in Baden-Württemberg Ziele vertreten, die vielleicht von manchen nicht gebilligt worden sind. Aber wir haben sie konsequent, geschlossen und unumstritten vertreten. Wir erweckten den Eindruck von außen, als ob wir völlig einig und selbst überzeugt waren von dem, was wir vertraten, insbesondere in der Ost- und Deutschlandpolitik. Und nach Baden-Württemberg kam dann zunächst das konstruktive Mißtrauensvotum, da waren manche dann vielleicht der Meinung, man sollte das gegen Herrn Brandt nicht tun, aber da konnte man immer noch sagen, das ist also die feste Überzeugung dieser Parteigruppierung, die müssen mit allen Mitteln versuchen, ihre Politik durchzusetzen. Und dann kommt der große Knick und eine Riesendiskussion in der CDU/CSU nach der Enthaltung, ist das eigentlich alles richtig, was wir bisher mit Überzeugung vertreten haben, oder weiß jetzt diese Partei nicht mehr, was sie will. Da sagen viele, das war ein entscheidender Grund für eine ganze Reihe von Wählern, die vorher bereit waren, sie zu wählen, nun aber nicht mehr bereit waren, sie zu wählen, weil sie sagten, die Partei weiß ja in Wahrheit nicht mehr, was sie will. Sie hat Führungsschwäche, sie ist in sich uneinig oder so etwas.

Nun hören wir aber hier in der Diskussion, daß schon vorher eine SPD-Präferenz dagewesen sei in Baden-Württemberg, die nur überlagert worden ist durch überdimensionale wirtschaftliche Unzufriedenheit, so daß man eigentlich den Eindruck haben müßte, als ob die ganze Frage vom konstruktiven Mißtrauensvotum bis zur Wahl eigentlich auf das Wählerverhalten so gut wie überhaupt keinen Eindruck gemacht hat, abgesehen von einer allgemeinen tendenziellen Abneigung gegenüber der Ostpolitik der CDU, die aber auch schon vorher vorhanden war. Da bitte ich doch noch einmal um Aufklärung.

Zweite Frage. Was hat denn eigentlich dieses Plakat der SPD „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“ bewirkt? Natürlich kann man sagen, es fällt in die emotionalen Wählerschichten. Aber wir hören doch eigentlich immer, daß nationale Argumentationen in Deutschland eigentlich kaum noch eine Rolle spielen sollen, vielleicht bei Älteren, die mehr zu uns tendieren, aber bei Jungen eigentlich gar nicht. Wie ist es denn nun eigentlich zu erklären, daß die SPD offenbar doch mit gutem Erfolg sich dieses Plakat zugelegt hat, was ja für sie ganz untypisch ist, wenn man es mal vergleicht mit früheren Wahlgängen. Es wäre eigentlich typischer für uns, jedenfalls solange wir an der Regierung waren. Wir haben es uns bloß nicht getraut, so eine Aussage zu machen. Wie kommt es eigentlich, daß offenbar nationale Töne heute in Deutschland doch nicht ihre Wirkung verfehlen?

Kaase: Noch mal zu den Unterschieden zwischen Landtagswahlen und Bundestagswahlen. Herr Kaltefleiter hat, wir beziehen uns jetzt auf die konkrete Periode zwischen 1969 und 1972, einen wesentlichen Punkt genannt, die wirtschaftliche Unzufriedenheit. Mir scheint dies nicht der einzige Punkt zu sein. Es ist klar, es macht einen Unterschied, ob eine Partei an der Regierung ist oder nicht. Diese Regierungshandeln-

Prämie drückt sich natürlich in den Wahlergebnissen aus. Es gibt ja eine ganze Reihe von Bundesländern, in denen die CDU die Regierung bildet. Dazu kommt eine Einschätzung eines inadäquaten Handelns der Bundesregierung. Beides hat zu relativ guten Ergebnissen in den Ländern geführt. Natürlich muß man hier außerdem noch berücksichtigen, daß z. T. ja die CDU die NPd mitaufgenommen hat. Eine Entwicklung, die vielleicht manche nicht gerne hören, die ich vom systematischen Gesichtspunkt her für außerordentlich wünschenswert halte, weil diese Leute damit zurückgebracht worden sind in das politische System. Das zu diesem Punkt.

Der größere Punkt von Ihnen, politischer Stil. Ich stimme Herrn Kaltefleiter zu, wenn er sagt, ob die CDU sich enthalten hat im Bundestag, bei den Verträgen, oder ob sie dagegen gestimmt hätte, hätte im Grunde keinen großen Unterschied gemacht. Ich glaube, es ist in dem Sinne verstanden worden als eine Ablehnung, und dieses ist der CDU überwiegend angekreidet worden. Es ist ihr angekreidet worden, weil in der Bevölkerung die Stimmung eher zugunsten des Abschlusses der Ostverträge war. Das Mißtrauensvotum ist eine andere Sache. Ich habe in meinem Papier geschrieben, ich habe keine Daten, die mir zeigen, wie sich das konkret ausgewirkt hat. Ich bin eingestiegen mit dem Material im Oktober. Aber, ich muß es noch einmal sagen, Sie können sich auf den Tabellen ja selber davon überzeugen, die CDU, die Opposition, hat zu keiner Zeit, zu der wir Daten vorliegen haben in der Bundesrepublik, bei der Frage Sympatieeinschätzung so schlecht gelegen wie im Oktober, November 1972. Es reicht nicht aus, es zu erklären mit der Übernahme der Oppositionsrolle. Ich habe die Interpretation angeboten, daß es in der Tat eine Komponente gibt, die man genauer untersuchen müßte, die man zusammenfassen könnte unter dem Begriff des politischen Stils und auch der politischen Glaubwürdigkeit. Ich bin der sicheren Überzeugung, daß, wenn man das im Detail untersuchen würde, man herausfinden würde, daß hier eine Glaubwürdigkeitslücke für die CDU/CSU vorhanden ist. Abgesehen davon darf man nicht vergessen, daß vom Oppositionsverständnis her, so wie es in der deutschen Bevölkerung ausgeprägt ist, Konfrontationsopposition sich nicht auszahlt. Die deutsche Bevölkerung erwartet – eigentlich im Unverständnis der wirklichen Funktion – Kooperation denn Konfrontation. In dem Sinne wird man immer als Opposition in dem Dilemma stehen, was soll man eigentlich tun, wie soll man sich selber verdeutlichen? Aus dem Dilemma kann man nicht sehr leicht herauskommen.

Nichtsdestoweniger hat die Bevölkerung das Mißtrauensvotum empfunden als einen nicht systemgerechten Eingriff, als eine Korrektur der Situation von 1969, die nicht legitimiert war. Das ist eine Entscheidung, die vom Wähler nicht verstanden worden ist, soweit man das sehen kann. Die Trendanalysen, die vorliegen, zeigen ja, daß ein erheblicher Einbruch der Sympathie bei der CDU zu dem Zeitpunkt stattgefunden hat.

Kaltefleiter: Eine kurze Ergänzung noch dazu, ich bin eigentlich in der Substanz völlig der Ansicht von Herrn Kaase. Wenn wir diese Landtagswahlen uns anschauen, müssen wir zwei Dinge noch berücksichtigen: Zum ersten haben wir diesen durchschlagenden Wirtschaftsfaktor, über den haben wir gesprochen. Es kommt dann hinzu, daß eine Reihe von Ereignissen wie Mißtrauensvotum und all dem, was damit zusam-

menhängt, hier verstärkt wirken. Aber zu diesem Thema bundespolitisches Klima zugunsten der SPD, gibt es eine Nachwahluntersuchung von Baden-Württemberg, die zu dem Ergebnis kam, rückblickend auf das Landtagswahlergebnis vom 23. April, daß, wenn am gleichen Tag in Baden-Württemberg bundespolitisch gewählt worden wäre, es ein wesentlich ungünstigeres Wahlergebnis für die CDU/CSU gegeben hätte.

Das, was Sie gerade sagten, Herr Lorenz, die Sache mit der unklaren Führung, das kann man gerade nicht sagen. Denn ich bitte Sie, hier einen Blick in die Tabelle 12 auf Seite 36 zu werfen. Was Sie vor sich haben, ist eine komplizierte Tabelle. Dort haben Sie insgesamt 38 verschiedene politische Aufgaben und ihr Abklopfen daraufhin, welche Partei was leisten kann. In der letzten Spalte ist zur Vereinfachung des Lesens die Differenz zwischen CDU und SPD aufgeführt, und das Kennzeichen dieser Spalte ist, daß Sie überall negative Vorzeichen haben. Unter der Handvoll Punkte, wo Sie ein positives Vorzeichen haben, d. h., wo die CDU/CSU positiver eingeschätzt wurde als die SPD, finden Sie, Numero 16 „Für eine Regierung sorgen, die entschieden und entschlossen handelt“, einen Vorsprung der CDU/CSU von 8,8 %, nach diesem Mai-Verhalten, und Punkt Nummer 17 „Für eine starke politische Führung sorgen“, plus 10,1 %. Das heißt, wie immer man diese Periode April, Mai negativ bewerten mag auf die Imagekomponente der CDU und ihre Führungskraft, das wird durch das Material widerlegt.

Was dann die Oppositionsbewertung betrifft, die noch nie so schlecht war: Hier ist ein Punkt, wo ich mit Herrn Kaase nicht ganz einig bin. Und zwar ist Ihr Vergleichsmaßstab hier das Jahr 1961, weil das der Zeitpunkt ist, wo wir die frühesten Daten haben. Aber die SPD war seit 1949 in der Opposition, d. h., wenn man die Oppositionseinstufung des Jahres 1972, drei Jahre Oppositionszeit der CDU, vergleichen will, dann kann man nicht hinzunehmen die SPD nach zehn Jahren Opposition, sondern dann müßte man Ziffern aus den Jahren 1952, 1953 haben, die haben wir nicht. Der Tatbestand einer sehr negativen Einschätzung bleibt. Ich glaube nur, wir sollten diesen Vergleichsmaßstab mitberücksichtigen.

Letzter Punkt: „Deutsche, Ihr könnt stolz sein auf Euer Land.“ Die Testergebnisse sind hier nicht übermäßig positiv, aber es paßt exakt rein in die allgemeine Sympathie. Hier müssen wir natürlich eines sehen: Die politische Werbung unterscheidet sich von der kommerziellen Werbung dadurch, daß sie mehrgleisig ist. Sie kleben ein Plakat für ein Waschmittel, und niemand schert sich drum, vielleicht derjenige, der es klebt und vielleicht derjenige, der das Waschmittel kauft. Aber eine werbliche Aussage einer politischen Partei ist in den Kommunikationsprozeß so eingeschaltet, daß sie von der veröffentlichten Meinung beurteilt wird. Aufgrund von Eigenarten in unserer überlieferten politischen Kultur, um es mal sehr vorsichtig auszudrücken, ist die Situation der veröffentlichten Meinung so, daß ein Ansprechen der jeweils konservativen Parteien – das gilt übrigens nicht nur für Deutschland, das gilt in ähnlicher Form für Italien und für Japan – zu sehr negativen Reaktionen der öffentlichen Meinung oder der veröffentlichten Meinung führt, dagegen können sogenannte sozialistische, sozialdemokratische oder sonstige Parteien dies straflos aufnehmen, um damit eine Interessenidentifikation herzustellen. Wenn Sie wollen, ist das ein spezifisches Produkt einer

politisch-historischen Entwicklung in diesen drei genannten Ländern; das gilt für England nicht und das gilt auch für die skandinavischen Länder nicht.

Katzer: Herr Kaltefleiter, zu dieser letzten Bemerkung zu den Ziffern 16, 17 in der Tabelle, die Sie hier angesprochen haben „Führen, stärker oder schwächer“. Es gibt vom Springer-Dienst noch eine Meldung, wonach es heißt, „Barzel kostet die Partei 4 % der Wähler.“ Meine Frage, a) das würde ein Widerspruch sein zu der Feststellung, die Sie gerade vorher getroffen haben, und b) gibt es ähnliche Vergleiche für die anderen Mitglieder der Führungsmannschaft, z. B. für Strauß, für den Kollegen Schröder. Wenn wir das analysieren wollten, müßte man dies miteinbeziehen.

Kaltefleiter: Ich darf das kurz beantworten: Herr Kaase hat vorhin in einem anderen Zusammenhang schon einmal darauf hingewiesen, daß, wenn man etwa die Einschätzung von Herrn Kiesinger aus dem Jahre 1969 nimmt und die von Herrn Brandt, war auch dort die Situation, daß der jeweilige Bundeskanzler von seinen eigenen Anhängern und von den Anhängern der anderen Partei häufig positiv eingeschätzt wird, während das für den Oppositionsführer umgekehrt nicht gilt. Herr Kaase sprach davon, daß das ein Strukturproblem war und nicht ein Personalproblem. Das trifft meines Erachtens exakt den Tatbestand. Die Situation haben wir auch dieses Mal gehabt. Diese Ausführungen hat Frau Noelle-Neumann in ihrem Papier niedergelegt. Ich habe das einmal nachgerechnet mit unseren Daten und komme zu folgendem Ergebnis: In der Tat gibt es entsprechend diesem Strukturgesetz für die Vorwahlperiode eine Gruppe von Wählern, die eine Wahlpräferenz für die CDU und zugleich eine relative Präferenz für Herrn Brandt äußern, aber die zugleich auch eine relative Präferenz äußern – noch stärker als für die anderen – für die Ostpolitik und für die SPD. Jetzt stehen wir vor dem methodisch unlösbaren Problem, ob dieser Wechsel nun eine Personalfrage ist, eine Parteifrage oder eine Issue-Frage. Mir scheint es völlig sinnlos, das auseinanderzudifferenzieren, wenn ich das so offen sagen darf, denn die Aussagen einer Partei, ihre Programmatik und ihr politisches Führungspersonal kann man nicht in der Retorte auseinanderrechnen. Das ist eines, und das wirkt zusammen. Aber eine Zuordnung, so auf 1,235 % sind Zeitgeist, 1,876 % sind Mißtrauensvotum, und 1,2 sound-soviel Prozent ist das, das ist methodisch nicht möglich.

Katzer: Gibt es denn diese Zahlen für andere Persönlichkeiten auch?

Kaltefleiter: Sie können bestenfalls folgendes machen, Sie können beobachten, ob die generelle Einschätzung der Person positiver oder negativer ist. Natürlich ist bekannt, daß bei Ihnen, bei Herrn Schröder, bei Herrn Stoltenberg und den meisten anderen auch das Bild auch im gegnerischen Bereich relativ positiv ist, während die Situation des CSU-Vorsitzenden ist, daß er gerade im gegnerischen Bereich extrem negativ eingeschätzt wird, während seine Einschätzung bei den starken eigenen Anhängern extrem positiv ist. Das ist ein Bild, das wir seit langem kennen, keiner ist mehr in der Lage, Anhänger zu begeistern wie der CSU-Vorsitzende, aber keiner ist auch mehr geeignet, Schwankende abzustößen wie der CSU-Vorsitzende. Während für die anderen genannten Herren das definitiv anders aussieht.

Kaase: Ich kann nur hinzufügen, ein Ergebnis einer Analyse – das ist in Köln gemacht worden, mit Kölner Kollegen – ist, daß der Einfluß des Kandidaten, wenn man

zusammennimmt Sympathie und Einstellung zur Fähigkeit der Lösung politischer Fragen, mit Abstand der geringste Einfluß ist für die Wahlentscheidung. Das ist methodologisch natürlich etwas problematisch, ich will das hier nicht vertiefen.

Kaltfleiter: Es gibt da natürlich Ausnahmen. Wenn Sie die amerikanische Präsidentschaftswahl von diesem November nehmen, ist der Personalfaktor wahrscheinlich wesentlich stärker, deshalb kann man es nicht verallgemeinern.

Hahn: Ich muß auf meine Anfangsfrage zurückkommen, die ja immer wieder gestellt worden ist, das ist nämlich das Auseinanderklaffen der Landtagswahl und der Bundestagswahl. Ich habe die Empfindung, daß diese Frage doch nicht voll befriedigend beantwortet ist. So sicher die Argumente, die Sie vorgebracht haben, Gewicht haben, so möchte ich doch meinen, daß z. B. ja gerade die Jungwähler und die Frauen auf das wirtschaftliche Argument am allerwenigsten reagiert haben, also das erklärt es nicht voll.

Ein zweites Moment: Es zeigt sich, daß Jungwähler sich bei Bundestagswahlen viel stärker aktivieren lassen als bei Landtagswahlen. Für die zukünftigen Landtagswahlen und Bundestagswahlen ist das doch ein Phänomen, über das wir nicht so ganz schnell hinweg gehen können. Erlauben Sie mir drei Feststellungen, die mir von politischer Wichtigkeit zu sein scheinen, zu machen.

Das erste ist dieses, daß offenbar der Föderalismus uns hilft und daß wir in folgedessen den Föderalismus, weil offenbar die Themen im Föderalismus sich günstiger für die CDU auswirken, als die Bundesthemen, die hier in einer Bundestagswahl gegeben sind, stärker nutzen. Die Voraussetzungen sind hier günstig, in folgedessen würde ich daraus schließen, die CDU hat ein Interesse, den Föderalismus nicht abzubauen, sondern Föderalismus aufrechtzuerhalten. Ganz abgesehen von der Frage, was nun zweckmäßig ist, aber jetzt rein unter parteitaktischen Gesichtspunkten, scheint mir das wichtig zu sein.

Das zweite, was mir mindestens ebenso wichtig für unsere politische Moral zu sein scheint, ist, daß sich doch zeigt, daß keineswegs unabänderliche Trends da sind. Das ist dasjenige, was immer wieder aus den Untersuchungen sozusagen herausspringt, es geht ja jetzt doch alles zuungunsten der CDU, und es läuft ja doch alles nach der anderen Richtung, in folgedessen kann man ja eigentlich gar nichts dagegen machen. Nein, es ist keineswegs so, sondern hier ist eine ganz gesunde Mischung zwischen Trends und zwischen unmittelbaren aktuellen Fakten da. Und dabei spielt natürlich die Personenfrage eine große Rolle. Der Friedensnobelpreisträger wirkt sehr unterschwellig nur mit, aber wirkt gerade bei den Frauen außerordentlich, sicher auch bei den nicht aktivierten Jugendlichen, die erst im letzten Augenblick aktiviert werden mit. Das wäre ein weiteres.

Und schließlich noch eines: Ganz ohne Frage spielt der problematische Begriff Zeitgeist eine große Rolle. Aber der Zeitgeist, der im Augenblick nicht nur auf Deutschland begrenzt ist, ist auch nicht etwas für alle Zeiten Unabänderliches. Er ist zwar ein Wind, der weht, aber auch der Zeitgeist, das haben wir Älteren immer wieder erlebt, schlägt von Zeit zu Zeit um. Also ich möchte daraus doch eine etwas positivere Note herausgewinnen für unsere politischen Entscheidungen, als sie da entsteht, wo

wir meinen, im wesentlichen den Trends ausgeliefert zu sein und infolgedessen nichts anderes tun zu können.

Barzel: Ich danke für diesen Abschluß der Diskussion, Herr Kollege Hahn. Ich habe die Rednerliste geschlossen, aber Herr Stingl hat sich eben noch gemeldet.

Stingl: Sie haben doch mehrfach gesagt, daß die Anzeigenkampagne negativ gewirkt hat, das möchte ich auch bestätigen. Ich bin diesmal in diesem Wahlkampf ja weniger beeinflußt gewesen von Wahlversammlungen, weil ich keine gehalten habe. Mich würde interessieren, wie Sie das plötzliche Auftauchen der Umsiedler aus der Sowjetunion einschätzen. Knapp vor den Wahlen sind plötzlich Zahlen von über 100.000 angegeben worden, und es hieß, das ist doch großartig, das bringt Leute, das paßt genau in den Grundvertrag hinein.

Kaase: Ich kann dazu nichts sagen.

Kaltfleiter: Zu dieser Bemerkung von Herrn Stingl muß ich leider auch passen, dieses Phänomen kreuzt bei uns nirgendwo auf. Ich vermute, daß, wo es wahrgenommen worden ist, es eingegangen ist in das allgemeine positive Image der Ostpolitik.

Aber noch zwei Sätze zu dem, was Herr Hahn gerade sagte. Ich glaube, mit der Differenz Jungwähler sind wir uns einig. Sie haben rekapituliert, was wir vorhin gesagt haben. Zu Ihrer Föderalismusthese gestatten Sie mir eine kleine Nuancierung. Wenn Sie die These so formulieren, dann in zwei Variationen. Erstens, der Föderalismus hilft nicht uns, sondern er hilft tendenziell der Opposition, das gilt aber auch nicht uneingeschränkt. Der normale Zyklus an Zustimmung zu einer Regierung verläuft wie folgt: Unmittelbar nach einer Wahl, insbesondere wenn sie zum erstenmal gebildet wird, geht die Zustimmung hoch, sackt dann während der Legislaturperiode ab und geht zur nächsten Wahl wieder hoch. Das ist der normale Zustimmungszyklus zu einer Bundesregierung. Das bedeutet zugleich, daß, wenn Landtagswahlen stattfinden immer in der Talsohle der Zustimmung zur Bundesregierung, das bedeutet, daß sie tendenziell der Opposition nützen. Das können Sie für die Perioden, solange die CDU die Regierung bildete, tendenziell beobachten. Aber es gibt eine Ausnahme. Die Ausnahme besteht dann, wenn eine Regierung auf relativ schwacher Grundlage gebildet wird, und es ihr gelingt, in dieser Legislaturperiode einen deutlichen Zug nach oben zu machen. Das ist z. B. die Periode 1953 bis 1957. Da gilt diese Regel nämlich nicht. Die Landtagswahlen 1953 bis 1957 waren z. T. sehr günstig für die CDU/CSU. Da gilt die Regel nicht, Föderalismus ist zugunsten der Opposition. Aber das ist wahrscheinlich mehr eine Ausnahmesituation, sonst, würde ich sagen, ist Föderalismus generell ein Positivum für die Opposition. Ihrer Formulierung von den unterschiedlichen unabhängigen Trends kann man nur zustimmen. Ich darf hier wiederholen, was ich anfangs sagte auf die Bemerkung des Zeitgeistes von Herrn Langguth, es ist Aufgabe der politischen Führung, hier die zukünftigen Normenstrukturen zu definieren, zu führen, nicht die Sache der Demoskopie. Die kann das mit Sicherheit nicht, genauso wie sie andere Entscheidungen nicht abhemen kann. Sie kann den Aktionsrahmen erläutern, nicht mehr.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich glaube, ich darf für uns alle unseren beiden, wie soll ich sagen, Gutachtern sehr herzlich danken für die Diskussion, der sie sich gestellt haben.

Wir werden jetzt eine Mittagspause machen von einer knappen Stunde. Draußen stehen eine Menge Journalisten. Ich glaube, daß wir alle wissen, daß Indiskretionen uns jetzt nicht helfen, positive natürlich, sehr sachliche.

Unterbrechung der Sitzung zum Mittagessen.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich möchte gerne fortfahren. Darf ich, bevor ich die Debatte eröffne, eine Bemerkung zu dem möglichen Ablauf machen? Jetzt haben wir den Nachmittag für uns und unter uns. Vielleicht können wir alle die Dinge, die im engeren Sinne organisatorische sind oder gar technisch sind, morgen machen, dann vielleicht wieder in Gegenwart unserer Mitarbeiter, das müssen die ja hören. Das soll nicht hindern, daß wir nicht jetzt, in der politischen Aussprache schon das einbeziehen, was hier also auch an Organisation und technischen Vorschlägen zu machen ist, daß wir aber vielleicht doch die Diskussion mehr auf die Politik nach vorne richten und den organisatorischen Bereich auf morgen früh verschieben, damit wir jetzt wirklich die Zeit nutzen, wo wir unter uns sind, zu einem ganz offenen und, wie ich hoffe – bei allen Meinungsverschiedenheiten – freundschaftlichen Gespräch kommen. – Als erster hat der Kollege Kohl ums Wort gebeten.

Kohl: Meine Damen und Herren, was wir heute früh machten, war ganz gewiß wichtig und auch nützlich. Ich will das nicht für jedes Detail sagen, aber warum soll man nicht in einer solchen Situation sehr breit und sehr intensiv die Diskussion führen? Ich glaube, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß an diese Sitzung von heute, an die Sitzung des Bundesvorstands, eine wichtige Erwartung geknüpft wird. Wie immer der einzelne seine Position haben mag, in dem, was hier zu diskutieren ist, ist es wichtig, daß diese Erwartung, die die Partei und ein breiter Teil unserer Öffentlichkeit haben, von diesen Führungsorganen wahrgenommen wird. Bei all dem, was zu sagen ist zum Thema verlorene Wahl, sollte man nicht vergessen, daß 45 % der Wähler CDU/CSU gewählt haben und daß hier ein Erwartungshorizont besteht, dem wir schon im nächsten Frühjahr in Niedersachsen und dann – mit Ausnahme von Baden-Württemberg –, vor der nächsten Bundestagswahl in allen Wahlen entsprechen müssen.

Das zweite, was zu sagen ist, ist, daß ich finde, wir sollten uns gegenseitig abnehmen, daß jeder, der hier spricht, aus der Verantwortung für diese Partei, die unsere gemeinsame politische Heimat ist, spricht und denkt und handelt und daß wir keine Motivation welcher Art auch immer womöglich gegenseitig unterstellen, die in dieser Situation sicherlich falsch wäre. Das ist vor allem deswegen so wichtig, weil dies die Grundvoraussetzung eines offenen Gesprächs ist. Der Ausgangspunkt muß sein, daß wir natürlich auch nichts beschönigen. Dies, was wir heute hier tun, ist keine Einführung in eine Seminarstunde für eine Rechtfertigungsideologie, sondern ist eine Veranstaltung, in der ein Führungsorgan einer der ganz großen deutschen Parteien – die Formulierung fällt mir schon schwer, nicht mehr sagen zu können, der stärksten deutschen Partei – Bilanz zieht. Die Bilanz muß so aussehen, daß wir a) zugeben und erkennen, daß wir die Wahl verloren haben, und zum zweiten, was vielleicht per saldo fast noch schmerzlicher ist, daß wir auf dem zweiten Platz eingelaufen sind, was viele

psychologische Rückwirkungen für uns beinhaltet. Ich bin mit allem einverstanden und auch mit dem, was der Parteivorsitzende zu Beginn zu diesem Punkt sagte, wenn wir das, was wir tun, aus einer selbstverständlichen Solidarität tun. Wobei Solidarität, das ist das gleiche wie Freundschaft, nur dann funktionieren kann, wenn man dort, wo es am Platze ist, auch untereinander Offenheit gebraucht und Dinge ausspricht, die ausgesprochen werden müssen.

Ich habe den Eindruck, und ich möchte an diesem Punkte, wenn ich es richtig verstanden habe, Herrn Barzel ausdrücklich zustimmen, daß die Partei in all ihren Bereichen von Saarbrücken bis zur Wahl, auch noch nach der Wahl, ein hohes Maß an Solidarität beinhaltet und gelebt hat. Das ist eine unübersehbare Tatsache, daß es am kämpferischen Moment und am solidarischen Moment nicht lag. Um so mehr, Herr Barzel, und das sage ich hier ganz klar und deutlich, war ich bestürzt, daß Sie das Wort Heckenschützen im Nachgang zu dieser Wahl in die Diskussion eingeführt haben, in einer Art, die der Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht angemessen war. Wenn ich es recht sehe und da Sie ausdrücklich, ohne daß ich Sie danach gefragt habe, im Präsidium erklärt haben, ich sei damit überhaupt nicht gemeint, kann ich um so leichter über diese Sache ohne jede Emotion sprechen.

Ich glaube, wir sollten das, was jetzt diskutiert wird, auch im personellen Bereich, nicht in der Form versuchen zu überspielen, daß man sagt, der, der eine andere Meinung hat, der ist möglicherweise nicht solidarisch und ist ein Heckenschütze. Im europäischen Parteiensystem sind die italienischen Christdemokraten führend in diesem Bereich, und unter Heckenschützen gibt es einen ganz bestimmten Typus von Leuten, nämlich die, die im Felde der geheimen Abstimmung den jeweiligen Kandidaten der eigenen Sache abschießen und ihn schlecht machen. Ich glaube, wir brauchen hier nicht darüber zu reden, daß dies nicht unser Stil sein kann. Aber wir haben in der Tat sicherlich in den letzten Jahren gelegentlich zu wenig offen darüber geredet, daß, wenn wir in personellen Bereichen unzufrieden waren, wir zu Veränderungen kommen sollten. Wir haben natürlich einen Mangel an Solidarität nicht jetzt zu beklagen, wenn er zu beklagen ist, dann in der Vergangenheit. Hier gleich neben mir sitzt Ludwig Erhard, ich brauche den Namen nur auszusprechen, und da weiß jeder, der hier im Raume ist, genau, was damit gemeint ist. Wir müssen also fragen, was soll das, wenn wir jetzt die Diskussion ohne Not damit belasten? Dies ist eine Sache, von der ich hoffe, daß sie heute oder morgen endgültig aus unserer Diskussion ausgeräumt und verbannt werden kann.

Die Gründe für die Niederlage sind in einer Reihe von sehr klugen Analysen, die heute hier vorgelegt wurden, zusammengefaßt. Trotz dieses demoskopischen Hearings ist der Einzelne notwendigerweise gezwungen, seine eigene Conclusio zu ziehen. Er ist in diesem Hearing sicherlich in vielen Punkten klüger geworden, aber es entbindet ihn – und das ist ja das Wesen von Demoskopie – nicht, seine eigenen Entscheidungen zu treffen und seine eigenen Vorstellungen anzusprechen. Für mich ist ganz klar, daß das zentrale Problem unserer Wahlniederlage neben den langfristigen Wirkungen, auf die ich noch zu sprechen kommen will, war, daß die CDU entscheidend an Glaubwürdigkeit verloren hat. Es ist gar keine Frage, daß in diesem Zusammenhang die Vorgänge

um die Ostpolitik eine ganz wichtige und entscheidende Rolle gespielt haben, und daß wir darüber nachdenken müssen, auch wenn das dem heute mehrmals zitierten Zeitgeist zunächst entgegenzustehen scheint, daß wir unter allen Umständen das, was richtig ist, versuchen zu tun. Wir kommen gleich in der aktuellen Politik der nächsten Monate wiederum auf solche Fragen, denken Sie an den Grundvertrag, denken Sie an unsere Haltung zur Rentenrücknahmeregelung der jetzigen Bundestagsmehrheit und der möglichen verfassungspolitischen Konsequenzen.

Ich bin überhaupt nicht zufrieden mit der Auskunft, die hier z. T. gegeben wurde für den personellen Bereich. Meine Damen und Herren, ich sage das hier ganz hart, eine Auskunft, wie sie heute früh hier z. T. gegeben wurde, wird in der deutschen Öffentlichkeit schallende Heiterkeit erwecken, daß Wahlen nicht einen entscheidenden personellen Bezug haben. Das ist hier zumindest andeutungsweise so gesagt worden, und dies ist schlicht und einfach falsch. Man muß nicht hinausgehen in die Wählerschaft und in die Mitgliedschaft der Partei, man muß nur ganz einfach unter den Leuten leben, um das zu wissen. Es ist gar keine Frage, und dies ist meine Conclusio – jeder hier kann eine andere ziehen –, daß an diesem Punkt die Saarbrücker Antwort, die wir gegeben haben, eben in dieser Wahlentscheidung vom Wähler als nicht ausreichend betrachtet wurde. Wir haben ganz gewiß die Frage heute neu zu stellen. Die Mehrheit in Saarbrücken hat entschieden, dies ist zu respektieren. Ich halte gar nichts davon, jetzt nachzukarten unter der Perspektive, wer ist schuldig, sondern ich bin dafür, daß man hier eine Betrachtung anstellt, etwas salopp ausgedrückt, daß das Schnee von gestern ist. Aber hier geht es jetzt darum, den Bezug für die Zukunft zu finden. Ich glaube, und das will ich hier klar sagen, daß deutlich geworden ist, daß die Politik „alles in einer Hand“, die drei wichtigsten Ämter in einer Hand, den Vorsitz der Bundestagsfraktion, den Vorsitz der Partei und den Kanzlerkandidaten, sich nicht ausgezahlt hat. Ich rate konkret dazu, bei den Überlegungen, die wir jetzt anzustellen haben, das letzte der drei Ämter im Augenblick nicht in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen, denn nach menschlichem Ermessen ist die CDU/CSU nicht berufen, einen Kanzlerkandidaten für die jetzige Legislaturperiode zu suchen. Wir sollten uns das gegenwärtig gar nicht so arg schwer machen. Ich glaube, das wird zu einem gegebenen Zeitpunkt zu entscheiden sein.

Was jetzt zu entscheiden ist in einer nahen Zukunft auf einem Parteitag, über den wir hier noch zu reden haben, ist die Frage des Parteivorsitzenden für die Legislaturperiode der Partei von 1973 bis 1975, nicht mehr und nicht weniger. Und ich möchte hier klar und entschieden sagen, daß ich für eine Trennung der Ämter zwischen dem Fraktionsvorsitzenden und dem Parteivorsitzenden bin, und zwar genau aus den Gründen, die das Ergebnis der Wahl mir als mehr oder minder schlüssig aufweist, nämlich daß die CDU eine langfristige Strategie – hier scheint eine völlige Übereinstimmung sogar zu herrschen an diesem Punkte – einzuleiten hat, was sie zu tun hat, wenn ich an die Ausarbeitung von Christian Schwarz-Schilling denke und das, was vor Zeiten vom RCDS von Langguth gekommen ist. Das sind Dinge, die in der Gesamtpartei zu passieren haben. Ich beziehe mich ausdrücklich auf das, was Konrad Kraske zum Schluß dazu gesagt hat.

Wir haben sicherlich Grund zu überlegen, daß diese Niederlage kurz- und langfristige Gründe hatte. Bei den kurzfristigen Gründen kann man sicherlich tagelang verweilen. Ich glaube nicht, daß es sehr sinnvoll ist, jetzt noch im Detail drüber nachzudenken, ob die Plakate an dem Punkte oder an jenem Punkte richtig waren, das ist eine Frage, die wird strittig bleiben und bringt uns auch nicht weiter. Weiter bringt uns, wenn wir eine langfristige Überlegung anstellen, wie es kam, daß die CDU trotz der 45 %, wie ich ausdrücklich rühmend hervorheben will, so geschlagen wurde. Wer aus dieser Demoskopie von heute früh und ihrer Interpretation womöglich den Eindruck ziehen sollte, daß das Fatum ist, wenn man eine Wahl verliert und daß es keine Gründe dafür gibt, dem möchte ich wenigstens sagen, daß ich dieser Meinung nicht bin, andere mögen hier andere Meinungen haben. Ich bin der Meinung, daß wir ein gutes Programm haben, aber daß dieses Programm von wenigen gekannt und von wenigen uns abgenommen wurde. Es gibt seit Jahren aktiv eine Entwicklung, die langfristig gegen uns gewirkt hat, hier müssen wir konkret einsteigen.

Ich will nur drei Beispiele nennen, unser Verhältnis zur jungen Generation. Es muß uns nachdenklich stimmen, daß wir im Ablauf von Monaten vor dieser Bundestagswahl bei Landtagswahlen Jungwählerergebnisse ganz anderer Art erzielt hatten, und es muß uns auch nachdenklich stimmen – und ich hoffe, daß die Sozialdemokraten diese Unterlagen demnächst veröffentlichen –, daß bei einer Erhebung, die das Bundespresseamt gemacht hat²⁴, nicht lange vor der Bundestagswahl, die jeweiligen Landesparteien in den meisten Bundesländern wesentlich günstiger standen als die Bundespartei. Das hat Gründe, daß das so gegen uns stand und daß in den Ländern z. T. wir eine andere Position haben, aber es reizt doch zum Nachdenken. Und wenn wir nicht im Bereich der intellektuellen Welt, der jungen Generation, der verfaßten öffentlichen Meinung – wir werden ja über die Detailpunkte morgen bei den Berichten über die Arbeit des Präsidiums noch einmal zu sprechen haben –, wenn wir da nicht einen entscheidenden Fortschritt erzielen, dann wird es auch für die Zukunft natürlich an diesem Punkte sehr schlecht aussehen.

Was kann man tun? Ich glaube, man kann tun, daß die CDU wieder das wird, was sie einmal war. Die Partei, die für den Bürger selbstverständlich der Garant – ich will es einmal in dem Pathos der Verfassung sagen – des freiheitlich-sozialen Rechtsstaats war, ist und bleibt. Wobei eben freiheitlich-sozialer Rechtsstaat nicht ein statischer Prozeß ist, sondern ein dynamischer Prozeß, wobei das klar beinhaltet, daß die Freiheitsrechte immer wieder neu erworben und abgesichert werden müssen, daß der soziale Rechtsstaat – denken Sie an die ganze Veränderung der Gesellschaft, an die Bildungspolitik, an alles, was hier hereinspielt – eine entsprechende Bewußtseinslage haben muß. Wir müssen das offensiv tun und eben nicht defensiv. Wir waren in einem zu starken Umfang reagierend, was immer eine Gefahr einer Opposition ist, die nicht die Regierungsgewalt, die nicht den Zugang zur verfaßten öffentlichen Meinung und

²⁴ Vgl. dpa vom 20. November 1972 „Erstwähler mehrheitlich für SPD und FDP“ (zwei Drittel für die Koalitionsparteien, ein Drittel für CDU/CSU). – BPA-Untersuchung nicht ermittelt.

die nicht das Monopol der staatlichen Propaganda hat. Ich glaube in diesen Bereich gehört auch hinein, daß wir in der Lage sind, das „C“ in unserem Namen so zu diskutieren, daß eben Freiheit und soziale Gerechtigkeit und Solidarität ganz selbstverständlich dabei mit deutlich werden und daß auch – und hier bin ich etwas anderer Meinung als der Vertreter von Herrn Wildenmann, wenn ich ihn richtig verstanden habe – die Frage, die mit Sicherheit eine Frage dieses Jahrzehnts werden wird, nach meiner Meinung einen ganz hohen Stellenwert haben wird, nämlich die Frage nach der Identität der deutschen Nation. Wir müssen am besten über den Modellcharakter der Bundesrepublik, unter dem Anspruch, wie wir ihn in diesen 20 Jahren gesetzt haben, und wie wir ihn jetzt fortentwickeln müssen, an die Frage herangehen.

Das bedeutet, daß wir die Analysen ernst nehmen, aber, was noch viel wichtiger ist, daß wir die Analysen nicht nur mit Pathos verkünden, sondern in der Politik der Partei realisieren. Rainer Barzel hat eine Fülle von Punkten, denen ich nur zustimmen kann, was die Schüler betrifft, was die Studentenpolitik betrifft, was die Arbeitnehmerschaft betrifft, was die Frauenarbeit betrifft und vieles andere mehr, genannt. Ich glaube, da gibt es bei uns kaum – oder die Kommunalpolitik, ich habe jetzt vielleicht den einen oder anderen Punkt vergessen, das spielt auch keine Rolle – einen entscheidenden Unterschied.

Der Unterschied in der Betrachtung wird sein, ob wir das fertigbringen, was die Partei an diesem Punkte tun muß und gleichzeitig in der Bundestagsfraktion die sachgerechte Opposition zustande bringen, die uns abverlangt wird und die wir brauchen. Das ist gelegentlich eine andere Sache, wie das, was schon in einem Land oder in einer Landesregierung zu geschehen hat, wo wir die Mehrheit haben, bis hin zur kommunalen Politik.

Aus all diesen Gründen, und nachdem ich mir das auch noch einmal nach allen Seiten gut überlegt habe, bin ich persönlich zu dem Schluß gekommen, daß ich – Rainer Barzel habe ich es dieser Tage in einem Brief mitgeteilt, nachdem er in Siegen erklärt hat, er werde wieder kandidieren – mich zur Wahl als Bundesvorsitzender auf dem nächsten Parteitag stelle. Ich gehe dabei ausdrücklich davon aus, daß ich für dieses Amt kandidiere und gegen niemanden. Wer immer auf diesem Parteitag kandidiert, das ist jedermanns Sache, muß das gut prüfen. Ich kandidiere konkret für dieses Amt. Und ich möchte hier auch sagen, daß ich dazu beitragen möchte, diese schwierige Phase, die jetzt notwendigerweise vor uns liegt, bei bereits jetzt erkennbar zwei Kandidaten für dieses Amt, so fassen möchte, daß die Partei möglichst wenig Schaden leidet. Ich habe mit Dr. Barzel dahingehend in diesem Zusammenhang nicht gesprochen, aber das kann ich sicher so aussprechen, eine Übereinstimmung, daß wir nach dieser Sachlage, nach dieser heutigen Präsidiumssitzung, auch diesen letzten Gesichtspunkt noch einmal gemeinsam in einem persönlichen Gespräch erörtern wollen.

Barzel: Danke, Herr Kollege, Kohl für diese klaren Vorträge und Erklärungen. Ich glaube, ich bin natürlich ein paar Worte dazu schuldig. Ich habe in meinen ersten Einlassungen nach der Wahl erklärt, es sei das gute Recht und keineswegs ein Mangel an Respekt, wenn nun irgendwelche Kollegen gegen Rainer Barzel kandidierten. Ich ha-

be hinzugefügt, daß ich selbst in der Vergangenheit manchen Wandel habe bewirken müssen und deshalb volles Verständnis für solche Fragen habe. Ich habe nur gebeten, daß dies immer von vorne kommen mag, und das ist auch so gewesen.

Wenn ich mir jetzt die personelle Frage überlege und das einordne, wie wir es ja wohl machen müssen, in die Strategie, die ich vorhin mittelfristig genannt habe bis 1976 – aber natürlich auch darüber hinaus –, dann scheint mir das wichtige zu sein, daß wir nicht an irgendwelchen Ecken in diesen vier Jahren der Bundespolitik nur wieder in Unruhe und in Hektik verfallen. Solche potentiellen Stellen sind Landtagswahlen und die beiden Parteitage. Dies zum ersten.

Zum zweiten: Ich persönlich glaube, und vielleicht stimmen wir in diesem Punkt auch sehr weitgehend überein – ich habe dazu eigentlich nichts anderes gehört –, daß wir die Frage unserer Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl 1976 erst im Jahr 1975 werden zutreffend beantworten können. Heute ist dies für keinen möglich. Und ich habe in Siegen erklärt, daß ich von mir aus dafür sorgen werde, daß der beste Mann 1976 kandidiert. Da haben natürlich manche gesagt, damit meint er sich selber. Nehmen Sie dies so, wie ich dies sage, ich meine den besten Mann, und ich erhebe keinen Anspruch, im Jahr 1975 der Spitzenmann zu sein, aber ich möchte gern dafür sorgen, daß die Partei nichts Unkluges tut, indem sie jetzt versucht – also in diesem Herbst – eine Frage zu entscheiden, die erst 1975 entschieden werden kann.

Ich würde es für falsch halten, im Jahr 1973 einen Wechsel im Parteivorsitz vorzunehmen, weil ich glaube, daß dies – was immer wir, lieber Helmut Kohl, erklären und uns vornehmen mögen – von der Öffentlichkeit, aber vielleicht auch von anderen empfunden werden würde als eine – ich übertreibe jetzt, bitte nageln Sie mich auf das Wort nicht fest – entweder rivalisierende oder eine präjudizierende Besetzung. Beides wäre nicht gut im Hinblick auf die Strategie, die ich für richtig halte.

Wir werden, nachdem diese Erklärung eben abgegeben worden ist, natürlich darauf zu achten haben, daß wir nicht in den Fehler verfallen, den die Union oft gemacht hat, zu glauben, indem man eine Personaldebatte führt, sei eigentlich die Sache erledigt. Wir müssen den Mut zu sachlichen Konsequenzen haben. Und ich sage Ihnen, ermuntert durch manche Kritik, daß wir sicherlich auch vor Richtungskämpfen unter uns nicht werden zurückschrecken dürfen, denn dann haben wir die falschen Fragen gestellt. Die müssen wir fair austragen und in der Bevölkerung den Eindruck erwecken, die kämpfen nicht nur um Personen, sondern die kämpfen um Richtungen. Und dann wird das schon sehr bald anfangen, wenn ich das als Fraktionsvorsitzender sagen darf, mit der Richtung unserer Einlassungen etwa in der Wettbewerbspolitik. Also, wenn wir es gut meinen, alle mit der Partei und das tun, dann müssen wir dafür sorgen, daß nicht der Eindruck entsteht, die wollen wieder nur personell die Sache machen, und sonst gar nichts.

Wenn ich mir nun vorstelle, es würde sich Helmut Kohl mit diesen Argumenten, die er vorgetragen hat – für die manches spricht, gegen die manches spricht –, durchsetzen, dann könnte ich mir vorstellen, ob er oder ein anderer, der aus vergleichbarer Lage kandidiert, unterstellt, er würde obsiegen auf dem Parteitag in Hamburg. Dann kommen wir natürlich sehr stark unter Druck der Wahl des neuen Parteivorsitzenden

in einem Lande, und kriegen damit doch ein Stück – gewollt oder nicht gewollt – von Unruhe wieder auch in die Bundespolitik, genau das, was wir nicht wollen, wenn wir uns nun langfristig anlegen. Und unterstellt – und das muß ja auch erörtert werden –, das geht so oder so aus, und es passiert etwas so oder so Schlimmes, dann stehen wir möglicherweise wieder vor neuen Personalfragen. Das darf nicht geschehen. In den strategischen Überlegungen spielt, und ich freue mich, dies auch von Helmut Kohl zu hören, das Halten der 45 % zunächst eine hervorragende Rolle, auch Halten aller Länder. Wenn wir dort eines verlieren, im Bundesrat, dann sieht es schlimm aus, und dann sieht die ganze Politik hier eigentlich anders aus. Wenn wir gesehen haben, wie Brandt nun auftritt – vielleicht kommen wir dazu, ein bißchen zu sprechen –, kann ich nur sagen, wir werden nur imstande sein, mit einem in keiner Weise lädierten Oppositionsführer in diesem Parlament das zu halten, was wir haben. Wer dann die zusätzlichen Eroberungen macht, darüber werden wir sorgfältig nachzudenken und auch dies zu entscheiden haben. Wenn ich mir vorstelle, daß dort jemand ab nächsten Herbst etwa auftreten sollte, der dem Status quo gegenüber einen Status quo minus hätte, weiß ich nicht, wie die nächsten zwei Jahre im Parlament sein werden. Wenn wir uns auch einig sind, daß wahrscheinlich in den kommenden vier Jahren die Partei, noch mehr als die Fraktion, die zusätzlichen Eroberungen wird machen müssen, durch die Fragen, die ich hier aufgeworfen habe – täuschen Sie sich nicht, wenn wir etwa den Bundestag und dort die Führung als ein Feld von Abnutzung durch Taktik betrachten –, dann wird uns auch dies nicht gelingen. Wir müssen beides zugleich sehen, wie ich glaube, und deshalb in dieser Zeit der Stabilisierung der Opposition diese Positionen auch zusammen besetzen, wobei ich noch einmal auf meine Erklärung, was das Jahr 1975 betrifft, verweisen möchte.

Ich weiß nicht, wie Sie jetzt hier zu debattieren gedenken. Ich könnte mir vorstellen, daß wir zunächst einmal diese beiden Erklärungen – das waren wir einander schuldig, dies hier zu sagen – einfach mal so stehen lassen, und wir uns vielleicht dem zuwenden, was uns zunächst an sachlicher Auseinandersetzung zusammengebracht hat. Aber ich sage dies nicht, um etwa die personelle Debatte, einschließlich der Meinungsumfragen – ich habe dazu nichts gesagt –, jetzt abzubiegen. Nein, das gehört hier schon herein, aber wir sollten uns überlegen, welchen Rang und welchen Stellenwert das heute haben sollte. Dies ist meine Erklärung nach der Erklärung des Kollegen Kohl, die ich fair und sachlich fand.

Köppler: Ich wollte zunächst danken, Ihnen Herr Dr. Barzel und Herrn Dr. Kohl für die Sachbezogenheit und für die Fairneß, mit der diese Frage von Ihnen hier in unserem Kreis angesprochen und verantwortet worden ist. Ich habe eine Sorge, die ich ganz offen hier einmal ansprechen möchte. Ich will zu den Sachpositionen, die hier gezogen worden sind, kein Wort verlieren. Ich glaube, Sie liegen in der Luft und sie liegen auch in der Partei. Daß sie heute hier so ausgesprochen worden sind, empfinde ich eigentlich als gut. Ich habe nur die Sorge, daß von heute, ob wir das wollen oder nicht, eine monatelange, fast das ganze Arbeitsjahr 1973 bestimmende Personaldiskussion ausgehen könnte. Und deshalb möchte ich eigentlich den Vorschlag machen, daß wir jetzt zu den Sachargumentationen, den beiden Positionen, die von Dr. Barzel

und von Herrn Dr. Kohl genannt worden sind, gar keine weitere Sachdiskussion führen.

Erstens wäre sie irreal, denn die Entscheidung über diese beiden Positionen fällt im Oktober, und gleichgültig, was heute dazu gesagt wird, was heute dazu ausgetauscht wird in diesem Kreis, wird das eine mehr oder weniger akademische Diskussion des Parteivorstandes, angesichts der Kalenderzeit, in der wir uns heute befinden.

Das zweite ist, wie ich weiß, das klingt platonisch, aber vielleicht ist es doch in einem gewissen Umfang möglich: Wir sollten alle hier im Bundesvorstand, in Kenntnis dieser Erklärungen, die wir gehört haben und der Sachpositionen, die sich damit für den Parteitag ergeben, alles tun, um in den Monaten etwa bis zur Sommerpause von uns aus eine Personaldiskussion für diesen Parteitag, der im Oktober zu entscheiden hat, in der Öffentlichkeit nicht anzuheizen und nicht zu initiieren. Denn dann passiert nur das, daß die Aufgaben, die in der Fraktion – und die wird es schwer haben, das haben wir gemerkt in den drei Tagen, die hinter uns liegen in der Bundestagsfraktion –, daß die Aufgaben, die in der Bundespartei anstehen – und hier warten die Parteiorganisationen draußen im Lande zwar auch auf Analysen des Wahlergebnisses, aber noch mehr auf die Konsequenz aus den Analysen aus dem Wahlergebnis – alle nicht mehr leistbar sind und wir in einer potenzierten Form eine Parteiatmosphäre bekommen, wie wir sie vor dem Saarbrücker Parteitag hatten. Dazu ist die Situation in den nächsten acht Monaten noch weniger geeignet und noch weniger günstig, als sie es jemals war. Wir müssen einfach fertigbringen, in Kenntnis einer personellen Auseinandersetzung, die auf dem Parteitag in Hamburg kommen wird, mit den beiden Sachpositionen, die hier so knapp umschrieben worden sind, jetzt die Zeit bis zum Sommer für Partei, für Bundestagsfraktion, auch für die Situation in den Ländern zu nutzen, um aus dem Stimmungstief, das uns der 19. November gebracht hat, unter Ziehung der politischen Konsequenzen wieder den Weg nach vorn zu finden. Das schaffen wir unter gar keinen Umständen, wenn die innerparteiliche Diskussion nahezu ausschließlich von der Personaldiskussion für den Parteitag in Hamburg bestimmt wird. Wir werden nicht verhindern können, daß dazu Artikel geschrieben, Nachrichten lanciert werden. Aber es wäre von einem unschätzbaren Wert, wenn sich dieser Parteivorstand mit all seinen Mitgliedern darin einig wäre, das nicht anzuheizen, dieses Bedürfnis nicht selber zu bedienen, sondern eher darauf hinzuwirken, daß das nach Möglichkeit klein geschrieben wird, und um so mehr die anderen Aufgaben in den Vordergrund zu bringen. Ich halte das für lebenswichtig für die nächsten Monate. Dann mag die Diskussion im Vorfeld des Parteitages, auch unter Beteiligung der Vorstandsmitglieder – und das wird ja dann ganz unumgänglich sein – auch in aller Öffentlichkeit geführt werden. Aber bis dahin bitte ich um Abstinenz in dieser Frage. Ich wiederhole, ich sehe keinen Sinn darin, daß wir die weitere Sitzung des Bundesvorstands in ein Abwägen der beiden Positionen hier bringen. Ich möchte mich eigentlich dem Vorschlag des Parteivorsitzenden anschließen, diese beiden Erklärungen zur Kenntnis zu nehmen.

Schröder: Herr Vorsitzender, meine Freunde, wir haben Kollegen Kohl, Kollegen Barzel und Kollegen Köppler gehört. Ich glaube, daß Herr Kollege Köppler recht darin

hat, wenn er vorschlägt, daß wir jetzt nicht in eine personelle Diskussion eintreten, sondern daß wir uns darüber klar sind, daß hier, nachdem, was sich abzeichnet, gewisse Entscheidungen im Herbst fallen werden. Die müssen dann zu gegebener Zeit besprochen werden. Ich würde also gerne die Sache, über die wir seit heute morgen sprechen, noch mal mit ein paar Lichtern versehen.

Alle diejenigen, die hier sind, sind vielbeschäftigte Leute, und ihre Zeit ist sehr kostbar. Deswegen glaube ich, daß wir mal die Frage stellen sollten, was fehlt eigentlich an dem, was wir brauchten, um Entscheidungen zu treffen. Ich sage ganz offen, was mir fehlt für uns alle, die wir das hin- und hergewälzt haben, ist wahrscheinlich die Tatsache, daß es seit 1953 ein permanentes, beinahe regelmäßiges Anwachsen der SPD auf der Bundesebene gegeben hat – ein außerordentlich bedrückender Umstand. Und deswegen würde ich sehr gerne sehen, wenn wir – egal, wie das herbeigeführt wird – wirklich ein Bild bekommen könnten: Beschreibung der Bevölkerungsstruktur, ihre mögliche Entwicklung, die Vision dieser Entwicklung und Antworten und jedenfalls die Ermöglichung von Antworten, die zu einer Prognose für uns führen können. Ich spreche jetzt rein von den Fakten, wie man sie etwa sehen kann, und dazu könnten vielleicht die Empiriker etwas beitragen, aber sicherlich auch jeder Einzelne von uns. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei, den ich machen möchte, ist der: Ich vermisse in der Vorbereitung von heute – ich sage das ohne einen Vorwurf an irgend jemanden – nur, in der Hinsicht des Materials, mit dem wir es zu tun haben, eigentlich, daß die organisatorischen und propagandistischen Schwächen, die wir offenbar gehabt haben, präzise genug genannt werden, und zwar mit Vorschlägen zur Veränderung, nicht nur ausführlich beschrieben, sondern Vorschläge zur Veränderung.

Und der dritte Punkt ist, wir haben bei Tisch darüber gesprochen, der Blick in das Lager des Gegners. Ich meine nun nicht die ganze deutsche Öffentlichkeit, sondern ich meine hier ganz konkret die SPD. Ich weiß nicht, wer von Ihnen darüber mehr weiß, aber wir wissen viel zu wenig darüber, was im Lager des Gegners vorgeht, was meint er wirklich, wie arbeitet er wirklich, was fürchtet er, was sieht er als für sich positiv an usw. Ich brauche das nicht weiter auszuführen. Diese Art von intelligenter Aufklärung fehlt, und sie macht mich ein bißchen besorgt, denn – Sie werden verzeihen, wenn ich das jetzt in militärischen Kategorien darstelle –, wenn man seine Truppen ordnen soll, seine Geschütze und Panzer oder was immer postieren soll, dann muß man sehr genau wissen, wie sieht das bei dem Gegner aus, was hat er wirklich für Schwächen und Mängel. Ich habe keinen Vorschlag dafür zu machen, wer das besonders sein sollte, aber diese Seite der Darstellung fehlt uns, wie ich jedenfalls finde, ganz außerordentlich.

Mein vierter Punkt ist dieser: Wir können nicht beliebig viel leisten. Wir haben z. T. in den Befragungen und Darstellungen Kolossalgemälde entwickelt gefunden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir personell durchaus beengt sind und beengt bleiben. Und deswegen, weil wir nur Begrenztes leisten können, nicht beliebig viel, müssen wir zwar eine Vorstellung vom Ganzen haben, aber wir müssen sehr genau wissen, wo setzen wir welche Kräfte an, mit anderen Worten, welches sind unsere wirklichen

Prioritäten. Das mag alles heute, Herr Kollege Barzel, nicht im einzelnen herauskommen, nur brauchen wir, morgen oder übermorgen, Antworten darauf, oder Versuche von Antworten, über die wir uns unterhalten können.

Mein fünfter Punkt ist der: Ich bin der Überzeugung, ganz ungeachtet dessen, was gerade am Eingang dieses Nachmittags gesagt wurde, daß die CDU eine breitere Präsentation und eine breitere Repräsentation braucht. Ich gehe mal davon aus, der Einfachheit halber, daß alle, die hier sind, sowohl besser und breiter präsentiert werden könnten, als das bisher geschieht. Das ist ein schwieriges Problem, aber dieses Problem einer breiteren Präsentation und Repräsentation, über das müssen wir sprechen, und wir müssen Vorschläge dafür sehen, wie das am besten geschehen kann.

Wenn ich an den Wahlkampf zurückdenke – und ich bin überzeugt, daß Kollege Katzer gleich dazu noch einiges sagen wird –, haben wir ja Ansätze dazu gezeigt. Diese Quadriga und all diese Sachen, die wir versucht haben, vielleicht unzulänglich, sind Versuche gewesen einer breiteren Präsentation und Repräsentation sowohl von CDU, auch im Zusammenwirken mit der CSU. Wir müssen darüber nachdenken, was auf diesem Gebiet weiter geschehen kann und ob wir eine Arbeit wie die, die wir begonnen hatten, verstärken können. Dazu gibt auch der Ablauf der Bundestagsdebatte durchaus Veranlassung. Der Kollege Barzel hat heute morgen erwähnt, daß wir – ich weiß nicht, ob Sie es erwähnt haben, sonst haben Sie es bei anderen Gelegenheiten erwähnt – im Verhältnis zur CSU sowohl ein gemeinsam erarbeitetes Regierungsprogramm hatten usw., viele Voraussetzungen dafür, daß wir geschlossener auftreten könnten, als wir vielleicht in den Augen des einen oder anderen aufgetreten sind.

Und mein letzter abschließender Punkt ist schließlich der, daß wir für meinen Geschmack längst nicht genug getan haben in dem, was ich jetzt mal nennen möchte eine „Anti-Buhman-Aktivität“. Strauß war ja der Hauptbuhmann, ich habe keine Versammlungsrede ausgespart, ohne mich damit speziell auseinanderzusetzen, und das gilt für den Kollegen Barzel, das gilt für zahlreiche andere, aber eine „Anti-Buhman-Aktivität“ brauchen wir, und die brauchen wir stärker, als wir sie bisher gehabt haben. Das ist ein Stück von Solidarisierung und Solidaritätsbeweis, den wir innerhalb der CDU brauchen. Dies sind die sechs Anmerkungen, die ich machen möchte, bei diesem Stand der Diskussion.

Katzer: Was der Kollege Köppler angesprochen hat als Bitte, daß wir jetzt keine breite Personaldiskussion bekommen, wird ein frommer Wunsch bleiben, wer die Realität kennt. Ich habe den Kollegen Kohl nicht verstanden, weder von seinem eigenen Interesse, noch von dem der Partei, noch habe ich den Zeitpunkt für richtig gehalten. Daß Du wieder kandidierst im Herbst des Jahres, das ist Dein gutes Recht, das ist vollkommen Deine Sache. Aber das heute anzukündigen, halte ich für überflüssig und schädlich für die Sache der Partei. Aus zwei Gründen: Erstens, weil jetzt in der Tat sehr viele Leute kommen und meinen, jetzt haben wir das Problem wieder mal gelöst, wie wir das immer gelöst haben, wenn wir eine Wahl verloren haben, dann haben wir einen neuen Vorsitzenden gewählt und dann war es wieder in Ordnung. Und dann haben wir gesehen, daß wir auf diesem Wege überhaupt nichts in Ordnung gebracht haben. Das zweite ist, Helmut Kohl, Du darfst bitte nicht übersehen, daß der Frakti-

onsvorsitzende in Bonn – und das haben wir ja gespürt in dieser widerwärtigen Einlassung von Herrn Wehner am ersten Tag²⁵, die ja eigentlich von einer stolzen Partei auch hätte sehr viel deutlicher zurückgewiesen werden müssen in der Solidarität gegenüber ihrem Vorsitzenden –, einer Diminuirung ausgesetzt ist. Und ich habe die Sorge – das hat die Regierungserklärung gezeigt –, daß sich dies noch verschärfen wird.

Nun ist es jetzt hier gesagt. Ich würde mich an der Personaldiskussion draußen nicht beteiligen, wir haben im Hauptvorstand der Sozialausschüsse unmittelbar nach der Wahl getagt und gesagt, das schlimmste, was uns passieren kann, wäre jetzt eine Personaldiskussion. Wir wollen eine Sachdiskussion, und am Ende der Sachdiskussion stehen die Personalfragen, über die man sprechen kann. Du weißt, Helmut Kohl, daß ich in Saarbrücken schon gesagt habe, man kann dieses und jenes Modell nehmen, das hängt auch von den Persönlichkeiten ab, ob die miteinander können.

Ich darf daran erinnern, daß wir in der Wahnacht hier im Hause waren und in bemerkenswerter Einigkeit gesagt haben, wir wollen keine Personaldiskussion machen, alle miteinander. Ich weiß, daß der Vorsitzende, ehe ich kurz kam, schon im Begriff war, vor dem Fernsehen zu sagen, daß er sein Amt zur Verfügung stelle. Dann habe ich gesagt, das wäre das Verkehrteste, und dann haben wir doch alle, die Präsidiumsmitglieder, wenn ich mich richtig erinnere, dem Kollegen Barzel zugeraten, das nicht vor dem Fernsehen zu sagen. Deshalb weiß ich nicht, warum man wenige Wochen später das macht. Nun gut, ich richte nicht darüber, ich sage nur die Gründe, weshalb ich das für falsch halte, und damit ist der Fall für mich jetzt da erledigt.

Nur, es gibt noch einen dritten Grund, den ich doch noch sagen möchte. Wenn Helmut Kohl sagt, es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, dann würde ich dem zustimmen. Und für mich ist die ganze Wahlanalyse, das ganze Papier, was wir hier gelesen haben, im Grunde eine Bestätigung dafür, daß ich immer gesagt habe, für die Parteien kommt es darauf an, genau wie für den Einzelnen, ob er Vertrauen hat. Der, zu dem man Vertrauen hat, kann sich so ungefähr alles erlauben, und zu dem man kein Vertrauen hat, ist der leiseste Versprecher schon eine ganz gewaltige, miese Sache. Wir haben einen Vertrauensschwund. Es ist ja niemand auf die Idee gekommen, das dem derzeitigen Vorsitzenden anzulasten. Wenn man die Regierungserklärung von Herrn Kiesinger in der Großen Koalition, diesen schrecklichen Satz, in Erinnerung ruft, daß eine lange schwelende innere Krise dieser Sache vorangegangen sei, das war gesprochen im Jahre 1966²⁶, Professor Erhard, das zeigt ja doch ... (*Zwischenruf*) Ich bitte um Entschuldigung, ich würde das genauso sagen, wenn Herr Kiesinger hier wäre, damit da kein Irrtum passiert! Ich will nur sagen, wir wollen uns doch bemühen, das beste für

25 Redebeitrag Wehners in der Aussprache über die Regierungserklärung (Sten.Ber. 7. WP 7. Sitzung vom 18. Januar 1973 S. 143–147).

26 Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966: „Der Bildung dieser Bundesregierung, in deren Namen ich die Ehre habe zu Ihnen zu sprechen, ist eine lange, schwelende Krise vorausgegangen, deren Ursachen sich auf Jahre zurückverfolgen lassen.“ (Sten.Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3656–3665, hier S. 3656).

unsere Partei zu machen aus dieser Situation, und dazu braucht man eben doch auch die Stationen, die uns hierhergeführt haben.

Ich glaube, Helmut Kohl, die Glaubwürdigkeit unserer Partei, die ohnehin so schwach ist, wird doch nicht dadurch jetzt gestärkt, wenn wir in Saarbrücken vor knapp 1 ½ Jahren einen Vorsitzenden mit sehr großer Mehrheit wählen – sehr viel größerer Mehrheit, als jeder gedacht hat, einschließlich der Beteiligten, wenn ich das richtig sehe –, den dann im Wahlkampf rausstellen, überall plakatieren als unseren Mann, und dann drei Wochen später sagen, so toll ist der ja auch nicht. Alleine schon von der Vertrauensposition würde ich meinen, bis zum Herbst hätte das Zeit. Gut, das ist hier jetzt gesagt worden. Ich kann auch nur den einen Wunsch sagen, daß, wenn nachher die Presse fragt, wir übereinstimmend sagen, daß sich das stilvoll hier vollzogen hat.

Nun komme ich aber zum zweiten, zu dem, was Herr Kollege Schröder gesagt hat. Das ist eine Sache, die ich unterstreichen würde. Ich glaube in der Tat, wir haben aus der Kriegsschule als Taktiklehre immer gelernt und gelehrt – das steht, glaube ich, in der Heeresdienstvorschrift 300 –, daß als erstes bei der Beurteilung der Lage immer die Feindlage steht. Ich habe den Eindruck, Herr Vorsitzender, daß das eine der ganz großen Stärken der SPD ist, daß der Herr Wehner über die Situation in Partei und Fraktion bei uns besser Bescheid weiß als wir selbst, wir aber von der Gegenseite relativ wenig wissen. Das ist das Problem, was wir sehen müssen, und wo wir einen enormen Nachholbedarf haben. Dazu müßten wir uns überlegen, wie das auch rein organisationstechnisch gemacht werden kann.

Ich bin dafür, daß wir diese Personaldiskussion wegdrücken und über die Sache sprechen. Ich habe vorhin den Fall Rentenpolitik angeschnitten aus gutem Grunde. Als ich Arbeitsminister war, hat man mir die größten Schwierigkeiten aus der Union selbst gemacht in der Rentenpolitik, einen großen Wirtschaftstag in Düsseldorf veranstaltet und diese Rentenpolitik, die ich verfolgte, abgelehnt. Dann darf man sich nicht wundern, wenn wir zwei Jahre später uns als Retter der Rentner aufführen, daß man uns das nicht so ganz abnimmt, wie man das gerne hätte. Wenn etwas entschieden ist, dann haben wir das gemeinsam zu vertreten. Düsseldorf, Mitbestimmung. Haben wir da nicht ein Konzept gehabt, was wir beide miteinander abgesprochen haben? Wenn wir die Zahlen von Kaltefleiter über unseren Schwund im gewerkschaftlichen Feld lesen, der ja wirklich schrecklich ist bei den gewerkschaftlich Organisierten, dann ist der Düsseldorfer Parteitag und die Verhandlung der Mitbestimmungsfrage daran ganz entscheidend beteiligt. Der Herr Vorsitzende hat vorhin in einer Punktation die Mitbestimmung aufgeführt, § 218 usw., und gesagt, Mitbestimmung à la DGB-Modell kann von uns nicht gemacht werden. Herr Vorsitzender, wir müssen die Mitbestimmungsfrage diskutieren, denn dieses DGB-Modell ist das Montanmodell, das haben wir, die Christlichen Demokraten, im Deutschen Bundestag 1951 verabschiedet. (*Zwischenrufe*.) Ich kenne die Prämissen mindestens so gut wie alle, die jetzt einen Zwischenruf gemacht haben. Aber ich kann dann, wenn ich dem zustimme, hinterher schlechterdings nicht sagen, daß das mit unserer Politik nicht zu machen geht, denn wir haben es ja gemacht.

Wenn ich den Punkt Mißtrauensvotum nehme, ich weiß doch, der Kollege Stolten-

berg und ich waren doch diejenigen, die den Vorsitzenden dringend gewarnt haben, das zu tun. Und wir wissen doch, daß das Mißtrauensvotum einer der Punkte war – für mein Empfinden noch sehr viel stärker als das, was hier bei den Demoskopern gesagt wurde –, der für uns negativ gewirkt hat. Ich habe diese Beispiele nur genannt, damit wir redlich miteinander umgehen, damit wir den Gründen nachgehen und jetzt nicht etwas verschieben in der Verantwortung, was wir z. T. gemeinsam, z. T. nuanciert gemeinsam getragen haben. Der zweite Punkt neben der Glaubwürdigkeit: Wir sind ausgezogen, haben moralische, sittliche Kraft gehabt, in der Antwort auf den Nationalsozialismus nach 1945, waren in dem breiten Konsensus der Bevölkerung, hatten die geistige Führung, wie andere nicht. Die haben wir verloren, wie richtig dargestellt wurde, und mit der geistigen Führung haben wir dann später auch die politische Kraft verloren. Deshalb brauchen wir eine Rückbesinnung zu den Grundsätzen, und was der Brandt mit der neuen Mitte die drei Tage im Bundestag exerziert hat²⁷, das können wir nicht ernst genug nehmen. Das ist die Voraussetzung für die absolute Mehrheit dieser Partei, die sich für die nächste Wahl ganz konsequent anbietet. Daß wir das verhindern müssen, weil dann das wahre Gesicht der Leute kommt, ist klar. Mit der Verteufelung des Sozialismus, mit der Gleichsetzung jeder Äußerung der Jusos mit der gesamten SPD sind wir einfach nicht glaubwürdiger geworden. Ich sehe die Gefahren, aber wir haben sie überzeichnet.

Ich glaube, wir werden sehr sorgfältig darauf achten müssen, die Debatte sorgfältig vorzubereiten. Wir haben im Rückblick auf die dreitägige Debatte – die schwierigste Debatte, die wir je zu bestehen hatten – besser abgeschnitten, als ich vorher gefürchtet hatte. Aber wenn ich mir dann ansehe, wie der Herr Brandt die stärkste Rede halten kann, nicht in seiner Regierungserklärung, sondern in seiner Schlußrede, wenn er dann ein Papier hat, an dem 30 Leute die ganze Nacht gearbeitet haben, wo jeder Diskussionsbeitrag analysiert ist und zwar nicht nur von den Fachleuten, sondern auch von den Psychologen und Werbeberatern, die aufschreiben, hier bitte lachen und hier bitte ernst und hier nach rechts gucken und da nach links, mit allen Regieanweisungen, und dann der Vorsitzende der Fraktion hingeht mit einem Zettelchen Papier, dann steht natürlich am anderen Tag in der Zeitung, der war ja auch schon mal besser, und der Brandt war viel besser. Wir werden die ganze Sache vier Jahre nicht durchstehen – ich bin kein Kremp-Fan²⁸, da bin ich also weit von entfernt –, aber dann wird möglicherweise sein schlimmes Wort von „hinaus aus der Geschichte“ möglicherweise in der Tat eine Gefahr für uns werden. Deshalb ist, so schlimm das und so negativ das ist, das Wort von Helmut Kohl mit den 45 % halten, schon eine ganze Menge an Aufgabe.

27 Brandt gab am 18. Januar 1973 seine Regierungserklärung ab, in der er von der „neuen Mitte“ sprach (Sten.Ber. 7. WP 7. Sitzung S. 121–134, hier S. 133). Die Aussprache über die Regierungserklärung erfolgte am 18. Januar, am 24., 25. und 26. Januar (Sten.Ber. 7. WP 7. Sitzung S. 134–154, 8. Sitzung S. 158–239, 9. Sitzung S. 243–336, 10. Sitzung S. 339–380).

28 Dr. Herbert Kremp (geb. 1928), Journalist; 1957–1959 und 1963–1969 Redakteur bei der „Rheinischen Post“, 1969–1985 dreimal Chefredakteur „Die Welt“. – Kremp hatte sich verschiedentlich kritisch zum Wahlkampf der CDU geäußert (vgl. „Die Welt“ vom 21. November 1972 „Emotionale Faktoren entschieden die Wahl. Ein Resultat des Glaubens“).

Von daher müssen Konsequenzen gezogen werden für Apparaturen und für Dinge, die hier unsere Kollegen in die Lage versetzen, allein vom Wissensstand der anderen Seite einigermaßen Paroli bieten zu können, denn das, was wir früheren Minister noch im Kopf hatten und einsetzen konnten, das wird immer weniger. In meinem Bereich ist die Rentengeschichte jetzt erledigt. Aber was jetzt kommt, muß ich neu erarbeiten und aufarbeiten. Und wenn – es geht den anderen dann noch viel schlimmer – ich Frau Kollegin Wex ansehe, die Familienpolitik, Gesundheitspolitik und was weiß ich betreiben soll und noch nicht einmal die Unterlagen hat, die ihr überhaupt den neuesten Stand der Diskussion darstellen, wie die Ärzteverbände, wie die Gewerkschaften usw. sich dazu geäußert haben, dann ist das ganz ausgeschlossen. Hier müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die uns diese Arbeit erleichtern.

Letzter Punkt: Es hat, Herr Vorsitzender, doch eine Diskussion gegeben, über die Strategie des Wahlkampfes. Ich hatte eine andere Meinung, aber ich habe mich der Meinung hier angeschlossen, deshalb fühle ich mich voll mitverantwortlich und gehe mit keinem Millimeter davon weg. Aber ich habe einmal zur Diskussion gestellt, wenn FDP und SPD nach rechts und Mitte links alles abgrasen, ob es richtig ist, daß CDU und CSU das gleiche tun, getrennt marschieren, vereint schlagen. Es ist anders entschieden worden. Es ist in den Großveranstaltungen viel besser gegangen, als ich es befürchtet hatte. Dennoch bleibt der Satz des Kollegen Strauß richtig, der die damalige Sitzung ja mitmachte und sagte, wir werden keine absolute Mehrheit bekommen, wir müssen uns nach Freunden umsehen. Die DU, die er uns da angeboten hat, wäre es nicht gewesen, insofern war das falsch. Aber für 1976 bleibt das richtig, eine absolute Mehrheit ist nicht zu gewinnen. Wenn eine absolute Mehrheit nicht zu gewinnen ist, muß man Freunde bekommen. Und wenn man Freunde haben will, muß man sich drauf einstellen. Da muß man ständig darüber nachdenken, ohne darüber zu reden. Und dann muß man in der Politik die Punkte setzen, die einen in die Lage versetzen, sich dem Partner 1976 anbieten zu können.

Da sehe ich drei Punkte. Auf dem Felde der Ostpolitik werden wir uns klar werden müssen, wie unsere Einlassung sein muß, ob der Stundenplan, den der Kollege Stoltenberg einmal in der vorletzten Präsidiumssitzung anschnitt, richtig ist, oder ob die Methode Leisler Kiep besser ist. Darüber sollten wir vielleicht noch einen Takt miteinander reden. Egal wie, ich spreche nur das Problem an. Man kann es so lösen und so lösen, nur muß es vom Tisch, wenn wir eine Chance sehen wollen, mit einem Koalitionspartner einen nächsten Wahlkampf führen zu können.

Wir werden uns in der Frage der Mitbestimmung überlegen müssen, wie wir uns einlassen. Ich sage das jetzt ohne alles, lieber Kollege Dregger, Sie erinnern sich, am Düsseldorfer Parteitag, als Sie vom Pult herunterkamen, mit tosendem Beifall umbrandet, habe ich Ihnen gratuliert zu dem Beifall und hinzugefügt, wenn Sie sich erinnern, diese Rede werden Sie noch bereuen und die CDU mit. Das ist meine Meinung geblieben. Sie werden wahrscheinlich bei Ihrer Meinung bleiben, das will ich Ihnen gerne zugestehen. Ich glaube nur, wenn Sie die Debatte richtig verfolgt haben die letzten drei Tage, dann haben wir eine Chance, in diesem Punkt mit der FDP eine Sache zu machen. Und es wäre also ganz töricht, ich habe meine Einlassung zur Mitbestim-

mung, die kann jeder nachlesen, sehr sorgfältig formuliert und habe niemanden festgelegt und keinen Parteitagbeschuß vorweggenommen oder aufgehoben, sondern bin genau in der Linie geblieben, habe nur einen einzigen persönlichen Satz hinzugefügt. Da war ein Zwischenruf, daß wir uns bewegten, ja, das muß ja wohl sein.

Der dritte Punkt ist die Frage Vermögensbildung, den halte ich noch für gravierender als die Mitbestimmungsfrage, weil hier die Essentials, die die FDP gezeichnet hat, und die ich genau wiederholt habe in meinem Diskussionsbeitrag, fast genau übereinstimmen. Von daher könnte man den Beteiligungslohn etwas modifiziert bringen in eine Richtung, die auch das Mißverständnis von vielen Mittelstandskollegen wegbringen kann.

Das sind drei Punkte, wenn wir die Wahlanalysen sehen, wenn wir langfristig die Betrachtung sehen, und ich sehe die langfristige Betrachtung vornehmlich als dringender an als die kurzfristige des Wahlkampfes, was an Fehlern gemacht worden ist. Was an Perspektiven für die Zukunft anzuvisieren ist, dann sind es von mir aus, Herr Vorsitzender, diese drei Punkte. Ich schließe mit dem Satz, wenn es uns nicht gelingt, unsere Organisationsstruktur, unsere Personalstruktur gravierend von Grund auf zu verändern, dann werden wir eine Situation haben, daß die ganz guten Leute gar nicht mehr zu uns kommen, die bei uns sind, weggehen, und wir von daher austrocknen und nicht mehr in der Lage sind, die Diskussion auf dem Niveau zu führen und in dem Neuigkeitsgehalt zu führen, der heute notwendig ist.

Stoltenberg: Der Vorschlag und, wenn man so will, der Appell des Kollegen Heinrich Köppler ist richtig. Nach der Vorabdiskussion und in der Presse und dem, was seit November, Anfang Dezember von uns allen gelesen wird über die personelle Konstellation in der Führungsfrage der CDU, wird es gute Gründe gegeben haben, daß das heute auch hier unter uns von Helmut Kohl offen ausgesprochen ist. Das ist auch von Rainer Barzel und allen anderen hier so gewürdigt worden. Aber ich sage genauso offen, daß wir für unsere Partei, wenn wir uns etwas vornehmen, nach allem, was wir seit dem 19. November nun diskutiert haben und was uns heute hier zusammenführt und bewegt an wirklicher, tiefgreifender Standortbestimmung, Entwicklung einer politischen Strategie, die über allgemeine Grundsätze hinaus diesen Namen verdient, und an einem Programm zur Festigung und Erweiterung unserer Organisation in der Tat vermeiden müssen, daß in den vor uns liegenden Monaten eine kurzschlüssige Verbindung der Sachfragen, um die es hier geht, und um die wir teilweise auch miteinander ringen müssen, mit personellen Alternativen vermieden wird. Daß es gewisse Assoziationen geben wird, kann man sowieso nicht vermeiden, wenn eine Personalfrage entstanden ist, aber es ist nach allen Erfahrungen, die wir ja in einer längeren politischen Laufbahn in Landesverbänden, Kreisverbänden, Vereinigungen und der Bundespartei und Fraktion, nicht zuletzt auch im Rückblick auf die Geschichte der 60er Jahre der Bundespartei als Regierungspartei gehabt haben, für eine Partei außerordentlich schwierig, eine ohnehin schwere Aufgabe wahrzunehmen, wenn jede sachliche Erörterung in der Erarbeitung eines Konzepts für die Partei und eines Arbeitsprogramms nun gleichsam nur personell reflektiert wird. Vielleicht gar nicht von uns, aber von vielen anderen außerhalb und nicht zuletzt von der veröffentlichten Meinung.

Und hier geht es nicht nur – ich wiederhole eine Bemerkung aus dem Präsidium – um die Beteiligten selbst, die Hauptbeteiligten, bei denen wir glauben, daß sie den Willen haben, nach dem, was sie heute hier gesagt haben und die anderen, hier geht es eben auch um die Stäbe, die Hausjournalisten. Ich habe neulich etwas salopp im Präsidium von den sogenannten Büchsenspannern gesprochen, die in Bonn Meinung machen und Informationen austreuen. Hier müssen wir sehen, daß – obwohl nun viel über Personalien in den nächsten Wochen, Monaten, geschrieben und gesprochen wird – wir dafür sorgen, daß die CDU im wesentlichen in den Schlagzeilen bleibt, im wesentlichen sich artikuliert und das Interesse und die Phantasie erregt durch ihre politischen Beiträge, ihre politischen Konzepte, und das, was sie als Partei zur Befestigung und Neuentwicklung ihres Standortes und ihrer Politik macht.

Und damit möchte ich zum zweiten Teil übergehen, dem, was uns heute im weiteren Verlauf der Diskussion beschäftigen muß. Im Anschluß an die einleitenden Berichte und die ersten Diskussionsbeiträge würde ich gerne nur ein paar Stichworte herausgreifen. Ich habe auch den Eindruck, daß wir hier sehr wichtige und positive Analysen gehört haben, daß aber die Aufgabe für uns noch bis morgen mittag besteht, jetzt aus der Fülle der Eindrücke in einer nicht notwendigerweise breit angelegten Analyse einige Hauptpunkte herauszupräparieren und daraus auch bestimmte Folgerungen für unsere weitere Arbeit zu leisten. Denn das ist, und so hat es auch der Vorsitzende eingangs gesagt, wohl die wesentliche Aufgabe dieser Klausurtagung, die ja nicht ein Abschluß in dieser Standortbestimmung und in der Entwicklung der Politik bedeutet.

Ich will deshalb, um nicht zu lange zu sprechen, nicht sehr lange zurückblicken, sondern das, was ich im Rückblick sage, gleich verbinden mit einer Konsequenz für die Zukunft. Wir sind natürlich durch die Wahl die etwas schmerzlicher Betroffenen. Hier gibt es, das war meine Meinung schon in Wochen nach der Wahl, ein paar Nuancen unter uns, gar nicht so sehr Gewinner und Verlierer, bei aller Anerkennung derer, die besser abgeschnitten haben, sondern im Grunde nur Verlierer verschiedener Klasse. Ich meine das nicht im statistischen Sinne, da sind unsere Freunde in Hessen Gewinner, aber wenn man die Gesamtentwicklung in den einzelnen Ländern saldiert, muß man ja feststellen, daß es überall ein etwas stärkeres Anwachsen der Koalitionstimmen gibt mit großen Unterschieden. Wir in Schleswig-Holstein sind sicher auf der Verliererseite gewesen, und deshalb haben wir gründlich darüber nachgedacht, warum dies so gewesen ist.

Für mich ist eines sehr wichtig, worauf ich mir auch erlaubt habe, in der Vorbereitung des Wahlkampfes schon gelegentlich hinzuweisen, daß offensichtlich in dieser Phase der deutschen Politik die Regionalisierung trotz der starken, uniformen Wirkung der zentralen Medien, der zentralen Werbung und der beherrschenden Themen und Personen, wieder stärker wird, als wir das in den großen Jahren, in denen unsere Wahlerfolge durch Konrad Adenauer und Ludwig Erhard bestimmt waren, als Regierungspartei gespürt haben. Offensichtlich kommt in der Opposition für uns – Herr Hahn hat in einem anderen Zusammenhang dies Thema beleuchtet – das regionale Moment wieder stärker zum Ausdruck, wie auch die soziologische Vielfalt. Dies ist eine kurze,

kritische Rückbemerkung, daß dies in einigen Punkten der Anlage unseres Wahlkampfes bis zu dem berühmten Quadriga-Plakat nicht konsequent genug bedacht war, daß nun einmal neben der Person unseres Spitzenkandidaten, der im ganzen Bundesgebiet nach der Entscheidung selbstverständlich im Vordergrund stand, es im übrigen richtig gewesen wäre, personell in der Darbietung etwas stärker zu regionalisieren. Ich glaube, daß dieses zutreffend ist. Ich will das konkretisieren, Rainer Barzel, daß der in den demoskopischen Unterlagen vor der Wahl zu den populärsten Politikern unserer Union gehörende Bundestagspräsident [Kai-Uwe von Hassel], der an jeder demoskopischen Befragung weit in der Spitzengruppen neben zwei, drei anderen stand, z. B. nicht in ganz Norddeutschland in Erscheinung getreten ist in der zentralen Wahlkampfleitung. Das ist nach Meinung der norddeutschen Landesverbände insgesamt ein schwerer Fehler gewesen. Ich sage das noch einmal, um dies zu verdeutlichen, aber es geht nicht um den Rückblick, sondern es geht darum, daß wir erkennen müssen, daß dieses Problem der regionalen Vielfalt auch in Zukunft wahrscheinlich ein Problem sein wird und wir eine richtige Mischung der Anlage unserer Politik in der Bedeutung der zentralen Organe unserer Partei, ihrer Leistungsfähigkeit im Bundestag, in der Parteispitze finden müssen, neben der jeweiligen Ausprägung der besonderen regionalen und soziologischen Elemente. Und ich würde zum Thema Stabilität das unterstreichen, was heute morgen gesagt wurde. Das Thema ist richtig gewählt gewesen, aber es ist zu Recht gesagt worden, daß die Ergänzung vor allem bestimmter konkreter Reformziele und Lebenserwartungen und Zielvorstellungen auf die verschiedenen Zielgruppen unserer Bevölkerung hin im Wahlkampf zu schwach war. Ich sage das nur, weil sich daraus in der langfristigen Vorbereitung des Wahlkampfes gewisse Gesichtspunkte ergeben.

Hier ist auch ein Gesichtspunkt sehr wesentlich, der in den Berichten heute morgen angesprochen worden ist. Wir müssen zu einer Überprüfung der Gewichtung kommen. Der Bundestag bleibt für uns das große und beherrschende Forum der politischen Auseinandersetzung mit der SPD und FDP, und darin liegt weiterhin sein Rang, gerade für eine Opposition. Aber ich begrüße die Vorstellung unseres Vorsitzenden, daß wir im Bundestag uns konzentrieren auf einige große, für unser programmatisches Bild und die Verdeutlichung unseres Wollens wesentliche Initiativen. Einige große, wesentliche Initiativen, von denen ich mich frage, lieber Rainer Barzel, ob wir nicht doch auch schon im ersten Jahr die eine oder andere einbringen müssen. Vor allem, nachdem wir heute gehört haben – und das war eine sehr interessante Bemerkung –, daß offenbar große Initiativen eine längere Zeit brauchen, bis sie beim Einzelnen angekommen sind, z. B. warum die Rentenreform nicht zu unseren Gunsten kam. Weil wir, wie meine Vorredner und Sie zu Recht gesagt haben, bereits ab 1974 die Serie der Landtagswahlen bereits im Frühjahr, Frühsommer mit der niedersächsischen Wahl beginnen, glaube ich, daß wir die eine oder andere der großen Initiativen – dies ist eine Empfehlung an die Fraktion – doch auch schon für dieses erste Jahr mit ins Auge fassen sollten.

Aber neben der großen Bedeutung des Bundestages müssen wir erkennen, daß das Problem der Kommunikation, der Umsetzung, der Verdeutlichung unserer Politik,

auch in Bonn, an der sogenannten Basis, das schlechthin entscheidende zweite Element ist. Das hängt zusammen mit der Fülle der Überlegungen von Ausbau und Stärkung der Organisation, der Stellung der CDU in den Medien, der Frage der verbesserten Unterrichtung unserer Mitglieder, der Kontakte zu der Presse und den großen sozialen Gruppen, das, was ich hier noch einmal unterstützend aufgreife und unterstreiche, was aber auch der Ergänzung bedarf, aber natürlich auch in einer lebendiger und selbständiger gewordenen Partei die Frage, wie wir Initiativen von unten in der Meinungsbildung noch wirksamer in die zentrale Parteiarbeit hinein führen können.

Ich glaube, daß Beispiele für die Verdeutlichung unseres Wollens, und damit komme ich zum dritten Punkt, der politischen Strategie und der Weiterentwicklung des Bildes der Partei große Themen sind. Hans Katzer hat gesagt, ich habe es hier vorher aufgeschrieben schon als Stichwort, etwa die Wiedereinbringung unserer weiterentwickelten, abgewandelten Vorstellung zur Vermögensbildung. Die Frage, die die Fraktion prüfen muß, ist, ob es nicht richtig ist, auch einen Entwurf zur Hochschulgesetzgebung schon in diesem Jahr einzubringen, weil das Felder sind, in denen wir ja eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Linken überall führen, und in denen uns trotz der Schwierigkeit mit der Mehrzahl der Studenten nach meiner Auffassung auch neue geistige Kräfte in dieser Auseinandersetzung zuwachsen aus dem Feld der Hochschulen und derer der Wissenschaft, die ja an diesen Fragen interessiert sind.

Und darüber hinaus stimme ich dem zu, daß wir nicht einigen Anregungen folgen sollten, vom § 1 oder der Präambel bis zum letzten Satz eine Programmdiskussion zu führen. Ich halte dies für eine falsche Konsequenz. Das hat keiner hier vorgeschlagen, aber es gibt hier und da Überlegungen. Wir müssen aber die Punkte in unserem Programm definieren, wo wir durch die weitere Entwicklung der Debatte oder auch durch Fakten, die die Regierung ja setzen kann und insoweit durch die Veränderung der Wirklichkeit beeinflussen kann, eine Weiterentwicklung an ganz bestimmten Punkten brauchen, wo wir auch noch nicht genügend weit gekommen sind. Wir waren auf die Debatte über das Bodenrecht, wie ich höre auch durch gewisse Abstimmungsprobleme zwischen CDU und CSU, nicht so weit vorbereitet, wie es rückblickend in den großen Städten wünschenswert gewesen wäre. Wir sind, wie ich hoffe, auf die Debatte über das Wettbewerbsrecht, wo wir jetzt votieren müssen, vorbereitet. Da fallen jetzt schon Entscheidungen. Das ist eine Sache, die jetzt im Grunde schon entschieden wird, sonst gehörte dies hinein, aber, natürlich gilt dies vor allem für die Weiterentwicklung unserer Aussagen zur Ost- und Deutschlandpolitik, weil die Fakten, auch gegenüber dem Düsseldorfer Parteitag, sich verändert haben, die Fakten haben sich verändert, nicht unsere Grundsätze.

Hier hinein gehört sicher auch das Mitbestimmungsrecht, wo ich allerdings vorschlagen würde, daß wir uns nicht unter einen zu starken Zeitdruck setzen lassen, weil dies eine Frage ist, die wirklich einer sehr intensiven, gründlichen Diskussion bedarf. Und ich würde hier gern noch ein paar Sätze hinzufügen zu dem, was Hans Katzer hier gesagt hat auf eine Debatte im Präsidium, er hat Leisler Kiep und mich zitiert. Da lag vielleicht eine Nuance, ich weiß gar nicht, ob es ein grundlegender Unterschied war, bei Übereinstimmung übrigens in den anderen Punkten. Ich habe von vornherein den

Standpunkt vertreten, daß es folgerichtiger ist, den Grundvertrag abzulehnen. Der Kollege Leisler Kiep, der ja seinen Standpunkt verdeutlichen wird, hat eine andere Überlegung zumindest einmal zur Diskussion gestellt, das Für und Wider erörtert. Ich glaube, daß es folgerichtiger ist, den Grundvertrag abzulehnen, so, wie es gestern alle fünf Länder – im Gegensatz zu anderen Spekulationen – mit einer einvernehmlichen Begründung im Innerdeutschen Ausschuß getan haben und im Bundesrat tun werden.²⁹ Aber wir wissen, daß durch die Mehrheitsverhältnisse hier gleichsam die Entwicklung vorprogrammiert ist, und es sich für uns darum handelt, diejenigen, die dagegen sind, und diejenigen, die für den Vertrag sind, zu überzeugen. Die müssen wir natürlich als unsere potentiellen Wähler auch im Auge behalten. Wir müssen mit dieser Begründung artikulieren, daß mit der Verabschiedung und dem Inkrafttreten des Grundvertrages nun doch eine erhebliche Zäsur in der Außenpolitik einsetzt. Eine Zäsur, in der – nach meiner Einschätzung nach Jahren dramatischer Konflikte – die Ost- und Deutschlandpolitik etwas stärker aus den Schlagzeilen verschwinden wird. Was nicht bedeutet, daß wir diese Kapitel schließen, aber daß wir doch erkennen, daß durch die Fakten selbst, aber wahrscheinlich auch durch die Möglichkeiten, die wir haben, nun die großen Themen der Organisation Westeuropas, der Neubestimmung der Beziehung zu den USA, nicht nur Sicherheit, sondern auch wirtschafts-, handelspolitisch in den Vordergrund treten. Daß dies ein Feld ist, auch wenn wir nicht so optimistisch sind, was die schnelle Herstellung der politischen Union betrifft. Ich teile hier Rainer Barzels Meinung, wir haben die Chance, daß wir nicht von einer Entwicklung gleichsam bedrängt und überrollt werden, die wir aus Überzeugung für falsch halten, aber die sich mit internationaler Unterstützung doch gegen uns durchsetzt, sondern in der wir die Chance haben, programmatisch und durch die Qualität unserer Sachaussagen gleichsam vor der Entwicklung herzugehen, was für eine Opposition in der Wirkung auf die Menschen, aber vielleicht auch im Selbstverständnis doch eine dankbarere Rolle ist als die einer mühsamen Defensive gegen die einer übermächtig gewordenen Entwicklung, die wir in den letzten drei Jahren erlebt haben. Das war also das Stichwort mit den zwei Phasen, die wir hier sehen, und auf die wir uns rechtzeitig einstellen müssen.

Was ich hier empfehlen würde – es ist heute morgen angeklungen – ist, daß wir versuchen bis morgen, weil ja auch die Partei etwas über die Analyse hinaus von uns erwartet, schon einige Punkte, jedenfalls vorläufig, zu bestimmen. Ich habe hier genannt als Beispiel Bodenrecht, man könnte die Weiterentwicklung der Vermögensbildung nennen, vielleicht die eine oder andere Frage mehr, berufliche Bildung, Wettbewerb. Ja, das ist eine Frage, die vielleicht für eine langfristige Debatte geeignet ist. (*Zwischenruf.*) Ja, Steuerrecht, lieber Peter Lorenz, ich denke jetzt an die Punkte, die in der Partei breit zur Diskussion gestellt werden können. Da bin ich nun – bei allem Willen zur demokratisch breiten Basis beim Steuerrecht – persönlich etwas skeptischer, aber das lasse ich jetzt offen, daß wir einige Punkte bestimmen, bei denen wir sagen, aus dieser Sitzung heraus, dies werden die Themen der Diskussion bis zum

29 Vgl. dpa vom 26. Januar 1973 „Jetzt hat der Bundesrat zum Grundvertrag das Wort“.

Herbst sein in der Partei. Hier wird der Vorstand dafür sorgen, daß es in einigen Wochen – das geht nicht heute – die Vorlagen dazu gibt. Das sind die Fragen, in denen wir auf dem Parteitag oder später einen weiterführenden programmatischen Beitrag – Herr Kollege Kraske hat es heute morgen in allgemeiner Form schon zu Recht hervorgehoben – für die Meinungsbildung der Partei leisten wollen. Dies ist mir nun nach dem 19. November sehr klar geworden, aus den Debatten in meinem Landesverband und woanders, auch aufgrund des großen Beifalls, den der Bericht von Richard von Weizsäcker in Wiesbaden gefunden hat.³⁰ Das ging leider im Wahlkampf, in der Aktualität, in der Tagespresse, etwas unter. Daneben ist das Bedürfnis in unserer Partei ungewöhnlich stark, in der wir – die mittlere und ältere Generation – durch Konrad Adenauer zur Realpolitik und zum Pragmatismus erzogen worden sind, z. T. auch ein bißchen zur Skepsis gegen ideologische lange Debatten, diese Klärung der Grundsatzpositionen unserer Partei als einer modernen Volkspartei weiterzuführen. Standortbestimmung im Geistigen und damit die Abgrenzung gegenüber dem doktrinären Anspruch der linken Heilslehren, der natürlich im gesellschaftlichen Bereich, im kommunalen Bereich, an der sogenannten Basis, noch einen viel stärkeren Druck ausübt als in der hier temperierten Luft von Bonn oder eine Regierungserklärung von Herrn Brandt. Hier liegt der Punkt, wo nun endlich auch einmal die von uns allen immer wieder seit 1969 angemahnte – ich erinnere an Ihre Diskussion, Herr Mikat, in Hannover mit den Schriftstellern³¹, das haben wir ja schon 1965/66 erkannt –, stärkere Verbindung mit den Intellektuellen und geistigen Kräften praktiziert werden muß.

Was zu den ermutigenden Dingen gehört, ist, daß uns 1972 sicher doppelt so viel Hochschullehrer gewählt haben wie 1969, um das einmal sehr kurz zu sagen. Und das sind nun nicht nur die verängstigten älteren Ordinarien darunter, von denen die Linke spricht, sondern die jungen dynamischen Leute, die etwas leisten wollen, die einen Anspruch von Wissenschaft haben, der eben mit dieser linken Ideologie überhaupt nichts mehr zu tun hat. Und hier gibt es eben Beiträge. Die Wendung von Steinbuch, die wir alle verfolgen, ist signifikant, wie etwa der jetzt neu erscheinende Band von Steinbuch, „Kurskorrektur“, von dem ich einen Vorabdruck gelesen habe.³² Oder der Aufsatz von Schelsky, der heute morgen schon von Rainer Barzel zitiert wurde, um nur Dinge der letzten Wochen zu nehmen. Dies ist nun wirklich eine Aufgabe, die wir nicht nur willensmäßig, sondern gleichsam organisatorisch lösen müssen, nicht nur individuell, sondern als Partei zu adaptieren haben. Wo wir für die Übernahme solcher, zunächst ja nicht auf die CDU hin geschriebener grundsätzlicher Positionsbestimmungen

30 Weizsäcker gab einen Zwischenbericht zur Arbeit der Grundsatzkommission, das Parteitagsprotokoll weist viel Beifall aus (vgl. CDU, 20. BUNDESPARTEITAG S. 61–78).

31 Podiumsgespräch am 15. März 1964 im Rahmen des 12. CDU-Bundesparteitags in Hannover zum Thema „Geist – Stiefkind der Nation“. Die Leitung hatte Eugen Gerstenmaier, Teilnehmer waren – neben Paul Mikat – Arnold Gehlen, Walter Jens, Hans Schwab-Felisch und Martin Walser.

32 Karl STEINBUCH: Kurskorrektur. Stuttgart 1973.

in die Diskussion unserer Partei, in ihr Selbstverständnis und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu sorgen haben, bis hin zu der Notwendigkeit, daß wir gegebenenfalls auch in einer eigenen Schriftenreihe, sei es der Adenauer-Akademie, sei es der Partei, vielleicht auch mit befreundeten Verlagen, diese Dinge wirklich unter unsere Leute bringen und, soweit es nicht geschieht, unter die Leute schlechthin. Das ist, glaube ich, eine gewisse Konkretisierung dieses immer wieder geführten Themas – Kontakt mit den geistigen Kräften und Intellektuellen.

Ich habe diesen einen konkreten Vorschlag für ein Ergebnis morgen hier gemacht oder aufgenommen und weitergeführt und möchte folgendes sagen: Wir alle erleben das in unseren Landesverbänden und, lieber Rainer Barzel, das gilt auch für uns als Bundespartei, es gilt, wenn ich das aus der freundschaftlichen Verbundenheit langjähriger Zugehörigkeit sagen darf, auch für die Fraktion. Wir müssen als nächste Stufe nach dieser Grundsatzdebatte hier zu einem konkreten Organisations- und Arbeitsplan kommen, der abgestellt ist auf die realen Möglichkeiten unserer hauptamtlichen Organisation und dem, was an ehrenamtlicher Arbeit in Ausschüssen und Kommissionen geleistet werden kann.

Ich glaube, daß das nach dieser Beratung hier heute und morgen die nächste Aufgabe unseres Generalsekretärs, unserer Geschäftsführung ist. Wir haben das alles 1969 und 1970 schon einmal diskutiert, aber wir sind dann nur zu ersten bescheidenen Ergebnissen gekommen. Die Erkenntnisse waren damals auch schon vorhanden. Und hier hat Katzer auch einen Satz dazu gesagt, den ich unterstreiche, das vorhandene Potential unserer hauptamtlichen Stäbe optimaler zu organisieren und zu nutzen. Ich sage nicht nur koordinieren, ich bin bewußt weiter gegangen, ich habe gesagt, organisieren, weil nach meiner Auffassung sogar auch Umorganisationen hier und da notwendig sein müssen. Die Koordination ist ein Element, sie wird nicht ausreichen. Da wir nun noch einmal vier Jahre in der Opposition sind und eine noch stärker ausgebaut und noch mächtigere Regierung uns gegenüber haben – die Technik von Herrn Brandt ist hier geschildert –, ist dies eine ganz entscheidende Frage, in der auch in gewisse Besitzstände und Verhaltensweisen, auch in den Stäben, eingegriffen werden muß. Die Art, wie wir etwa personell und vor allem strukturell – es geht gar nicht in erster Linie um Personen – im Bereich der Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und ich nehme die Gesellschaftspolitik gleich hinzu, hauptamtlich organisiert sind, bedarf einer grundlegenden Überprüfung und wesentlichen Verbesserung. Ich glaube, daß dies auch für andere Bereiche gilt.

Dies ist nun allerdings eine ganz entscheidende Aufgabe für uns alle als Parteivorstand, Präsidium, es ist eine Aufgabe für die Fraktionsführung und insbesondere, wenn ich das sagen darf, für unseren Vorsitzenden und den Generalsekretär, weil z. T. Ihre Autorität selbst benötigt wird – das ist meine feste Überzeugung –, dies zu erreichen, und das gehört für mich zu dem Thema Organisation und Arbeitsplan in Verbindung mit einer konkreten Konzeption nach der Analyse der allgemeinen politischen Zielbestimmung als nächste Stufe für uns alle.

Hahn: Herr Filbinger hat mich angerufen und mich gebeten, eine Erklärung abzugeben. Ich muß gleich nach Stuttgart zurückfahren und deswegen gebe ich sie in aller

Kürze einmal ab. Er war der Meinung, und ich möchte mich dem anschließen, daß wir die Personalfrage nicht in den Vordergrund drücken sollten, also etwa in dem Sinne, wie Herr Köppler das ausgesprochen hat, sondern daß wir sie langsam angehen sollten, daß wir umgekehrt in der Frage des Sachprogramms auch nicht den Eindruck erwecken sollten, als wenn wir unter dem Schock der Bundestagswahl die Kurskorrektur im Sinne einer schnellen Anpassung vornehmen sollten, sondern daß die Kontinuität bei völliger Flexibilität im Blick auf neue Entwicklungen sichtbar werden sollte. Also, daß im wesentlichen doch die gleiche Linie verfolgt wird und daß nicht etwa der Eindruck einer aus dem Takt gekommenen Partei dabei in der Öffentlichkeit vorherrschen sollte. Nur diese beiden Gesichtspunkte bat er, noch einmal zum Ausdruck zu bringen.

Kohl: Ich bin zunächst damit einverstanden, was Herr Köppler gesagt hat und zwar voll und ganz. Ich halte das für eine vernünftige Regelung. Aber gerade weil ich sie an dem Punkt als vernünftig erkenne, ist notwendig, daß das gesagt wurde, was ich gesagt habe. Und ich hätte mich auch jetzt nicht mehr zu Wort gemeldet, wenn nicht einige Einlassungen von Hans Katzer das einfach erzwungen hätten.

Es kann gar nicht angehen, daß ich hier unwidersprochen stehen lasse, daß die Ankündigung einer solchen Kandidatur schädlich für die Partei sei. Das ist eine Vorstellungswelt, die ich nicht für eine freiverfaßte demokratische Partei akzeptieren kann. Ich kann mir gut vorstellen, wenn in der Sache der Hans Katzer anderer Meinung gewesen wäre, (*Zwischenruf*) – in diesem Fall meine ich jetzt meiner Meinung –, daß er genau wie ich jetzt die gleiche Formulierung gewählt hätte. Da kann gar keine Rede davon sein, daß aus dem Betracht der Wahlnacht, lieber Hans Katzer, wo es doch einfach eine menschliche Selbstverständlichkeit war, sich so zu verhalten, wie wir uns verhalten haben, geschlossen werden kann, und soviel wissen Sie von Platzvorteil in der Politik, daß der, der die Absicht hat, im Herbst zu kandidieren, das im Herbst sagen soll, und in der Zwischenzeit, wenn er gefragt wird, den Kopf schütteln soll. Das ist ja widernatürlich in der Politik, so etwas zu erwarten. Und es kann gar keine Rede davon sein, daß irgendeiner unter uns quasi unter Denkmalschutz steht. Denn wir sind von Saarbrücken aus – und ich habe von der Stunde der Abstimmung ab dieses Ticket vertreten, mindestens so, wie jeder hier im Saal – mit einer bestimmten Marschrichtung ausgezogen. Und diese Marschrichtung hatte qua Mehrheit eine bestimmte Entscheidung gefällt. Diese Entscheidung ging von einem bestimmten Ziel aus. Dies Ziel ist nicht erreicht worden, und es ist eine neue Lage da, und darüber muß man reden. Ich bin sehr dafür, das in all den Formen zu tun, wie das hier gesagt wurde, zumal ich ja ausdrücklich noch sagen will, daß ich mit Rainer Barzel übereinstimme, der ja in Siegen diejenigen aufgefordert hat, die kandidieren wollen, es offen zu sagen. Und wenn es überhaupt in dieser Partei noch eine Kleiderordnung gibt, dann ist der Punkt hier im Vorstand, das zu sagen; das habe ich getan, nicht mehr und nicht weniger.

Zum zweiten, nur damit das nicht zur Bildung von Legenden führt, ich habe Kritik geübt im Zusammenhang mit Glaubwürdigkeit und Ostpolitik. Natürlich habe ich vor der Fraktion das Menschenmögliche getan, um das Auseinanderbrechen zu verhindern, und auch im Votum, daß eben dieser Schritt, der dann kam, im Präsidium nicht

vorberaten war. Der ist am Tag beraten worden. Aber ich karte hier nicht nach. Nicht nur ich, und ich war ein zweifelnder Weggenosse auf diesem Weg, habe gelegentlich im Gespräch – nicht öffentlich – gesagt, halten wir das so durch? Aber ich stand im Bundesrat und habe mit meinem Votum, wie andere an anderer Stelle auch, eine klare Position bezogen. Und es hat mir und anderen, jedem hier, nicht gutgetan, und der Partei auch nicht, daß das Votum dann von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr unser Votum war, nicht mehr und nicht weniger. Und damit auch da kein Zweifel aufkommt, Hans Katzer, ich war nicht der Erfinder des Mißtrauensvotums. (*Zwischenruf.*) Entschuldigung, dies ist schlicht und einfach so nicht wahr, und deswegen will ich es jetzt klar ansprechen, weil sich auch hier Legenden leicht bilden.

Am Samstag der Baden-Württemberg-Wahl habe ich mit Rainer Barzel telefoniert. Und der hatte die Umrisse des Ereignisses der darauffolgenden Woche charakterisiert. Ich habe ihm gesagt, daß Sie von dem, der in Saarbrücken gegen Sie unterlegen ist, in dieser Frage, wenn Sie glauben – und wir haben dann die Punkte besprochen, ich habe gar keinen Grund, ich will es wiederum salopp sagen, es war ja zunächst sein eigener Kopf, der hier zu Markte getragen wurde, daß er sorgfältig abgetestet hat, Dinge, die ich z. T., ich brauche das nicht zu erläutern, nicht tun konnte – die volle Unterstützung bekommen. Das war der Hergang. Und als an dem Montag über die Sache gesprochen wurde, habe ich es auch für das Präsidium übernommen, was meines Erachtens einen guten Sinn hatte, im Vorstand die Meinung, die wir uns im Präsidium nach durchaus kontroverser Diskussion gebildet haben, vorzutragen. Und, meine Damen und Herren, genau wie es richtig war, daß in dieser konkreten Situation Kiesinger und Schröder und andere im Bundestag gesprochen haben, vor diesem Mißtrauensvotum, genau so war es richtig, daß ich diese Position in der Partei eingenommen habe, denn das hat etwas mit Solidarität zu tun, das will ich nur noch im Blick zurück nachtragen, weil sich sonst diese Kontur etwas verwischen könnte.

Barzel: Darf ich darauf hinweisen, daß sowohl die Vertragspolitik wie das Mißtrauensvotum im Präsidium und im Vorstand mit großen Mehrheiten beschlossen worden sind. (*Kohl:* Hat auch niemand bestritten!) Ich versuche doch nur dies noch einmal festzuhalten, Herr Kollege Kohl. Und vielleicht darf ich nur ganz kurz in Erinnerung rufen, daß eben dieses Mißtrauensvotum ja eine Reihe von Argumenten hatte, an die zu erinnern berechtigt ist. Wir wollten keine Wahl über die Verträge. (*Kohl:* Natürlich!) Es war unsere Vertragsposition, wenn wir die durchgehalten hätten, hätten wir die Wahl über die Verträge bekommen, deshalb wollten wir dies nicht. Wir wollten zweitens keine Wahl in 1972. Wir wollten drittens die Wahl möglichst aus der Rolle der Regierung, weil wir alle wußten, was dies bedeutet. Da ging die Sache schief, obwohl sie nach Treu und Glauben abgesichert war, und es entstanden genau jene Sachzwänge gegen uns, die wir verhindern wollten. Dann ging es nur noch darum, das Beste daraus zu machen. Das war die Situation damals, und ich glaube, da ist gar nichts mehr dazu zu sagen. Ich kann nur sagen, nach all den Dingen von heute morgen, wenn das erfolgreich gewesen wäre, wäre das Mißtrauensvotum auch populär gewesen. Heute in der Demoskopie ist es doch ganz klar.

Von Weizsäcker: Herr Vorsitzender, ich möchte mich zu einem ganzen Bündel von

Problemen äußern. Wir haben heute morgen von verschiedenen Seiten gehört, daß wir uns gegenseitig nicht zerfleischen. Es gibt ja auch manchen Grund, sich Mut zu machen, das ist alles ganz richtig und schön, aber hier in dem Parteivorstand müssen wir doch von der Lage ausgehen, wie sie halt jeder sieht. Ich gehöre zu denen, die die Lage als ernst, und zwar als langfristig ernst ansehen. Langfristig entstanden, nicht nur an den Tatbeständen, die dankenswerterweise von Ihnen allen hier noch einmal ins Gedächtnis gerufen worden sind, sondern von langer Hand ist eine Lage entstanden, die ernst ist, und die auch nur mit langfristigen Maßnahmen wieder freundlicher gestaltet werden kann. Ich glaube, dies entspricht auch dem Bewußtsein der Basis in unserer Partei. Und wenn das so ist, dann ziehe ich daraus den Schluß, und nicht nur ich, sondern ich höre das doch auch von vielen Leuten, sie ist ernst genug, um sagen zu müssen, es ist alles offen. Das heißt, es ist sowohl jede personelle wie jede sachliche Frage in die Diskussion einzubeziehen. Es wäre der Wirklichkeit entgegen, wenn wir aus noch so wohl verstandenem Interesse unserer jetzigen taktischen Situation in den nächsten sechs Monaten so tun würden, als wäre die Lage nicht so ernst, als könnten wir es uns erlauben, irgend etwas aus der Diskussion auszuklammern. Im Gegenteil, es ist die einzig mögliche Form von Glaubwürdigkeit, diese Dinge auch beim Namen zu nennen. Dazu gehört auch die Personenfrage. Einer Personenfrage ohnehin uns nüchtern zu stellen, wenn wir in einer ganzen Reihe von Monaten wieder eine Wahl vor uns haben, finde ich schon nicht zu viel verlangt von uns. Uns einer solchen Frage zu stellen, wenn die Lage so ernst ist, wie ich meine, finde ich erst recht nicht zu viel verlangt. Aber nun weiter. Gerade weil sie so ernst ist, deswegen glaube ich auch nicht, daß diese Personenfrage sozusagen im herkömmlichen Sinn wirklich ernsthaft gefördert werden kann. Nämlich nicht jetzt durch eine Debatte über die Vorzüge verschiedener Kandidaten und auch nicht jetzt durch Bildung von personalpolitischen Koalitionen, um diesem oder jenem Kandidaten also zu einem Erfolg zu verhelfen, sondern jetzt durch eine Erörterung der Prinzipien der Strategie und der Organisation dieser Dinge.

Ich wende mich diesen Fragen in meiner weiteren Einlassung zu, und zwar im Rahmen des Gegenstandes, über den wir hier die Verantwortung tragen, nämlich der Partei. Ich bin der Überzeugung, daß die Partei eine eigenständige Rolle hat, und ich bin weiter der Überzeugung, daß sie eine vorrangige Rolle hat. Wenn wir das Vertrauen im Volk wieder gewinnen wollen, dann ist natürlich alles, Herr Katzer, was wir in der Fraktion zu tun haben, sehr wichtig. Die Debatte, die wir gerade in dieser Woche hinter uns gebracht haben, die Erörterung der Frage, warum Brandt so eine wirkungsvolle Rede wie gestern halten kann – ich fand sie gar nicht mal so wirkungsvoll, aber da können wir doch noch einmal drüber reden. Aber vorrangig für die Wiedergewinnung des Vertrauens halte ich die langfristige Arbeit in der Partei. Ich möchte vier oder fünf Punkte dafür nennen.

Das erste sind die Prinzipien, das zweite sind auf der Basis dieser Prinzipien die Konsequenzen für die großen konkreten Konflikte. Jeder von Ihnen hat davon schon einige genannt. Das dritte ist die Basisarbeit, auch dazu sage ich gleich noch was. Das vierte sind die Rahmenbedingungen für die großen konkreten Punkte und für die Basis, und das fünfte ist schließlich der Bereich, zu dem Herr Stoltenberg zuletzt noch

gesprochen hat, also Wissenschaft, Erziehung, Information usw. Ich komme darauf gesondert noch.

Ganz kurz, was die Prinzipien anbetrifft. Ich glaube, wir haben in Fortführung dessen, was wir auch in der Grundsatzkommission schon mal anvisiert haben, unter anderem zwei große Themen: Zusammengehörigkeit und Kollision der Prinzipien Freiheit und Gleichheit. Da gibt es, einfach durch die Entwicklung der Gesellschaft, nicht in erster Linie durch Zeitgeist, sondern durch die objektive Entwicklung der Gesellschaft gewisse Linien, bei denen man sagen muß, hier ist manches bisher mehr zusammengegangen, Freiheit und Gleichheit, was in Zukunft eher auseinanderläuft, ich vertiefe das nicht.

Das nächste ist die Kollision zwischen Freiheit und Demokratie, wie Schelsky das nennt, oder, genauer gesagt, die Kollision zwischen Freiheit und Demokratisierung. Ich will nur Ihnen allen – soweit Sie das noch nicht getan haben – auch von mir aus noch einmal sehr diesen Artikel ans Herz legen, was hier darüber ausgeführt worden ist, inwiefern die Demokratisierung zu einer Parteipolitisation und damit zu einer Polarisierung und damit zu einer Schwächung des nun wirklich guten Liberalismus und damit der Freiheit führt. Das halte ich für einen sehr wesentlichen Punkt.

Im Zusammenhang damit das ganze Problem der Machtverteilung und Machtkontrolle. Mit diesen drei Stichworten über Prinzipien sind wir bei den konkreten Konfliktpunkten, also bei den konkreten, großen politischen Entscheidungsfeldern angelangt, die Sie auch alle genannt haben. Ich plädiere nur für eine möglichst einleuchtende Verknüpfung unserer prinzipiellen oder theoretischen Überlegungen, mit der Begründung für die Entscheidung in diesen großen Fragen Eigentum, Mitbestimmung, und was es da so alles gibt. Wenn wir diese Begründung anständig finden, werden uns sowohl selber die Entscheidungen leichter fallen, wie auch werden wir damit mehr Sympathie oder mehr Glaubwürdigkeit, einfach mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Der nächste Punkt: Basis. Das Stichwort ist schon mehrfach gefallen, erlauben Sie mir, Ihnen meine persönliche Färbung noch einmal zu geben. Erstens verstehe ich unter Basis, so wichtig es natürlich nach den Wünschen aller unserer Orts- und Kreisverbände ist, nicht in erster Linie, daß wir alle nun noch dreimal so oft Versammlungen für unsere Parteiorganisation machen. Das Nötige ist schon gesagt worden, es gibt wirklich keine Partei in der Bundesrepublik, die auch nur annähernd an die Leistung der CDU auf diesem Gebiet herankommt. Das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen müssen wir bedenken. Ich wäre dankbar, wenn das auch als Ergebnis dieser Tagung durch den Generalsekretär auf eine humane Weise der Partei mitgeteilt würde, wir haben in bezug auf Prinzipien und Kontroversen usw. und in bezug auf den vorpolitischen Raum, jeder von uns, sehr viel zu tun. Wir haben natürlich auch etwas zur Ermunterung, jeder in seinem Wahlkreis oder sonst in der ganzen Bundesrepublik, zu tun. Aber es ist nicht unsere primäre Basisaufgabe, nun wirklich nicht nur 25, sondern ich weiß nicht wie viele Tage im Jahr überall herumzufahren und präsent zu sein innerhalb unserer Mitgliederverbände, sondern ich finde, daß wir bei dem Stichwort Basis wesentlich mitberücksichtigen müssen, was heute morgen von einem unserer beiden

Sachverständigen gesagt wurde, und was ich auch versucht habe im Bundestag³³ ein bißchen auszuführen im Zusammenhang mit sozialen Diensten, im Zusammenhang mit den Aufgaben und Möglichkeiten und Chancen des Menschen als soziales Wesen in der Welt, in der er diese seine Freiheit erfährt und seine Selbstverwirklichung zu suchen hat. Also, Basisarbeit ist in erster Linie die Zuwendung des Menschen zu seinem Lebensbereich, soweit sie eben nicht nur die Anhäufung seiner eigenen materiellen Voraussetzung für seine Freiheit ist. Und in dieser Richtung, das wollen wir doch auch ganz offen sagen, in dieser Richtung haben z. B. die Jungsozialisten in den letzten zehn Jahren eben wirklich etwas geleistet, was seinesgleichen sucht in der Bundesrepublik. Sie verbinden es zwar mit einem Ziel, über dessen utopischen Charakter und über dessen fragwürdige Methoden, sie zu erreichen, wir ja sehr schnell einig sein werden, aber die Mobilisierung von Menschen, sozusagen absichtslos ihre Probleme vor Ort in Angriff zu nehmen, das scheint mir der Kernpunkt von Basisarbeit zu sein, das scheint mir der Kernpunkt auch derjenigen grundsätzlichen Begriffe zu sein, die ich unter Leistung, nämlich Leistungsmotivierung des Einzelnen und unter Solidarität verstehe. Wenn wir das in einen etwas weiteren organisatorischen Rahmen auch der sozialen Dienste stellen, dann ergeben sich rasch die Konsequenzen für mein viertes Stichwort, Rahmenbedingungen, welche gesetzlichen Folgen hat das? Welche gesetzlichen Ermäßigungen und Begünstigungen für eine solche Basisarbeit können wir denn von den politischen Gremien aus dafür leisten?

Der fünfte und letzte meiner Punkte. Wie gesagt, Herr Stoltenberg ist auf ihn schon zurückgekommen, auch da beziehe ich mich ein bißchen auf Herrn Schelsky, der ja sehr pointiert gesagt hat, in den ersten 25 Jahren haben wir mit vollem Recht dem Wirtschaftlichen und dem Sozialen unsere Hauptaufmerksamkeit gewidmet, und dem muß unsere Aufmerksamkeit ebenso weiter gewidmet bleiben. Erfolg aber kann das nur haben, wenn ihm zur Seite tritt ein weiterer Bereich auch organisatorisch und in der ganzen Planung, in dem eben Erziehung, Wissenschaft, Information und Kultur im weitesten Sinn zum Gegenstand politischer Arbeit gemacht wird. Er hat ja da alle möglichen Strategien auf dem Gebiet gegenüber den verschiedenen Gruppen, Wort- und Sprachstrategie und Strategie in Bezug auf die bestehenden Institutionen genannt, das will ich alles nicht vertiefen, sondern, indem ich das nenne, nur andeuten. Das ist nicht einfach nur die Fortsetzung einer koordinierten Schulpolitik und die Fortsetzung einer koordinierten Bemühung, daß unsere Rundfunkräte also auch diese und jene Sachen machen, sondern es ist sehr viel mehr, sowohl an inhaltlicher wie auch an organisatorischer Arbeit.

Wenn wir auf diesen Gebieten durch die Partei in ihrer eigenständigen und in ihrer vorrangigen Rolle rasch zu einer Verständigung über die Aufgaben und dann vor allem auch zu einer Einigung über erste Organisationsaufträge dafür kommen, dann, glaube ich, sind wir auf dem Weg, auf dem sich entscheiden wird, ob wir Erfolg haben

33 Vgl. von Weizsäcker in der Aussprache über die Regierungserklärung am 24. Januar 1973 (Sten.Ber. 7. WP 8. Sitzung S. 183–186, hier S. 185f.).

werden, Herr Katzer, Freunde zu finden, die wir brauchen, und auch, ob wir Erfolg haben werden in der Fraktion, wenn wir unsere Politik in der Fraktion, Rahmenbedingungen zu setzen für solche in der Partei erarbeiteten Dinge. Dann wird eben auch einsichtiger werden, daß und warum wir diese und keine anderen Sachen in der Fraktion machen. Und deswegen glaube ich wirklich, daß es unsere Aufgabe ist zu erkennen, wie ungeheuer wichtig die Parteiarbeit ist. Es ist viel gemacht worden in der Vergangenheit auch auf dem Gebiet. Die großen Diskussionen auf den Parteitagen haben uns sehr viel genützt, aber ich glaube, daß wir eben zunächst diese Organisationsaufträge entweder auf den von mir genannten fünf Gebieten, oder auch auf anderen, über die wir uns verständigen werden, möglichst noch vielleicht morgen in ersten Ansätzen finden müssen, denn das ist die Aufgabe, die wir jetzt und die dieser Kreis zu lösen hat. Und schließlich, um an den Anfang wieder anzuknüpfen, am Erfolg über diese Aufgaben werden sich natürlich dann auch, und ich würde sagen, ganz legitimerweise, die Chancen und die Entscheidungen in bezug auf die Personaldinge am organischsten ergeben.

Mikat: Ich will vorweg einen Satz sagen, damit ich jetzt nicht mißverstanden werde bei dem, was dann folgt. Ich glaube – ich will den Schlußsatz vorwegnehmen –, daß die CDU jetzt und in Zukunft eine entscheidende Rolle hat. Das heißt, ich halte sie geschichtlich nicht für überholt. Und nun, was das vielleicht in Frage stellen könnte.

Ich will das ganz kurz erläutern. Erstens, ich bin der Ansicht, wir müßten diese Diskussion auch führen, die wir jetzt führen, wenn wir am 19. November einen überzeugenden Wahlsieg errungen hätten. Ich halte es für verfehlt zu glauben, wir führen diese Diskussion aus dem Erlebnis der Niederlage heraus. Wir müßten sie auch führen, wenn wir gewonnen hätten, weil wir, insgesamt – so vorsichtig man mit Diagnosen über seine eigene Zeit sein soll – in einer Zeit des Umbruchs stehen, der sehr schwer historisch einzuordnen ist. Ich persönlich glaube, daß eine ganze Phase der Kulturgeschichte im Augenblick zu Ende geht, ohne daß ich in der Lage wäre, schon exakt die neuen Inhalte der neuen Phase bestimmen zu können.

Zweitens, wir haben davon auszugehen, daß die CDU und die CSU in einer exzeptionellen Lage der deutschen Geschichte entstanden sind, die es politisch relevanten Kräften angesichts des unmittelbaren Erlebnisses mit dem nationalsozialistischen Perversenstaat ermöglichte, einmal in eine stärkere Besinnung zu vorher in der deutschen Politik überhaupt nicht in dem Umfang relevanten christlichen Elementen wieder einzutreten. Zum anderen, sie ermöglichte es, erstmals seit Aufkommen der demokratischen Bewegung, ohne das Korsett des monarchischen Gedankens, den betont kirchlich gebundenen Kreisen nicht nur für eine bestimmte Phase die sogenannte geistige Klimabildung zu beeinflussen, sondern am Staatsaufbau stärker als in der Weimarer Zeit, wo man nur mitbestimmte durch die berühmte Prozentalfunktion des Zentrums, den Staatsaufbau entscheidend zu bestimmen. Sehr früh, nämlich schon Anfang der 50er Jahre, hatten allerdings einige Theoretiker darauf aufmerksam gemacht, daß diese Phase eine Phase des Übergangs sei, wo man nicht genau wisse, wohin es denn eigentlich wieder pendeln würde. Es zeigte sich nämlich sehr bald, daß dieses geistige Klima überhaupt nicht ohne weiteres an die Lage vor 1933 anknüpfte, sondern Aus-

druck einer Sondersituation war und daß mit einem Anknüpfen an die geistige, säkularisierte Klimabildung der Epoche vor 1933 zumindest gerechnet werden mußte.

Drittens, die Ordnungsvorstellung. Wobei ich durchaus einräume, daß das, was ich hier jetzt ganz kurz thesenartig vortrage, natürlich sehr viel differenzierter vorgetragen werden müßte. Aber ich halte es doch für wichtig, das mal festzuhalten. Die Ordnungsvorstellungen der CDU/CSU entwickelte diese Partei nach 1945, also nach ihrer Entstehung, vornehmlich gar nicht aus sich selbst heraus, sondern sie wurden ihr – freilich in enger Verschränkung mit den Produzenten, sprich also hier z. T. den Kirchen – geliefert, freilich in enger Beschränkung. Auch die wichtige Idee der Sozialen Marktwirtschaft ist ja nicht innerhalb der CDU/CSU entstanden, sondern die Soziale Marktwirtschaft löste in rascher Folge eine vorher in der CDU zumindest virulente Phase der Übernahme von mehr aus dem christlichen Sozialismus heraus geprägten Vorstellungen ab, bewies allerdings in ihrer ersten Phase ihre außerordentlich große Volksstärke, was ja dazu geführt hat, daß bestimmte Sozialvorstellungen vor 1948 dann in den Hintergrund treten würden. Übrigens weise ich daraufhin, der erste, der das vorausgesagt hat, ist Röpke³⁴ 1942 gewesen. Er hat nämlich geschrieben, ob diese Vorstellung von der Civitas Humana sich durchsetzen würde, wäre eine Frage, ob sie jemals in einem Staate Erfolg haben würde. Ist ganz interessant. Er hat gesagt, ob das sich durchsetzt, gegenüber etwa zwangswirtschaftlichen Modellen, ist eine Frage, ob die Chance besteht, daß es einmal Erfolg hat. Ist ganz interessant, 1942, ich darf darauf aufmerksam machen, ist das Buch erschienen. (*Zwischenruf*.) Herr Schäfer, ich darf vielleicht genau so ruhig zu Ende führen, wie alle anderen Redner bisher vor mir? (*Diskussion*.) Es war kein Angriff auf die Soziale Marktwirtschaft. Ich wäre doch auch dankbar, wenn ich mal ganz kurz einen Gedanken zu Ende sprechen kann.

Dabei wurde wahrscheinlich nicht früh genug gesehen, daß es bei uns in der CDU/CSU gerade durch die unmittelbare – das ist kein Schuldvorwurf, sondern Ausdruck der Notwendigkeit, die damals existierte – Bezogenheit auf den materiellen Wiederaufbau des Gesamtgefüges zu einer Begrenzung oder, ich würde mal sagen, Einengung des Gesellschaftspolitischen auf den Bereich des unmittelbar Sozialpolitischen kam, und daß die strukturellen Probleme gegenüber den jeweils zu leistenden Nahzielen eine gewisse Verkürzung erfuhren. Das galt nicht für den die ältere Tradition der christlichen Soziallehre immer beibehaltenden Flügel der Partei. Wohl aber wurde in den Handlungsvollzügen etwa die Idee der Ehe- und Familienrechtsreform, etwa die Idee einer Strafrechtsreform, etwa die Idee einer Demokratisierung des Gemeinwesens, die Idee etwa, ich will nur mal die Dinge nennen, die wir heute als gesellschaftliche Probleme sehen, nicht von uns heraus entwickelt, sondern sie wurden weitgehend an uns herangetragen, und wir versuchten zu reagieren. Die empfindliche Schwäche mußte in dem Moment eintreten, in dem unsere klassischen Produzenten infolge der Schwierigkeiten im eigenen Betrieb teils die Produktion einstellten oder teils die Produktion umstellten. Das heißt, die Kirchen fielen als Lieferanten z. T. aus. Die Gründe

34 Dr. Wilhelm Röpke (1899–1966), Nationalökonom; 1937–1966 Professor am Institut des Hautes Etudes Internationales in Genf. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1119 Anm. 68.

will ich hier nicht untersuchen. Es ist das gute Recht für jedermann auszufallen, es ist auch nicht unsere Aufgabe, hier jetzt gewissermaßen in die Sache hereinzuschlüpfen, wir sahen nur, daß wir spätestens Ende der 60er Jahre, spätestens, aber wahrscheinlich schon früher – ich sage ja, wahrscheinlich schon früher –, spätestens Ende der 60er Jahre auf einmal das vorfanden, was also Fetscher³⁵ – und ich meine mit Recht – die „ideologische Lücke“ nennt. Ich warne davor, etwa zu glauben, es gäbe bei uns die Möglichkeit, einen Rekurs auf ältere Modelle erfolgreich noch verwirklichen zu können. So sehr ich also, gar keine Frage, sicherlich linken Experimenten abhold bin, so sehr muß ich doch auch sagen, daß ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir in Bereichen der Gesellschaftspolitik sehr nüchtern und realitätsbezogen etwa mal fragen, welche Entwicklungen sind zwangsläufig und hängen ganz einfach mit sachlogischen Strukturen in der Gesellschaft zusammen. Welche der früher paläoliberalen Vorstellungen, das ist die Schwierigkeit der FDP, gehört heute zum Gemeingut des modernen Verfassungsstaates überhaupt, welche der früher sogenannten sozialistischen Vorstellungen sind aber ebenfalls in das Gemeingut eingegangen, auch das kann nicht geleugnet werden. Die Schwierigkeit z. B. in der Diskussion mit der katholischen Kirche liegt darin, daß die Annahme, Sozialismus minus Atheismus – denn das, was die katholische Kirche beim Sozialismus primär bekämpft hat, war ja Atheismus – in dem Moment, wo das auf einmal als Gebilde erscheint, gar nicht mehr zwangsläufig atheistisch ist. Das ist nicht die deutsche Situation, aber die italienische Situation zur Zeit. Man sagt nicht, das ist unsere Soziallehre, aber immerhin, da haben wir doch sehr viel Gemeinsamkeiten, und man sagt etwa – ich will Ihnen den Stand etwa mal der katholischen Theorie außerhalb Deutschland wiedergeben, die hierher überschwappt, und die Professoren sind munter dabei – der Spätkapitalismus läuft aus, der Sozialismus ist eine begleitende Phase des Spätkapitalismus gewesen, und es wird eine Art tertium comparationis daraus geben. Ich sage nicht, das ist meine Meinung, ich sage nur, damit haben wir zu rechnen.

Nun muß man wissen, daß wir vielleicht in der Diskussion – und dieser Fehler sollte uns nicht noch einmal passieren – der zurückliegenden Zeit einen Fehler gemacht haben. Wir haben die Konkretisierungen unserer Wertvorstellungen selbst als außergeschichtlich gültig und statisch hingestellt, ohne zu sehen, daß die Konkretisierungen eines sich zwar nicht verändernden Grundwertes selber wiederum immer veränderbar, variabel sind. Das heißt, es gibt keine außergeschichtlich gültige Konkretisierung. Es gibt infolgedessen überhaupt keine einmal fixierte Gesellschaft, sondern die Gesellschaft verändert sich. Ich halte es auch für völlig töricht, wenn die CDU etwa sagt, sie wollte keine Gesellschaftsveränderung. Die Gesellschaft verändert sich, ob sie will oder nicht. Die Frage ist nur, welchen Einfluß wir auf den Prozeß der gesellschaftlichen Veränderungen nehmen und daß wir eben die Sprengung der Gesellschaft ablehnen, aber daß sie sich verändert, da können wir uns sechs Mal hinstellen und sagen, das

35 Dr. Iring Fetscher (geb. 1922), Politikwissenschaftler; 1963–1987 Professor an der Universität Frankfurt/Main.

wollen wir oder nicht, das ist um so mehr, als sie in ein internationales Geflecht eingezogen ist.

Was bedeutet das konkret? Das bedeutet meiner Meinung nach konkret jetzt, und damit will ich aber schließen, daß wir in den einzelnen Fragen immer gleichzeitig unter Einbezug natürlich der europäischen Integrationsbemühungen, die wir ja für unsere gesellschaftliche Ordnung und Vorstellung haben, unsere jeweiligen Maßnahmen, die wir an unseren Grundwertvorstellungen messen – darüber wäre im einzelnen sehr viel zu sagen, wie dieser Prozeß sich abspielt – auf ihre gesellschaftliche Funktionalität prüfen. Das heißt, sowohl das Wettbewerbsrecht wie das Bodenrecht wie auch der Eigentumsbegriff, das Eigentumsrecht, können niemals außergeschichtlich gesehen werden, sondern müssen in ihrer Variabilität gesehen werden. Und da will ich nun einen Punkt Ihnen nennen, meine lieben Parteifreunde, es hat in der Akzentuierung der Grundwerte des modernen Verfassungsstaates, wenn ich es richtig sehe, eine Verschiebung stattgefunden. Das heißt, die Elemente Freiheit und Gleichheit werden nicht in jeder geschichtlichen Phase gleich stark von der Mehrzahl der Rechtsgenossen intendiert, sondern hier finden Akzentverlagerungen statt. Ich glaube, daß heute an die Stelle des alten individualistischen Freiheitsbegriffes ein stärkerer Zug zunächst zu mehr Gleichheit, und zwar unter Umständen sogar in einem negativ nivellierendem Sinne, zu verzeichnen ist, den es aufzufangen gilt, ja, daß man glaubt, man könne seine individuelle Freiheit nur unter einem Mehr an Gleichheit realisieren. Man wird also sich sehr genau überlegen müssen, nicht im Sinne des einem Trend Nachgebens, sondern im Sinne einer gesellschaftlichen Ortsbestimmung, ob wir nicht in der Tat etwa jetzt prüfen müssen, wie ist das eigentlich mit dem Problem der menschlichen Selbstbestimmung. Die Diskussion über Leistung, die wir hatten im Deutschen Bundestag, war hoch interessant in diesem Zusammenhang. Wie ist das mit Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, welche Bedeutung haben von hier her Mitbestimmungsmodelle? Wie ist es etwa mit der Unternehmensverfassung auf diesem Gebiet? Auch hier sollten wir uns beim Durchdenken der neuen Modelle nicht einfach gebunden fühlen an Parteitagsbeschlüsse. Wir bekommen das nur in den Griff, wenn wir – selbst unter Bereitschaft, einmal getroffene Parteitagsbeschlüsse umzustößen, wir brauchen deshalb nicht ein neues Programm, das will ich nicht sagen – noch einmal sehr genau prüfen, inwieweit hier die Fortentwicklung von uns zu leisten ist, wenn wir den jeweils, ich würde sagen, den Bezug nach vorn, nicht im Sinne einer falsch verstandenen Progressivität, herstellen und sehen, welche neuen Akzentuierungen – nicht deutschen, denn es kann durchaus sein, daß unsere deutsche Lage überhaupt nicht mehr so ganz typisch ist, sondern daß wir gewissermaßen hier noch in Nachholphasen leben – von außen als ganz neue Modellvorstellungen etwa auch aus einem europäischen Verbundsystem reinstreben.

Ich will hier abschließen. Mir ging es nur darum, einmal die Prinzipien darzulegen, von denen her, meiner Meinung nach, ein solcher Prozeß geleistet werden könnte. Nur wenn die CDU das in Angriff nimmt – die Antworten, Herr Schäfer, werden sehr variabel sein – dann wird sie weiterhin eine geschichtliche Aufgabe gewinnen, denn sonst hätte sie nur eine, freilich sehr bedeutsame, einmal gehabt. Das wäre zwar eine Lei-

stung, aber für die, die hier sitzen, kein Trost. In diesem Sinne wollte ich das verstanden haben.

Schwarz-Schilling: Herr Vorsitzender, liebe Kollegen, zunächst einmal ein Wort zu den Grundsatzfragen. Herr Langguth und ich wir haben uns bemüht, das etwas schriftlich vorab zu formulieren.³⁶ Ich möchte das hier nicht wiederholen, ich gehe davon aus, daß man das gelesen hat. Ich möchte nur einige wenige Punkte dazu sagen. Wenn wir heute sagen, daß wir die geistige Führung verloren haben und anschließend die politische, dann ist das nur aus der langfristigen Überlegung der Ursachen zu verstehen. Wir haben uns bemüht darzulegen, daß die geistige Bewegung, die in unserer Partei, theoretisch durchdacht vorwiegend von der neoliberalen Schule und von der katholischen Soziallehre her, die Anfangsjahre positiv bestimmen konnte, weil wir zu einer Synthese dieser beiden an sich nicht miteinander im Theoretischen verknüpften Modelle in der praktischen Politik gekommen sind.

Zwei Dinge, die Soziale Marktwirtschaft, das Wort sozial ist der absolute Einfluß aus dieser theoretischen katholischen Soziallehre, Marktwirtschaft ist die andere Komponente des neoliberalen Gesellschaftsverständnisses – ich würde fast eher sagen, Wirtschaftsverständnisses –, das in der Sozialen Marktwirtschaft schon etwas stärker zur Gesellschaft hin orientiert wurde. Was zu bedauern ist – und das möchte ich hier in allem Freimut sagen –, ist, daß im Grunde genommen eine aufeinander zugewandte Diskussion dieser beiden theoretischen Zentren in den nächsten Jahren weniger denn je der Fall war. Die Neoliberalen haben sich auf die Wirtschaft konzentriert, während sich die katholische Soziallehre vornehmlich mit ihren Problemen beschäftigte, wobei mir etwas zu stark – ich sage hier meine Auffassung dazu, die ich zusammen mit Herrn Langguth teile – der a priori gefaßte Allgemeinwohlbegriff im Mittelpunkt stand, der nämlich mit dem anderen theoretischen Modell, dem wir mindestens den gleichen Chancen- und Erfolgsgrad zu verdanken haben, nämlich eines liberalen Staates mit seinen Marktprinzipien, überhaupt nicht in irgendeiner Übereinstimmung gestanden hat. Ich bin also der Auffassung, die Sie hier gesagt haben, Herr von Weizsäcker, wie auch Professor Mikat. Ich möchte allerdings eines dazu sagen, daß die Konsequenz, daß es mehr zur Gleichheit geht im Moment, heute so zu sehen ist, daß die Ansätze heute in unserer Gesellschaft durchaus wieder zur anderen Linie hingehen. Ich möchte hinweisen auf die einführenden Worte von Frau Noelle-Neumann, die als Einleitung galten, wo sie glaubt, daß die Achtung vor dem Freiheitsraum des Individuums aus vielen Gründen ein Kernbereich der CDU-Konzeption sein müßte; es sei falsch, wenn nicht sogar hochmütig anzunehmen, nur Intellektuelle und Oberschicht interessierten sich dafür. Dies scheint mir ein ganz wesentlicher Punkt zu sein für unser künftiges Selbstverständnis auch in der Partei.

Es scheint mir also wichtig zu sein, daß diese Neuformulierung der Grundsätze, wie sie in der Grundsatzkommission in Angriff genommen wurde, einer der wichtigsten Punkte überhaupt ist. Man muß also wirklich dankbar sein, wenn man jetzt schon auch einige Vokabeln hört aus dieser Kommission, die einen etwas hoffen läßt. Das ist also

36 Papier Langguth/Schwarz-Schilling in ACDP 07–001–611.

erstmal in ihrem Bericht in Wiesbaden zutage getreten und auch in anderen Diskussionen. Man merkt, wie da die Intellektuellen – ich denke hier eben auch an die Aufsätze von Schelsky – wieder eine Basis geben für eine fruchtbare Diskussion für die CDU, was es ja eigentlich in den früheren Jahren überhaupt nicht mehr gegeben hat. Das ist ein entscheidender neuer Punkt. Nur müssen wir uns über eines im klaren sein, daß diese Fragen erst ganz, ganz lange Wirkungen haben, und die gehen also praktisch wieder zurück bis in die Schule. Erst diejenigen, die davon wieder etwas gehört haben, werden dann später als „neue“ Jugendjahrgänge unter Umständen langfristig politische Dinge entsprechend gestalten können. Man soll nicht glauben, jetzt schnell diese Dinge wieder aufheben zu können, die die SPD seit 15 Jahren mit den Intellektuellen gemacht hat, und die ihr jetzt den Sieg gebracht haben. Ich möchte nur sagen, daß wir zwei Hauptaufgaben haben, nämlich diese der Grundsatzposition, und dann die, die auch von Herrn von Weizsäcker genannt worden ist, nämlich die Übertragung dieser Grundsätze in die Bevölkerung hinein, was ein organisatorisches, taktisches Problem unserer Partei ist, das bis heute total ungelöst ist und auch als Aufgabenstellung in dieser Priorität bisher nicht gekannt wurde.

Zum nächsten, zur konkreten Politik. Ich möchte den Ausführungen von Herrn Kohl voll zustimmen, daß die Erwartungen, die hier an den Bundesvorstand gestellt werden, so sind, daß wir hier jegliche Diskussion zu führen haben und diese Diskussion nicht in irgendeiner Weise abgeblockt werden kann. Ich sage das ganz bewußt, auch Ihnen gegenüber, Herr Köppler, aus einer eigenen Erfahrung heraus. Wir hatten in der Klausurtagung in der Lochmühle eine ausgezeichnete Diskussion. Bis auf einen Punkt, nämlich den der Mitbestimmung. Und da gab es dann hier einige, das möchte ich einmal mit Deutlichkeit hervorheben, die meinten, wir sind ja sowieso nicht kompetent dazu, das würde doch nur alles verwirren, man sollte diesen Punkt möglichst ausklammern.

Ich möchte daran erinnern, daß Herr Hasselmann, Herr Kollege Stoltenberg und ich uns bis zuletzt gegen diese Position gewehrt haben und gesagt haben, wir müssen das hier im Bundesvorstand diskutieren. Das wurde dann mit Mehrheit in diesem Bundesvorstand abgelehnt mit der Konsequenz, daß man nachher Monate gesagt hat, der Bundesvorstand hat eine klägliche Rolle gespielt, denn in der wichtigsten Frage hat er keinerlei eigene Stellungnahme in die Partei hinausgegeben. Ich möchte also sagen, daß ich in diese Rolle auch heute nicht mehr kommen will. Ich gehöre diesem Gremium an und möchte über alle Fragen hier in diesem Vorstand diskutieren.

Ich möchte also deswegen auf die Fragen, die Herr Kohl hier aufgeworfen hat, eingehen. Ich bin persönlich immer ein Freund einer größeren Aufteilung gewesen, das kann man aber in der jeweiligen Situation anders beurteilen. Ich habe, nachdem die Dinge anders entschieden worden sind, mich absolut loyal hinter diese neue Konzeption, wie sie seit Saarbrücken bestanden hat, gestellt. Ich möchte allerdings sagen, daß ich nicht glaube, daß das ein Dogma sein darf und daß die Frage, wie Parteipositionen aufgeteilt werden, jeweils von der Lage des personellen Angebots und der sachlichen Kompetenzen und natürlich auch von der psychologischen Situation draußen mit bestimmt werden müssen. Und da möchte ich sagen, daß ich dem Argument, daß es unter

Umständen eine Lädierung des Fraktionsvorsitzenden bedeuten könnte, nicht das Gewicht beimesse, weil ich glaube, daß das Ganze nur eine Frage des Verständnisses ist von Führungsmannschaft im echten Sinne und natürlich nur ein höheres Maß von gegenseitigen Spielregeln und von Fairneß verlangt, um ein solches glaubwürdiges Team als Führungsmannschaft auch tatsächlich in der Öffentlichkeit darstellen zu können. Nur aus dem Mißtrauen heraus, daß das nicht gelingt – so wird meistens argumentiert –, es nur einer sein kann, um nicht ein verschiedenartiges Erscheinungsbild abzugeben und damit eine Unklarheit herbeizuführen. Ich sehe das so nicht, sondern im Gegenteil als Aufforderung an die Partei und an die Funktionsträger, sich in dieser Weise eben noch mehr zu disziplinieren, um somit eine größere Offenheit unserer Partei zu ermöglichen.

Der zweite Punkt, der hier genannt worden ist, ist die Personaldiskussion draußen. Was Herr Katzer gesagt hat, ist völlig richtig. Es wäre unreal zu glauben, daß die nicht einträte. Derjenige, der sie als Grundsatz ablehnt oder davor große Befürchtungen hat, muß dann natürlich dafür sein, daß dieser Parteitag sehr schnell stattfindet, denn die Personaldiskussion wird stattfinden. Wer dies als eine große Gefahr ansieht, müßte dafür plädieren, daß der Parteitag recht schnell über die Bühne geht, um sie abzublocken.

Ich möchte nun zum Abschluß in dieser Frage nur eines sagen: Ich glaube, es gehört zu dieser Situation, in der sich unsere Partei befindet, auch tatsächlich ein neues Verständnis unserer Position und der Einzelnen in dieser Partei. Ich glaube, daß es zum legitimen Recht jedes Parteimitgliedes gehört, in welcher Funktion er auch immer ist, Kandidaturen anzumelden. Wo immer es ist, und es ist wahrscheinlich richtig, diese Kandidaturen in dem Gremium anzumelden, das dafür geschaffen ist. Ich habe bedauert, Herr Katzer, das Wort „parteischädigend“ überhaupt in einen solchen Zusammenhang zu bringen, weil das eine Auffassung von Partei ist, die ich zumindest für mein Selbstverständnis in der CDU nicht habe. Diese Partei braucht eine Offenheit, um den großen Bogen wieder zu bekommen, den wir brauchen, wenn wir ein Volkspartei sein wollen. Wenn wir der Auffassung sind, daß diese Partei nur mit einer Zunge sprechen darf, dann werden wir auch nur einen bestimmten Ausschnitt in der Bevölkerung künftig ansprechen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Offenheit unserer Partei nur eine erhöhte Disziplin der Führenden voraussetzt, die Meinung des anderen zu respektieren, ihn deswegen nicht herunterzumachen, und, wenn einmal die Entscheidung gefallen ist, loyal zur Entscheidung zu stehen, trotzdem nicht zu meinen, daß mit dieser Entscheidung die Wahrheit gefunden wurde. Denn das ist ja das Mißverständnis von Demokratie überhaupt, daß man meint, Mehrheitsentscheidungen seien Wahrheitsfindungen. In dieser Weise muß man also der Auffassung sein, daß hier innerhalb unserer Partei ein Lernprozeß einsetzen muß, daß man weiß, daß es verschiedene Auffassungen von Parteimitgliedern gibt und geben soll, daß es nur Spielregeln zu geben hat, wie diese in den gesamten Bogen eingefangen werden können. Wenn wir nicht diese innere Liberalität uns aneignen, wird die Freiheit in unserem Land draußen von dieser Partei nicht mehr gestaltet werden können. Das dürfte meines Erachtens überhaupt die große Alternative dieser unserer Partei sein, die eben

nicht eine Kaderpartei ist. Wenn sie Kaderpartei werden wollte, wird sie in Wirklichkeit keine Alternative mehr zur Sozialdemokratie sein. Sie muß vielmehr dieses andere Selbstverständnis eines liberalen Staates und einer freiheitsbezogenen Gesellschaftsordnung zu ihrer eigenen Spielregel machen. Aus diesem Grunde möchte ich hier nur nennen Positionen, wie sie von Herrn Kiep dargestellt werden, obwohl ich beim Grundvertrag eine andere Position beziehe: Dies darf nicht als Verkterzung von Wahrheit und ähnlichen Dingen diffamiert werden, auch von eigenen Parteifreunden, sondern es sollte eigentlich genügen zu sagen, daß er die und die Auffassung vertritt und Sachargumente anführt, ohne gleich die Meinung des anderen herunterzumachen. Das sind also Dinge, die meines Erachtens künftig in das Selbstverständnis dieser unserer Partei hineingehören, um den Bogen wiederzufinden, den wir brauchen, um wieder eine Volkspartei zu werden.

Ich möchte zum Abschluß noch sagen, wir sollten der ganzen Situation heute eine positive Wendung geben, weil wir wahrscheinlich selten in der Lage sein werden, auch das als Chance zu begreifen: Wann werden wir denn jemals wieder so tief über uns nachdenken als in dieser Situation? (*Beifall.*) Wenn wir diese Chance nicht ergreifen, wird es bis in die 80er Jahre dauern. Dann würde die Kremp'sche These als Möglichkeit, daß wir aus der Epoche geworfen werden, mit Sicherheit eintreten. Wenn wir diese Diskussion so auffassen – und Herr Katzer, das wäre auch wichtig, die Diskussion zwischen Sozialausschüssen und Wirtschaftsrat auf einer ganz anderen Ebene wieder aufnehmen, nicht auf einer Ebene taktischer Vorteile hier, Nachteile dort, Punkte sammeln hier, Punkte sammeln dort, sondern wirklich wieder von dem dahinter liegenden Selbstverständnis, was unsere Partei machen muß –, dann werden wir auch wieder dieses geistige Zentrum werden, um die Möglichkeit einer Volkspartei darzustellen. Diese Chance sollte gegeben sein. Ich hoffe nur, daß das nicht der letzte Zusammenkunftstermin ist, wo wir so diskutieren, daß das eine Angelegenheit wird, die sich nun stärker und stärker auch organisatorisch in unserer Partei kristallisiert, um solche Diskussionen und Vertiefungen, und damit auch wieder Zentren unserer Partei zu schaffen.

Lemke: Ich habe gleich nach der Wahl am 20. November schon einiges gesagt und werde mich bemühen, nicht unnötig zu wiederholen. Nur aus dieser Situation der Diskussion heraus: Ich möchte ganz eindeutig sagen, daß ich die Verantwortung mittrage und mich dazu auch draußen in unseren Parteiversammlungen bekenne. Ich gebe Herrn von Weizsäcker sehr recht mit seinen Gedanken, wir sollen unser Gewicht mehr auf die anderen Begegnungen mit den Gruppen unseres Volkes legen. Was wir seit April in diesen entscheidenden Beschlüssen gemacht haben, war ja eigentlich alles einmütig. Ich weiß auch genau, wer dagegen gestimmt hat und wer sich enthalten hat. Das waren alles Beschlüsse dieses Gremiums, das muß festgehalten werden, und unser Vorsitzender, das muß ich sagen, hat viel mehr geleistet, als seine Pflicht war. Nun sind die Würfel gefallen, und heute ist also das Wort von unserem Freunde Helmut Kohl hier erklungen. Es ist richtig, es ist sogar besser, er hat es gesagt, als er hätte hier geschwiegen, und wir hätten dieses Kapitel gar nicht erörtert, und es wäre dann in der Presse. Und ich meine, das ist gut, deswegen brauchen wir keine voreiligen Schritte

nun zu machen. Ich bin allerdings anderer Ansicht als Herr Schwarz-Schilling. Ich meine, nun ist nicht die Frage, den Parteitag so schnell wie möglich zu machen, sondern ich würde es sogar als lebensgefährlich ansehen, denn dann würde man ja sagen, nun haben sie die Wahl verloren, nun wollen sie wieder ihren Vorsitzenden absetzen. (*Unruhe und Diskussion.*) Dann habe ich Sie falsch verstanden, das freut mich sehr. Das Wort steht im Raume. Wir haben ja alle das Gefühl, daß das eine gute Aussage von unserem Vorsitzenden und auch von Helmut Kohl war, wir müssen mit ihr leben, und die Presse wird sich noch damit beschäftigen. Aber wir selbst, wie Köppler sagt, sollen uns darin Zurückhaltung auferlegen, und dann ist dieses Thema ein reelles Thema für den Parteitag irgendwann im Herbst.

Nun komme ich noch mal zur Analyse von heute morgen. Ich bin bei der ganzen Analyse am meisten erschüttert, daß dieses tatsächlich im Volke verankert ist. Ich habe während des Wahlkampfes wie Sie alle dagegen angekämpft, die SPD sei eine arbeitnehmerfreundliche Partei und wir seien die Partei der Reichen und der Unternehmer, und dann die Tatsache, die Abhängigen werden immer mehr, die Selbständigen immer weniger. Dann kommt hinzu, was wir alle wissen: Der Klassenkampfgedanke ist in der Bevölkerung nicht uninteressant, und der Neutralismus greift um sich. Ich sprach ja damals schon von der Konföderation, die auch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Sie muß nicht sein, wir werden versuchen, es zu verhindern, aber die Gefahr besteht bei allen weiteren Verträgen.

Warum haben wir nicht die Darstellungskraft? Wir haben doch nun heute wirklich vorzügliche Beiträge gehört, ich meine auch auf der etwas philosophischen Ebene. Warum ist es nicht möglich, diese Gedanken so darzustellen, daß wir sie in der Bevölkerung so ausdrücken und so zu Herzen bringen, auch zum Verstande natürlich, daß dieses Image, was wir eben gehört haben von den Sachverständigen, beseitigt wird? Warum hat man, Herr von Weizsäcker, z. B. in Ihrer Grundsatzkommission nicht gleichzeitig eine Unterkommission, die versucht, diese vorzüglichen Gedanken zu formulieren? Danke für Ihre Rede im Bundestag, die sich auf demselben Gebiet bewegte und die Kontroverse zwischen Freiheit und Gleichheit aufstellt. Warum können wir uns nicht mal diesem Kapitel zuwenden?

Nun hat der Vorsitzende, ich komme zum nächsten Punkt, von sich aus verschiedene Dinge angesprochen, wie er es als Vorsitzender muß. Er hat sie angesprochen, er hat sie nicht vertieft. Er nannte den Grundvertrag, da sind wir klar, den § 218, die Mitbestimmung. Sie sagen das DGB-Modell ist unannehmbar, damit haben Sie aber meines Erachtens die Türe geöffnet, daß man dieses Kapitel in unserem Programm ansprechen kann und soll. Ich kann Ihnen leider keine Vorschläge dafür machen, es ist auch nicht meine Aufgabe. Sie haben gesagt, dieses apodiktische Fordern, wir wollen den europäischen Bundesstaat, das kann ein Fernziel bleiben, aber wir haben wegen der Aktualisierung Europas – und das ist meines Erachtens immer noch ein blendender Gedanke – eine Konstruktion vorzuhalten, die in der nächsten Zeit möglich sein wird. Sie sprachen davon, wir müssen davon ausgehen, daß wir zwei Staaten auf deutschem Boden haben, und Sie haben die Bundespräsidentenwahl 1974 angesprochen. Das sind natürlich Punkte – einige haben auch noch von der Bodenreform ge-

sprochen –, die wir schon morgen vielleicht präzisieren können, das ist auch mein Anliegen.

Die Gesellschaft verändert sich, das wissen wir. Nur, ich sage, die gesellschaftlichen Veränderungen sind für uns kein Anlaß, sie auf jeden Fall mitzumachen. Wir können gesellschaftliche Veränderungen fördern, wir können aber gesellschaftliche Veränderungen auch hemmen und verhindern. (*Zwischenruf*: Es ändert sich nicht ohne Beeinflussung!) Ich meine, wir können von Staats wegen – wir haben ja doch immerhin Einfluß in den Parlamenten, in der Regierung leider nicht, aber in den Ländern – etwas beschleunigen, und wir können etwas hemmen. Ich habe gar keine Sorge, auch draußen zu sagen, in einigen Punkten bin ich sehr wohl gewillt, eine Veränderung zu verhindern. Das ist eine Aussage, die wir allein schon deswegen machen müssen, um die 45 % zu halten. Das sind nämlich diejenigen, die von uns eine solche Aussage erwarten, daß wir nicht partout eine gesellschaftliche Veränderung beschleunigen wollen, sondern daß wir wegen unserer Grundwerte das eine oder andere anders gestalten wollen.

Die FDP ist hier noch nicht so deutlich angesprochen worden. Ich habe es schon am 19. oder am 20. November gesagt, ich habe es auch schon mal häufiger früher gesagt. Ich meine, hier ist ein Kapitel, was sehr sorgsam behandelt werden muß, denn ich sehe die Sache genau so ernst an, wie Herr Mikat, wie Herr von Weizsäcker, wie Herr Schwarz-Schilling. Wir haben die absolute Mehrheit 1976 nicht, und wir haben uns einfach darum zu bemühen, zu einem möglichen Koalitionspartner bessere Beziehungen herbeizuführen. Ich habe damit eigentlich alles gesagt. Im übrigen bedanke ich mich sehr für diese ausgezeichnete Diskussion, obgleich es nicht meine Aufgabe ist, mich zu bedanken, aber ich finde, wir haben einen wirklich guten Nachmittag verbracht. (*Zwischenruf*: Der ist noch nicht zu Ende!)

Windelen: Wir haben Grundsatzfragen, Sachfragen, Organisationsfragen und Personalfragen nebeneinander diskutiert, das ist sicher nicht die vorteilhafteste Form, aber sie ist wohl unvermeidlich. Ich würde nur wünschen, daß die begonnene Diskussion über die Grundsatzfragen dann auch in der Grundsatzdiskussion fortgeführt und vertieft werden kann, weil das sicher hier nicht der Ort ist, wo wir diese Dinge zu Ende führen können, vor allen Dingen nicht in der uns gegebenen Zeit. Ich werde mich also dieser Systematik jetzt auch anschließen, die keine ist, und zu einigen der angesprochenen Punkte von mir aus Stellung nehmen.

Die Frage der Trennung oder Konzentration von Ämtern: Hier sind Gründe pro und contra angeführt worden. Ich bin davon überzeugt, daß in der Diskussion draußen weitere Gründe pro und contra hinzugefügt werden. Ich glaube, wir können diese Diskussion insoweit hier heute abbrechen. Wir brauchen keine unmittelbaren Folgerungen zu ziehen, jedenfalls waren wir uns darüber einig.

Kanzlerkandidatur: Hier ist bisher ohne Widerspruch festgestellt worden, daß das eine Frage für das Jahr 1975 ist. Ich möchte das auch von mir ausdrücklich unterstreichen. Frage einer weiteren Kandidatur für den Bundesvorsitz, d. h. also die Anmeldung für diese Kandidatur unseres Freundes Kohl. Ich bewerte jede echte Wahl immer positiv, weil die Wahl aus einem Wahlvorgang, d. h. aus Alternativen heraus für den

Betroffenen immer sehr viel vorteilhafter ist als eine Akklamation nur deswegen, weil eine andere Kandidatur nicht zur Verfügung stand, auch für die künftige Arbeit. Dieses Verständnis und diese Forderung setzt sich auch in unserer Partei immer stärker durch. Ich glaube, sie tut uns gut, und sie ist gut für jeden, der aus einer solchen Wahl hervorgeht. Die Frage des Zeitpunkts: Ich glaube, wir brauchen darüber nicht mehr zu diskutieren, diese Kandidatur ist hiermit angemeldet, sie liegt auf dem Tisch, wir sollten das zur Kenntnis nehmen. Ich meine auch, daß es nach dem Sachstand mindestens draußen in der Partei unvermeidlich war, daß jetzt so oder so ein klares Wort gesprochen wurde, d. h., entweder wird eine Kandidatur angemeldet oder ausdrücklich gesagt, daß eine solche Kandidatur nicht beabsichtigt sei. Ich glaube, daß wir uns hier darüber einigen können, daß wir eine Personaldebatte jetzt nicht weiterführen können. Es wird schwerer sein, in der Partei dafür zu sorgen, daß jetzt nicht auf den Nebenkriegsschauplatz der Personaldiskussion umgelenkt wird. Das geht nicht durch Beschluß oder durch Empfehlung, sondern das geht nur, wenn wir in dieser Richtung nun von hier etwas ins Land rausgehen lassen.

Es war nicht die kluge Idee des westfälisch-lippischen Landesvorsitzenden³⁷, sondern die Forderung der Jungen Union auf dem letzten Landesparteitag in der westfälisch-lippischen Partei³⁸, eine Sachdiskussion vorzusehen, und zwar exakt über die Schwerpunkte, die hier mehrfach definiert worden sind, z. B. Bodenrecht, z. B. Vermögensbildung und Berufsausbildung. Der Parteitag hat diesem Anliegen der Jungen Union einstimmig stattgegeben. Ich wollte damit nur betonen, wie bereitwillig der westfälische Parteitag den Vorschlägen der Jungen Union zu folgen bereit war. Ich glaube, daß damit auch wohl widerlegt ist, daß der westfälische Parteitag sinnvollen Vorschlägen nicht zu folgen bereit ist. Es hat darüber gar keine Diskussion gegeben. Ich wollte damit nur sagen, das scheint mir die einzige Möglichkeit zu sein, wie wir das Abgleiten der Auseinandersetzung draußen in eine Personaldiskussion verhindern können, indem wir von uns aus die Führung in der Sachdiskussion übernehmen, die Themen stellen, und damit diese Sachdiskussion einleiten. Wir werden also im Laufe des Jahres, wir wissen noch nicht genau wann, einen Sonderparteitag mit diesen Themen durchführen. Wir werden dem vorschalten eine Parteiausschußsitzung, und wir werden dem wieder vorschalten eine Diskussion in den Kreis- und Ortsverbänden, die nur dann sinnvoll ist, wenn wir Material anbieten können, aufgrund dessen diskutiert werden kann. Eine gewisse Kanalisierung durch Fundierung, durch das Angebot von möglichen Alternativen in dem Spielraum, den unser Programm uns bietet, scheint mir notwendig zu sein, und das scheint mir die vernünftigste Alternative. Ich will nicht sagen, daß dies ein Ausweg oder eine Ablenkung von der Personaldiskussion ist, sondern die vernünftigste Alternative, diese Dinge in sinnvolle Bahnen zu lenken. Daß sich im Zusammenhang mit Sachdiskussionen auch die Frage nach Personen stel-

37 Heinrich Windelen war von 1971–1977 Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen-Lippe.

38 Materialien zum 28. Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe am 12./13. Januar 1973 in Siegen in ACDP 03–002–818/1. WAZ vom 13. Januar 1973 „Windelen hatte schweren Stand“; FAZ vom 15. Januar 1973 „CDU und Junge Union auf Kollisionskurs“; „Neue Rhein-Zeitung“ vom 15. Januar 1973 „Junge Union über die CDU stark verärgert“.

len wird, ist unvermeidlich, das reduziert sich aber dann auf das erträgliche und vernünftige Maß. Ich würde also zu erwägen bitten, ob nicht auch von hier ein solcher Impuls ausgehen sollte. Wir können nicht nur sagen, was wir nicht wollen, sondern wir müssen sagen, was wir wollen, und wie wir uns das im einzelnen vorstellen. Ich glaube, daß das richtig verstanden würde.

Ich bin gegen eine Diskussion oder Präjudizierung der Kandidatenfrage auch deswegen, weil man dem jetzigen Bundesvorsitzenden ja auch Gelegenheit geben muß, Konsequenzen aus dem Wahlergebnis als Bundesvorsitzender zu ziehen. Das hätte er dann nicht mehr, wenn jetzt schon – ohne daß diese Möglichkeit gegeben würde – die Diskussion eingeleitet würde. Das heißt also, der jetzige Bundesvorsitzende muß die Gelegenheit haben, die Konsequenzen in der Organisation – das kann personell und organisatorisch Konsequenzen bedeuten – noch vorzunehmen nach freien Entscheidungen, ohne daß er unter dem Druck einer Personaldiskussion, die auf eine Entscheidung drängt, jetzt schon steht. Wie lange wir das hintanhalten können und wollen, mag dann eine Frage der weiteren Entwicklung sein. Ich bin für Soziale Marktwirtschaft auch in unserem eigenen Bereich, d. h. für den Wettbewerb auch in unserem eigenen Bereich. Den kann man aber nur dann wirklich fair durchführen, wenn man eben auch Chancengleichheit schafft, auch daran läge mir sehr.

Ein letztes, anschließend das, was Kollege Katzer gesagt hat. Wir stimmen überein, Kollege Katzer – im übrigen auch mit anderen –, daß es kaum möglich sein wird oder jedenfalls nicht realistisch zu glauben, daß wir in vier Jahren die absolute Mehrheit erreichen könnten. Wir haben also davon auszugehen, daß wir eine Koalition werden bilden müssen. Ich habe diese Frage in Siegen mit berührt. Ich habe dabei – das ist etwas dramatisiert worden –, etwa wörtlich gesagt, daß die FDP eine wichtige Funktion für künftige Koalitionsbildungen hätte, weil keine der großen Parteien eine absolute Mehrheit habe, und deswegen auf Koalitionen angewiesen sei. Dabei habe ich es belassen, und dabei möchte ich es auch belassen. Ich würde es für das falscheste halten, jetzt den Eindruck zu erwecken, daß wir der FDP nachlaufen oder uns ihr programmatisch annähern. Das wäre meines Erachtens das falscheste und würde das Gegenteil bewirken, nämlich die FDP zu schärferer Profilierung uns gegenüber zu zwingen, weil wir ja auch zur FDP im Wettbewerb stehen, das müssen wir sehen. Das heißt, wir werden eigene Vorstellungen zu entwickeln haben, die exakt an der Nahtstelle zwischen den jetzigen Koalitionspartnern liegen.

Da bieten sich einige Themen an, die uns im übrigen ja auch auf den Leib geschrieben sind. Wir brauchen da gar keinen Krampf zu machen und lange zu suchen. Die Frage der Deutschland-Ostpolitik: Ich gehe davon aus, daß sie für diese Entscheidung in vier Jahren nicht mehr sehr maßgebend sein wird, und insofern möchte ich also dem Kollegen Kiep widersprechen. Und selbst dann, wenn sie maßgebend sein würde, wird sie es nicht für die FDP. Kollege Kiep hat ja gesagt, wir müßten gerade in der Deutschland-Ostpolitik koalitionsfähig für die FDP werden, und deswegen die Frage gestellt, ob wir hier nicht einen Anpassungsvorgang vornehmen sollten. Ich möchte dem widersprechen. Ich bin davon überzeugt, daß diese Frage im Zweifelsfall für die FDP überhaupt keine Rolle spielt. Die FDP wird nur dann mit uns koalieren, wenn es ihre Inter-

essenlage, nicht wenn es unsere Interessenlage gebietet. Das heißt also, wir werden hinzuarbeiten haben auf eine Interessenlage, die sowohl dem Interesse der FDP als auch unserem Interesse entspricht, und dafür gibt es ja schon einige interessante Entwicklungen, nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Ich möchte das hier nicht vertiefen, weil man das auch nicht zerreden sollte. Ich bin also der Meinung, daß die Ostpolitik dafür nicht mehr ausschlaggebend sein sollte und sein brauchte.

Die Frage der Mitbestimmung scheint mir hier nicht der zentrale Punkt zu sein, aber auch darüber wird sicher zu diskutieren sein, weil hier auch die FDP meines Erachtens eine Position bezogen hat, die, wenn sie sie hält, dazu führen wird, daß es zu einer Mitbestimmungsregelung in dieser Legislaturperiode nicht kommen dürfte. Darüber können wir hier nicht befinden, das ist eine Entscheidung, die die FDP in eigener Verantwortung zu treffen hat, und die Kontroverse ist ja durch die unterschiedlichen Äußerungen schon recht munter im Gange. Dagegen bin ich der Meinung, daß in der Frage der Vermögensbildung, in der Frage der Steuerpolitik, Herr Kollege Katzer, ein Konfliktpunkt entstehen wird, entstehen muß, auch in der Frage personeller Entscheidungen in der Mitte der Legislaturperiode. Ich würde hier bitten, uns sehr zurückhaltend auszudrücken. Das heißt also, hier keine Festlegung zur Unzeit zu treffen, aber diese personellen Entscheidungen in der Mitte der Legislaturperiode werden ... (*Zwischenruf und Diskussion.*) Na ja schön, ich weiß nur nicht, ob sich dieses Thema in dieser Verdeutlichung dafür eignet, über diesen Kreis hinaus behandelt zu werden, ich möchte hier nur eine Meinung äußern.

Sie haben, Herr Vorsitzender, gesagt, wir sollten in der Frage des Bundespräsidenten von uns aus keinen Vorschlag machen. Ich möchte mir diese Freiheit mindestens vorbehalten. Ich möchte heute nicht sagen müssen, wir machen keinen Vorschlag, weil wir gar nicht wissen, was für Vorschläge von welchen Parteien unterbreitet werden und welche Konstellation dann besteht. Ich bin aber mit Ihnen der Meinung, daß diese Frage eine sehr wichtige Entscheidung auch für künftige Koalitionsüberlegungen sein wird, so, wie die Heinemann-Entscheidung ja die entscheidende Weichenstellung auch für die Koalitionsüberlegung heute wäre.

Barzel: Dieser letzte Punkt, so wie Sie das gesagt haben, ist für mich mißverständnisbedingt. Ich habe eigentlich geglaubt, wenn wir hier mit offenem Visier auch langfristig reden, daß ich das sagen muß. Jeder hat hier begriffen, was damit gemeint ist. Es kann doch wohl sein, daß das Thema die nächsten zwei, drei Monate kommt und gefragt wird, kann ich mal mit Ihnen kurz reden und auch Gespräche verabreden, und es hat ja auch im „Stern“ gestanden³⁹, was der Kollege Kohl dazu meinte. Zu dem Punkt, um den es hier geht, möchte ich gerne Ihr Einverständnis herbeiführen. Ich habe im Bundestag gesagt, ganz verklausuliert, wer diese Ordnung verteidigen will und hier also nicht zu den Systemgegnern gehört, der muß wissen, daß wir zur Verfügung stehen, ohne do ut des. Das ist die Sache. Eine Investition für umsonst. Und wenn wir die

39 Vgl. Interview von Kohl mit dem „Stern“ am 10. Januar 1971 „Helmut Kohl – kein Freund von Strauß und Barzel“.

Dinge jetzt diskutieren werden, die Mehrheitsverhältnisse auf dem Tisch haben ...
(Diskussion und Unruhe.)

Müller-Hermann: Ich möchte zu drei Themen etwas sagen. Unsere Erfahrung im Wahlkampf und auch die Debatte am heutigen Vormittag haben im Grunde bestätigt, daß wir uns sehr schwer tun, unsere gute Politik und unsere gute Konzeption auch gut zu verkaufen. Ich weiß auch nicht, Herr Kraske – darüber müssen wir vielleicht auch noch einmal sprechen, obwohl es ja Vergangenheit ist – ob wir bei der Wahl der Agenturen, bei beiden Agenturen⁴⁰, das richtige getan haben. Ich glaube, da setzen wir alle gewisse Fragezeichen.

Wir wissen aber alle, daß mit der zunehmenden Politisierung – das hat ja auch Herr Schelsky zum Ausdruck gebracht – auch eine gewisse Primitivierung des Vokabulars einhergeht, und wir empfinden es doch alle als irgendwie unerquicklich, daß uns die andere Seite in der Anwendung gängiger einprägsamer Formeln so weit voraus ist, daß wir da einen ausgesprochenen Nachholbedarf haben. In den ersten Jahren lagen wir da sehr viel besser, dann kam Herr Professor Erhard einmal mit der nicht geglückten Formulierung von der „Formierten Gesellschaft“⁴¹, die auch etwas Richtiges meinte, aber eben auch nicht richtig ausgedrückt war. Ich meine, daß wir dieser ganzen Thematik, daß wir nicht am Volke vorbei, sondern in der Sprache des Volkes sprechen, für die Zukunft eine vermehrte Aufmerksamkeit widmen müssen in Partei und Fraktion. Dazu gehört auch, daß wir einen neuen Anlauf machen sollten, unser Verhältnis zur Presse zu verbessern. Ich habe den Eindruck, daß die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundestag uns dort eine neue Chance bieten, denn gerade diese knappe Mehrheit hat bei der Presse eine besondere Neigung hervorgerufen, der alten Regierung vieles zugutezuhalten, aber ich könnte mir denken, daß jetzt mit dem weiteren Gang der Dinge auch ein etwas kritisches Bewußtsein bei der Presse eintreten könnte, wenn wir das in der geeigneten Form zu nutzen verstehen.

Ein zweites, in der Analyse von Herrn Kaase, die ich offen gestanden für die beste von den uns vorliegenden halte, steht, daß bei der Wahl sich das alte Klischee bestätigt hat, daß unsere CDU/CSU als eine ländlich-katholische Partei charakterisiert wird. Das stimmt sicherlich nicht ganz, aber es stimmt doch zu einem gewissen Teil. Ich meine, wir sollten da auch einmal nachdenken, was wir durch unsere Öffentlichkeitsarbeit, auch durch die praktische Politik tun könnten, um von diesem Klischee herunterzukommen. Wir wissen alle, daß der Verstärkerprozeß auch ein unaufhaltsamer soziologischer Prozeß ist, dem wir einfach nicht ausweichen können, auch nicht ausweichen wollen. Ich würde doch meinen, Herr Dregger, daß der Verstärkerprozeß zunächst prima vista der SPD mit ihrer besseren Organisation zugutekommt und eben über den DBG, Betriebsgruppenarbeit – hier kann man auch den Begriff Kaderarbeit etwa in den Wohnblocks ruhig mit anfügen –, gewisse günstigere Voraus-

40 Es handelt sich um die Agenturen „Team“ und „Dr. Hegemann“, beide aus Düsseldorf (Materialien in ACDP 07–001–5225). Vgl. dazu Volker HETTERICH: Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998. Opladen 2000 S. 148–150.

41 Vgl. LEXIKON S. 535f.

setzungen schafft als uns. Wir müssen also hier gewisse organisatorische Konsequenzen daraus ziehen. Aber, was mir noch wichtiger zu sein scheint, ist, daß wir als Partei und Fraktion den Problemen, die sich in den städtischen Bereichen stellen, ein größeres Gewicht als bisher geben müssen, und vielleicht sollte auch bei dem, was wir unserer eigenen Partei sagen, als ein Schwerpunkt der parteiinternen Diskussion die Kommunalpolitik und die Aktivierung der Kommunalpolitik bezeichnet werden und daß wir uns dieser ganzen Thematik in Zukunft mehr widmen sollten.

In dem Zusammenhang noch eine Anmerkung. Wir kommen auch nicht daran vorbei, daß bei dem erreichten Wohlstandslevel unserer Gesellschaft immer mehr Dienste und Dienstleistungen, die nur von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden können, zur weiteren Steigerung auch des privaten Wohlstandes beitragen. Ich meine, daß wir daher den Fragen, die mit dem Schlagwort Infrastruktur zusammenhängen, in unserer politischen Arbeit ein größeres Gewicht geben müssen. Dazu rechne ich etwa ein Thema, das die Herren Ministerpräsidenten bei jeder Gelegenheit ansprechen, eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden, etwa. Ich möchte auf jeden Fall davor warnen, daß wir gerade aus unserer Oppositionsrolle heraus in diesem ganzen Themenbereich die rein fiskalischen Gesichtspunkte, die natürlich ihre Bedeutung haben, überbetonen gegenüber den Gesichtspunkten, die sich aus der Gesellschaftspolitik, der Wirtschaftspolitik, der regionalen Erschließung und dem Problem der Ballungsräume her ergeben.

Ein dritter Punkt – der letzte, den ich anschneiden will – steht unter der Überschrift, wie können wir unsere Glaubwürdigkeit verstärken. Herr Vorsitzender, Sie haben selbst darauf hingewiesen, daß wir z. B. in der Frage des Kartellgesetzes oder in der Frage des Bodenrechts sehr unglücklich operiert haben beziehungsweise operieren mußten, weil wir, obwohl wir gut vorbereitete Konzepte anbieten konnten, nachher, als es um die Praktizierung ging, von unserer Schwesterpartei im Stich gelassen wurden. Das hat uns z. B. beim Thema Wettbewerbsrecht, Kartellgesetznovelle außerordentlich um die Glaubwürdigkeit in der Vertretung des Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft gebracht. Ich beobachte mit ganz großer Sorge, daß jetzt die FDP das Platzhalten der Sozialen Marktwirtschaft auf ihre Fahne schreiben wird und uns damit eine Position streitig macht mit möglichem Erfolg. Wir müssen daher, nicht nur jetzt, wo es um die Entscheidung der Kartellgesetzgebung geht, sondern auch z. B. bei den Fragen des Bodenrechts uns unter allen Umständen von dem möglichen Makel lösen, daß wir Gruppeninteressen vor übergeordneten gesellschaftspolitischen Interessen verstehen und nicht das tun, was vom Konzept her uns vorgegeben ist, so möchte ich sagen, aus unseren Vorstellungen von Sozialer Marktwirtschaft.

In dem Zusammenhang ein letzter Punkt, der eigentlich mehr als ein Punkt an die Adresse speziell von Herrn Katzer und Herrn Blüm gerichtet ist. Wir müssen uns schon mit dem Blick auf den nächsten Bundesparteitag beim Thema Mitbestimmung der parteiinternen Diskussion stellen. Ich bin ganz sicher, das Ergebnis eines neuen Bundesparteitages wird nicht völlig identisch sein mit dem des Düsseldorfer Parteitages. Deshalb müssen wir diese ganze Thematik sehr früh, auch wie das Herr Schwarz-Schilling mit Recht gesagt hat – im Bundesvorstand, aber auch in den zustän-

digen Parteigremien, vor allem mit Wirtschaftsrat, Mittelstandsvereinigung und Sozialausschüssen, rechtzeitig diskutieren, nicht zuletzt, weil wir auch einige parteiinterne Mißverständnisse ausräumen müssen.

Niemand in unserem Kreise wird daran zweifeln, daß wir von der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit ausgehen müssen, die ja längst in der Wirklichkeit unserer Gesellschaft der Bundesrepublik praktiziert wird. Im Parlament hat der Bereich Arbeit ein außerordentlich starkes Übergewicht. Überall in der Wirtschaft und der Gesellschaft ist die Gleichberechtigung, Gleichwertigkeit längst vollzogen. Wogegen wir uns aber unter allen Umständen zur Wehr setzen müssen – was ja auch im Widerspruch steht zu unseren Vorstellungen der Machtverteilung –, ist, daß wir durch ein Modell von Mitbestimmung, das von uns unterstützt wird, möglicherweise in Gesellschaft und Wirtschaft zu völlig neuen zusätzlichen Machtkonzentrationen kommen, diesmal dann in der Hand des DGB, die wir meines Erachtens aus dem Gesichtspunkt einer pluralistischen Gesellschaftsordnung einfach nicht mit gutem Gewissen vertreten können. Ich will das Thema hier nur anreißen, meine, daß rechtzeitig auf Initiative der Bundespartei hier eine Zusammenfassung der Kräfte unserer Partei in die Diskussion eingebracht werden muß, damit wir frühzeitig vor dem Bundesparteitag ein Konzept anbieten können, das wirklich dann auch von einer breiten Mehrheit unserer Mitglieder getragen wird.

Barzel: Ich will an der Stelle ganz kurz einen Punkt zwischendurch sagen, weil das wichtig ist. Wir haben auch in der aktuellen Politik meistens zu tun. Vor der nächsten Sitzung des Vorstands wird die erste Lesung der Wettbewerbsnovelle sein, schon in der nächsten Woche. Da haben wir nun also ein Grundsatzprogramm, da steht die unabhängige Behörde. Die unabhängige Behörde gibt es nur durch Verfassungsänderung. Das war der Grund, wegen der wir die Sache alle nicht gewollt haben. Es ist ganz klar, daß wir die unabhängige Behörde nicht kriegen. Wenn wir darauf bestehen, wird keiner deshalb nein sagen zu der Vorlage, wird kein Mensch uns dieses Argument glauben, und jeder wird sagen, die sind ordnungspolitisch nicht mehr auf dem Damm. Deshalb habe ich die Absicht, der Fraktion zu sagen, unser Ziel bleibt die unabhängige Behörde, die ist zur Zeit nicht durchsetzbar, klammert deshalb diesen Punkt aus und seht zu, ein ordnungspolitisch vernünftiges Gesetz zu machen. Ich hoffe, daß da nicht einer kommt und sagt, dies ist ein Akt der Opportunität, der das Parteiprogramm aushebelt. (*Unruhe und Diskussion.*)

Hasselmann: Herr Dr. Barzel, Sie haben Ihre Ausführungen heute morgen begonnen mit etlichen Punkten. Ein Punkt scheint mir schon in Ihrem Sinne entschieden worden zu sein, nämlich der Punkt eins, in dem Sie darum baten, dafür zu sorgen, daß nach dieser Klausurtagung wir nicht das zweitemal den 19. November haben und die Wahl verlieren. Einfach deshalb, weil dieser Vorstand es sich nicht leicht macht. Die Bereitschaft ist erkennbar geworden, innerparteilich differenziert zu diskutieren. Ich glaube, es ist erfreulich, daß das so ist und daß das in dieser Form mit pragmatischen und auch sehr langfristig angelegten philosophischen Betrachtungen möglich ist. Ich glaube, daß wir beides brauchen. Die letzte, die mehr philosophische, die Grundsatzdiskussion, wird, auch wenn wir sie nicht zu Ende führen, eine entscheidende Be-

deutung haben für die Erstwähler, die eine Partei als eine eigene ansehen werden, wenn sie wissen, daß da um Dinge gerungen wird. Ich glaube gar nicht, daß die Erstwähler von vornherein interessiert sind, alles fertig vorgesetzt zu bekommen. Wenn wir deutlich zu machen verstehen, was hier, bei Ihnen, Herr Professor Mikat, bei Dr. von Weizsäcker, bei Herrn Schwarz-Schilling, bei anderen, als Aufgabe uns gestellt und nach außen in die Diskussion geleitet wird, haben wir für die Jugend die CDU interessant gemacht, weil sie mit der pragmatischen Politik weniger konfrontiert sein will. Bestärkt werde ich durch ein bleibendes Erlebnis, ich habe mich den 37 Vikaren gestellt, die die Wählerinitiative für die SPD unterschreiben haben.⁴² Sie gingen zunächst einfach mal das Thema an, Infragestellung des „C“, und das zweite, erschrecken Sie nicht, Herr von Fircks⁴³. (*Zwischenruf.*) Herr Rollmann, was soll der Zwischenruf? Hier steht ganz was anderes zur Debatte, ich wollte nur deutlich machen, daß das einfach in diesen Kreisen nicht verkraftet worden ist, ob wir ihn aufgestellt haben zu recht oder zu unrecht. Das soll hier gar nicht entschieden werden. Er ist aufgestellt und ist im Bundestag, ich wollte es nur sagen. Die jungen Wähler waren z. T. viel engagierter für uns, als allgemein zugegeben oder erkannt worden ist. Wir sollten diese Chance nutzen. Deshalb bin ich sehr dankbar, wenn wir uns neu orientieren, diskutieren und unsere Vorstellungen nach draußen tragen würden. Wie das geschehen kann, ist noch die Frage.

Zweitens, die offene Sprache, die ich als wohltuend empfinde, findet auch eine Bestätigung in der Aussage von Herrn Kohl zu Beginn der Nachmittagssitzung. Einfach, weil es beinah befreiend für die beiden Herren, aber auch für uns alle ist. Denn das, was hier jetzt gesagt wurde, wird in der Partei diskutiert, ob wir das wollen oder nicht. Damit brauchen wir deshalb nicht in größere Gegensätze einzutreten für die Zukunft, das ist so erwartet, weil es schon zu bekannt geworden war. Eine einzige Sorge, die wir aufgrund dieser Tatsache aussprechen müssen, ist, wie man verhindern kann, daß das Volk fragt, gibt es unterschiedliche Politik bei dem einen und bei dem anderen, führt uns das in eine Zerreißprobe, können wir uns das jetzt erlauben, oder ist es lediglich eine Personalfrage.

Ich möchte das auch in die Überlegungen miteinbeziehen, die notwendig ist, weil wir das Verhältnis noch zu gewinnender Freunde, wo sie immer sitzen, klären wollen. Sicherlich innerhalb der Bundestagsfraktion, bestimmt aber innerhalb der Landtagsfraktion. Warum sage ich das? Ich sage das deshalb, weil wir am 9. Juni 1974 die nächste Wahl haben. Für uns ist die Interessenslage in Niedersachsen so, daß wir nach den noch durchzuführenden Teilkommunalwahlen am 25. März alsbald wissen wollen, wie die Bundespartei steht. Denn was immer hier passieren wird, das hat Auswirkungen auf die niedersächsische Situation und Lage. Deshalb möchten wir Klarheit haben –

42 Vgl. Nr. 34 Anm. 34.

43 Otto Freiherr von Fircks (1912–1989), Landwirt; 1954–1969 Geschäftsführer des Bundes der Vertriebenen Niedersachsen, 1961 CDU, 1963–1967 MdL Niedersachsen, 1969–1976 MdB. – 33 evangelische Theologen hatten sich gegen die Bundestagskandidatur von Fircks' ausgesprochen. Vgl. „Weser-Kurier“ vom 3. November 1972 „CDU-Kandidatur von Fircks' kritisiert“.

nicht zu spät – in der Personalsache, aber auch in der Sache. Meine Bitte ist, daß wir bis dorthin in diesem Freimut, in dem wir hier differenziert innerhalb des Vorstandes diskutieren, eine Sprachregelung finden, die uns einigt, weil wir in der Gesinnung einiger sind, als man draußen glaubt, oder uns nicht freundlich gesonnene Journalisten und der politische Gegner darzustellen versuchen. Meinungen trennen uns, Gesinnungen vereinigen uns. Das wäre meine Bitte, ehe wir auseinanderlaufen, daß wir nicht vergessen vor Abschluß der Diskussion, was wollen wir nach außen sagen.

Die Sprachregelung aufgrund der Tatsache, daß Dr. Kohl seine Vorstellungen kundgetan und mitgeteilt hat, daß er kandidieren will und, was wir an Aufträgen im Sinne Windelens zunächst vorhaben, muß nicht vollkommen sein, aber es muß etwas deutlich werden. Dann hat diese Klausurtagung einen besonderen Wert, der innerparteilich differenzierte Diskussion und eine größere Geschlossenheit aufgrund übereinstimmender Gesinnung nach außen bringen kann. Es würde unsere Position ganz wesentlich erleichtern. Ich möchte abschließen mit dem Hinweis, daß ich die schriftliche Vorlage, die wir von Ihnen beiden haben, außerordentlich begrüße. Die muß man zweimal lesen. Sie ist mit einer kurzen Präambel in der Beschreibung des Ist-Zustandes eine ausgezeichnete Grundlage für die Diskussion, die wir für unsere Arbeit brauchen. Und ich glaube, daß wir in der Frage der Mitbestimmung – wenn ich das Wort der Neufindung von Freunden deshalb nötig halte, weil wir wieder Mehrheiten haben wollen – in der Tat neu diskutieren müssen. Dazu ist sehr viel Information notwendig. Wir sollten uns dafür in diesem Vorstand die Mühe machen, ehe wir gezwungen werden durch die Partei von unten, das Thema zu diskutieren, weil bestimmte Festlegungen dann vorliegen können, die uns in eine Konfrontation hineinbringen, die wir auf einem Parteitag nicht brauchen können.

Dritter und letzter Punkt: Arbeitnehmer und Frauen und Jugend. Die Frage der Frauen, das ist ein ganz ernstes Problem. Vieles wird uns – so ähnlich wie bürgerliche oder bäuerliche oder ländliche, katholische Partei – im Image, in unserem Verhältnis zur modernen Frau genauso angekreidet, obwohl wir uns in Einzelpunkten parteilicherseits nie geäußert haben. Bei der Pille nicht, bei §218 haben wir uns geäußert, trotzdem wird gesagt, wir seien dagegen. Ich wollte das deshalb sagen, weil wir nach einer der Analysen 5 % der Männer wieder zur CDU geholt, aber 17 % der Frauen verloren haben. Woran liegt das? Wir sind ein bißchen flott darüber hinweggegangen. Was müssen wir tun, um das wieder zu verändern? Geschieht das durch eine Intensivierung der Frauenarbeit in eigenen Kreisen, oder durch eine Mehr-Hereinnahme der Frauen in die Parteiarbeit? Ich weiß noch keine Antwort, aber ich möchte das gerne in Klausurtagungen unseres Parteivorstandes und auch des Fraktionsvorstandes, mit Arbeitskreisvorsitzenden jetzt im Februar und März behandeln. Die Grundlage für einen von der JU geforderten Grundsatzparteitag zur Wahlvorbereitung 1974 im Herbst muß erstellt sein vor den Ferien. Ein Jahr vor dem Wahltag im Land, also für die niedersächsischen Verhältnisse. Und da spielt ja alles hinein, auch was Frauen, Jugend, Arbeitnehmer anbetrifft. Die Diskussion mit den Oberstufen in den Schulen – Herr Seiters will ja nachher darauf eingehen – ist so erfreulich aufgeschlossen, daß die Ankündigung uns schon positiv vermerkt wird. Ich möchte vor den Ferien die Direkt-

kandidaten in der vergrößerten Zahl von Wahlkreisen kennen. Wir können sie vielleicht noch nicht wählen. Die Wahlkreise werden in Niedersachsen zu 1956 verändert, ein entsetzlicher Zustand bei der absoluten Ein-Parteien-Regierung der SPD. Furchtbar, kann ich Ihnen sagen. Alles, was es gibt, gegen uns. Die Auswirkungen, die können Sie sich, wenn ich das hier so jetzt sage, gar nicht vorstellen. Aber wir haben ja nicht mal einen anderen Partner. Und wie sie Personalpolitik betreiben, als eigentliche Politik, brauche ich nicht erwähnen.

Ich möchte dann gerne im Herbst, was richtig ist, Mannschaft oder Person erörtern. Dann möchte ich gern, daß wir heute, Herr Dr. Kraske, den endgültigen Termin für den Bundesparteitag mitnehmen. Denn das ist für uns die Marke. Läuft der gut, habe ich vor Weihnachten die Chance, in Niedersachsen echte Vorbereitungen zu treffen und dann fünf Monate Zeit, den Wahlkampf zu führen. Aber für unsere Situation ist wichtig, den Termin eher früher zu legen, nicht zu spät, und deshalb frage ich danach, wann ist er, und ist das endgültig?

Kiep: Anschließend an das, was Christian Schwarz-Schilling gesagt hat, möchte auch ich betonen, daß es notwendig ist, daß wir zu der Bedeutung und auch der Auswirkung der parteiinternen Diskussion ein neues Verhältnis finden. Wenn Herr Lemke vorhin mit Recht sagte, diese Diskussion hier sei doch sehr gut, und er wundere sich darüber, daß man eigentlich mit dieser Sprache draußen die Menschen nicht überzeugen könne, so möchte ich vielleicht etwas verallgemeinernd sagen, Herr Lemke, wir sprechen eben in dieser Sprache draußen nicht, weil wir in der Vergangenheit meist, oder sehr oft – ich möchte mich vorsichtig ausdrücken –, nicht so gesprochen, sondern den Versuch unternommen haben, um der Einheit willen, Aussagen zu machen, die eben nicht immer sehr überzeugend waren, und die eben nicht dafür geschaffen waren, daß in unserer Aussage der Zuhörer eine Widerspiegelung seiner eigenen Probleme und Sorgen und seinem Verständnis von seiner Umwelt wiederfand. Deshalb, glaube ich, ist diese Diskussion gut, und wir sollten sie als einen unverzichtbaren Teil des Auftretens einer Volkspartei betrachten.

Zu den Fragen der Personaldiskussion möchte ich nur sagen, daß der Parteivorsitzende und Helmut Kohl, der seine Kandidatur heute bekannt gegeben hat, selbstverständlich bis zu dem Parteitag in Hamburg wohl nicht auskommen werden ohne die Darstellung ihrer Politik, die wahrscheinlich, wenn ich die Dinge richtig sehe, für die Delegierten auch ein Kriterium für ihre Entscheidung auf dem Parteitag sein wird. Deshalb ist es, glaube ich, Herr Köppler, eine Illusion zu glauben, daß wir um eine Personaldiskussion herumkommen. Was wir tun können – und Beiträge dazu sind wir im Begriffe zu leisten –, ist, daß wir eine personalisierte Sachdiskussion bekommen. Aber die werden wir auf jeden Fall haben, die können wir gar nicht vermeiden. Je mehr wir die Sachfragen und Sachprobleme jetzt in die Partei hineinragen, um so stärker wird der sachliche Teil der Diskussion und um so geringer hoffentlich der rein personelle Teil sein, weil der natürlich, wie Sie richtig gesagt haben, die große Gefahr andeutet, daß die Sachdiskussion hinter der Personaldiskussion zurücksteht.

Der zweite Punkt ist die Frage der Außenpolitik in dieser Diskussion. Ich darf als einer, der nun eine sehr intensive parteiinterne Diskussion geführt hat, vom Ortsver-

band bis zum Präsidium der CDU in allen Gremien, sagen, daß eine solche Diskussion in der Partei wirklich möglich ist und daß sie in fast allen Gremien, in einer persönlich sehr guten Atmosphäre stattgefunden hat. Nur, Herr Windelen, es ist ja nun nicht so – und eigentlich hat mich das ein bißchen gewundert, daß Sie das sagen –, daß das Motiv für meine Intervention etwa wäre, wir sollten durch eine Anpassung an die FDP in der Frage der Deutschlandpolitik zu einer Koalitionsmöglichkeit mit der FDP kommen. Ich glaube, das kann eigentlich nicht Ihr Eindruck gewesen sein von unserer Diskussion in der Fraktion. (*Zwischenruf.*) Aber so dargestellt wirkt das Ganze natürlich doch sehr stark opportunistisch und kurzfristig, und nicht in einem langfristigen Konzept gedacht.

Deshalb möchte ich nur in Stichworten noch einmal sagen, der Grund für die Diskussion, die wir zu führen haben, ist doch der, wir haben als Opposition eine Reihe von Aufgaben. Ich zähle sie mal kurz auf: Erstens, in der Außenpolitik und Deutschlandpolitik, Wächteramt für die Dinge, die jetzt vorgehen, die sich abzeichnen; Wächteramt gegen die Neutralisierung, die zum Abzug auch der Amerikaner aus Europa führen könnte; Wächteramt in den Verhandlungen KSZE und MBFR; Wächteramt in Berlin; Wächteramt dafür, daß die Berlinmöglichkeiten offensiv ausgenutzt werden. Wir haben schließlich darauf aufzupassen, daß das, was an menschlichen Erleichterungen sich abzeichnet, tatsächlich realisiert und festgeschrieben wird. Wir haben die Aufgabe, auch dafür zu sorgen, daß die Auseinandersetzung mit der DDR, die aufgrund der Politik der Regierung nun der ganzen Welt präsent sein wird, auch tatsächlich geführt wird und daß wir uns dabei selbst behaupten. Wir haben weiterhin die Aufgabe, unsere eigenen Vorstellungen und Prioritäten in diese Politik einzuführen, vereinigtes Europa usw., ich nenne nur Stichworte.

Und schließlich, und das ist ein Punkt, soll diese Politik dazu führen, daß wir die Klammer etwas lockern, die FDP und SPD in der Frage der Außen- und Deutschlandpolitik bisher verbunden hat.

Wenn wir das aber erreichen wollen, müssen wir als Voraussetzung die Glaubwürdigkeit in diesen Fragen wiederfinden. Und diese Glaubwürdigkeit wiederzufinden, ist eigentlich das Thema, über das wir reden. Und das beinhaltet eben auch die Frage, wie wir nach den Problemen des 17. Mai, über die gesprochen worden ist, nun in den Fragen der Außenpolitik diese Grundlage wieder finden und einen höheren Prozentsatz von Einverständnis und Zutrauen bei der Bevölkerung für unsere außenpolitischen Aussagen. Ich bin eben etwas zweifelhaft, ob wir diese Glaubwürdigkeit wiederfinden, wenn wir es ausschließlich bei dieser Zwei-Phasen-Lösung belassen, über die wir gesprochen haben, die Zwei-Phasen-Lösung, die darin besteht, daß wir jetzt beim Grundvertrag noch einmal nein sagen und dann anschließend eben bei den Folgeverträgen ja, und damit auf diese Grundlage treten.

Ich habe nicht dafür plädiert, daß wir zum Grundvertrag ja sagen, sondern ich habe dafür plädiert, daß wir zu dem Grundvertrag, zu dem Zeitpunkt, wo wir es getan haben, nicht nein sagen, sondern daß wir die Periode zwischen Unterzeichnung, Paraphierung und Ratifizierung ausnutzen, um ganz bestimmte Dinge noch zu erreichen, und unsere endgültige Entscheidung in der Ratifizierung davon abhängig machen, in-

wieweit diese Punkte durchgesetzt worden sind oder nicht. Das war mein Vorschlag. Die Fraktion hat das anders entschieden. Die Frage ist jetzt nur, wie sieht es mit unserer Glaubwürdigkeit aus, wenn wir auf diesem Wege weitergehen. Diese Diskussion sollten wir noch einmal führen, da sollten wir uns noch Gedanken darüber machen, denn die Frage ist wichtig. Nicht nur für 1976, sie ist wichtig auch für die Landtagswahlen, und auch die Frage der Lösung der Klammer FDP-SPD ist wichtig für die Landtagswahlen. Denn hier gibt es Möglichkeiten zu Machtveränderungen in den Ländern, wenn es da oder dort gelingt, zu einer Übereinstimmung mit der FDP zu kommen. Und deshalb glaube ich, daß wir diese Frage nicht so leichtthin abtun sollten, und nicht glauben, daß diese Anpassung oder dieses auf die Grundlage der neuen Tatsachen Treten so einfach sein kann, wie es vielleicht dem einen oder anderen erscheint, wenn wir von dieser Zwei-Phasen-Lösung sprechen.

Im übrigen müssen wir uns darüber klar sein, daß das, was wir jetzt tun – das gilt für alle Bereiche, ja nicht nur bis 1976 und nicht nur über die Landtagswahlen –, hinweg tragfähig sein muß, und daß wir als Partei die Kraft aufbringen müssen, notfalls, schlimmstenfalls auch über 1976 hinaus als politische Kraft bestehen zu können. Auch das sollten wir nicht aus dem Auge verlieren, wenn wir unter uns hier so offen über die Zukunft reden.

Und ein allerletzter Punkt, Punkt drei. Ich fasse es als ein ganz besonderes Kompliment an Ihren Schatzmeister auf, daß über Geld in unserer Partei nie gesprochen wird, aber ich wollte sagen, daß natürlich diese Dinge, die wir organisatorisch tun – und ich meine, wir müßten eine ganze Menge tun, und ich finde die Anregungen, die in dieser Richtung gemacht wurden, sind ganz besonders wichtig – natürlich auch eine Finanzfrage sind, weil diese Dinge Geld kosten, daß aber auch umgekehrt die Fähigkeit unserer Partei, sich auch in den mageren Jahren, die vor uns liegen, zu finanzieren, ganz wesentlich davon abhängt, wie sich diese Partei selbst darstellt, wie viel Vertrauen wir erwecken, nicht nur in unsere Organisation, sondern auch in unsere Politik. Denn die Zeiten sind vorbei, was im „Vorwärts“ oder in den linken Blättern immer steht, daß die Leute nur zahlen, wenn ganz bestimmte politische Zusagen gemacht werden. Vielmehr sind die Spender bereit, etwas zu tun, wenn sie eine Partei vor sich sehen, von der sie glauben, daß sie eine Zukunft hat. In keinem Fall in der gesamten Finanzierung dieses Wahlkampfes – ich sage das mal in diesem kleinen Kreis – hat es ein einziges Gespräch gegeben mit dem Schatzmeister der Partei, wo irgend jemand eine Zuwendung an die Partei verbunden hat auch nur mit der Hoffnung auf ein bestimmtes Verhalten in irgendeiner politischen Frage. Ich glaube, das zerstört die Klischeevorstellungen, die viele über Parteifinanzierung haben. Ich wollte nur darauf hinweisen, wie wichtig auch für die Finanzierung unserer künftigen Arbeit, auch die Finanzierung unserer Landtagswahlen, die Selbstdarstellung der Union und auch die Effizienz der Union ist, die Frage also, wie sie ihre Organisation gestaltet.

Schäfer: Es ist verständlich, wenn der Herr Schatzmeister von Geld spricht. Ihm ist nicht damit geholfen wie dem Herrn Rothschild, daß man über Geld nicht spricht, sondern daß man Geld hat, aber vielleicht mit der Feststellung, daß für ein gutes Programm auch immer Geld da sein wird, für ein schlechtes im Zweifel nie. Wenn wir es

uns leisten könnten, finanziell und personell und zeitlich, sollten wir jetzt methodisch einwandfrei vorgehen, indem wir nämlich eine Simulationsstudie machen. Wir würden aufgrund der Erkenntnisse der Meinungsforscher von heute morgen und dieser Diskussionen noch einmal den Wahlkampf konzipieren, um zu sehen, wie er richtig gewesen wäre. Bei der Gelegenheit würde sich herausstellen besser als bei diesen Diskussionen, wo Fehler gemacht worden sind. Das Wort Fehler ist hier sehr selten gefallen in dieser Diskussion. Ich glaube, ich darf unterstreichen, Fehler sind gemacht worden, im grundsätzlichen Bereich, was einige Aussagen betrifft; Fehler sind gemacht worden im taktischen Bereich, gar kein Zweifel, und Fehler sind gemacht worden im personellen Bereich, auch wenn man darüber früher nicht gesprochen hat. Das finde ich verständlich. Alle diejenigen, die im wesentlichen die Last des Wahlkampfes zu tragen hatten, müssen auch in Stimmung und bei Laune sein, das ist sehr wichtig. Aber nachdem es gelaufen ist, sollte man doch dieses oder jenes ansprechen dabei.

Im wirtschaftspolitischen Teil unseres Programms ist uns etwas ganz Fürchterliches passiert. Ich bin der Meinung, wie das häufiger geäußert worden ist, daß wir kein neues Programm brauchen. Ich kenne kein moderneres Parteiprogramm als etwa das fortgeschriebene Berliner Programm. Ich selbst würde, wenn ich noch einmal mit dem Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik eine Wahlkampfaussage zu formulieren hätte, sie im Zweifel nicht in einem einzigen Satz ändern. Das Drama besteht darin, daß alles das, was wir gesagt haben, zweifelsohne richtig und von Bedeutung ist, aber daß wir am Wähler großenteils vorbeigeredet haben. Das ist das Drama dieser wirtschaftspolitischen Diskussion. Nun, warum ist das passiert? Das ist ja die Frage, die sich dann stellt. Ich würde meinen, das ist vor allen Dingen deswegen passiert, weil wir einfach zu abstrakt argumentiert haben. Wir waren im Zweifel in der Lage, jemandem klarzumachen, wohin diese Inflationsentwicklung führt, welche Folgen sie hat, wie das eines Tages enden wird, aber wir haben ihm nicht beizubringen vermocht, wofür wir eigentlich Stabilitätspolitik oder Stabilität brauchen. Wenn wir das nicht ändern, dann entwickeln wir uns zu den besten Denkmalpflegern aller Zeiten, ein Denkmal für die Soziale Marktwirtschaft, ein Denkmal für die Stabilität, ein Denkmal für die Vollbeschäftigung, vor Wahlen polieren wir das auf, bekränzen es mit Girlanden, Millionen Menschen werden den Hut davor ziehen, voller Respekt, aber sie werden sich nicht mit der Aussage identifizieren, die wir eigentlich damit gemeint haben.

Es ist ein Unterschied, ob ich jemanden im Wahlkampf 1955 oder 1960 oder 1965 oder 1972 Stabilität empfehle. Das hängt davon ab, welchen Stellenwert die Stabilität für ihn persönlich hat, und es ist ein Unterschied, ob jemand im Jahre 1960 oder 1965 über eine dynamische Rente verfügt mit einer flexiblen Altersgrenze und einem Lohnfortzahlungsgesetz, oder ob er das im Jahre 1955 noch nicht hatte. Er wird jeweils in seiner Situation die Vorstellung von Stabilität und ein auf Stabilität gerichtetes Programm anders bewerten und beurteilen. Wir waren nicht in der Lage, ihm zu sagen, wozu er, bei aller wirtschaftlichen Absicherung, auf der wir ja enorme Erfolge hatten, trotz alledem stabilitätsbewußt sein soll. Es ist uns nicht gelungen, ihm klarzumachen, daß man die Sicherheit, die ihm dieser soziale Rechtsstaat gegeben hat, und dessen Freiheitsspielraum additiv sehen muß. Es ist uns nicht gelungen, ihm klarzumachen,

daß die Alternative zur Leistungsgesellschaft nicht die Gesellschaft ohne Leistung sein kann, sondern daß wir den Leistungsdruck gebraucht haben, um zur Leistungsbereitschaft zu kommen, daß man auf der Sicherheit, die man erworben hat, erst seinen vollen Freiheitsspielraum nutzen kann. Ich meine, das ist uns nicht gelungen. Das ist uns deswegen nicht gelungen, weil wir nicht deutlich gemacht haben, daß wir dieses mit einer ganz bestimmten Zielvorstellung kombinieren, nämlich mit dem Optimum von Freiheit, Stabilität und Wohlstand.

Dieses Optimum, was die modernere Interpretation von Sozialer Marktwirtschaft wäre, ist weder mit Sozialer Marktwirtschaft noch mit humaner Marktwirtschaft meines Erachtens hinreichend umschrieben. Ich weiß keine bessere Formulierung, obwohl ich seit Wochen und Monaten darüber grübele. Ich weiß nur, daß dieser Zustand, der ja weit in den gesellschaftspolitischen Raum hinein reicht, mit Sozialer Marktwirtschaft alleine nicht mehr hinreichend umschrieben ist. Vielleicht sollten wir versuchen deutlich zu machen in einem nächsten Durchgang, daß Stabilität und Fortschritt und Vollbeschäftigung nicht Werte an sich sind, sondern daß wir Wirtschaftspolitik betreiben in der Absicht, unsere sozialen Probleme bestmöglichst zu lösen. Wir wollen Stabilität, weil wir damit unsere sozialen Probleme bestmöglich lösen. Vielleicht hätten wir verzichten sollen auf logische Deduktionen, statt dessen hätten wir unseren Wählern die Staaten vorführen sollen, die mit anderen Mitteln versucht haben, ihre sozialen Probleme zu lösen, in Schweden, in England, in Frankreich, in Argentinien, und dann einmal eine vergleichende Betrachtung anstellen, wer denn nun in der Lage war, sie in den letzten 20 Jahren besser zu lösen. Wir hätten etwas näher an der Wirklichkeit argumentieren sollen, meine ich.

Nun, es sind Fehler gemacht worden natürlich auch im taktischen Bereich. Das ist nicht unbedingt mein Metier, ich will nur hinweisen auf die Behandlung des Grundvertrages und auf dieses Techtelmechtel mit Schiller. Dieses alles würden wir nach einer Simulationsstudie, so nehme ich an, in einer neuen Wahlkampfstrategie nicht wiederfinden. Ein bißchen beeinflusst worden ist diese Taktik natürlich – soweit ich das beurteilen kann – auch von der Vorstellung der CDU, auch von der CDU/CSU-Fraktion, wie nimmt sich das Ganze aus, wenn wir morgen wieder in der Regierung sind. Das gilt für die Novellierung der Wettbewerbsgesetzgebung, das gilt für die Rolle der Deutschen Bundesbank bei der Stabilitätspolitik. Und diese Vorstellung, wie sehen wir denn nun aus mit dieser rechtlichen neuen Möglichkeit, wenn wir morgen wieder in der Regierung sind, hat manchmal klare Konturen, da, wo sie angebracht waren, verhindert. Wir haben mit vielen Kollegen aus der Fraktion gerade im Bereich der Wettbewerbsgesetzgebung wochen- und monatelang diskutiert, und da war halt immer wieder die Frage, ein bißchen müssen wir auch daran denken, wie wir uns dann ausnehmen. Ich würde sagen, das war so der Versuch, die Regierungspartei von morgen – wenn Sie so wollen – mit der Oppositionsrolle zu verbinden, und das kann immer nur in den Augen der Wähler ein schlechter Kompromiß sein.

Nun, wenn auch Fehler im personellen Bereich gemacht worden sind, darf ich diese nur mit wenigen Worten ansprechen. Ich glaube nicht, wenn wir das alles noch einmal zu konzipieren hätten, in der Kenntnis all der Dinge, die wir heute gehört haben, daß

wir dieses Techtelmechtel mit Herrn Schiller noch einmal machen würden. Da wäre sicher Entschiedenheit am Platz gewesen, entweder oder. Ich wüßte nicht einmal, ob ich dafür wäre, daß wir Herrn Schiller mit Herr Erhard plakatieren würden, wen eigentlich wollten wir aufwerten bei der Gelegenheit, und wer eigentlich war abgewertet. Aber wenn wir schon einmal darüber sprechen, sollten wir das auch ruhig ansprechen. Das gehört zur Konzeption.

Zu der Frage Vorsitzenden- oder Nicht-Vorsitzendendiskussion würde ich meinen, in den Ausführungen, die Herr Kohl heute morgen gemacht hat – Herr Kohl, wir hatten keine Gelegenheit, auch nur einen einzigen Satz darüber zu reden –, ist ja auch ein Sachproblem enthalten. Das ist nicht nur die Frage, daß wir jetzt schon zwei Kandidaten haben und daß das unter Umständen negativ in der Öffentlichkeit wirken würde, sondern dahinter steht doch die Sachfrage, wie ist das denn mit der Kumulation der Ämter oder mit der Trennung der Ämter von Vorsitzenden und Fraktion? Dies ist eine Sachfrage, dies ist keine personelle Frage. Und wenn Sie sich überhaupt stellt, auch wenn man überhaupt keine anderen personellen Vorstellungen hätte, als die, die wir jetzt vor einiger Zeit realisiert haben, müßte man doch diese Frage gleichwohl stellen als Folge der Erfahrungen aus dem Wahlkampf. Und wenn es eine Sachfrage ist, und wenn sie sich stellt, dann kann man sie nie früh genug diskutieren. Jedes Verschieben wäre unter Umständen zu spät. Und so habe ich eine ganz Menge Verständnis für den Hinweis von Herrn Kohl am Vormittag, wenngleich ich im übrigen sicher der wohl herrschenden Auffassung bin, das man jetzt die Sachdiskussion natürlich nicht hinter Personaldiskussion zurückstellen kann.

Barzel: Ich möchte ein paar wenige Sätze dazu zwischendurch sagen, weil hier offensichtlich doch ein Informations-Lag besteht. Also eines bestreite ich, wir hätten nicht gesagt, Stabilität wofür? Wir haben uns den Mund fusselig geredet im Bundestag, noch zu Zeiten, als Gerhard Stoltenberg da war, haben wir immer gesagt, Stabilität ist die Basis für Reformen, um die kurze Formel jetzt zu bringen. Ich will versuchen, dies mit ganz wenigen Strichen noch einmal zu schildern.

Wir hatten sicher alle nichts dagegen, den ökonomischen Offenbarungseid der Regierung entgegenzunehmen durch den Rücktritt von Herrn Schiller. Wir hätten sicher auch nichts dagegen gehabt, wenn der die Fahne gehißt hätte und einen klaren Schritt so oder so gemacht hätte. Das war ja auch mit vielen besprochen hier. Wir haben dann alles dagegen gehabt, als er anfang rumzufackeln und zu wackeln. Und als er über gutmeinende Freunde, die ebenso gutmeinend waren wie die Annoncen, die mit der Union nichts zu tun haben – und es gibt bis heute einige, deren Herkunft ich nicht einmal kenne –, war drei Wochen vor der Wahl – denken Sie an die Sonntagspresse⁴⁴ – eine

44 Bei den gemeinsamen Wahlkampfanzeigen von Erhard und Schiller wurde nur eine Adresse angegeben (53 Bonn 12, Postfach 120 153), ein Initiator wurde nicht genannt. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Oktober 1972 „Erhard kennt die Geldgeber seiner Anzeigen nicht“ sowie Bericht im ARD-Magazin „Monitor“ vom 6. November 1972 „Die Anzeigenkampagne gegen die Regierung. Wer steckt dahinter?“ (BPA Abt. Nachrichten Referat II/4); darin wurde die Werbeagentur „Gilde“ in Hamburg genannt, deren Rechnungen von der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V.“ in Köln beglichen.

ganz besondere Situation gegeben. Ich kann Ihnen nur sagen, was ich damals mit Unterstützung der Freunde im Präsidium abgewehrt und ausgehalten habe, ist fast nicht vorstellbar. Aus meinem Gefühl war diese Sache wie der Grundvertrag. Der Grundvertrag kam psychologisch April, Mai wieder hoch, sonst gar nicht. Nicht der Text, den hat kein Mensch begriffen. Drei Wochen vor der Wahl kam der Fall Schiller und brachte den ganzen Problemkreis wieder hoch. Ich möchte wirklich mehr dazu nicht sagen, weil das vergossene Milch ist. Wir können uns gerne privat noch darüber unterhalten. Aber wieviele Freunde aus dem Lande, und zwar die hochmögendsten, mich Nacht für Nacht und Morgen für Morgen während des Wahlkampfes anriefen, fünf Wochen vor der Wahl, vier Wochen vor der Wahl, drei Wochen vor der Wahl, vierzehn Tage vor der Wahl, in der Meinung, sie könnten das Thema Generalvertrag totschiessen durch das Thema Schiller, können Sie sich nicht vorstellen. Da allerdings war ich dann manchmal etwas mehr allein, als ich mich sonst in diesem Wahlkampf gefühlt habe.

Rollmann: Drei Punkte noch zum Wahlkampf. Sie haben noch einmal die Wahlanzeigen angeschnitten. Jede Firma, für die irgendein Außenseiter Propaganda machen würde, würde sich mit Leidenschaft dagegen wenden. Warum waren wir als Bundespartei nicht in der Lage, in einem bestimmten Stadium und in gewisser Beziehung uns von einigen dieser Anzeigen zu distanzieren? Ich erinnere mich insbesondere an die Anzeige über die jüdischen Mitbürger⁴⁵, wo wir praktisch in Hamburg gezwungen waren, eine lokale Distanzierung zu machen, solche Situationen haben wir überall gehabt. Ich habe mich bei dieser Aktion darum bemüht – aus Neustadt an der Saale kam die – zu entdecken, wer dahinter stand. Ich habe gehört, ein Rentner und eine Hausfrau. Warum hat die Bundespartei nur ein einziges Mal öffentlich gesagt, mit diesen ganzen ungerufenen Freunden und Anzeigen haben wir nichts zu tun, dafür übernehmen wir nicht die Verantwortung?

Punkt zwei. Herr Dr. Kraske, glaube ich, hat davon gesprochen heute morgen, daß einzelne Wählergruppen besonders angesprochen wurden. In bezug auf die Rentner bejahe ich das. Von einem besonderen Ansprechen der Jungwähler haben wir nichts gemerkt. Jugendpolitik ist nur ein ganz kleiner Teil, mit dem man Jungwähler ansprechen kann. Die Geburt des jugendpolitischen Programmes dieser Partei⁴⁶ und die Verkündung dieses Programmes zehn Tage vor der Wahl war eine Mischung zwischen Zangengeburt und Kaiserschnitt. Frau Dr. Wex mußte sich hier in diesem Saal vor die Presse stellen in einer Zeit, als die Presse überhaupt nicht mehr aufnahmebereit war, zehn Tage vor der Wahl noch ein grundsätzliches Programm zu vernehmen.

Punkt drei. Ein maßgeblicher Verlag in Hamburg⁴⁷, der insbesondere beschäftigt ist

45 Anzeige mit dem Titel „Sicherheit auch für unsere jüdischen Mitbürger“ der „Wählerinitiative freiwillig gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung“ mit Sitz in Neustadt/Saale. Die Anzeige erschien u. a. am 11. November 1972 in „Die Welt“. Vgl. Nr. 30 Anm. 14.

46 Broschüre „Jugendpolitische Leitsätze“ vom 9. November 1972 (ACDP 07–001–19039).

47 Vermutlich der Axel-Springer-Verlag. Vgl. dazu „Spiegel“ vom 23. Oktober 1972 „Rote Süßspeise“; zum Kampf Springers gegen die Ostverträge Hans-Peter SCHWARZ: Axel Springer. Die Biographie. Berlin 2008 S. 508–533.

mit der Herausgabe von Illustrierten, hat mir gesagt, daß man bereits im August und September bereit gewesen wäre, kostenlos Buntanzeigen in diesen Illustrierten zu veröffentlichen, wenn die Bundespartei die notwendigen Unterlagen dafür zur Verfügung gestellt hätte.

Nun lassen Sie mich einiges sagen zu den grundsätzlichen Problemen. Wenn alles so weitergeht wie bisher, dann haben die Sozialdemokraten wie seit 1957, das nächste Mal 3 % plus, und da wir uns nicht mehr ernähren können von den Stimmen irgendwelcher Splitterparteien, haben wir nächstes Mal dann 42 %. Ich glaube, so klar müssen wir die Situation sehen, wenn sich nicht einiges in unserer Arbeit und in unserer Politik in den ganzen nächsten Jahren ändert. Und in diesem Zusammenhang lassen Sie mich etwas aufgreifen, was vorhin Herr Dr. Barzel gesagt und was Herr Dr. Stoltenberg dann aufgegriffen hat, und was ja ein Thema unserer Fraktionsklausurtagung in Berlin sein wird, nämlich die Idee, wir sollten die Regierung kommen lassen, im ersten Jahr gar keine Initiativen ergreifen, und dann erst im zweiten Jahr richtig anfangen, Initiativen im Bundestag zu ergreifen. Ich glaube, dann werden wir uns in einem Jahr noch mehr als heute darüber beklagen, wie wenig wir etwa in den Nachrichtensendungen der ARD und des ZDF und des Rundfunks und der Presse rausgekommen sind. Denn diese ganzen Massenmedien berichten über uns vor allen Dingen dann, wenn wir nicht so sehr Meinungen verbreiten, sondern wenn wir ganz bestimmte Initiativen als CDU ergreifen. Das müssen in der Situation, in der wir uns befinden, notgedrungen parlamentarische Initiativen sein.

Ich glaube, es wäre sehr schlecht, wenn wir auf diesem Felde überwiegend die Initiative der Regierung überlassen würden, und dann uns von unseren eigenen Anhängern nach wenigen Monaten draußen im Lande fragen lassen müssen, was macht Ihr denn eigentlich in Bonn mit Eurer großen Fraktion. Von Euch sieht man und hört man nichts, und die Regierung klaut uns soundsoviele Sachen, die uns hier wohl gut anstehen würden. Diese Politik der Regierung, uns Punkte aus unserem Parteiprogramm wegzunehmen und als Initiativen der Regierung im Parlament einzubringen, hat ja bereits begonnen, etwa in der Frage der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters. Ich glaube, das, was uns in den letzten Jahren vor allen Dingen gefehlt hat, waren aber in erster Linie nicht zahlreiche Initiativen, sondern das war das fehlende Umsetzen unserer Initiativen in die Öffentlichkeit.

Ich begrüße sehr, was gesagt worden ist, daß unsere Pressearbeit verstärkt werden soll. Ich habe den Eindruck, daß die Pressestelle der Partei wie die Pressestelle der Fraktion personell unterbesetzt sind. Die sind gerade in der Lage, einige Spitzenpolitiker der CDU zu bedienen. Die anderen kommen mit ihren Initiativen nur dann unter, verehrter Herr Dr. Stoltenberg, wenn sie selbst Beziehungen zur Presse haben, mit Journalisten Kaffee trinken und Abendbrot essen. Das machen glücklicherweise einige, aber das Gros ist nicht begabt auf diesem Sektor. Wenn also die Pressestellen der Partei und der Fraktion nicht verstärkt werden, werden wir weiterhin die Situation haben, daß die guten Dinge, die wir als Bundestagsdrucksachen im Deutschen Bundestag einbringen, nicht in dem notwendigen Umfange umgesetzt werden.

Es ist hier die Absicht verkündet worden, das „Monatsblatt“ umzustellen auf ein

Wochenblatt. Ich finde, das ist eine sehr gute Idee. Ich würde es allerdings begrüßen, wenn man erst einmal – ja, verehrter Herr Schatzmeister, vielleicht Sie dann mit dem Geld, das Sie dazu zusätzlich aufbringen müssen – dafür sorgen könnte, daß der redaktionelle Teil des „Deutschen Monatsblattes“ bedeutend besser wird, als es bis heute der Fall ist, auf daß dieses Blatt aufhört, nur ein Anzeigenfriedhof zur Finanzierung der Bundes-CDU zu sein. Ich glaube, wenn es uns gelingt, den qualitativen Charakter des „Deutschen Monatsblattes“ zu verbessern, dann sollte man als zweites den Schritt tun, von einem Monatsblatt zu einem Wochenblatt zu kommen, denn daß ein solches Wochenblatt zusätzliche beträchtliche Investitionen erfordert, das ist ja eine Tatsache, die jedermann bekannt ist.

Lassen Sie mich noch einen Punkt sagen, der, wie mir scheinen will, stärker von uns beachtet werden muß. Da möchte ich anschließen an das, was Herr Müller-Hermann gesagt hat, und das ist der gesamte Bereich der Großstädte und der Ballungsräume. Wir haben auf diesem Sektor jetzt als Kontrapart Herrn Dr. Hans-Jochen Vogel, der sicherlich den Versuch unternehmen wird, die restlichen Großstädter, die uns noch wählen, in den nächsten Jahren mit sehr viel großstädtischem SPD-Geklingel abspenstig zu machen. Ich sehe im Augenblick nicht bei uns, daß hier eine richtige Konzeption entwickelt wird für die Großstädte, wie es gemacht werden muß. Ich habe es sehr bedauert, daß Herr Dr. Dregger sich mehr auf den Bereich der inneren Sicherheit begibt, als daß er als ehemaliger Präsident des Deutschen Städtetages sich um diese Fragen kümmert, wie wir eine vernünftige CDU-Politik für den großstädtischen Raum machen. Ich glaube, daß hier vor allem etwas getan werden muß, und ich sehe personell nicht diejenigen bei uns, die das in der notwendigen überzeugenden Weise machen können.

Barzel: Ich muß nur folgendes sagen, mit dem Jetzt-Nicht-Einbringen von Initiativen, Herr Rollmann, das hat zwei Gründe. Erstens hat die Fraktion gesagt, wir müssen unsere Politik für die vier Jahre definieren nach der Regierungserklärung. Dazu geht sie in Klausur. Dann hat sie gesagt, bis dahin keine Entwürfe. Die grundsätzliche Meinung von uns ist aber, nun nicht in Hektik zu kommen und zu jeder Sache gleich zu meckern, sondern einmal klotzen, und wirklich die Regierung kommen zu lassen. Ich will das an einem Musterbeispiel sagen aus der letzten Fraktionsvorstandssitzung. Da stand auf der Tagesordnung in der Tat ein viertes Gesetz zur Änderung des Kindergeldgesetzes. Hervorragende Vorlage. Ich frage nach, warum muß das jetzt kommen, trotz dieser Sperre, die wir verkündet haben? Antwort: Die Bundesregierung ist dabei, die mittelfristige Finanzplanung zu formulieren, wenn wir jetzt nicht aufmerksam machen mit dieser Vorlage auf dieses Problem, wird vergessen, sie einzubeziehen. So weit sind wir noch immer Regierungspartei. (*Zwischenruf.*) Entschuldigen Sie, hier sind Mitglieder des Fraktionsvorstandes, so ist das, ganz kurz zusammengefaßt, begründet worden. Das zog dann natürlich, trotz der Vorzüglichkeit der Vorlage, vielen die Schuhe aus. Ich meine, wenn ich auf das, was Stoltenberg sagt, zurückkomme, wir dürfen jetzt nicht multa sondern multum machen, mit folgendem Akzent: Nehmen wir einmal an, es wird im April, Mai klar, daß die Regierung nicht imstande ist, auf dem Gebiet der Eigentumpolitik was zu machen, dann muß man durch Pressepolitik, durch par-

lamentarische Anfragen klarmachen, das ist ein weites Feld, was zu bestellen die Regierung nicht imstande ist. Dann kann man eine Initiative lancieren, die dann auch verstanden wird. Aber wenn wir jetzt alle Sachen, die wir in unserem Programm haben – die sind doch fertig, wir brauchen doch nur die Schublade aufzumachen – jetzt wieder auf den Markt schmeißen, wird nichts gehört und nichts gemerkt.

Und ich gehe einen Schritt weiter. Wenn die Stabilitätspolitik dieser Leute nach wie vor nicht stattfindet und es einen Zeitpunkt gibt, an dem die Bürger merken, daß das nicht funktioniert, dann werde ich mich nicht scheuen, der Partei und Fraktion vorzuschlagen, jetzt laßt uns ein eigenes Signal setzen, selbst wenn darin drei unpopuläre Sachen sind. Aber bitte, immer erst, wenn man gemerkt hat, die Regierung, die zum Regieren da ist, ist dazu nicht imstande, und nicht schon jetzt sagen, eigentlich müßt Ihr dies, sonst können die dauernd ihren Kurs an unseren Vorschlägen korrigieren, wie das ja sehr häufig in der letzten Periode geschehen ist.

Kraske: Herr Rollmann, erstens „Monatsblatt“: Über die redaktionellen Probleme dieses Blattes könnte Ihnen Herr Weiskirch noch mehr sagen. Wir brauchen das jetzt nicht zu vertiefen. Ich stimme Ihnen zu, wir alle stimmen Ihnen zu, daß dies ein sehr komplexes Problem ist, Anzeigen, Auflage, Erscheinungsdatum. Ich kann Ihnen versichern, wir werden das nicht übers Knie brechen, das können wir uns schon dem Schatzmeister gegenüber gar nicht erlauben, aber wir müssen auch an dieses Thema jetzt mit neuen Überlegungen und ohne Tabus rangehen, das ist unsere Entschlossenheit.

Ein zweiter Punkt: Jungwähler. 1. Wir haben in fast allen Wahlkreisen mit nachhaltiger Unterstützung der Bundespartei uns außer an die Rentner wohl nur an eine Gruppe unmittelbar gewandt, das waren die Jungwähler, die Erstwähler. 2. Wir haben eine der wenigen Fernsehspots, die wir hatten, gezielt in einer Diskussion von Herrn Barzel auf die Jungwähler hin entwickelt, und 3., mit meiner persönlich sehr großen Reserve, wir haben hohe Mittel eingesetzt für die sogenannte Dieter-Thomas-Heck-Show. Nach einem verlorenen Wahlkampf ist das – das haben wir schon hier gesagt – alles falsch, aber nach einem gewonnenen Wahlkampf ist fast alles richtig. Und die Baden-Württemberger schwelgten über dieses Mittel, die Jungwähler anzusprechen, und unsere Wahlkreise haben sich um die 40 Termine, die wir hatten, geschlagen, um das zu ihnen zu bekommen. Man kann also nicht sagen, daß wir etwa den Bereich Jungwähler ausgespart hätten. Ich wiederhole, was ich heute morgen gesagt habe. Herr Schäfer, ich würde es noch stärker machen, aber nachher ist man natürlich auch klüger.

Und nun zu einem Thema, das uns alle beschäftigt hat, nämlich diese Wählerinitiativen. Das Problem war dabei ein dreifaches: Erstens, die wirklich schlimme Massierung und in der Mehrzahl auch die wirklich schlimmen Texte tauchten in den letzten vierzehn Tagen auf, wo die Anzeigen bereits disponiert waren, als überhaupt keine Möglichkeit war, einzugreifen. Zweitens, niemand in diesem Kreise hätte sich Morgen für Morgen lieber und lauter von dieser Sache distanziiert, als Ihr Generalsekretär. Nur, das Problem war, daß es unter diesen Anzeigen solche und solche gab. Es gab welche, wenn die alleine dagewesen wären, ohne dieses Umfeld, wären sie gar nicht schädlich gewesen, und hinter diesen Anzeigen, wie schlecht man sie auch in der Wir-

kung beurteilt, stand eine ungeheure Opferbereitschaft, die man auch nicht so mit einer Handbewegung beiseite schlagen konnte, wie das eine öffentliche Distanzierung gewesen wäre.

Dritter Punkt, ich nehme diesen Vorwurf ganz an die persönliche Adresse, es ist euch nicht gelungen, das zu koordinieren. Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen dazu wissen, daß ein Witz – sofern man so etwas einen Witz nennen kann – des größeren Teils dieser Anzeigen gerade darin bestand, es bewußt an uns vorbei zu machen, weil man nämlich fand, bei den Geldgebern und den Hintermännern, unser Wahlkampf sei nicht „tough“ genug, und wir schrieben zu wenig, daß Willy Brandt ein eheliches Kind ist und daß er norwegischer Major war, und was es so alles auf diesem Felde gibt. Hier ist der Unterschied der strategischen Überlegung, und hier war nicht der Punkt, daß wir etwa den Leuten in Neustadt/Saale das nicht gesagt haben, sondern die Veranlasser von Neustadt/Saale stehen nach meiner Kenntnis an einer Stelle, der gegenüber etwa das „Deutschland-Magazin“ von Ziesel⁴⁸ links von der Mitte angesiedelt ist. Daß diese Leute mit unserem Wahlkampf nicht zufrieden waren, das können Sie sich nach dem Standort denken. Deswegen haben sie gesagt, wir müssen jetzt hier endlich mal mit unseren Mitteln den Wahlkampf auf dem richtigen Felde führen. Und, Herr Rollmann, der letzte Punkt, Ihr Beispiel, dieser Hamburger Verlag. Als Sie mich das erste Mal im Sommer darauf hinwiesen, habe ich mich sofort an die Herren gewandt, habe mit Ihnen ein erstes Gespräch geführt und Ihnen klargemacht, daß Ihre erste Anzeige, daß die SPD uns unmittelbar ohne Zwischenstufe in die DDR führen würde, nach unserer psychologischen Beurteilung des Wählerverhaltens nicht ganz genau im Schwarzen läge. Darauf haben sich die Herren leider jeder weiteren Unterhaltung mit mir planmäßig entzogen, trotz zahlreicher Einladungen, weil sie meinten, „na, der ist schon so ein halber Linker, mit dem hat es ja gar keinen Zweck zu reden“.

Der letzte Punkt, der nackte Mann vor dem Finanzamt.⁴⁹ Um Ihnen das mal ganz deutlich zu sagen, wie so etwas läuft. Es gab einen Mann, der stand wirklich splitterfarnackt vor einem veritablen Finanzamt, bedeckte sich, ich glaube nur mit den Händen, vielleicht mit dem Hut seine Blöße, und der Text erklärte, daß die SPD ihn so gerupft hätte, weil im Jahre 1972 ... (*Unruhe und Diskussion.*) Folgender Hintergrund, es ist einfach auch mal eine Auflockerung, damit Sie sehen, wie so etwas läuft. Wohlwollende Geldgeber haben uns, ohne daß wir auf die Auswahl zunächst einen größeren Einfluß nehmen konnten, unter anderem einen Werbeberater zur Verfügung gestellt, der fleißig mitgearbeitet hat, aber offenbar auch sonst noch manche Aufträge hatte. Der kam eines Tages mit genau dieser Anzeige in eine unserer Besprechungen, und darauf erklärten wir dem Mann, das sei ja vollkommen unmöglich, und es sei also

48 Kurt Ziesel (1911–2001), Publizist; 1931 NSDAP, ab 1935 Tätigkeit als Journalist bei NS-Publikationen, bis 1960 Herausgeber des „Europäischen Kulturdienst“, 1966 Mitgründer der Deutschland-Stiftung (2003 Insolvenz, 2007 Löschung aus dem Vereinsregister), die ab 1969 das „Deutschland-Magazin“ herausgab. Vgl. LEXIKON S. 499.

49 Die Anzeige der „Steuer-Notgemeinschaft“ mit Sitz in Bonn erschien u. a. am 17. November 1972 im „Express“.

wirklich das letzte, so etwas könne doch nicht sein Ernst sein. Er quittierte das und sagte, jawohl, also das sei vielleicht richtig, und 14 Tage später erschien diese Anzeige nunmehr unter einer Wählerinitiative, die offenbar eigens dafür gegründet war, von der wir noch nie was gehört hatten. (*Unruhe und Diskussion.*) Dieses ist wirklich eine Tragödie gewesen, aber ich kann nur sagen, dies Problem war während des Wahlkampfes erkannt, aber es war sehr viel schwerer, als sich das so von außen ansieht, zu sagen, nehmt dieses Geld und bringt es in einen richtigen Kanal, wo es unsere Intentionen in diesem Wahlkampf unterstützt. Ich hoffe sehr, daß auch diejenigen, die sich daran finanziell beteiligt haben, daraus ein bißchen etwas lernen für künftige Planungen.

Seiters: Ich will Herrn Rollmann nicht widersprechen, wenn er für Jugendpolitik und jugendpolitischen Initiativen entsprechenden Raum fordert in der Partei und in der Fraktion, aber – und das werden mir wahrscheinlich Herr Echternach und Herr Langguth bestätigen können – es wäre ein Irrtum zu glauben, gerade die Jungwähler hätten ihre Entscheidung zu den Parteien überwiegend oder zu einem großen Teil oder zu einem Teil von rein jugendpolitischen Fragen abhängig gemacht. Ich glaube, daß hier die „Friedenspolitik“ des Bundeskanzlers, das ging in allen Diskussionen um diese Frage, gerade bei den Jungwählern eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat.

Zum „Monatsblatt“: Man mag sich darüber streiten, wie dieses „Monatsblatt“ künftig aussehen soll. Für mich persönlich wäre allerdings viel wichtiger noch als diese Frage eine Entscheidung der Bundespartei, die Mitglieder unserer Partei wie im Wahlkampf selbst mit Argumenten zu versorgen, und seien sie auch nur alle vierzehn Tage auf drei oder auf vier hektographierten Seiten zu lesen. Ich glaube, daß das Monatsblatt dieses Bedürfnis überhaupt nicht erfüllt, daß wir vielmehr Argumente bringen und dabei auch für eine bestimmte Sprachregelung sorgen müssen, die so jedenfalls gegenüber unseren Mitgliedern bislang nicht zur Geltung gekommen ist.

Was die Arbeit an der Basis angeht – Herr Windelen hat vorhin gesagt, daß er dieses Wort schon nicht mehr hören kann –, so will ich nur auf die Schulen eingehen. Ich meine, daß wir allen unseren Bundestagsabgeordneten empfehlen sollten, an die Oberschulen, die Gymnasien, Realschulen und Berufsschulen heranzutreten, um ihnen einmal jährlich eine Diskussion anzubieten und zwar mit dem Kollegen von der SPD. Es gibt viele in unserer Partei, die jetzt noch meinen – und den Einwand habe ich auch in den letzten Tagen verschiedentlich gehört –, wir sollten doch jetzt nicht noch unsererseits die Parteipolitik in die Schulen tragen. Das ist ein völlig falscher Gesichtspunkt. Sie ist längst drin, und für mich ist ganz interessant, daß gerade die linken Schülermitverwaltungen überhaupt nicht interessiert sind an Podiumsgesprächen der Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD, weil dadurch ja das Bild der CDU verändert und verbessert werden könnte. Ich meine also, daß wir darauf großes Gewicht legen sollten.

Und nun ein letzter Punkt noch. Einiges von dem, was ich sonst sagen wollte zur Sachdiskussion, ist von Herrn Schäfer angesprochen worden. Zur Personaldiskussion: Bei allem Respekt vor den sehr bemerkenswerten Ausführungen von Herrn Schwarzschilding, und bei aller Zustimmung zu der These, daß es innerparteilich auch ganz gut sein kann, wenn auf einem Parteitag eine echte Wahl stattfindet, möchte ich persönlich

doch nicht verhehlen, daß ich zu großen Teilen der Auffassung zustimme, die Herr Katzer hier vorgetragen hat und zwar sowohl bezogen auf die Situation im Parlament als auch bezogen auf die Glaubwürdigkeit bei den Entscheidungen der Vergangenheit. Hierzu wäre eine ganze Menge zu sagen, auch aus Sitzungen des Elferrates der Fraktion, das bringt uns jetzt aber nicht weiter. Was er gesagt hat zu den Gefahren der Personaldiskussion, Gefahren deshalb, weil sie möglicherweise bei manchen oder vielen in unserer Partei ablenken von der Sachdiskussion, unterstreiche ich. Das wäre – ich glaube aber, daß das allgemeine Überzeugung hier ist – das Gefährlichste, wenn diese Personaldiskussion im Vordergrund stünde, ohne daß die Sachdiskussion geführt werden würde.

Dregger: Einige Bemerkungen. Erstens: Image der CDU als katholische Landpartei. Das ist ein sehr gefährliches und für uns nachteiliges Signum. Um der Legende entgegenzutreten: In Hessen hatte die CDU in den neuen kreisfreien Städten und in den Landkreisen auch bei der letzten Wahl die größten Gewinne in den Städten, insbesondere in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet.

Zweitens: Sprache. Wir bezeichnen unsere Gegner als sozialliberale Koalition und behaupten von uns selbst, wir seien unglaubwürdig. Wie schrecklich für unsere Wähler, daß sie nicht die sozialliberalen Kräfte gewählt haben, sondern eine Partei, die von sich selbst behauptet, sie sei unglaubwürdig. Ich würde dringend empfehlen, die Sprachregelung der Gegner nicht zu übernehmen. Das ist die Koalition, oder die SPD/FDP-Koalition, jedenfalls in meinem Verständnis nicht die sozialliberale Koalition. Wir sollten keinen Zweifel daran lassen, daß wir glaubwürdig sind. Allenfalls können wir das intern erörtern, aber nicht vor einer breiten Öffentlichkeit. Wir müssen uns überhaupt daran gewöhnen, daß eigentlich nur die Bezeichnungen bei den Wählern ankommen. nicht der Inhalt. Friedenspolitik: Eine ungeheuer propagandistische Kennzeichnung einer bestimmten Politik, die den Gegner sofort in den Geruch eines Kriegspolitikers stellt. Ich glaube, wir müssen also auf diese Sprachregelung allergrößtes Gewicht legen.

Drittens: Taktik im Parlament. Es ist auch in dieser Debatte wieder die Gemeinsamkeit beschworen worden von Vertretern der Regierung und der Opposition. Ich halte das für gut. Wir müssen dies nur für schlecht halten, wenn wir das allzu ernst nehmen. Ich habe gewisse Erfahrungen einmal in meiner Stadt als Oberbürgermeister, wenn Sie so wollen in einer Regierung. Ich habe immer das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Gemeinsamkeit sichtbar wurde, das ist meiner Partei außerordentlich gut bekommen, wir haben unseren Stimmenanteil von 46 % auf 60 % erhöhen können. Ich war zehn Jahre in der Opposition im Landtag, in den letzten Jahren als Oppositionsführer, ich habe alles dafür getan, die Gemeinsamkeit sehr zu begrenzen. Warum? Es ist die Aufgabe der Opposition anzugreifen. Jeder Angriff stört die Gemeinsamkeit, und es ist für die Regierung großartig, sagen zu können, dann ist eine Gemeinsamkeit nicht möglich, ein Argument, das Herr Brandt auch in dieser Debatte wieder mehrfach gebraucht hat. Wir dürfen auch nicht meinen, daß es genügt zu sagen, wir sind im Ziel einig, aber wir sehen einen anderen Weg zu diesem Ziel. Das ist so kompliziert, daß das die Wähler draußen überhaupt nicht begreifen. Die Wähler sehen nur

grobe Striche, und wenn sich Regierung und Opposition in den Zielen und in den Hauptrichtungen der Politik nicht unterscheiden, dann besteht überhaupt keine Veranlassung, die Regierung abzulösen. Ich meine, das sollte man nicht nach außen sagen, aber man sollte es intern sagen. Parteipolitisch nützt die Gemeinsamkeit der Regierung und das Fehlen der Gemeinsamkeit der Opposition.

Das vierte, von Herrn Katzer angeschnitten, ist, brauchen wir eine Koalition 1976. Ich möchte ganz eindeutig sagen ja. Wir hatten eine gewisse Chance, das hohe Ziel der absoluten Mehrheit zu erreichen bei dieser Wahl, das ist uns nicht gelungen. Die Situation nach dieser Wahl ist nicht besser, sondern sie ist schlechter als vorher. Dann die zweite Frage, kann der Koalitionspartner eine andere Partei sein als die FDP? Da ist eine Diskussion, die es schon gegeben hat im Zusammenhang mit der DU, und eine Diskussion, die es auch nach dieser Wahl gegeben hat. Eine solche Partei könnte, wenn es nicht die FDP ist, wohl nur eine Partei sein, die rechts von uns steht. Und wir alle wissen, daß Strauß mit dem Gedanken umgeht einer rechten Partei und dann einer linken CDU. Ich halte das für nicht gangbar. Und zwar aus zwei Gründen nicht: Erstens wird dieses Wählerpotential zum größten Teil uns weggenommen zugunsten dieser rechten Partei, die rechts von uns steht. Wahrscheinlich wäre es nicht möglich, daß wir mit dieser rechts von uns stehenden Partei koalieren. Denn beim Zeitgeist, den wir heute haben, und bei der Sprachregelung der Publizistik ist jede Partei, die rechts von der Mitte steht, eine rechtsradikale Partei, ob sie es ist oder nicht. Es würde im Ergebnis bedeuten, wir würden Wähler verlieren zugunsten einer Partei, mit der wir nicht koalieren könnten, und das Ergebnis wäre die permanente Vorherrschaft der SPD.

Auf lange Sicht kann meines Erachtens nur die FDP Koalitionspartner für uns sein. Das wird außerordentlich schwer sein aus folgenden Gründen: Erstens wegen der Fehler in der Vergangenheit. Der schlimmste Fehler war das Drohen mit dem Wahlrecht. Das war eine existenzgefährdende Drohung an die Adresse der FDP, und das hat den ganzen Allianzwechsel im Grunde verursacht. Das zweite, ein Allianzwechsel der FDP jetzt wäre für sie nahezu lebensgefährlich, denn 4,8 % Erststimmen, 8,4 % Zweitstimmen bedeutet doch, welcher Anteil auch immer auf das eine oder andere Motiv zurückzuführen ist, daß es einen Teil von Wählern gibt, die die FDP nur wählen im Zusammenwirken mit der SPD. Also die FDP wird es sich sehr überlegen, ob sie bereit sein kann, wieder zu uns zurückzukommen. Und das dritte, die Euphorie bei der FDP ist heute viel zu groß und, meine Damen und Herren, nicht ohne Grund. Die FDP hat eine gewisse Chance, programmatisch und im Wählerpotential z. T. an unsere Stelle zu treten. Es gibt eine gewisse Chance. Ich habe viele Wähler gehört, die sagen, jetzt kann uns nur noch die FDP retten, denn die CDU kommt doch nicht mehr dran, die FDP kann wenigstens bremsen oder korrigieren, oder wie wir es auch immer nennen mögen. Und wenn wir so unvorsichtig wären, unsere Position in der Wählerstruktur grundsätzlich zu verändern, würden wir diesen Tendenzen noch Vorschub leisten.

Trotzdem meine ich, wir haben wahrscheinlich keinen anderen möglichen Partner als die FDP. Ich würde aber dringend davor warnen bei der jetzigen Situation, das irgendwie zu betonen. Wir würden uns nur lächerlich machen. Ich würde es aber für gut halten, persönliche Kontakte zu pflegen, und ich halte es für sehr klug, daß Herr

Kohl den Herrn Friderichs⁵⁰ als Staatssekretär gehalten hat, und daß damit gewisse Brücken möglicherweise für uns gegeben sind. Ich halte es auch für klug, was der Herr Parteivorsitzende angedeutet hat in bezug auf Entscheidungen, die demnächst zu fällen sind. Aber, wie gesagt, sehr zurückhaltend und nicht anbietend, wir müssen jetzt unsere Position festigen und, obwohl wir in der Opposition sind, den Wählern deutlich machen, daß wir auf die Dauer doch die verlässlichere Kraft sind, wenn es darum geht, das Abtreiben in den sozialistischen Zwangsstaat zu verhindern.

Die fünfte Frage, unsere Position in der Wählerstruktur. Herr Katzer, wenn das richtig ist, dann meine ich, kann unsere Position nur folgende sein. Es wird manchmal gesagt, wir haben rechts nichts zu gewinnen, das ist völlig richtig. Ich habe das in einem Interview anders formuliert: „Wir müssen so weit wie möglich nach links reichen, ohne rechts etwas Nennenswertes stehen zu lassen.“⁵¹ Wir sind insofern in der gleichen Situation wie die SPD. Solange die SPD nicht bereit ist, mit der DKP zu koalieren, und wir nicht bereit sind, mit der NPD oder einer Nachfolgepartei zu koalieren, muß die SPD dafür sorgen, so weit wie möglich nach rechts zu reichen, ohne daß links etwas Nennenswertes von ihr entsteht, wie umgekehrt so weit wie möglich nach links reichen, ohne rechts von uns etwas Nennenswertes entstehen zu lassen. Das bedeutet, wir können unsere Position in der Wählerstruktur im Grunde nicht verändern. Wir können also nicht etwa meinen, jetzt haben wir die rechten Wähler im Sack, den schnüren wir zu, und jetzt marschieren wir nach links. Dann springen die nämlich raus. Was man auch immer unter rechts versteht, das ist ja ein sehr problematischer Begriff. Aber ich meine, daß es im Grundsatz richtig ist.

Das sechste noch aus der Diskussion von heute morgen, das emotionale und das argumentative Element im Wahlkampf. Ich bin der Meinung, daß natürlich beides notwendig ist, daß die Emotionen sich auf Argumente stützen müssen. Aber ich bin der festen Überzeugung, daß die Emotionen das entscheidende sind. Die meisten Menschen entscheiden sich nicht rational, das ist doch eine Feststellung, sondern die entscheiden sich emotional. Deswegen halte ich es für falsch, betont einen argumentativen Wahlkampf zu führen. Es ist heute nicht mehr die Rede gewesen von einer Sache, von der vorher immer die Rede war, nämlich von der berühmten kritischen Mitte, von den Aufsteigern und was weiß ich, einer Geisterarmee, von der wir ja sehr viel gesprochen haben vor dieser Wahl. Wenn wir die Veränderungen, die stattgefunden haben, sehen, dann waren es die Frauen, das war wahrscheinlich nicht diese kritische Mitte, dann war es die Jugend ... (*Zwischenruf*) schön, war es die Jugend, und dann waren es katholische Arbeitnehmer, und, wie wir heute morgen gehört haben, nicht die Facharbeiter, sondern die Hilfsarbeiter und die angelernten Arbeiter. Ich glaube, das war

50 Dr. Hans Friderichs (geb. 1931), Jurist; 1956 FDP, 1959–1963 Geschäftsführer der IHK Rheinhesen, 1964–1969 Bundesgeschäftsführer der FDP, 1965–1969 und 1976/77 MdB, 1969–1972 Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz Rheinland-Pfalz, 1972–1977 Bundesminister für Wirtschaft, 1977–1985 Vorstandsmitglied (ab 1978 Vorstandssprecher) der Dresdner Bank. Vgl. KEMPF/MERZ S. 257–260.

51 Interview Dreggers mit dem Sender Freies Berlin, vgl. „Die Welt“ vom 27. Januar 1973 „Dregger: Soweit wie möglich nach links“.

auch nicht das, was man bisher unter der kritischen Mitte, oder neuen Mittelschichten verstanden hat. Ich meine also, man darf nicht einen betont argumentativen Wahlkampf führen. Man muß einen argumentativen Wahlkampf führen, aber man muß alles dafür tun, Emotionen zu wecken. Ob einem das gelingt, ist eine zweite Frage, aber das ist eine Voraussetzung für den Erfolg. Das bedeutet ferner, daß das personelle Element natürlich von entscheidender Bedeutung ist. Ich stimme völlig Herrn Kohl zu, daß das in keiner Weise glaubhaft war, was die Demoskopen oder die Wissenschaftler uns heute morgen hier erzählt haben. Man muß sie immer anhören, aber man darf das nicht alles glauben, was die sagen. Es ist doch selbstverständlich, daß die Verkörperung einer Politik in einer Person auf die Entscheidung der Wähler von großem Einfluß ist. Dabei muß man sich um der Gerechtigkeit willen klar darüber sein, daß es natürlich angenehmer ist, gegen einen Oppositionsführer Steffen anzutreten, als gegen einen Bundeskanzler Brandt, aus zwei Gründen, einmal Oppositionsführer und Regierungschef, und zum anderen wegen der Qualifikation dieser Personen oder ihres Eindrucks, den sie in der Wählerschaft machen. Da gibt es nun verschiedene Abstufungen, auch in den einzelnen Ländern. Nur, je stärker der Kandidat des Gegners ist, um so stärker muß nach Möglichkeit der eigene Spitzenkandidat sein, das ist ganz klar.

Nun, das dritte, was mir wichtig erscheint wegen der Emotionen. (*Zwischenruf*) Natürlich, der Zinn z. B. wäre sehr viel stärker gewesen, als es jetzt der Osswald ist. Ich bin der Meinung, daß politische Konsequenz von außerordentlicher Bedeutung ist. Die meisten Wähler haben doch gar keine Ahnung davon, was im Moskauer Vertrag oder was im Grundvertrag steht oder in sonst irgendeinem Vertrag. Sie orientieren sich doch nur an dem Verhalten der Parteien. Und unter diesem Aspekt halte ich es für falsch, wenn eine Partei, auch insbesondere eine Opposition, mit ihrer Stellungnahme zu lange wartet, und wenn sie die taktischen Positionen bezieht. Denn wenn – das ist doch die Folge dann – selbst die Opposition sehr lange darüber nachdenkt, ob sie ja oder nein sagen muß, dann muß doch das, was die Regierung anbietet, immerhin diskussionswürdig sein. Und wenn sie dann nach langem Überlegen und Diskutieren zum Ergebnis kommt, wir sagen nein, dann ist das eben die Pflichtübung einer Opposition, die nicht weiter überzeugt. Ich denke immer nicht an die Wähler, die das im einzelnen durchdenken, das sind vielleicht 3 %, sondern ich denke an die große Mehrheit der Wähler, und mir sind alle Stimmen gleich viel wert. Ob das die kritische Mitte ist oder ob das Hilfsarbeiter sind, ist mir völlig wurscht. Ich will die Mehrheit der Stimmen haben, und da muß ich mich als praktischer Politiker dran orientieren. (*Unruhe und Diskussion*. – *Katzer*: Was soll denn da für ein Unterschied sein zwischen Hilfsarbeiter und kritischer Mitte?) Ich will jetzt nicht sagen, daß Hilfsarbeiter nicht über den Grundvertrag nachdenken. Ich wollte nur sagen, wir können unsere Politik nicht ausrichten an den Leuten, die den Grundvertrag in allen Einzelheiten zur Kenntnis nehmen und die Diskussion verfolgen, die wir hier im Parlament führen, sondern wir müssen uns ausrichten an den Wählern, die inhaltlich von diesen Dingen gar keine Kenntnis nehmen, sondern sich nur orientieren an dem Verhalten der Parteien. Und es muß für die Regierung nützlich sein, wenn die Opposition nicht in angemessener

Frist eine klare Position bezieht und die beibehält. Bitte, man kann verschiedener Meinung sein, aber vielleicht kann man doch einmal darüber nachdenken.

Nun der siebte Punkt. Herr Katzer hat auf drei Punkte hingewiesen, die dann auch von anderen berührt worden sind: Ostpolitik, Mitbestimmung und Vermögensbildung. Ich möchte meinem Freunde Kiep folgendes sagen: Es ist ein Grundfehler zu meinen, wir könnten uns in der praktischen Politik nach Verabschiedung des Grundvertrages nur dann behaupten, wenn wir auch dem Grundvertrag zugestimmt hätten. (*Zwischenruf.*) Nein, ich meine aber, das mag vielleicht im Hintergrund eine Rolle spielen. Ich bin der Meinung, daß wir diesen Grundvertrag ablehnen müssen, ich will die Gründe nicht anführen, wie ich mich auch gefreut habe über die beiden anderen Grundsatzpositionen unseres Vorsitzenden in der Frage der Abtreibungsgesetzgebung und des Mitbestimmungsmodells des DGB. Ich will auch die Gründe nicht nennen, es gibt Grundsatzpositionen, die man nicht aufgeben kann, übrigens auch nicht beim § 218, denn ich meine, das bedeutet ja praktisch, daß das ungeborene Kind wie eine Sache behandelt wird, die man wegschmeißen kann. Ich finde, daß da eine moralische Position berührt wird, von der wir als Partei nicht ohne weiteres abgehen können.

Aber nun zurück zur Ostpolitik. Ich bin der Meinung, daß wir den Grundvertrag ablehnen müssen, und auch ablehnen können, aber trotzdem durchaus nachher in der Lage sind, uns auf die dann geschaffenen Tatsachen zu stellen und von dort aus nun weiter Politik zu machen. *Pacta sunt servanda*, das ist selbstverständlich, auch dann, wenn diese *pacta* gegen unseren Willen und gegen unser Votum zustandegekommen sind.

Nun zur Mitbestimmung. Ich weiß nicht, ob es immer klug ist, wenn wir Themen in den Vordergrund stellen, die nach Umfrageergebnissen selbst bei den DGB-Mitgliedern zumindest in der Vergangenheit nicht im Vordergrund des Interesses gestanden haben, und die unsere Partei einer Zerreißprobe unterwerfen. Das ist eine erste Frage. Nun aber ein zweiter Gesichtspunkt, ohne jede Schärfe. Lassen Sie mich bitte folgendes sagen. Herr Katzer, Sie haben mich ja in diesem Zusammenhang wegen meiner Düsseldorfer Rede auch in diesem Kreise angesprochen. Ich bin sehr dankbar, daß Sie es in diesem Kreise getan haben und nicht wie andere, die mich in der Öffentlichkeit in beleidigender und diffamierender Weise und auch damit in einer meine eigene Politik und die meines Landesverbandes (*Zwischenruf.*) in gefährdender Weise – nicht schädigender Weise bisher Gott sei Dank, wie die Wahlergebnisse ausweisen – angegriffen haben. Meine stellvertretenden Landesvorsitzenden haben dem westfälischen Vorsitzenden einen Brief geschrieben wegen eines Vorfalles auf dem Landesparteitag der westfälischen CDU.⁵² Dieser Brief wird nicht veröffentlicht. Wir haben eine Abschrift an Herrn Barzel und Herrn Katzer gegeben. Ich will nur hier aus der „Welt“

52 Rudi Nickels hatte auf dem Parteitag in Siegen Dregger für seine Rede auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf 1971 zum Thema Mitbestimmung scharf kritisiert (Text der Rede in ACDP 03-002-818/1; vgl. auch CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 257-265). Zum Telex vom 15. Januar 1973, das Christian Schwarz-Schilling, Hans Wagner, Walter Wallmann, Hanna Walz und Otto Zink an Heinrich Windelen sandten, vgl. ACDP 01-347-237; zum anschließenden Schriftwechsel zwischen dem LV Hessen und dem LV Westfalen-Lippe vgl. ACDP

folgendes vorlesen: „Scharf griff Nickels den CSU-Vorsitzenden Strauß und den hessischen Landesvorsitzenden Alfred Dregger an.“ Dessen Rede auf dem Düsseldorfer CDU-Bundesparteitag sei an Zynismus gegen Gewerkschaften und die CDU-Sozialausschüsse kaum zu überbieten gewesen. Noch eine Dregger-Rede auf einem Bundesparteitag, noch weiter auf diesem Kurs, der damals von der CDU in der Mitbestimmungsfrage eingeschlagen wurde, und wir werden unsere Glaubwürdigkeit verlieren, sagte Nickels.

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich geschehen? Der hessische Landesvorstand hat ohne meine Initiative einen Entwurf beschlossen, aber unter meiner Mitwirkung. Ich habe mir den Entwurf, der dann im Landesvorstand vorgelegt wurde, zu eigen gemacht. Und ich bedaure, wie Schwarz-Schilling, daß diese ganze Frage hier im Bundesvorstand nicht erörtert worden ist. Ich habe diesen Antrag des hessischen Landesverbandes in Düsseldorf begründet, und zwar mit der Wirkung, daß die Mehrheit des Parteitages diesem Antrag zugestimmt hat, einschließlich der weit überwiegenden Zahl der Bundesvorstandsmitglieder, wie Sie alle wissen. Meine Damen und Herren, wenn Sie wegen dieses Antrags, den ich begründet habe, mich verteufeln, dann müssen Sie uns alle verteufeln. Dann können Sie mich vielleicht noch wegen des Inhalts meiner Rede verteufeln, ich möchte Sie alle bitten, sie noch einmal nachzulesen. Ich glaube, daß das eine faire Rede gewesen ist und eine gute Rede. Wenn es anders wäre, wäre ja wahrscheinlich die Mehrheit des Parteitages dem Vorschlag nicht gefolgt, insbesondere der großen Politiker, die hier in diesem Bundesvorstand versammelt sind. Ich glaube, das sagen zu können. Herr Katzer, das kann man unterschiedlich bewerten, selbstverständlich. Aber ich meine, wir sollten uns, wenn wir schon von innerparteilicher Demokratie reden, darüber einig sein, daß man auf einem Parteitag fair diskutieren darf, daß dann der Parteitag entscheidet und daß man sich dann an die Entscheidung loyal hält, was nicht ausschließt, daß man nach wie vor anderer Meinung ist. (*Zwischenruf.*) Es richtet sich gar nicht an Sie. Ich spreche von Nickels. (*Katzer:* Sie sprechen mich dauernd an.) Entschuldigen Sie, Herr Katzer, ich schaue Sie auch sonst häufiger an. Das ist auch wegen der innerparteilichen Demokratie notwendig. Wenn es uns gelänge, daß wir anständig miteinander umgehen, daß wir unterschiedliche Argumente austauschen können auch in der Öffentlichkeit – ich stimme Herrn Kiep durchaus zu, wobei man die Öffentlichkeitswirkung durchaus bedenken muß, aber im Grundsatz muß das möglich sein, insbesondere auf einem Parteitag muß es möglich sein –, ohne daß wir uns gegenseitig verteufeln, dann würden wir hier einen Fortschritt gemacht haben, den ich für dringend erforderlich halte.

Und dann kam der Punkt Wettbewerb, nein, der Punkt Vermögensbildung, daß wir unsere Initiative so schnell wie möglich wiederaufnehmen sollten, in dieser oder anderer Form, aus welchen Gründen, mit welchen Argumenten auch immer. Schließlich das letzte, die Haltung der Jugend. Ich glaube, das hängt weitgehend mit der geistigen Führung zusammen, die wir verloren haben. Sie wiederzugewinnen ist eine Aufgabe,

03–020–124. – „Süddeutsche Zeitung“ vom 15. Januar 1973 „Junge Union auf Konfrontationskurs“.

die sehr viel Kraft erfordert. Ich stimme völlig dem zu, was Schwarz-Schilling und Langguth gemeinsam erarbeitet haben. Es ist eine ausgezeichnete Grundlage und ich setze große Hoffnung in die Arbeit der Grundsatzkommission und freue mich, daß Schelsky und andere Intellektuelle mitzuwirken bereit sind.

Es gibt noch eine zweite Sache, die ich in meiner Rede im Bundestag berührt habe.⁵³ Wir müssen verhindern, daß die Indoktrination nicht mehr an den Universitäten, sondern jetzt an der Schulen ein Ausmaß erreicht, das es ausschließt, daß wir mit unseren Argumenten überhaupt noch bei der Jugend zur Kenntnis genommen werden. Ich wäre dankbar, wenn wir uns auch mit dieser Frage befassen würden. Dr. Schwarz-Schilling hat selbst diese Schrift „Sozialismus im hessischen Schulwesen“⁵⁴ weitgehend mitgestaltet. Was dort geschieht, ist so erschreckend, daß wir darunter auch bei Wahlen leiden müssen. Denn wenn wir von allen Werten der Kultur und der Tradition Abschied nehmen, von der Religion, von der Nation, von der Tradition, dann muß das insbesondere eine Partei treffen, die schon durch ihren Namen sich von diesen Werten nicht trennen kann. Und das ist genau die Situation, die wir zur Zeit haben. Einige in sehr großer Kürze vorgetragene Gedanken.

Barzel: Ich möchte es zum Anlaß nehmen, einige ganz wenige Informationen dazu zu sagen, die ich in meinem Lagebericht vergessen habe. Die Nicht-Kollegen im Bundestag haben möglicherweise nicht mit der Deutlichkeit wie wir im Bundestag, die wir bis zu Ende da waren, folgendes registriert: Eine Rede von Herrn Flach – lassen wir mal die Polemik weg –, die im Inhalt sagt, ihr müßt das „C“ stärker betonen. Die Begründung ist ganz klar, wenn wir das machen, wird für die Liberalen ein Platz wieder frei. Dann die Rede von Herrn Eppler, ihr müßt das „C“ streichen. Begründung ganz klar, dann kann er sagen, nun sind die Christen also in beiden großen Parteien. Das heißt, die unterschiedlichen Ratschläge kommen alle aus demselben Grunde. Ich kann wegen dieser Überlegungen, und das sind beides Strategien in den anderen beiden Parteien, nur raten – deshalb überbetone ich das jetzt zur Stunde, weil die Frage aus unseren Wählern kommt –, jeden Eindruck von prinzipieller Anpassungsartistik zu vermeiden. In aller Offenheit, das erste ist – den Schock, den wir, wie ich hoffe, überwunden haben, den die Partei noch nicht überwunden hat, deshalb sind die Versammlungen leider noch sehr notwendig, auch in der Partei, das ist gar keine Frage –, daß wir zunächst mal feste Pflöcke einrammen. Und wenn ich sage, zuerst keine Vorlagen, hängt das doch damit zusammen, daß wir nicht irgendwelche Fortentwicklungen, die wir machen müssen, in den ersten Wochen machen und irgendein Zeichen programmatischer Unsicherheit geben, (*Katzer:* Sehr richtig!) sondern daß wir morgen, wenn wir das zu formulieren haben, auch diesen Gedanken nicht vergessen und nicht irgend jemanden hier schon total verrückt machen (*Katzer:* Jawohl!). Also ich wäre z. B. nicht bereit, in ein Kommuniké zu schreiben, daß wir neu nachdenken wegen der Mitbestimmung. Das müssen wir machen, und da muß man wissen, wo man hin will. Aber jetzt hier niemanden verrückt machen, aber unter uns weiter so offen diskutieren.

⁵³ Vgl. Sten.Ber. 7. WP 9. Sitzung am 25. Januar 1973 S. 307–311.

⁵⁴ Vgl. Nr. 30 Anm. 5.

Kraske: Ich wollte nur in zwei Punkten an etwas erinnern, was Sie sicher wissen, aber was man in diesem Zusammenhang doch immerhin auch sagen sollte: Niemand wird in einem Wahlkampf freiwillig auf Emotionen verzichten. Da stimme ich völlig mit Ihnen überein. Der Begriff der „Inflation“ etwa ist ja nun wahrhaftig mehr ein emotionaler als ein rationaler. Die Warnung vor dem ganzen Bereich Linksunterwanderung hat einen ganz hohen emotionalen Hintergrund. Nur, daß wir sozusagen als Spielelement unseres Wahlkampfes einen politisch argumentierenden, informierenden Wahlkampf führen wollten, das hat in diesem Vorstand zwei sehr ausführliche Debatten zur Grundlage gehabt, die im wesentlichen zu einem einstimmigen Ergebnis kamen. (*Katzer:* Natürlich!) Der Generalsekretär hat Ihnen gegenüber den Vorteil, daß er alte Vorstandsprotokolle gelegentlich noch mal durchlesen kann. (*Diskussion.*)

Das zweite ist der Grundvertrag. Auch da muß ich sagen, daß nun wirklich das Präsidium – und, was hier die meisten nicht wissen, die CSU vor dem 19. November –, nach meiner Erinnerung ohne eine einzige Gegenstimme der Ansicht war, wir können nicht innerhalb von zehn Tagen ohne alle Gremien mit einer möglicherweise dann folgenden CDU/CSU-Regierung jetzt endgültig definitiv nein sagen. Was ich bei dieser Gelegenheit ganz offen sage, wer diese Vorgeschichte kennt, kann sich über die Einlassung unserer bayerischen Freunde⁵⁵ (*Katzer:* Sehr richtig!) gerade zu diesem Thema im nachhinein nicht besonders freuen. (*Barzel:* Und wir waren die einzigen mit einer Anzeige, wo auch etwas Deutschland- und Außenpolitisches drin vorkam. – *Diskussion und Unruhe.*)

Köppler: Ich bin ja nicht naiv genug anzunehmen, daß hier das Schweigen im Walde stattfindet. Es ist nur ein Unterschied, ob wir nach der Ansprache dieses Themas heute von hier aus herausgehen als Bundesvorstand – und hier sitzen alle Landesvorsitzenden – und anfangen, dieses Thema in Parteidiskussionen und in Gremiendiskussionen der Partei anzuheizen, oder ob wir es einbinden in eine langfristige Sachdiskussion, die mit Vorrang immer noch bei den anderen Punkten, die wir heute besprochen haben, in den nächsten Wochen und Monaten betrieben werden muß. So wollte ich verstanden werden. Ich glaube nicht, daß irgend jemand hier glauben kann, man könnte das Thema aus den Gazetten und aus den Gesprächen der Mitglieder usw. irgendwie verbannen und tabuisieren, das geht natürlich nicht.

Lassen Sie mich einen Punkt zu der Diskussion von heute morgen noch ansprechen, der vielleicht, was die Konsequenzen angeht, schon in das hineinführt, was wir unbedingt morgen machen müssen, nämlich der wartenden Partei auch erste Konklusionen für die Parteiarbeit zu liefern. Ich denke da insbesondere an die Punkte, die heute morgen zu Beginn der Parteivorsitzende und dann Herr Dr. Kraske in seinen zehn Punkten dargelegt hat. Ich meine, eines ist deutlich geworden und war mitausschlag-

⁵⁵ Vgl. FAZ vom 10. November 1972 „Goppel: Text des Grundvertrags eine bittere Enttäuschung“ sowie „Strauß: Menschliche Erleichterungen zählen nicht“; „Die Welt“ vom 14. November 1972 „Der Grundvertrag bleibt Streitobjekt der Parteien“; dpa vom 15. November 1972 „CSU-Arbeitskreis ‚Grundvertrag‘ ist ‚Spaltungsvertrag‘“.

gebend für unsere Wahl Niederlage, unsere unterm Strich – bei allen Differenzierungen in verschiedenen Bereichen – zu schwach gewordene Verankerung und Verwurzelung in der Sozialstruktur. Es mag Bereiche geben, in denen wir da noch optimal oder zumindest ausreichend vorhanden sind. Es gibt leider entscheidende Bereiche, in denen wir schwächer geworden sind und heute viel zu schwach sind. Das ist ein Problem, das nicht nur durch die Bundespartei, und vor allem nicht durch die Bundesgeschäftsstelle gelöst werden kann. Das ist nämlich auch das Verkaufsproblem unserer Politik, und jedermann täuscht sich, wenn das nur durch verbesserte Pressearbeit angepackt werden sollte. Es ist einfach die Aufgabe der Multiplikatoren, der Parteimitglieder, in Schaltstellen, in meinungsbildenden Stellen unserer Sozialstruktur. Und hier ein Wort zu der von uns immer nur erfreulich und tröstlich zur Kenntnis genommenen Mitgliederentwicklung. Machen wir uns nichts vor. Nach wie vor sind das Mitglieder, die zu uns kommen. Und es sind nicht Mitglieder wie weithin SPD-Neuzugänge, die bewußt gekeilt sind, im Hinblick auf ihre Multiplikatorenfunktion innerhalb der Sozialstruktur. Hier dürfen wir unsere Kreisverbände nicht beruhigen bei dem stetigen Anstieg der Mitglieder, die weithin spontan zu uns laufen und oft genug Ärger haben, bis sie endlich aufgenommen sind in der Bürokratie unserer Partei, sondern wir müssen unsere Kreisverbände endlich dazu fähig machen, selber auf Mitgliedersuche zur Verstärkung unserer Verankerung in der Sozialstruktur zu kommen. Das ist ein ganz zentrales Problem für die Großstadtfrage, die hier wiederholt angesprochen worden ist. Unsere Verankerung in den Sozialstrukturen der Großstadt, den weithin neuen Sozialstrukturen, ist erbärmlich. Machen wir uns da nichts vor. Hier müssen wir noch ganz anders ansetzen.

Ich will zwei spezifische Gruppen noch herauschneiden, die heute noch nicht oder kaum erwähnt worden sind, nämlich den kirchlichen Bereich und den gewerkschaftlichen Bereich. Zunächst den kirchlichen Bereich. Natürlich stimmt die Feststellung, daß hier die Bindungskraft kirchlicher Strukturen erheblich nachgelassen hat. Aber dennoch täuscht man sich. Diese Kirchen sind, wenn auch in veränderter Form, nach wie vor enorm wichtige Bereiche unserer Sozialstruktur. Unsere Präsenz hat dort nachgelassen. Wir haben Veränderungen dieser Sozialstruktur nicht begleitet in den letzten Jahren, und es genügt gar nicht, daß wir nur in einem regelmäßigen – das ist notwendig, ich will kein Wort dagegen sagen – Kontakt mit den Kirchenleitungen stehen. Es genügt auch nicht, daß wir uns spezifisch im katholischen Bereich mit einer nach wie vor guten Präsenz in Bundesvorständen und Landesvorständen katholischer Organisationen wohlfühlen, sondern wir müssen uns – im kirchlichen Bereich sind heute wichtiger als die Verbände die Akademien – ganz anders tummeln. Hier muß ich leider sagen, finden diese zugegeben manchmal ermüdenden, manchmal furchtbar anstrengenden Veranstaltungen von Akademien, von Diskussionskreisen, offenen Diskussionskreisen beider Kirchen unter Ausschluß der CDU statt. Jeder Landesvorsitzende wird ein Lied davon singen können, wie schwer es ist, einen unserer Leute zu einem solchen Wochenende zu prügeln. Aber dort, genau dort vollzieht sich heute sehr viel mehr innerkirchliche Meinungsbildung als in den traditionellen Verbandsstrukturen im katholischen Bereich, und genau da lassen wir leider den anderen jetzt seit Jahr

und Tag das Feld völlig offen. Inzwischen fängt die FDP auch schon an, sich in dem Bereich zu tummeln.

Das zweite, was ich sagen wollte, sind die Gewerkschaften. Das war für uns in Nordrhein-Westfalen – ich sage das ganz offen – die eigentliche Katastrophe dieses Wahlergebnisses. Machen wir uns nichts vor, in dieser Stadtlandschaft, in dieser großindustriell und von Großbetrieben geprägten Landschaft werden wir erst wieder ein Bein auf die Erde bekommen, wenn wir diese Konfrontation mit den Gewerkschaften paralyisiert oder abgebaut haben. Dazu müssen wir auch – das hat ja langfristige Gründe, ich will die nicht alle wieder aufzählen – den Mut haben, wieder in unserer Partei die Mitgliedschaft, und nicht nur die zahlende, sondern die tätige Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht als etwas schon am Rande der Partei Stehendes zu betrachten, sondern wir müssen dafür sorgen, daß hier wieder eine Ermutigung von der Partei für das Mitarbeiten in diesem Sozialbereich, in dieser Sozialstruktur kommt.

Lassen Sie mich zu einem anderen Punkt nur kurz etwas sagen, zum Stichwort FDP. Ich unterstreiche das, was Herr Dregger gesagt hat. Ich glaube, wir sind uns alle einig, was hier zu tun ist. Nur einen kleinen Hinweis: Was wir alle tun können, ist auch ein Stück Klimaverbesserung, und dazu – darf ich das den Kollegen im Bundestag sagen – gehört meines Erachtens auch – ich habe das also am Fernsehen verfolgen können, gerade diesen Schluß der Debatte –, daß ich nicht so schnell das Feld räume. Ich habe volles Verständnis dafür, daß dann, wenn Herr Mischnick auf die Bühne geht, ein allgemeiner Aufbruch der CDU-Fraktion veranstaltet wird.⁵⁶ Diese klimaverschlechternde oder klimaverbessernde Situation muß von uns allen noch eingeübt werden, wenn wir hier auf einen grünen Zweig kommen wollen.

Ich würde Herrn Stoltenberg noch gern zustimmen, daß es wichtig ist, den Parteitag im Herbst politisch zu konturieren. Das darf nicht nur ein Wahlparteitag werden, das darf auch nicht nur ein Parteitag mit Kreisverbandsanträgen werden, die dann mehr oder weniger zufällig aufgelistet werden in einem Antragsbuch, sondern hier müßten einige politisch zentrale Themen langfristig in der Partei vordiskutiert werden, und das muß der Bundesvorstand im Grund initiieren. Ich würde ja sagen zu der Frage des Bodenrechts für diesen Parteitag, zur Vermögenspolitik und zur Eigentumspolitik, auch zu dem, was die westfälische CDU gesagt hat zur Berufsbildung. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir die Mitbestimmung auch hier hineinnehmen sollten. Ich würde sogar eher sagen nein. Ich halte es zwar für absolut notwendig, daß wir Werkstattgespräche in der Partei über das Thema Mitbestimmung beginnen, daß die verschiedenen Vereinigungen, die hier unmittelbar tangiert sind, ins Gespräch gehen.

Katzer: Darf ich hier nur an der Stelle, Herr Vorsitzender, ein Wort sagen? Wir haben im Wahlkampf, gerade auch von mir, in dem Punkte klar gesagt, da ist eine Entscheidung in Düsseldorf gefallen, die gefällt mir persönlich gar nicht, aber die respektiere ich. Aber, für die Sozialausschüsse werden wir auf dem nächsten Parteitag –

56 Während der Aussprache über die „Erklärung der Bundesregierung vom 18. Januar 1973“ (24.–26. Januar 1973) monierte Mischnick am 26. Januar das „Desinteresse“ in den Reihen der Unionsfraktion. Vgl. Sten.Ber. 7. WP 10. Sitzung S. 375.

und ich hatte schon in Wiesbaden Ärger – das erneut so beantragen. Das war mein letztes Wort in Düsseldorf, erinnern Sie sich bitte, von daher stehe ich im Wort. So einfach kann ich das nicht wegwischen.

Köppler: Ja, damit rechne ich natürlich, daß das kommt. Nur, ich würde nicht meinen, daß wir heute wie zu den anderen Punkten schon eine Art Auftrag in die Partei geben könnten durch Kommissionen für den Parteitag, Beschlußfassungen vorzubereiten in dieser Frage, weil wir ja alle nicht wissen, Herr Katzer, in welcher Verpackung im Herbst in diesem Punkt die Koalition ist. Wir sollten also bei aller notwendigen Weiterdiskussion des Themas bei uns in Werkstattgesprächen uns davor hüten, in eine Lage zu geraten, daß wir den anderen die Kohlen aus dem Feuer holen, daß wir hier Entscheidungshilfen für die Koalition in einer Frage andienen, in der wir wirklich andere Interessen zu vertreten haben.

Ein letztes, nur zwei Bemerkungen noch zum Geld, Herr Kiep. Natürlich müssen wir über Geld reden, aber wir müssen uns auch darüber klar sein, daß die Absprache, mit der wir in die Finanzierung dieses Wahlkampfes gegangen sind, auch nach dem Wahlkampf noch im Prinzip beibehalten werden muß. (*Kiep:* Was meinen Sie damit?) Na ja, es gibt auch bei mir in Nordrhein-Westfalen Tartarenmeldungen über Fischen in fremden Gewässern, d. h. in längst abgeteilten Gewässern. (*Kiep:* Herr Köppler, wenn die Diskussion nicht so weit fortgeschritten wäre, würde ich schnell in mein Büro gehen, Ihnen mal die Liste holen über die Auszahlungen der Bundespartei an die Landesverbände aus Spenden, die die Bundespartei eingebracht hat. Ich glaube, daß da das Rheinland und auch Westfalen – in Westfalen ist die Sache schon weitgehend abgewickelt – sehr zufrieden sein können. Übrigens hat es das nie zuvor nach einem Wahlkampf gegeben. Gerade beim Landesverband Rheinland – wenn ich das auch so offen sagen darf, wie Sie es gesagt haben – ist die Mitarbeit des Landesverbandes bei der Einbringung der Spenden in den Monaten vor dem Wahlkampf recht unbefriedigend gewesen. Wir mußten das meiste allein machen. Auf Sie kommen da noch größere Beträge zu.) Ja, also darüber unterhalten wir uns dann noch einmal. (*Kiep:* Aber gerne!)

Eine Bemerkung noch zum „Monatsblatt“, weil das erwähnt worden ist. Ich halte die finanziellen und technischen Probleme alle für wichtig, aber für sekundär. Wir müssen wissen, was wir mit dem „Monatsblatt“ wollen. Wenn wir daraus eine Wochenzeitung machen wollen, dann muß die Partei, und das scheint der schwierigste Entscheidungsprozeß zu sein, sich zunächst einmal darüber klar werden, daß sie das dann schon Journalisten überlassen muß, dieses „Monatsblatt“ zu machen. Wenn wir damit wöchentliche Formulierungshilfe für Parteimitglieder liefern wollen, dann ist das eine ganz andere Funktion. Darüber muß man zunächst einmal entscheiden, ehe man an die sicher schwierigen finanziellen organisatorischen und redaktionellen Probleme herangeht.

Amrehn: Einige Freunde haben heute schon von der befreienden Wirkung gesprochen, die eine solche Aussprache für die meisten Mitglieder dieses Vorstandes mit sich bringt. Ich möchte das ausdrücklich noch einmal unterstreichen unter einem besonderen Gesichtspunkt. Ich habe heute zum erstenmal in diesem neuen Vorstand erlebt, daß die Mitglieder des Präsidiums in größerer Zahl an der Diskussion teilgenommen

haben. Ich habe bisher die Erfahrung gemacht, daß anscheinend im Präsidium vordiskutiert war, und der dann noch erscheinende Vorstand eine vorgefertigte Meinung – schon zu Papier gebracht – mehr oder weniger akzeptieren mußte, vielleicht noch kleine Änderungswünsche in der Regel anbringen konnte. (*Zwischenruf*: Genau so war es!) Ich glaube, daß es hier also heute mit dazugehört zu sagen, das Präsidium ist zwar das leitende Organ zur Ausführung der Vorstandsbeschlüsse, daß aber – so steht es ähnlich in der Satzung – der Vorstand das Leitungsorgan der Partei ist und hier die eigentlichen Beschlüsse zu fassen sind und daß dann die Diskussion auch in diesen Vorstand gehört. Ich hoffe, es bleibt auch so, wie es heute ist. Dazu braucht man allerdings auch mehr Zeit, als wir sonst an einem Montag vormittag mitgebracht haben.

Wir sind zur Solidarität aufgefordert worden. Ich möchte dem Herrn Vorsitzenden sagen, daß ich erstaunt bin über das ungeheure Maß von Solidarität, das diese Partei seit dem Jahre, in dem sie in der Opposition ist, als Bundespartei geleistet hat. Wir haben doch eigentlich immer die Befürchtung gehabt, daß eine Partei der Wirtschaftsgruppen und sonstigen Interessen mehr oder weniger auseinanderlief und sich dann nicht mehr zu einer geschlossenen politischen Kraft zusammenfinden oder halten könnte. Davon spricht heute gar keiner mehr, und ich möchte das als Beweis dafür feststellen, daß es ein ungeheures Maß von Solidarität in dieser Partei, besonders auch unter dem Druck der verschiedenen Landtagswahlen und dann zuletzt auch der Bundestagswahlen gegeben hat. Ich habe um so mehr das Wort des Vorsitzenden bedauert von den Heckenschützen, zumal ich nur gesehen habe, daß Angriffe – und ich kann mich davon frei fühlen, ich habe nirgends geschrieben oder Interviews gegeben – mit Namen und mit offenem Visier, soweit ich sehen kann, geführt worden sind, und daß ein solches Wort mir selbst als Verletzung der Solidarität erschien. Ich finde, daß Solidarität eben doch auch selbstverständlich von oben geübt werden muß. Der Vorsitzende wird sagen, das kann gar nicht anders sein und das ist auch nie anders gewesen. Ich will Ihnen aber doch an einem Beispiel zeigen, wie schwer es manchmal ist, Solidarität zu üben, wenn ich mal davon absehe, wie gelegentlich in der Fraktion große Gesetzesentwürfe in letzter Minute in die Fraktion kommen, und dann auf den Einwand, man kann doch zu einer Sache, die man eben erst bekommt, nicht abschließend Stellung nehmen, geantwortet worden ist, wenn wir das heute nicht einbringen, dann legt morgen die Regierung einen ähnlichen oder auf dem Gebiet einen Entwurf vor, und wir können uns nicht den Rang ablaufen lassen. Wir haben in all den Dingen immer eine bewundernswerte Solidarität geübt, denn es gibt Dinge, mit denen man nicht immer einverstanden ist. Um einen Punkt mal zu nennen, Freund Katzer, ich bin mit dieser Doppelzahlung bei 63 Jahren, kurz gefaßt, gar nicht – wirtschaftlich, finanziell, sozial – einverstanden.⁵⁷ Aber man macht es aus Solidarität mit.

57 Es geht um den gleichzeitigen Bezug von Altersruhegeld und Arbeitseinkommen, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 14. Dezember 1972 „Rentenreform mit Vertrauensschutz“; „Frankfurter Rundschau“ vom 21. Dezember 1972 „Erst im Sommer ging der Opposition ein Licht auf“. Die erste und zweite Beratung des Vierten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes (BT-Drs. 7/3) erfolgte am 19. Dezember (Sten.Ber. 7. WP. 5. Sitzung S. 47–61), die dritte Beratung am 20. Dezember 1972 (Sten.Ber. 6. Sitzung S. 95–100).

Nun will ich noch einen Punkt nennen, der mich etwas mehr bewegt, weil ich mich in der Frage in der Vergangenheit immer besonders engagiert habe: Der Vorsitzende hat heute erneut darauf hingewiesen, man habe ja alles durch gemeinsame Beschlüsse gedeckt. Das ist richtig. Aber trotzdem muß man sagen, daß in einem solchen Vorstand beispielsweise auch hinterher gewisse Dinge trotz eines solchen Beschlusses nun nicht einfach weiter undiskutiert laufen dürfen. Im Bundesparteiausschuß ist dem ganzen Ausschuß eine fertige Resolution vorgelegt worden, worin steht, die Politik des Bundesvorsitzenden oder der Bericht des Bundesvorsitzenden wird gebilligt. Im Geschäftsbericht finde ich es, „und billigte die Politik des Parteivorsitzenden“. Man kann ja gar nicht anders, als in einer solchen Versammlung volle Solidarität bekunden, man kann ja nicht rausgehen vor die Tür und sagen, aber mit dem und dem – und es geht immer um die Vertragsfrage – bin ich innerlich überhaupt nicht einverstanden. Nur, wenn man sich auf Beschlüsse beruft, dann muß ich auch in Erinnerung rufen den Beschluß des Bundesparteiausschusses, die Ostverträge abzulehnen. Und nun gibt also die Geschäftsstelle dem Parteitag einen Bericht, in dem steht, der Bundesparteiausschuß faßte zu den Verträgen einen Beschluß, welchen Inhalts, wird nicht gesagt. Ich will es an diesem Beispiel nur zeigen, daß man manchmal sich in der Solidarität auch verletzt fühlen kann durch die Methoden, die hier angewendet worden sind.

Jetzt möchte ich mich einigen Bemerkungen von unserem Freunde Mikat zuwenden. Er hat uns ja einen gewissen Weg zu zeigen versucht in die Zukunft, und einer seiner Sätze war u. a., die Kirche fiele als Lieferant aus. Wir verstehen das richtig, und wir dürften keinen Rekurs nehmen auf ältere Modelle. Dieses ältere Modell, so stellte er es dar, war für uns ja eine ganze Menge christlicher Sozialismus, als wir in den Jahren 1945 und den folgenden unsere politische Arbeit aufgenommen haben. Nun meinen Sie sicher, Freund Mikat, dahin kann es kein Zurück geben. Ich verstehe das. Aber wenn wir damals christlichen Sozialismus vertreten haben anhand der Schriften von der Gablentz⁵⁸ über Marx hinaus – wer kennt das noch –, dann war es doch eigentlich dasselbe Grundgefühl, wie es heute in jungen Menschen vorhanden ist, wir suchen eine größere Gerechtigkeit, wir suchen größere Chancengleichheit. Und das gerade scheint mir eine beständige Forderung über die Zeiten und über die Intervalle der Politik hinweg zu sein, und insoweit werden wir in der Tat auch gewisse Veränderungen im eigenen Denken vornehmen müssen. Darin möchte ich Sie ausdrücklich unterstützen.

Ich nenne als ein Beispiel dafür die unablässige Verteidigung des Begriffs des Eigentums, den ich hiermit gar nicht angreife, in einer Form, als wären wir darin überhaupt nicht flexibel. Wir haben zwar die Sozialbindung des Eigentums immer anerkannt, aber wir verschließen uns im Augenblick z. B. sehr stark dem Gedanken, daß

58 Dr. Otto Heinrich von der Gablentz (1898–1972), Politologe; 1955–1959 Leiter der Deutschen Hochschule für Politik (Otto-Suhr-Institut), nach Eingliederung des Instituts 1959–1966 o. Professor an der FU Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 896 Anm. 75. – Anspielung auf die Publikation von der Gablentz' „Über Marx hinaus“ (Berlin 1946).

es gar nicht mehr auf das rechtliche Eigentum so sehr ankommt, wie auf die Verfügungsbefugnis. Das gilt für Produktivvermögen in der Wirtschaft, aber es gilt auch für eine Wohnung. Wir haben das Gesetz gemacht über Eigentumswohnungen, aber in demselben Gesetz steht auch die Regelung des Dauerwohnrechts. Davon haben wir gar keinen Gebrauch gemacht. Aber wenn jetzt die Sozialdemokraten ein Denkmodell zunächst einmal aufstellen vom Dauerwohnrecht, dann kämpfen wir schon dagegen, als wäre das Eigentum und der Eigentumsgedanke gefährdet, obwohl wir ganz was anderes meinen, nämlich die Zentralisierung von Verfügungsrechten in der Hand des Staates oder bestimmter Organisationen. Es könnte ja sein, daß wir selber als CDU mal Dauerwohnrechte verleihen für unsere Mitarbeiter. Solche Modelle sind auch denkbar, und insoweit begrüße ich sehr Ihren Beitrag, Freund Mikat, damit wir uns auch ein bißchen eigene Öffnung in dieser Diskussion zu eigen machen.

Aber nun glaube ich zu dem ernstesten Problem zu kommen, das bisher noch nicht genügend beleuchtet worden ist. Freund Schröder hat heute von einer militärischen Lage gesprochen und hat von Panzern und ähnlichen Dinge geredet für den kommenden Aufmarsch der Dinge. Ich frage mich nur, ob wir uns hier noch in den alten Vorstellungen eines konventionellen Wahlkampfes für die Zukunft bewegen dürfen. Wir haben doch mal gesagt, wenn die dran bleiben, war das die letzte freie Wahl. Das war ein bißchen sehr hoch gegriffen, aber in der Richtung haben wir doch solche Befürchtungen gehabt, und müssen sie, glaube ich, auch heute noch haben. Da aufgrund dessen, was jetzt passiert ist, sich so weitläufige Veränderungen in den kommenden drei, vier Jahren vollziehen, müssen wir überlegen, ob ein bißchen mehr Öffnung in dieser oder jener Frage, etwas mehr auf die älteren Frauen achten, den Studenten da und dort etwas bieten, ob alle diese Mittel geeignet sind, einen Wahlkampf 1976 zu bestehen, der sich vielleicht unter ganz anderen Dingen und Bedingungen abspielt. Mich hat in diesen Befragungen am meisten erschreckt, daß eben nur noch 37 % unserer Bevölkerung für die Beibehaltung des Militärbündnisses mit Amerika sind und 43 % für eine Neutralisierung Deutschlands.⁵⁹ Eine Erkenntnis seit ungefähr einer Woche. Wer sich das vergegenwärtigt, daß es sich gar nicht mehr um Minderheitsgruppen handelt, die dafür kämpfen, sondern daß das Volk dafür innerlich bereitgemacht worden ist, erkennt eine solche Gefährdung des ganzen Bodens, auf dem wir stehen, daß wir uns vielleicht über die Tisch- und Stehkragediskussion hinaus Gedanken machen müssen, wie wir als Partei, als Kampfgemeinschaft zusammenhalten gegenüber den Gefahren, die sich hier auftun. Alle anderen Gefahren sind ja hier erwähnt worden, was sich an den Schulen vollzieht, daß die Lehrer in Niedersachsen und in Städten, in denen ich war, in die Schulen gehen konnten und mit dem SPD-Wahlkampfabzeichen Unterricht erteilen. Daß das in so offener Form gemacht wird, bereitet doch eine vollständige Wendung und Wandlung der Voraussetzung eines Wahlkampfes vor. Das muß mit hineingezogen werden in die Überlegungen.

Hier bleibt die Frage, wie wir erreichen, daß wir an neue Wähler herankommen, die

⁵⁹ Vgl. S. 1101. Allensbacher Berichte Nr. 30/1972 S. 7 (ACDP Dokumentation 13/1/4) sowie Tabelle 10 in KALTEFLEITER S. 17.

wir dafür brauchen. Der stärkste CDU-Wählerzuspruch ist bei denen zu finden, die am meisten in die Kirche gehen, ich weiß nicht, ob diese Relation heute dargestellt worden ist. Je mehr einer, besonders wenn er katholisch ist und in die Kirche geht, desto mehr wählt er noch CDU. Wer also noch jeden Sonntag in die Kirche geht, wählt zu 86 % CDU, eine Noelle-Neumann-Untersuchung.⁶⁰ Das stuft sich ab nach der Zahl der Kirchenbesuche, etwas auch nach dem Alter. Und hier kommt natürlich dann ein anderer Gesichtspunkt hinein in die Überlegungen über die Entwicklung in den Gewerkschaften. Das mag auf Fehlern bei uns beruhen. Die Hauptursache liegt doch darin, daß seit Jahren Herr Brandt mit Erfolg die katholischen Bischöfe um sich versammelt und mit ihnen in eine Richtung gewirkt hat, daß der katholische Arbeiter, der sich früher zur Sozialdemokratie gezogen fühlte, aber durch kirchliche Bindung doch CDU wählte, frei gemacht worden ist, SPD zu wählen. Das scheint mir der entscheidende Vorgang im Bereich der Gewerkschaften zu sein, und hier gibt es eine Verbindung, daß Sozialismus mit Religion verbindbar sei, im Gegensatz zu dem, was Mikat für die Vergangenheit feststellt. Heute sagen 68 % der Bevölkerung, christliche Vorstellungen werden auch mit der SPD verwirklicht. Also eine Zweidrittelmehrheit, die erklärt, christliche Vorstellungen lassen sich mit der SPD verwirklichen.

Und damit die Sorgen nicht noch kleiner werden, möchte ich einen ganz aktuellen Anlaß hier nennen. Wir wissen, daß wir insbesondere ein Augenmerk zu richten haben auf Bildung, auf Entwicklungspolitik. Sie müssen aber feststellen, daß sich unter unseren neuen Abgeordneten und den älteren Abgeordneten im Bundestag nicht genug Abgeordnete melden, um die Ausschüsse für Bildung und den Ausschuß für Entwicklungshilfe überhaupt zu besetzen. Nicht einmal die Hälfte der Plätze. (*Zwischenruf*) Also, ich gebe nur den Hinweis, was bei uns selber noch nötig ist, wenn sich nicht mal die Abgeordneten in der neuen Fraktion für diese wichtigsten Aufgaben bereit finden, sondern sich jeder davor drücken möchte.

Ich möchte abschließen mit einer Frage, die ich an Herrn von Weizsäcker habe. Herr von Weizsäcker hat gemeint, wir sollten nicht so sehr im Herumfahren im Lande an 25 Tagen im Jahre unsere Hauptaufgabe sehen, sondern mehr in der geistigen Durchdringung und Führung und Entwicklung dessen, was eine politische Partei zu tun hat. Damit das nicht so ganz allein im Raume steht, möchte ich sagen, wie ungeheuer wichtig das bleibt, in unsere eigenen Reihen hinein wirklich montäglich, wenn es geht, zu wirken, damit von dort aus mehr Wirkung ausgeht. Dann haben Sie gesagt, wir wollen der Geschäftsstelle Organisationsaufträge erteilen. Das habe ich nicht ganz verstanden, ob Sie damit meinen, Konzepte zu erarbeiten, die in einen geistigen Fächerschrank gehören, und die wir dann bereit haben für die Arbeit, oder ist mit Organisationsauftrag gemeint, was mir so wichtig erscheint, eine Art von Kaderarbeit, von kameradschaftlicher Zusammenarbeit im Lande, beim Volke, zu leisten. Hier scheint mir beinahe eben so viel Gewicht liegen zu müssen, wie bei der anderen Aufgabe, die Sie angesprochen haben.

Barzel: Ich habe Herrn Lampersbach jetzt gebeten, nicht mehr das Wort zu nehmen

60 Zur Häufigkeit des Kirchganges und des Wahlverhaltens EBD. S. 160 (Tabelle 169).

unter dem Druck, daß wir nur noch wenige Minuten haben. Ich hoffe, daß der Festakt⁶¹ nicht länger dauert als eine Stunde, nicht pro Redner, sondern insgesamt, daß wir dann zum Büffet gehen, uns kümmern um unsere Gäste. Unter diesen Gästen werden 50 Journalisten sein, die sich natürlich nicht gerade für die Einweihung des Hauses besonders interessieren. Ich glaube, wir müssen uns miteinander einen Dienst tun, wenn wir das Klima, was hier unter uns war, auch sichtbar bei den Gesprächen mit den Journalisten werden lassen. (*Von Hassel: Was sagen wir denen denn?*) Wir sagen ihnen genau, was war. Es gab also zwei Berichte, dann gab es die Aussprache mit den Gutachtern, dann haben wir Mittag gegessen, und dann haben wir uns hier unterhalten. In dieser Unterhaltung hat der Kollege Kohl seine Kandidatur angemeldet und der Vorsitzende was dazu gesagt. Und dann haben wir gesagt, wir wollen jetzt keine Personaldebatte. Wir haben das zur Kenntnis genommen, und daß wir das Problem mit großem Ernst und großem Freimut behandeln. Und die Debatte ist nicht zu Ende. Sie geht morgen weiter. Die Debatte war sehr grundsätzlich, sie war sehr ernst, und ob man es glaubt oder nicht, eine persönliche Verletzung oder ein scharfer Ton ist nicht zu hören gewesen. Dies ist die Lage. Wer etwas anderes sagt, würde doch neben der Wirklichkeit liegen. Da kommt natürlich sofort die Frage, wer hat sich für oder gegen erklärt, wie sieht das da im Landesverband aus. Ich möchte dann die Sitzung unterbrechen.

61 Unterlagen zum Festakt wie auch zu den Besitzverhältnissen des Parteihauses in ACDP 07-001-11411. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. Januar 1973 „Adenauers Sohn rügt Adenauers Erben“; „Die Welt“ vom 29. Januar 1973 „Adenauer-Memorial in Palisander“.